62. Jahrgang / Heft 2 / April 2014 ISSN 0042-5702 B 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

herausgegeben von
Helmut Altrichter Horst Möller
Andreas Wirsching

Aus dem Inhalt

Jenny Pleinen/Lutz Raphael
Zeithistoriker in den Archiven der Sozialwissenschaften

Hajime Konno
Die liberalen und konservativen Interpretationen der deutschen Politik an der Kaiserlichen Universität Tokio 1905–1933

Hans Schafranek
NS-Fememorde in der Steiermark

Sven Feyer
Otto Meyer: MAN-Vorstand im Dritten Reich

Thorsten Holzhauser
„Niemals mit der PDS"? Zum Umgang der SPD mit der SED-Nachfolgepartei zwischen Ausgrenzungs- und Integrationsstrategie (1990–1998)

DE GRUYTER OLDENBOURG

Institut für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

2
14

Im Auftrag des
Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin
herausgegeben von
Helmut Altrichter Horst Möller
Andreas Wirsching

in Verbindung mit
Elizabeth Harvey, Hélène Miard-Delacroix,
Herfried Münkler, Alan E. Steinweis
und Margit Szöllösi-Janze

Redaktion:
Magnus Brechtken, Johannes Hürter,
Thomas Raithel, Thomas Schlemmer
Chefredakteur: Hans Woller
Stellvertreter: Jürgen Zarusky
Assistenz: Renate Bihl

62. Jahrgang Heft 2 April 2014

Die Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind eine referierte Zeitschrift, deren Beiträge in der Regel ein dreistufiges Begutachtungsverfahren zur Qualitätssicherung durchlaufen: Nach einer Sichtung und Bewertung der anonymisierten Beiträge durch die Redaktion werden externe Gutachten im In- und Ausland eingeholt (*Double Blind Peer Review*). Dann entscheiden Herausgeber und Redaktion nach eingehender Diskussion über die Veröffentlichung.

The Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte are a refereed journal. For quality control purposes, contributions as a rule run through a three step evaluation process: After review and assessment of the anonymised contributions by the editorial staff, external domestic and foreign expertises are obtained (*Double Blind Peer Review*). On this basis and after thorough debate, the chief editors and editorial staff then decide on publication.

De Gruyter Oldenbourg

Anschrift der Redaktion

Institut für Zeitgeschichte
Leonrodstraße 46 b
80636 München
Tel. 0 89/1 26 88-0
Fax 0 89/1 26 88-191
E-Mail: vfz@ifz-muenchen.de

Online

www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/
Alle Artikel seit 1953 stehen online und sind vollständig durchsuchbar, open access bis einschließlich 2008
http://vfz.ifz-muenchen.de

Impressum

© 2014 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München

Gemäß unserer Verpflichtung nach Art 8 Abs. 3 BayPresseG. i. V. m. § 1 Art. 2 Abs. 1 f DVO zu BayPresseG geben wir die Inhaber und Beteiligungsverhältnisse am Verlag wie folgt an: Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, Rosenheimer Str. 143, 81671 München. Alleiniger Gesellschafter des Verlags ist der Verlag Walter de Gruyter GmbH, Genthiner Str. 13, 10785 Berlin. Die Gesellschafter der Walter de Gruyter GmbH sind: Cram, Gisela, Rentnerin, Berlin; Cram, Elsbeth, Pensionärin, Rosengarten-Alvesen; Cram, Margret, Studienrätin i.R., Berlin; Cram, Dr. Georg-Martin, Unternehmens-Systemberater, Stadtbergen; Cram, Maike, Berlin; Cram, Jens, Mannheim; Cram, Ingrid, Betriebsleiterin, Tuxpan / Michoacan (Mexiko); Cram, Sabina, Mexico, DF (Mexiko); Cram, Silke, Wissenschaftlerin, Mexico DF (Mexiko); Cram, Björn, Aachen; Cram, Ella Anita, Rentnerin, Berlin; Cram, Berit, Greifswald; Cram-Gomez, Susanne, Mexico DF (Mexiko); Cram-Heydrich, Walter, Mexico DF (Mexico); Duvenbeck, Brigitta, Oberstudienrätin i.R., Bad Homburg; Fund, Dr. Sven, geschäftsführender Gesellschafter, Berlin; Gädeke, Gudula, M.A., Atemtherapeutin/ Lehrerin, Tübingen; Gädeke, Martin, Einzelunterehmer, Würzburg; Lubasch, Dr. Annette, Ärztin, Berlin; Schütz, Dr. Christa, Ärztin, Mannheim; Schütz, Sonja, Berlin; Schütz, Juliane, Berlin; Schütz, Antje, Berlin; Schütz, Valentin, Berlin;Seils, Dorothee, Apothekerin, Stuttgart; Seils, Gabriele, Journalistin, Berlin; Seils, Dr. Clara-Eugenie, Oberstudienrätin i.R., Reppenstedt; Seils, Christoph, Journalist, Berlin; Siebert, John-Walter, Pfarrer, Oberstenfeld; Walter de Gruyter Stiftung, Berlin.

Alle den redaktionellen Teil der Zeitschrift betreffenden Zusendungen sind zu richten an: Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstraße 46 b, 80636 München. Für den Inhalt verantwortlich: Professor Dr. Andreas Wirsching unter gleicher Anschrift.
Verlag und Anzeigenverwaltung: Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, Rosenheimer Straße 143, 81671 München. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Panagiota Herbrand.
Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Jahresabonnement: € 59,80; Online-Abonnement € 49,–; Print- und Online-Abonnement € 72,–; Studentenabonnement: € 34,80; Vorzugsabonnement für Mitglieder historischer und politischer Fachverbände € 49,80; jeweils zuzüglich Jahresversandspesen: Inland: € 12,80/Ausland: € 16,00. Einzelheft: € 16,00 zuzüglich Versandspesen. Die Preise enthalten bei Lieferung in EU-Staaten die Mehrwertsteuer, für das übrige Ausland sind sie Bruttopreise. Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von € 34,80 zuzüglich Versandkosten zu beziehen.
Bestellungen über jede Buchhandlung oder beim Verlag. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens 2 Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird.
Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Satz und Druck: sellier druck GmbH, Angerstraße 54, 85354 Freising.

Inhalt

Wie groß ist die Ausbeute?

Jenny Pleinen/Lutz Raphael
Zeithistoriker in den Archiven der Sozialwissenschaften . . . . . 173 Aufsätze
Erkenntnispotenziale und Relevanzgewinne für die Disziplin

Deutschland als Projektionsfläche?

Hajime Konno
Die liberalen und konservativen Interpretationen der deutschen Politik an der Kaiserlichen Universität Tokio 1905–1933 197
Sakuzo Yoshino und Shinkichi Uesugi im Vergleich

Aufgeklärt?

Hans Schafranek
NS-Fememorde in der Steiermark 221

Effizienz trotz ideologischer Differenz?

Sven Feyer
Otto Meyer: MAN-Vorstand im Dritten Reich 247

Ist das hier die Frage?

Thorsten Holzhauser
„Niemals mit der PDS"? 285
Zum Umgang der SPD mit der SED-Nachfolgepartei zwischen Ausgrenzungs- und Integrationsstrategie (1990–1998)

309 VfZ online

311 Rezensionen online

317 Abstracts

319 Autoren

Die Debatte, die Rüdiger Graf und Kim Christian Priemel 2011 in den Vierteljahrsheften eröffnet haben, geht in eine neue Runde: Wie soll die Zeitgeschichte mit den Daten und Deutungsangeboten der Sozialwissenschaften umgehen, so lautet die zentrale Frage. Jenny Pleinen und Lutz Raphael plädieren dafür, die Historisierung sozialwissenschaftlicher Analysen mit einer methodisch reflektierten Nutzung der ihnen zugrunde liegenden Daten zu kombinieren und zeigen in ihrer äußerst aspektreichen Studie an mehreren Beispielen, was sie genau damit meinen. Mit bloßer Rückbesinnung auf das historische Kerngeschäft ist es in ihren Augen nicht getan. An eigener Begriffs- und Theoriebildung führt kein Weg vorbei. Eine wichtige Herausforderung – keine Frage.

Jenny Pleinen/Lutz Raphael

Zeithistoriker in den Archiven der Sozialwissenschaften

Erkenntnispotenziale und Relevanzgewinne für die Disziplin

1. Nebenwirkungen und Folgekosten aktueller Neuorientierungen: der Stand der Debatten

In den letzten beiden Jahrzehnten hat sich die Zeitgeschichte erheblich gewandelt: Die Hinwendung zur gegenwartsnahen Zeitgeschichte, der Boom der transnationalen Geschichte und schließlich der Aufstieg der Globalgeschichte haben neue Themenfelder und Problemlagen auf die Tagesordnung gesetzt. Zugleich sind Leitfragen und Grundorientierung dieses Teilfaches neu diskutiert worden: Hans Günter Hockerts' Vorschlag, Zeitgeschichte als Problemgeschichte der Gegenwart oder genauer als „Vorgeschichte gegenwärtiger Problemkonstellationen"[1] zu denken, ist auf fruchtbaren Boden gefallen und inspiriert viele aktuelle Studien gerade zur jüngsten Vergangenheit Deutschlands.

Auffällig ist, dass bei aller Erneuerung der Problembezüge, Themenauswahl und Theoriekonzepte Fragen der Methoden, konkret Fragen der Erschließung und Auswertung neuer zeithistorischer Dokumente, in den Debatten des Faches nur eine geringe Rolle spielen. Das ist umso erstaunlicher, als der Eintritt der Zeitgeschichte in die „Welt der Sozialwissenschaften" inzwischen breiter diskutiert wird. So haben Rüdiger Graf und Kim Christian Priemel vor zwei Jahren in dieser Zeitschrift eine Lanze für einen reflektiert-kritischen Umgang der Zeithistoriker mit den allgegenwärtigen Spuren sozialwissenschaftlicher Forschung gebrochen. Ihr engagiertes Plädoyer für die Verteidigung der historisch-kritischen Methode archivgestützter Quellenlektüre und gegen leichtfertige Übernahmen von und

[1] Hans Günter Hockerts, Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder, in: Historisches Jahrbuch 113 (1993), S. 98–127, hier S. 124.

VfZ 2/2014 © Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH 2014 DOI 10.1515/vfzg-2014-0010

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Anlehnungen an sozialwissenschaftliche Deutungen und Daten bietet einen hervorragenden Ausgangspunkt für die folgenden Überlegungen[2].

Aus unserer Sicht produziert die etablierte Arbeitsteilung zwischen Sozialwissenschaften und Zeitgeschichte unerfreuliche Nebenwirkungen: Sie macht Zeithistoriker langsam aber sicher zu methodisch ahnungslosen Nutzern sozialwissenschaftlicher Zahlen – zumal sogenannter Indikatoren, also von Daten, die ihrerseits angeblich für komplexe soziale Sachverhalte stehen und soziale Trends präziser abbilden. Daraus ergeben sich gleich mehrere Gefahren für die Zeitgeschichte. Sie vermag in den meisten Fällen keine neuen Zahlen mehr zu produzieren und sieht sich bestenfalls in der Lage, unterschiedliche Befunde der zeitgenössischen Sozialforschung und amtlichen Statistik nebeneinander zu stellen und zu kommentieren. Überraschungen sind nur noch dort zu Tage zu fördern, wo Zahlen zurückgehalten, gar bewusst gefälscht worden sind, und dies von Zeithistorikern in neu zugänglichen Archiven entdeckt wird. Solche Sachverhalte gibt es natürlich, aber sie bestimmen nicht unseren Alltag. Wer sich mit der jüngsten Vergangenheit demokratischer Gesellschaften beschäftigt, kann auf eine Vielzahl bereits zeitgenössisch frei verfügbarer Informationen zu den verschiedensten Sachverhalten zurückgreifen, die entsprechenden Überlieferungen in staatlichen oder privaten Archiven sind hinsichtlich ihres Quellenwertes in vielen Fällen ebenbürtig. So sind etwa in den westeuropäischen Ländern weder zeitgenössische Statistiken zur Arbeitslosigkeit noch zur Migration gezielt „gefälscht" worden. Trotzdem ist bekannt, dass die verfügbaren Zahlenreihen in beiden Fällen notorisch unzuverlässig sind und vielfach Schätzungen das letzte Wort bleiben, das die zeitgenössischen Sozialforscher oder die methodisch gewieften Zeithistoriker zu sagen haben.

Graf und Priemel kritisieren in ihrem Beitrag die immer noch vorherrschende Gewohnheit von Zeithistorikern, die Ergebnisse zeitgenössischer empirischer Sozialforschung als bare Münze zu nehmen. In einem scharfsinnigen Beitrag hat Benjamin Ziemann darauf hingewiesen, dass diese Einstellung gewissermaßen das Erbe jener kurzen „Romanze" zwischen Geschichte und Sozialwissenschaften sei, von der vor allem die Sozialgeschichte nachhaltig geprägt wurde[3]. Man nutzte gern und gläubig die Theorien und Sozialdaten der zeitgenössischen Sozialwissenschaften. So ist eine Form der Arbeitsteilung entstanden, die beides, das Feld der Makrotheorie und die quantifizierende Forschung, den Sozialwissenschaften überlässt und die Zeithistoriker in scheinbarer Sicherheit wiegt. Sie vertrauen in der Regel und in Kenntnis eigener Unzulänglichkeit auf die Qualitätsarbeit der in den quantitativen Methoden besser ausgebildeten Kolleginnen und Kollegen. Die Hinwendung auch der Zeitgeschichte zu kulturgeschichtlichen Fragestellungen hat

[2] Vgl. Rüdiger Graf/Kim Christian Priemel, Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin, in: VfZ 59 (2011), S. 479–508, hier S. 479.

[3] Vgl. Benjamin Ziemann, Sozialgeschichte und Empirische Sozialforschung. Überlegungen zum Kontext und zum Ende einer Romanze, in: Pascal Maeder/Barbara Lüthi/Thomas Mergel (Hrsg.), Wozu noch Sozialgeschichte? Eine Disziplin im Umbruch, Göttingen 2012, S. 131–149.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

diesen Trend noch weiter verstärkt. Erst in jüngster Zeit lassen sich gegenläufige Tendenzen beobachten[4]. Sie weiter zu stärken, ist Ziel unseres Beitrags.

Graf/Priemel weisen darauf hin, dass die zeitgenössischen sozialwissenschaftlichen Kategorien radikaler als bislang zunftüblich historisiert werden müssen. Sie machen vor allem darauf aufmerksam, dass viele dieser Kategorien aufgrund naiver Gläubigkeit oder bequemer Hinnahmebereitschaft unreflektiert bis in die Gegenwart fortwirken und in die Darstellungen der Zeithistoriker einsickern. Die Beispiele, die sie nennen, sind schlagend: „Strukturwandel", „Tertiarisierung" und „Risikogesellschaft" sind keine harmlosen soziologischen Neologismen, sondern Splitter voraussetzungsvoller Gesellschaftstheorien und Trendbehauptungen.

Graf/Priemel formulieren den methodischen Imperativ höchster Wachsamkeit im Umgang mit sozialwissenschaftlichen Theorien und Zeitdiagnosen und bringen so die zeitgeschichtliche Theoriedebatte auf die Höhe des Konstruktivismus. Ohne kritische Begriffsgeschichte im Werkzeugkasten der historisch-kritischen Methode, die die Entstehungskontexte solcher sozialwissenschaftlichen Begriffe und die Konflikte um ihre Nutzung zur Beschreibung der sozialen Welt aufarbeitet, ist keine Zeitgeschichte mehr möglich – so lässt sich die Argumentation von Graf und Priemel zusammenfassen. Zeitgeschichte müsse also immer auch kritische Geschichte der Wissenschaften und ihrer Positionen in den politisch-moralischen Kämpfen um die Benennungsmacht des Sozialen sein.

Das ist ein hoher Anspruch, der zweifellos nur arbeitsteilig einzulösen ist. Glücklicherweise hat sich bereits eine sehr fruchtbare kritische Wissenschaftsgeschichte etabliert, die vorrangig an zeitgeschichtlichen Themen arbeitet. Es lohnt sich, einen Augenblick innezuhalten und die Folgen dieses Konstruktivismus zu bedenken. Eine Option schlagen Graf und Primel vor: den Filter der sozialwissenschaftlichen Begriffe auszubauen und selbst die Tatsachen der Vergangenheit mithilfe klassischer Archivarbeit zu rekonstruieren. Zeitgeschichtliche Synthesen wiederum sollten sich also nach vollbrachter Historisierung und Dekonstruktion sozialwissenschaftlicher Zeitdiagnostik auf genuin zeithistorische Forschungen stützen. Das ist genau betrachtet der alte Traum eines streng disziplinären, damit aber auch geschlossenen Forschungszusammenhangs, in dem die so konstruierte jüngere Vergangenheit allein legitimer Gegenstand der Zeitgeschichte wäre und die wilden und methodisch leichtfertigen bzw. oberflächlichen Anleihen bei den Sozialwissenschaften endlich wieder verschwinden würden. Um 1900 entsprach die Geschichtswissenschaft in etwa diesem Modell, Teile der Zeitgeschichte haben es bis in die jüngste Vergangenheit bewahren können. Der Preis dieser Selbstgenügsamkeit ist bekannt: Er führte zu einer Verweigerungshaltung gegenüber den damals neuen Sozialwissenschaften und einem generellen Misstrauen gegen-

[4] Als Beispiel ist hier die Studie von Thomas Raithel, Jugendarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik. Entwicklung und Auseinandersetzung während der 1970er und 1980er Jahre, München 2012, anzuführen, in der die amtlichen Zahlen einer sorgfältigen kritischen Analyse unterzogen werden.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

über Theorien und bestätigte das „trivialpositivistische“[5] Selbst(miss)verständnis des Faches. Vor allem jedoch bestärkte es die Vorbehalte gegenüber einer Neujustierung des Quellenbegriffs. Die intellektuellen Kosten dieser institutionell erfolgreichen Stabilisierung wurden schon in den 1920er Jahren sichtbar und erst mit den heterodoxen Neuorientierungen überwunden, die eine Öffnung hin zu den Humanwissenschaften, eine Erweiterung des Quellenkonzepts von den „Texten“ zu den „Spuren“[6] und eine problemorientierte Forschungspraxis bewirkten.

Ein zweiter Ausweg wäre die Steigerung der konstruktivistischen Kritik an den Makro-Modellen und Großtheorien der Sozialwissenschaften und deren Entlarvung als Bestandteile einer umfassenderen Ideologie der westlichen Moderne mit ihren Eindeutigkeiten, linearen Trends und normativen Zumutungen universaler Modelle. Dies würde die Zeitgeschichte für die Diskurse der „post-colonial studies“ weiter öffnen und die dort bereits längst bekannten Aporien der Vernunftkritik und eines radikalen Skeptizismus gegenüber geschichtswissenschaftlicher Forschung auch für die davon bislang weitgehend verschonte Zeitgeschichte auf die Tagesordnung setzen.

Diese beiden Optionen sind weder die attraktivsten noch die einzig verfügbaren, denn immerhin besteht ja auch die Möglichkeit, die notwendige kritische Historisierung sozialwissenschaftlicher Begriffe und Theorien mit einem zweiten Schritt zu verbinden, nämlich mit weiterführender eigener Theorie- und Begriffsbildung. Jedenfalls wird spätestens dann, wenn es darum geht, Einzelbefunde der Forschung zusammenzufügen, Kontexte sichtbar zu machen und zu plausibilisieren, die „Theoriebedürftigkeit“[7] der Zeitgeschichte nicht geringer, sondern angesichts der Destruktion einfacher Großerklärungen nur umso stärker. Dieser Theoriebezug ist jedoch einer, der nur dann ohne die üblichen Verkennungseffekte auskommt, wenn er mit einer entsprechenden Methodenkenntnis einhergeht, die es auch dem Historiker ermöglicht, die gesamte Produktionskette seiner Forschungen als eine kontinuierliche Konstruktionsarbeit mit Hilfe von Begriffen und Theorien zu reflektieren.

2. Von der Historisierung eines sozialwissenschaftlichen Konstrukts zur Rekonstruktion eines zeithistorischen Forschungsproblems: der „Wertewandel“

Die Kontroversen um den angemessenen Umgang der Zeitgeschichte mit den zeitgenössischen Kontroversen um den sogenannten „Wertewandel“ bieten ein

[5] Otto G. Oexle, Die Geschichtswissenschaft im Zeichen des Historismus. Bemerkungen zum Standort der Geschichtsforschung, in: Historische Zeitschrift 238 (1984), S. 17–55, hier S. 36.

[6] Marc Bloch ist ein exemplarischer Vertreter dieses Umbruchs; vgl. hierzu neben vielen anderen Beiträgen: Carlo Ginzburg, Mentalität und Ereignis. Über die Methode bei Marc Bloch, in: Ders., Spurensicherung. Die Wissenschaft auf der Suche nach sich selbst, München 1988, S.126–148; Ulrich Raulff, Ein Historiker im 20. Jahrhundert: Marc Bloch, Frankfurt a. M. 1995, S. 66–180.

[7] Vgl. Reinhart Koselleck, Über die Theoriebedürftigkeit der Geschichtswissenschaft, in: Ders., Zeitschichten. Studien zur Historik, Frankfurt a. M. 2003, S. 298–316 (zuerst 1972).

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

hervorragendes Beispiel, um zu erläutern, worum es geht, wenn für eine Erweiterung der historisch-kritischen Methode in Zeiten der sozialwissenschaftlichen Selbstbeobachtung geworben wird. Die Zeitgeschichte beschäftigt sich seit einigen Jahren mit dem Phänomen des „Wertewandels", der die Gesellschaft in den 1970er und 1980er Jahren in Atem hielt. Graf/Priemel und Ziemann haben kritisch angemerkt, dass Historiker, die sich für die unter diesem Etikett verhandelten Sachverhalte interessieren, die Forschungsergebnisse der Wertewandelforschung weitgehend unkritisch übernahmen, ohne sich in der Regel um die Details der zeitgenössischen sozialwissenschaftlichen Diskussion zu kümmern, geschweige denn der methodischen Kritik nachzugehen und die Beschäftigung mit dem dekonstruierten Artefakt „Wertewandel" einzustellen[8].

Eine Sektion auf dem Mainzer Historikertag im September 2013 bot Gelegenheit, die Möglichkeiten einer zeitgeschichtlichen Annäherung an den Themenkomplex auszuloten. Wie kaum anders zu erwarten, waren die Zugriffe und Ergebnisse der einzelnen Beiträge unterschiedlich. Allen gemeinsam jedoch war die Überzeugung, es müsse Aufgabe der Zeitgeschichte sein, die beiden Ebenen der historischen Analyse – die Gegenstände der Wertewandelforschung (1. Ordnung) und die Wertewandelforschung (2. Ordnung) – sorgfältig auseinanderzuhalten[9]. Offensichtlich am leichtesten fiel allen Beiträgern die wissenschaftsgeschichtliche Rekonstruktion der Wertewandelforschung. So konnten Isabel Heinemann, Christopher Neumaier und Jörg Neuheiser zeigen, wie die politischen Auseinandersetzungen in der BRD und den USA um Arbeitsmoral, Familienbilder, Eheprobleme die in den 1960er Jahren einsetzende Wertewandelforschung politikwissenschaftlicher und soziologischer Provenienz prägten[10]. Neuheiser wies in seinem Sektionsbeitrag zu „Kontinuität und Wandel in den westdeutschen Einstellungen zu Arbeit und Arbeitslosigkeit seit 1945" darauf hin, dass es in der Bundesrepublik zu einer engen Koppelung zwischen parteipolitischem Agenda Setting und sozialwissenschaftlicher Forschung kam. Angesichts der polemisch-programmatischen Warnung der CDU-nahen Demoskopin Elisabeth Noelle-Neumann im Sommer 1975 vor dem Verfall der „Arbeitsmoral" rea-

[8] Vgl. Graf/Priemel, Zeitgeschichte, S. 486–488; Ziemann, Sozialgeschichte, in: Maeder/Lüthi/Mergel (Hrsg.), Wozu noch Sozialgeschichte, S. 138.

[9] Vgl. Andreas Rödder, Wertewandel als Gegenstand historischer Forschung. Einleitung zur Sektion „Gab es den Wertewandel". Historikertag in Mainz, 27. 9. 2012, jetzt ausführlich ders., Wertewandel in historischer Perspektive. Ein Forschungskonzept, in: Bernhard Dietz/Christopher Neumaier/Andreas Rödder (Hrsg.), Gab es den Wertewandel? Neue Forschungen zum gesellschaftlich-kulturellen Wandel seit den 1960er Jahren, München 2014, S. 17–39.

[10] Vgl. Isabel Heinemann, American Family Values and Social Change: Gab es den Wertewandel in den USA?, in: Ebenda, S. 269–284; Jörg Neuheiser, Der „Wertewandel" zwischen Diskurs und Praxis. Die Untersuchung von Wertevorstellungen zur Arbeit mit Hilfe von betrieblichen Fallstudien, in: Ebenda, S. 141–168; Christopher Neumaier, Von der bürgerlichen Kernfamilie zur Pluralität familialer Lebensformen? Zum Wandel der Familienwerte in Westdeutschland in den 1960er und 1970er Jahren, in: Frank Bösch/Martin Sabrow (Hrsg.), ZeitRäume. Potsdamer Almanach des Zentrums für Zeithistorische Forschung 2012/2013, Göttingen 2013, S. 133–144,

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gierte die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung prompt ebenfalls mithilfe der Demoskopie. Sie suchte und fand Expertenrat bei InfraTest und deren Projektgruppe „Politische Einstellungen", die den Wertewandel als „überfällige Anpassung an eine veränderte Realität" deutete[11]. 1976 folgte dann bereits die vom Innenministerium angestoßene und finanzierte Studie von Peter Kmieciak (unter der Leitung von Helmut Klages) zum Wertwandel[12]. Politische Interessen gingen also in einem erheblichen Umfang in die Art der Fragestellung ein und gaben dementsprechend auch die Richtung der Antworten in der sozialwissenschaftlichen Forschung vor.

Der politisch vielleicht folgenreichste Effekt dieser Kooptation der Wertewandelforschung in das erweiterte Feld der Politikberatung entwickelte sich dann in den 1980er Jahren: Ob in Gestalt der Theorien von Ronald Inglehart, Klages oder Noelle-Neumann[13] – die politikwissenschaftliche Forschung trug dazu bei, den politischen Streit um unterschiedliche Einstellungen zu Fragen der Familien- oder Arbeitspolitik als Ausdruck generationsspezifischer Sozialisationseffekte und kollektiver Wohlstandszuwächse zu deuten. Damit wurde der politische Richtungsstreit als Symptom eines alle westlichen Länder erfassenden Modernisierungsprozesses[14] verstanden und als quasi natürlicher sozialer Trend neutralisiert. Dieser Theorie-Effekt fiel in der bundesrepublikanischen Politik auf fruchtbaren Boden, lieferte er doch den Volksparteien plausible Hinweise darauf, im Kampf um die wahlentscheidende politische „Mitte" ihr Glück nur ja nicht in konfrontativen Auseinandersetzungen um Werte zu suchen. Gerade in der westdeutschen Wertewandelforschung wandte sich denn auch ein Teil der Forscher von dem bewusst eindimensionalen, bipolaren Beschreibungsversuch Ingleharts (post- versus materialistische Werte) ab. Klages' Theorie der „Wertsynthese", also der Kombination unterschiedlicher politischer Präferenzen (z. B. wirtschaftliche Stabilität und mehr Partizipation), passte in jeder Hinsicht ideal in die Logik der bundesrepublikanischen Politik. Dem in seinen Wertepräferenzen flexiblen Mehrheitstypus des „Realisten" boten die Parteien entsprechende Profile an.

Die sozialwissenschaftliche Erfindung des „Wertewandels" war also in der Bundesrepublik zugleich auch ein Beitrag zu den politischen Kämpfen um die übergreifende Einordnung der vielfältigen Kontroversen über Fragen der Lebensführung und die Neugestaltung rechtlicher Normen zu Sexualität, Familie, Ehe sowie zum Arbeitsleben. Der „Wertewandel" als Theorem erweist sich somit in der

[11] Jörg Neuheiser, Wo ist der „Wertewandel"? Kontinuität und Wandel in den westdeutschen Einstellungen zur Arbeit und Arbeitslosigkeit seit 1945, paper zur Sektion „Gab es den Wertewandel". Historikertag in Mainz, 27. 9. 2012, S. 7 u. S. 8. Dieser Abschnitt ist nicht enthalten in dem in Anmerkung 10 zitierten Beitrag von Neuheiser.

[12] Vgl. Peter Kmieciak, Wertstrukturen und Wertwandel in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 1976.

[13] Zu Noelle-Neumann vgl. die Studien von Norbert Grube, Seines Glückes Schmied? Entstehungs- und Verwendungskontexte von Allensbacher Umfragen zum Wertewandel 1947–2001, in: Dietz/Neumaier/Rödder (Hrsg.), Wertewandel, S. 95–120.

[14] Vgl. Ronald Inglehart, The silent revolution: Changing values and political styles among Western publics, Princeton/NJ. 1977.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

historischen Analyse 2. Ordnung im Wesentlichen als Kind bereits laufender „culture wars", wie die gängige Bezeichnung der US-amerikanischen Zeitgeschichtsforschung lautet. Bei den Konflikten ging es um die Infragestellung bis dahin fraglos akzeptierter Regelungen der Beziehungen zwischen den Geschlechtern, innerhalb der Familien, in Unternehmen, von Bürgern und staatlichen Institutionen.

Ihre weitere Existenz verdankte diese Forschungsrichtung in erheblichem Maße ihrer erfolgreichen Institutionalisierung auf europäischer und schließlich auch internationaler Ebene. Den Anfang machte die europäische Kommission bereits 1973, als sie das von Inglehart entworfene Set an Einstellungsfragen in die regelmäßige Meinungsumfrage des Eurobarometers übernahm. Zwischen 1980 und 2000 war dieses Befragungsset auch Bestandteil der Allbus-Datenerhebung in der Bundesrepublik. Schließlich etablierte sich seit 1981 der World Value Survey mit entsprechenden Fragen zum Wertewandel. In allen drei Fällen setzte sich das Erhebungsinstrumentarium der Inglehart-Schule durch, sie konnte damit vor allem auf international vergleichender Ebene ihre dominante Stellung in dem sich dynamisch entwickelnden neuen Forschungsfeld behaupten.

Anzumerken bleibt, dass die Methodendebatte um die Aussagekraft der Befragungsergebnisse, um Messfehler und Inkonsistenzen der Frageitems, schließlich um die Frage nach Schwächen in den Theoriemodellen innerhalb der Sozialwissenschaften von Anfang an kontrovers geführt worden ist und weiter geführt wird. So ist eine umfangreiche Forschungsbibliothek entstanden, zu der die unterschiedlichen Fachdisziplinen beitrugen, von denen die Politikwissenschaft die Vorherrschaft errang[15]. Es etablierte sich ein interdisziplinäres internationales Forschungsfeld, das sich um zwei Probleme drehte: Erstens blieb das Konzept der Werte umstritten. Dies betraf vor allem die Frage, wie der Zwang zur Prioritätensetzung zwischen einzelnen Orientierungen zu gewichten sei. Anhänger einer sogenannten „Wertesynthese" betonten die individuelle Kombination unterschiedlicher Einstellungen (zum Beispiel Einkommenssicherung und Selbstentfaltung), während ihre Kritiker an einem inzwischen zweiachsigen Wertekonflikt festhalten: konformistisch versus individualistisch, altruistisch versus egoistisch (nach Schwartz) bzw. traditionell-religiöse versus säkular-rationelle Werte, Überlebenswerte versus Entfaltungswerte. Zweitens scheiden sich auch an der für das Design der Fragebögen elementaren Entscheidung, ob ein strenges Ranking oder ein offeneres Rating-Verfahren für die unterschiedlichen Fragen zu wählen sei, die

[15] Einen Überblick bieten Karl-Heinz Hillmann, Zur Wertewandelforschung. Einführung, Übersicht und Ausblick, in: Georg W. Oesterdiekhoff/Norbert Jegelka (Hrsg.), Werte und Wertewandel in westlichen Gesellschaften. Resultate und Perspektiven der Sozialwissenschaften, Opladen 2001, S. 15–39, und Christian Welzel, Werte- und Wertewandelforschung, in: Viktoria Kaina/Andrea Römmele (Hrsg.), Politische Soziologie: Ein Studienbuch, Wiesbaden 2009, S. 109–139; vgl. auch jüngst die Beiträge von Rödder, Wertewandel, in: Dietz/Neumaier/Rödder (Hrsg.), Wertewandel, von Helmut Thome, Wandel gesellschaftlicher Wertvorstellungen aus der Sicht der empirischen Sozialforschung", in: Ebenda, S. 41–68, und von Ernest Albert, Wertzustimmung und Wertbedeutung. Fortschritte und Desiderata sozialwissenschaftlicher Survey-Wertforschung, in: Ebenda, S. 69–94.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Geister der Community. Insgesamt sind die Theoriebezüge, die in diesem Feld als Hintergrundannahmen für die Plausibilisierung der eigenen Wertkonzepte genutzt werden, breiter und vielfältiger geworden, ohne dass von einem Konsens in der Forschung oder einer Klärung der grundlegenden methodischen und theoretischen Probleme gesprochen werden könnte[16].

Dabei haben sich das methodische Vorgehen, die Kritik der theoretischen Modelle und die Kontrolle der Frage-Items gegenüber den 1970er Jahren stark ausdifferenziert. „Wertewandel" ist in diesem Sinn als ein wichtiges Teilphänomen des Wandels institutioneller und epistemischer Grundlagen internationaler Politik – parallel etwa zum Aufstieg des Human Development Index – zu verstehen. Hierzu liegen unseres Wissens noch keine zeitgeschichtlichen Forschungen vor. Die Wertewandeltheorie stellt aber zugleich einen Musterfall für das Weiterleben wissenschaftlich immer wieder totgesagter Makrotheorien dar: Mit dem Inglehart'schen Basismodell überlebte eine bereichsspezifische Konkretisierung der Modernisierungstheorie weitgehend unbeschadet die spätestens seit den 1980er Jahren zu beobachtende Abkehr von dieser Makrotheorie. In der Tat eint diese Fachcommunity allein die Gewissheit, dass es in den 1960er und frühen 1970er Jahren zu massiven Veränderungen in den normativen Orientierungen von Menschen hinsichtlich ihrer persönlichen Lebenswelten und ihrer politischen Leitbilder, also zu einem „Wertewandelschub", kam.

Eine ähnlich komplexe Geschichte ergibt sich beim Blick auf die Auswirkungen der Wertewandelforschung auf die politische Öffentlichkeit. Die Etablierung der Befragungsinstrumente sorgte zunächst einmal dafür, dass sowohl Parteien als auch Medien das Interesse an dieser sozialwissenschaftlichen Grundlagenforschung nicht verloren. Die kontinuierliche Lieferung neuer Zahlenwerte bot Stoff für wahlstrategische Debatten und zeitdiagnostische Reflexionen und Prognosen. Die Wertewandeltheorie war eng verbunden mit der These, dass die in den Jahren des Wirtschaftswunders Heranwachsenden andere Wertorientierungen entwickelt hätten als die älteren Alterskohorten, die noch in Zeiten des Mangels groß geworden waren. Diese Sozialisationsthese traf auf ein wachsendes Interesse der Massenmedien an Differenzen zwischen den Generationen. Die Hypothese, die entscheidenden Weichenstellungen für die Internalisierung politischer Ordnungsmuster („Werte") geschähen während der Jugendjahre, plausibilisierte die bald einsetzenden Bemühungen, den „1968ern" andere Kollektivmentalitäten zuzuschreiben als etwa der „Generation Golf". Das öffent-

[16] Vgl. wichtige Etappen dieser Kontroversen bei Helmut Thome, Wandel zu postmaterialistischen Werten? Theoretische und empirische Einwände gegen Ingleharts Theorie-Versuch, in: Soziale Welt. Zeitschrift für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis 36 (1985), S. 27–59, online verfügbar unter http://ezb.uni-regensburg.de/?2076025; Helmut Klages, Traditionsbruch und Modernisierung. Perspektiven der Wertewandelgesellschaft, Frankfurt a. M. 1992; Ronald Inglehart/Hans-Dieter Klingemann, Dimensionen des Wertewandels. Theoretische und methodische Reflexionen anläßlich einer neuerlichen Kritik, in: Politische Vierteljahresschrift 37 (1996), S. 319–340; Wilhelm Bürklin/Markus Klein/Achim Ruß, Postmaterieller oder anthropozentrischer Wertewandel? Eine Erwiderung auf Ronald Inglehart und Hans-Dieter Klingemann, in: Ebenda, S. 517–536.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

liche Interesse an den Generationen ließ jedoch nach, als der wachsende ökonomische Anpassungsdruck nach der Wiedervereinigung, die ja ihrerseits den „Werteabgleich" zwischen West- und Ostdeutschen in den Mittelpunkt rückte, Fragen nach sozialer Ungleichheit, von Exklusion und Prekarisierung auf die Tagesordnung setzte.

Kann sich der Zeithistoriker nach dieser Beschäftigung mit der Analyse 2. Ordnung beruhigt wieder abwenden[17] und die von der Wertewandel-Forschung bearbeiteten Phänomene als sozialwissenschaftliche „Artefakte" beiseiteschieben? Andreas Rödder und seine Mitarbeiter verneinen dies entschieden: Zeithistoriker dürften die Veränderungen „allgemeiner und grundlegender normativer Ordnungsvorstellungen"[18] ebenso wenig wie andere, mit den Methoden empirischer Sozialforschung leichter und zuverlässiger zu erfassende Massenphänomene keineswegs aus dem schlichten Grund vernachlässigen, dass diese bereits Erkenntnisobjekt zeitgenössischer und damit natürlich auch ein Stück weit zeitgebundener Sozialforschung geworden sind.

Zugespitzt ergibt sich also der Befund, dass zeitgenössische Auseinandersetzungen um „Werte" Zeithistorikern, die sich mit Einstellungen, Meinungen, Habitus oder Bedürfnissen beschäftigen, einen vielversprechenden Zugang zu schwer zu erfassenden Elementen sozialen Wandels ermöglichen. Alle diese Dispositionen und Wahrnehmungen sozialer Akteure sind in den zeitgenössischen Begriff des „Wertes" oder der „Wertorientierung" eingegangen. Die Untersuchung dieser Verbindungen kann die Zeitgeschichte nicht allein den methodisch sehr eingeschränkten, theoretisch vielfach einseitigen, dafür aber mit ihren langfristigen Befragungsdaten leistungsstarken Wertewandelforschern überlassen. Zum einen hatten diese von Anfang an einen Bias für politikrelevante Orientierungen und sie haben ihn immer noch. Ihre Fragestellung blieb auf die Erklärung grundlegender Trends politischer Einstellungen zentriert, wobei nationale Besonderheiten (im europäischen bzw. internationalen Vergleich) und individuelle Differenzierungen der als Wählerschaft gedachten Bevölkerung im Mittelpunkt standen und stehen. Nur in begrenztem Ausmaß hat sich die bisherige Wertewandelforschung um soziale Konflikte bzw. den Einfluss sozialer Ungleichheit gekümmert. Immerhin liefern ihre Forschungsdebatten aber aufschlussreiche Hinweise für künftige zeithistorische Forschungen. So steht zum Beispiel die Hypothese im Raum, dass Orientierungen an sozialen Notwendigkeiten, an ökonomischer Stabilität und deren politischer Absicherung mit dem Eintritt ins Berufsleben oder nach der Familiengründung zunahmen, während für die dezidiert normativ-idealistischen Werte von Altruismus bis Selbstentfaltung vor allem die Jugendphase und deren Sozialisationsinstanzen prägend seien[19]. Solche Hypothesen laden geradezu dazu ein, zeitgeschichtlich unvoreingenommen geprüft zu werden. Auch

[17] „Die sozialwissenschaftliche Wertewandelforschung stellt jedoch weder ein hilfreiches begriffliches Instrumentarium noch verlässliche Rohdaten für die Zeitgeschichte bereit", in: Graf/Priemel, Zeitgeschichte, S. 488.

[18] Rödder, Wertewandel, in: Dietz/Neumaier/Rödder (Hrsg.), Wertewandel, S. 26 f.

[19] Vgl. Bürklin/Klein/Ruß, Postmaterieller oder anthropozentrischer Wertewandel?

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

die für die Analyse des politischen Feldes formulierte Hypothese, seit den 1970er Jahren sei es zu einer „Rekonfiguration des politischen Konfliktraums“[20] gekommen, als neben den traditionellen Gegensatz von rechts und links entlang der Achsen Markt versus Staat der zweite Gegensatz zwischen Autorität und Libertät getreten sei, sollte den Zeithistoriker aufhorchen lassen. Schließlich muss sich die Zeitgeschichte zumal nach dem Cultural Turn geradezu provoziert fühlen durch die Schlichtheit strukturfunktionaler Hypothesenbildung in der Wertewandelforschung, wenn es etwa im Anschluss an Flanagan[21] heißt, „Werte“ folgten letztlich dem sozio-ökonomischen „Strukturwandel“ der Gesellschaften. Dabei ist diese Annahme genauso unbewiesen wie die Frage, ob von einer internalen Konsistenz von Einstellungen oder nicht doch eher von einem viel elastischeren, offeneren Umgang mit widerstreitenden Wertorientierungen auszugehen sei, letztlich ungeklärt ist. Die sozialwissenschaftliche Forschung hält ein breites Repertoire von Vorschlägen bereit, wie all diese Grundsatzfragen weiter erforscht werden sollten.

Die Zeitgeschichte kommt also nicht umhin, selbst Kategorien zu „erfinden“ und sie in plausible Begründungszusammenhänge sowie Theorien einzubinden, wenn sie sich diesen Gegenständen zuwendet. Sie kann sich weder darauf verlassen, dass die grundlegende Erklärungshypothese hinter der einheitsstiftenden Kategorisierung „Wertewandel“ – es gebe so etwas wie eine strukturelle Koppelung der Veränderungstendenzen in den unterschiedlichen Sphären der westlichen Gesellschaften – zutrifft, noch kann sie den „Wertewandel“ – nunmehr verstanden als Metapher für komplexe, aber wechselseitig miteinander verbundene Veränderungen in Dispositionen und Einstellungen – als eine Art wissenschaftsgenerierte Ideologie abtun.

Der Weg in die Labore der Sozialwissenschaftler und Meinungsforscher führt also mitnichten, wie erhofft, zu einem eindeutigen Ergebnis, denn die Historisierung fördert ambivalente Ergebnisse zu Tage: das Thematisierungsformat „Wertewandel“ ist zweifellos das Ergebnis sozialwissenschaftlich-historisierender Selbstbeobachtung der zeitgenössischen Gesellschaften, es ist aber auch mit allen Problemen behaftet, die sich daraus ergeben. Als Ausweg aus dem Dilemma bietet sich wiederum der Weg an, den Graf/Priemel im Sinn haben: die konkrete zeithistorische Forschungsarbeit auf breiter Datengrundlage, wozu auch die kritisch dekonstruierten Befragungsdaten gehören. Der Wertewandel bedarf der sozialhistorischen Präzisierung. Sowohl die Familiengeschichte als auch die Geschichte der Arbeit bieten weitere Einstiegspunkte hierfür, da so zentrale Elemente des Alltagslebens der großen Mehrheit der Bevölkerung erfasst und handlungsleitende Dispositionen in ihrem Alltagsvollzug untersucht werden können. Das Quellenmaterial ist breit und reicht von Scheidungsakten, Tagebüchern, zeitgenössischen sozialwissenschaftlichen Forschungsdokumenten wie Interviews und

[20] Welzel, Werte- und Wertewandelforschung, in: Kaina/Römmele (Hrsg.), Politische Soziologie, S. 133 f.

[21] Vgl. Scott C. Flanagan, Value change in Industrial Societies, in: American Political Science Review 81 (1987), S. 1303–1319.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Befragungsergebnissen bis zur Ebene der quasi offiziellen Verhandlungen über das in Medien und Politik Sagbare.

Auch in den Archiven der Industriesoziologie liegt Forschungsmaterial von erheblichem Umfang, das Einblicke in die Berufserfahrungen und Bewertungen von Arbeit ermöglicht. Ein Beispiel hierfür sind die Interviews, die ein Projekt des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts Göttingen (SOFI) zwischen 1996 und 1997 in 12 Groß- und Mittelbetrieben der Automobil-, Elektro-, Maschinenbau-, Luftfahrt- und Stahlbauindustrie mit jungen Facharbeitern und Facharbeiterinnen, die sich während oder kurz nach ihrer Ausbildungsphase befanden, durchgeführt hat[22]. Die Antworten der in den späten 1980er und 1990er Jahren sozialisierten Facharbeiter bestätigen den von Neuheiser in seinem Beitrag zu Werthaltungen von Arbeitern bei Daimler/Benz in den 1970er Jahren beschriebenen Befund, dass die Orientierung an Beruf und fachlich „guter" Arbeit die Welt industrieller (Fach)arbeiter viel stärker prägte als vermutete neue „postmaterialistische" Werte[23]. Die Interviews lassen erkennen, in welchem Maße das duale Ausbildungssystem von den Facharbeitern als Chance wahrgenommen und genutzt wurde, eine eigenständige Berufswahl zu treffen, Selbständigkeit und Anerkennung zu erlangen und eine in der Schule häufig versäumte oder verweigerte Leistungsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Gleichzeitig wird deutlich, in welch hohem Maße das Standes- oder Sonderbewusstsein älterer Facharbeiter – immer noch, wie die eher überraschten zeitgenössischen Soziologen formulierten – von dieser Generation angenommen und reproduziert worden ist[24]. Qualitative wie quantitative Forschungsergebnisse der Industriesoziologie aus den 1980er Jahren legen wiederum nahe, dass in diesem sozialen Kontext arbeitsplatzbezogene Dispositionen viel größere Konstanz zeigen als die Befragungswerte der Wertewandelforschung[25].

Schließlich bedarf der Wertewandel auch einer ideengeschichtlichen Präzisierung, da seit den 1960er Jahren in den westlichen Industrieländern eine zunehmende Pluralität der Orientierungen von Individuen und sozialen Gruppen bzw. politischen Kollektiven hin zu größerer Demokratisierung sowie zur Liberalisierung von Ordnungsvorstellungen zu beobachten ist. Die daran beteiligten Ideenkonglomerate ganz unterschiedlicher Herkunft wurden zwischen 1965 und 1975 vielfach noch durch eine gemeinsame anti-autoritäre Stimmung zusammengehalten. Als deren zumindest oberflächlich einende Wirkung während der 1980er Jahre nachließ, drifteten sie deutlich auseinander. Gerade die unterschiedlichen Entwicklungsdynamiken und Richtungen in den verschiedenen westlichen De-

[22] Vgl. die Zusammenfassung der Ergebnisse bei Peter Kupka, Lebenslang oder Übergang? Berufspläne junger Facharbeiter, in: Diskurs. Studien zu Kindheit, Jugend, Familie und Gesellschaft 8 (1998/99), S. 18–27.

[23] Vgl. Neuheiser, „Wertewandel" zwischen Diskurs und Praxis, in: Dietz/Neumaier/Rödder (Hrsg.), Wertewandel, S. 141–168.

[24] Bestand: Facharbeiter-Studie, in: Archiv des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts Göttingen.

[25] Vgl. Lothar Lappe, Berufsperspektiven junger Facharbeiter. Eine qualitative Längsschnittanalyse zum Kernbereich westdeutscher Industriearbeit, Frankfurt a. M. 1993.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

mokratien und zumal die wachsenden Unterschiede zwischen den USA und Westeuropa legen nahe, dass der Möglichkeitsraum des politisch-weltanschaulich Sagbaren sich ganz unterschiedlich entwickelte. Dies veränderte wiederum die konkreten Bedeutungskontexte und die Bedeutungsnähe von „Werten" untereinander: ein weites Feld für die inzwischen längst interdisziplinäre Begriffsgeschichte bzw. historische Semantikforschung.

3. Wege aus dem Gestrüpp der amtlichen Zahlen: Von der Ausländerstatistik zur Migrationsgeschichte

In der Regel sucht der Zeithistoriker Schutz und Sicherheit bei der amtlichen Statistik und deren (Massen-)Daten, wenn er sich Problemkonstellationen an der Schnittstelle von Gesellschaft, Kultur und Politik zuwendet, wenn es also um „Sozialstruktur", „sozialen Wandel" oder ähnliches geht. Gerade auf diesem Feld bietet die amtliche Statistik vermeintlich rasche Orientierung. Dass Kategorien wie die des Arbeitslosen oder des Ausländers soziale Konstrukte sind, weiß jeder Zeithistoriker – dieses Wissen hilft jedoch kaum weiter, wenn Forscher bei einer näheren Beschäftigung mit dem Thema der Zuwanderung oder der Arbeitslosigkeit mit den statistischen Konsequenzen solcher Kategorisierungen konfrontiert sind. Der eher allgemeinen Dekonstruktion muss eine sorgfältige quellenkritische Analyse von Arbeitslosen- oder Ausländer-Statistiken folgen, die den Zeithistoriker wieder in engen Kontakt mit Sozialwissenschaftlern bringt. Die Verwendung amtlicher Migrationsstatistiken mag das Grundproblem verdeutlichen: Die amtliche Ausländerstatistik geht weitgehend starr von der Bezugsgröße des Staatsgebiets aus und zählt von Behörden registrierte Zu- und Abzüge von Personen, die eine andere Staatsangehörigkeit haben. Die methodischen Anmerkungen von Elisabeth Beck-Gernsheim zur bundesdeutschen Ausländerstatistik aus dem Jahr 2002 weisen den Weg. Sie zeigt, wie die engen administrativ-nationalstaatlichen Erhebungen sozialer Tatbestände, die sogenannte Ausländer betreffen, zu einem systematisch verzerrten Bild von Lebensrealitäten einer in sich sehr heterogenen Bevölkerungsgruppe führen, deren gemeinsames Merkmal gerade darin liegt, dass sie grenzüberschreitenden Lebenszusammenhängen angehören und in „transnationalen Sozialräumen" leben. Die amtlichen Zahlen leisten hingegen einem methodischen Nationalismus Vorschub, der in Verbindung mit der medialen Berichterstattung viel dazu beiträgt, die Lebenswirklichkeiten von Migranten hinter einem blinden Spiegel scheinbar „harter" Sozialstatistiken verschwinden zu lassen: von den Heiratsstatistiken bis zu den Bildungsabschlüssen und Ausländerzahlen zieht sich die lange Reihe amtlicher Sozialartefakte[26].

Welcher Migrant nun in der amtlichen Statistik unter welcher Kategorie auftaucht, ist wiederum das Ergebnis (in der Regel) komplexer und historisch wechselnder Zählweisen, die vom nationalspezifischen Verständnis der Staatsbürgerschaft geprägt sind. Ob diejenigen, die im Verlauf ihrer Migrationsgeschichte die

[26] Vgl. Elisabeth Beck-Gernsheim, Im Irrgarten der Ausländerstatistik, in: Mittelweg 36 (2002), H. 5, S. 24–40.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Staatsangehörigkeit wechselten und von Aus- zu Inländern wurden, weiterhin als „Migranten/Zuwanderer" erfasst werden oder ob gar ihre Kinder – unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit – in einer gesonderten Kategorie amtlich gezählt werden, ist zum Beispiel in Deutschland, Frankreich oder Belgien während der letzten drei Jahrzehnte ganz unterschiedlich gehandhabt worden. In Frankreich gibt es eine solche Unterscheidung in der Kategorie der „Inländer" nicht. Hier erhielt die zweite und dritte Generation von Einwanderern bereits seit dem späten 19. Jahrhundert die französische Staatsbürgerschaft[27], und diese starke rechtliche Inklusion blieb auch Richtschnur der amtlichen Statistik, als Befürworter eines Rechts auf kulturelle Differenz während der 1970er Jahre die Erfassung des Zuwanderungshintergrunds für wünschenswert hielten[28]. Aber auch diese klare Regel kennt ihre historische Ausnahme: Algerier wurden trotz formaler Gleichstellung zwischen 1945 und 1967 als Franzosen besonderer Art (als „français musulmans") erfasst und ihre bis 1962 in Algerien geborenen Kinder auch nach 1967 noch als Inländer betrachtet, wenn sie nach Frankreich eingewandert waren[29]. Darüber hinaus zeichnete sich das französische Modell durch eine sehr enge Definition des Migranten aus, da tatsächlich nur Angehörige der ersten Generation dazugehörten und dies auch nur bis zur traditionell liberal gehandhabten Einbürgerung.

Als Belgien während der 1980er Jahre sein Staatsangehörigkeitsrecht zugunsten der zweiten Migrantengeneration liberalisierte, änderte es auch seine statistische Erfassung nach französischem Modell: Staatliche Statistiken durften die frühere Staatsangehörigkeit nicht mehr wie bisher berücksichtigen[30]. Diese und weitere Maßnahmen senkten die Ausländerzahl erheblich ab[31]. In der Bundesrepublik hingegen kam es zu einer gegenläufigen Entwicklung; sechs Jahre nach der Öffnung des Staatsangehörigkeitsrechts für Migranten der zweiten Generation änderte der deutsche Staat seine statistische Erfassung und führte neben der staatsangehörigkeitsbezogenen Unterscheidung zwischen Ausländern und Deutschen die neue Kategorie der „Bevölkerung mit Migrationshintergrund" ein. Un-

[27] Vgl. Patrick Weil, Qu'est-ce qu'un Français? Histoire de la nationalité française depuis la Révolution, Paris 2002, S. 67.

[28] Eine negative Bewertung dieser Entwicklung vertritt aus demografischer Perspektive Michèle Tribalat, Faire France. Une grande enquête sur les immigrés et leurs enfants, Paris 1995.

[29] Vgl. Sarah V. Losego, Fern von Afrika. Die nordafrikanischen „Gastarbeiter" im französischen Industrierevier von Longwy (1945–1990), Wien/Köln 2009; Amelia Lyons, The Civilizing Mission in the Metropole: Algerian Families and the French Welfare State, Stanford/CA. 2013.

[30] Vgl. Thierry Eggerickx/Nicholas Perrin/Laurence Thomsin, Les sources statistiques et démographiques sur l'Immigration et les populations étrangères en Belgique du 19ème siècle à nos jours, in: Marco Martiniello/Felice Dassetto/Andrea Rea (Hrsg.), Immigration en Belgique francophone, État des savoirs, Brüssel 2007, S. 43–82.

[31] So wurden Asylbewerber als größte Zuwanderergruppe seit 1988 nicht mehr ins Ausländerregister eingetragen, welches die Grundlage der amtlichen Statistiken bildete, sondern in ein separates Warteregister ausgelagert; vgl. François Gemenne, Belgium, in: Heinz Fassmann/Ursula Reeger/Wiebke Sievers (Hrsg.), Statistics and Reality. Concepts and Measurements of Migration in Europe, Amsterdam 2009, S. 47–65.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ter diese fallen seitdem beim Mikrozensus neben ausländischen Staatsangehörigen auch deutsche Staatsbürger, die seit 1950 eingewandert sind[32]. Die drei Beispiele zeigen, dass sich eine ähnliche rechtliche Situation in einer völlig anderen statistischen Erfassung niederschlagen kann. Deren Ergebnisse (hohe oder niedrige Ausländerstatistiken) wiederum beeinflussten den politischen Diskurs, denn in der Öffentlichkeit bestand ein (immer noch wachsendes) Interesse daran, durch scheinbar seriös berechnete Benchmarks und Indikatoren Gewissheiten über die sozialen Folgen der Zuwanderung zu erlangen.

Eine weitere Blindstelle dieses staatlich präformierten Datenblicks ist offensichtlich: Illegale Migranten kommen in den offiziellen Wanderungsstatistiken nur vor, wenn es den Migranten nicht gelingt, sich der Entdeckung durch den Staat zu entziehen, und dann im Normalfall auch nur als Teil einer verwandten Statistik, die Ausweisungen dokumentiert. Dieses Problem betrifft nicht nur die Einwanderungsländer Westeuropas, sondern beispielsweise auch Italien als lange wichtigstes Auswanderungsland der europäischen Gemeinschaft: Schätzungen zufolge erfasste der italienische Staat während der 1950er Jahre trotz – oder gerade wegen – einer relativ strengen Regulation der Emigration nur weniger als ein Zehntel der Arbeitssuchenden, die das Land in Richtung Bundesrepublik, Belgien oder Frankreich verließen[33]. Die historische Forschung zur illegalen Migration steckt noch in den Anfängen und wird häufig eher von Soziologen und Politologen als von Historikern betrieben[34]. Die wichtigste Methode sind dabei meist qualitative Interviews mit dem Ziel, die Lebensbedingungen der offiziell nicht Existierenden näher zu beleuchten[35]. Alternative Statistiken entstehen aus diesen Ansätzen jedoch häufig nicht und dies gilt weitgehend auch für die historische Migrationsforschung, in deren Kontext die Forderung nach einer Überwindung des methodischen Nationalismus, der aus der Übernahme des staatlichen Blicks auf Migration folgt, bereits seit über zehn Jahren formuliert wird[36]. Eine Möglichkeit, Genaueres zu erfahren, wäre eine Kombination über das Staatsgebiet verteil-

[32] Vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2005 (Fachserie 1, Reihe 2.2), Wiesbaden 2009, S. 5.

[33] Vgl. Clelia Caruso, Eigene Welt? Der transnationale Sozialraum italienischer Arbeitsmigranten in Seraing (1946–1990), Diss., Universität Trier 2010, S. 128. Wie Renate Vollmer, The Informative Value of Migration Statistics on Overseas Migrations (1945–1961). Exemplified for Emigrations from Germany, in: Historical Social Research 17 (1992), H. 2, S. 49–94, gezeigt hat, erweist sich auch die Berechnung der deutschen Emigration nach dem Zweiten Weltkrieg als komplexer als vielfach angenommen.

[34] Siehe jetzt aber Journal of Modern European History 12 (2014), H. 1, zum Thema „Illegal Migration" mit Beiträgen von Manuela Martini / Lutz Raphael, Illegal Mediterranean Migrations to Western Europe after World War II. Introduction, in: Ebenda, S. 80–83, Sandro Rinauro, Émigration illégale des Italiens en France et en Suisse après la deuxième guerre mondiale, in: Ebenda, S. 84–106, Victor Pereira, Les réseaux de l'émigration clandestine portugaise vers la France entre 1957 et 1974, in: Ebenda, S.107–125, und Amelia Lyons, French or Foreign? The Algerian migrants' status at the End of Empire (1962–1968), in: Ebenda, S. 126–145.

[35] Als Beispiel vgl. Insa Breyer, Keine Papiere – Keine Rechte? Die Situation irregulärer Migranten in Deutschland und Frankreich, Frankfurt a. M. 2011.

[36] Vgl. auch Leo Lucassen, Report of the IMIS-Workshop „Paths of Integration: Similarities and Differences in the Settlement Process of Immigrants in Europe, 1880–2000", in: IMIS-Beiträ-

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ter Stichproben, die zumindest eine seriöse Schätzung erlauben würden. Ein solcher Ansatz könnte auf der bisher betriebenen Illegalitätsforschung aufbauen, da eine zentrale Schwierigkeit hier wie dort darin besteht, die „Untersuchungsobjekte" ausfindig zu machen und sie trotz möglicher Risiken zur Kooperation mit der Forschung zu bewegen.

Die staatliche Statistik lässt noch eine zweite Gruppe aus dem Blick geraten: Auch Migranten, die über die entsprechenden Aufenthaltstitel verfügen, ihre Aus- und Einreisen jedoch – sei es absichtlich oder aus Vergesslichkeit – nicht (wie in den Meldegesetzen vorgesehen) bei den Behörden melden, fallen aus dieser Statistik heraus. Die Transnationalismus-Forschung hat in zahlreichen Studien nachgewiesen, dass durch Migration transnationale Sozialräume entstanden, die durch Briefverkehr, Telefon und Internet, aber immer wieder auch durch Aufenthalte von Einzelnen oder ganzen Familien aufrechterhalten wurden. Solche Mobilität wurde (innerhalb der EG/EU nur bis zur Umsetzung des Schengen-Abkommens) an den Grenzen kontrolliert; sie schlug sich jedoch nur bedingt auch in den Akten der lokalen Ausländerbehörden nieder und erreichte deshalb die bundesweiten Statistiken nur in ganz schwacher Form.

Die Lücken und Fehler der amtlichen Ausländerstatistiken lassen sich teilweise durch kollektivbiografische Untersuchungen beheben. Ihr Pozential soll hier exemplarisch vorgeführt werden. Kollektivbiografien waren bis in die 1970er Jahre in Deutschland[37] eher eine Domäne der Alten Geschichte und der Mediävistik; sie wurden seitdem zunehmend auch mit sozialgeschichtlichen Fragestellungen zum 19. und 20. Jahrhundert kombiniert. Alexander Gallus hat 2005 konstatiert, dass die Kollektivbiografie mittlerweile so häufig als Instrument verwendet werde, „dass diejenigen, die sich ihrer bedienen, meist auf ausführliche methodische Reflexionen verzichten"[38]. Tatsächlich hat sich keine einheitliche Auffassung eines kollektivbiografischen Ansatzes herausgebildet, was jedoch weniger an ihrer weiten Verbreitung als vielmehr daran liegt, dass sie sich in Deutschland als eigene Methode nur unzureichend von der wesentlich beliebteren Einzelbiografie abgenabelt hat. Ansätze zu einer methodischen Klärung liegen aber durchaus vor, wobei hier insbesondere die Arbeiten des Zentrums für Historische Sozialforschung in Köln zu nennen sind. Wilhelm Schröder hat bereits 1985 in einer programmatischen Einleitung zu einem von Zentrum veröffentlichten Sammelband darauf hingewiesen, dass diese Methode geeignet sei, sowohl das Allgemeine als

ge, hrsg. vom Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück, H. 22 (2003), S. 117–125.

[37] Lawrence Stone hat die Kollektivbiografie Anfang der 1970er Jahre als Methode der politischen Elitenforschung etabliert und knüpfte dabei an Traditionen der englischen Geschichtswissenschaft der Zwischenkriegszeit an. Vgl. ders., Prosopographie – englische Erfahrungen, in: Konrad H. Jarausch (Hrsg.), Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft. Probleme und Möglichkeiten, Düsseldorf 1976, S. 64–97.

[38] Alexander Gallus, Biographik und Zeitgeschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 55 (2005), H. 1–2, S. 40–46, hier S. 42.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

auch das vom Trend eines Samples Abweichende zu erfassen und somit eine Synthese „objektivierender" und „subjektivierender" Methoden darstellen könne[39].

Gerade wenn man breitere Bevölkerungsschichten mithilfe eines kollektivbiografischen Ansatzes erforschen will, treten die Vorteile eines Analyseverfahrens hervor, das eine Kombination quantitativer und qualitativer Auswertungen erlaubt. Dies soll am Beispiel einer kollektivbiografischen Untersuchung der Lebenssituation von Migranten in der Bundesrepublik verdeutlicht werden: Ausländer erhielten aufgrund ihres rechtlichen Status besonders große staatliche Aufmerksamkeit, und so liegen im günstigen Fall besonders viele interessante Dokumente vor[40], die nach einer systematischen personenbezogenen Erfassung Ausgangspunkt einer kollektivbiografischen Datenbank sein können. Die Aktenüberlieferung in den Ausländerbehörden der Städte und Kreise erweist sich dabei als besonders ertragreich, da in deren Einzelfallakten auch Dokumente anderer Behörden gesammelt worden sind, sofern sie für die Verwaltungsentscheidungen der Behörde von Relevanz sein konnten. Für die Akten der Ausländerbehörde des Kreises Wesel zum Beispiel wurden aus einem Gesamtbestand von 12854 Fallakten zu Ausländern, die zwischen 1910 und 1990 dort gemeldet waren, eine gewichtete Stichprobe von 500 Einzelfallakten erhoben. Für jeden dieser Fälle wurden mithilfe eines übergreifenden Kategorienschemas eine Vielzahl von Informationen systematisch erfasst. Dabei unterschied man drei Informationstypen: Der erste besteht in Daten zur Person, die direkt aus den Quellen übernommen werden konnten. Dabei handelt es sich größtenteils um biografische Kerndaten wie etwa Geburtsdatum, Geburtsort, Familienstand und Kinderzahl. Den zweiten Typ bilden Daten, die durch eine Kombination mehrerer Informationen zustande kommen oder die Quellenaussage an ein äußeres Referenzsystem rückkoppeln. Dazu zählen z. B. Codierungen, die das Einkommen der Person zum Durchschnittseinkommen des jeweiligen Jahres in Beziehung setzen, oder die Berufsangabe in internationale Schemata wie die International Standard Classification of Occupation der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) einordnen. Diese Vorgehensweise erleichtert die spätere Auswertung durch eine inhärente Kontextualisierung, was besonders wichtig ist, wenn die Quellen im Verlauf eines Lebenszyklus oder zwischen mehreren Personen uneinheitliche Bezeichnungen aufweisen oder Angaben nur sporadisch vorkommen. Der dritte Typ besteht in Informationen, die durch eine zuvor erfolgte qualitative Analyse der Quellen entstanden sind.

Durch die Kombination dieser drei Typen stehen Angaben zum beruflichen Werdegang, zum Familienstand, zu Kinderzahl, zu Beruf oder Einkommen, aber auch genuin ausländerrechtliche Informationen wie Aufenthaltserlaubnisse, behördliche Vermerke, Anträge des Antragstellers, Behördenentscheide usw. in

[39] Wilhelm Heinz Schröder, Kollektive Biographien in der historischen Sozialforschung, in: Ders. (Hrsg.), Lebenslauf und Gesellschaft. Zum Einsatz von kollektiven Biographien in der historischen Sozialforschung, Stuttgart 1985, S. 7–17, hier S. 9 f.

[40] Vgl. Jenny Pleinen, Die Migrationsregime Belgiens und der Bundesrepublik seit dem Zweiten Weltkrieg, Göttingen 2012, S. 16 f.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

einem Datenformat zur Verfügung, das sowohl qualitative wie quantitative Auswertungen zulässt[41]. Die kollektivbiografische Erhebung ermöglicht quantitativ vergleichende Aussagen sowohl über die Entwicklung des staatlichen Umgangs mit unterschiedlichen Migrantengruppen als auch über die Strategien der Migranten und ihrer Familien. Gleichzeitig erlaubt es die quellennahe Erschließung der Informationen, auch individuelle Lebensverläufe und Schicksale zu analysieren. Hinzuweisen ist angesichts der starken Vorbehalte vieler kulturgeschichtlich orientierter Zeithistoriker darauf, dass Quantifizierung nicht mit einer groben Simplifizierung einhergehen muss, sondern vielmehr eine Möglichkeit bietet, eine facettenreiche Analyse mit Aussagen über die Relevanz bestimmter Deutungsmuster und ihrer zeitlichen Entwicklung innerhalb des Samples zu kombinieren. Codierungsmöglichkeiten in einer solchen kollektivbiografischen Datenbank sind nicht auf die Ergebnisse qualitativer Textanalyse beschränkt, sondern können auch Situationen oder Konstellationen umfassen, auf denen entsprechend der Fragestellung der Fokus liegt: Möglich sind sowohl eher deskriptive Kategorien wie zum Beispiel Eingreifen von Behörden, Verurteilung oder die situative Bedeutung familiärer Netzwerke als auch theoretisch-analytische wie Inklusionschancen und Exklusionsrisiken. Die Codierung und Quantifizierung solcher Befunde muss die narrative Darstellung ausgewählter Einzelbiografien zudem nicht verdrängen. Solche Einzelfallstudien sind als Tiefenbohrungen innerhalb der Kollektivbiografie sehr nützlich – nicht zuletzt um die verwendeten Indikatoren und ihren situativen Kontext zu veranschaulichen. Sie erhalten sogar eher eine größere Aussagekraft, wenn die Narration mit einer Kontextualisierung innerhalb des Samples und einer klaren Benennung ihrer zahlenmäßigen Dimension einhergeht. Die Aussagekraft der in der Soziologie häufig als methodisches Ideal bezeichneten Zufallsstichprobe[42] lässt sich unter konkreten Archivbedingungen häufig nicht erreichen: Individuelle Fallakten müssen meist bereits unter Angabe der Personalien (Name, Geburtsdatum und Geburtsort) angefordert werden, sodass ein direkter Zugriff auf die Grundgesamtheit nicht möglich ist. Der vermeintliche Zufall einer Zufallsstichprobe würde hier häufig nicht die Repräsentativität des Samples erhöhen, sondern lediglich Logiken der Archivierung nachvollziehen, wenn zum Beispiel eine auf den ersten Blick willkürlich zusammengestellte Kombination nur Akten enthält, die in einem bestimmten Monat an das Archiv abgegeben wurden. Unter solchen Bedingungen ist die Anlage der Stichprobe mittels einer Kombination aus demografischen (Geschlecht, Alter) und quelleninhärenten Kriterien (Aktenanfang, Einkategorisierung der Akte) vorzuziehen. Die Frage, wann ein solches Akteurssample das Gütekriterium der Repräsentativität verdient, ist weder in der Soziologie noch in der Geschichtswissenschaft eindeutig entschieden worden. Angesichts der enormen Quellenmengen, die sowohl staatliche Behörden als auch andere gesellschaftliche Akteure im

[41] Vgl. ebenda, S. 158–315.

[42] Der Vorteil von Zufallsstichproben liegt unter anderem darin, dass allein hier der Fehler zwischen Stichprobe und Grundgesamtheit statistisch berechnet werden kann. Vgl. dazu Rainer Schnell u. a., Methoden der empirischen Sozialforschung, München 2011, S. 259 f.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

20. Jahrhundert produziert haben, stellt sich diese Frage in verschärfter Form. Es ist in der Geschichtswissenschaft aber nicht üblich, Repräsentativität über einen festgelegten numerischen Mindestanteil der Stichprobe an der Gesamtgröße oder ihre Zufälligkeit zu definieren, und häufig wird die Auswahl der ausgewerteten Quellen auch gar nicht als Stichprobe thematisiert. Auch ohne eine fixe Mindestgröße der Stichproben lässt sich jedoch konstatieren, dass die Auswertung großer Fallzahlen – zumindest von mehreren hundert – erhebliche Vorteile für die darauf aufbauenden Kollektivbiografien mit sich bringt: Erstens relativieren sich Verzerrungen, die etwa durch ungleichgewichtige Archivierung oder zufällige Häufungen extremer Einzelfälle entstehen können, bei größeren Fallzahlen. Zweitens lassen größere Samples eine Erweiterung der angewandten Methoden zu – so setzt zum Beispiel eine Clusteranalyse einen ausreichend großen Datensatz voraus, da nur dann sinnvoll zwischen Mustern in Problemlagen, situativen Logiken oder Akteursstrategien auf der einen und zufälligen Häufungen auf der anderen Seite unterschieden werden kann. Eine Clusteranalyse ist allerdings nicht als Alternative zur tiefergehenden qualitativen Analyse einzelner Texte oder zum ordnenden Blick des Forschers auf den gesamten Quellenkorpus zu sehen. Eine auf solchen Daten aufbauende Clusteranalyse kann aber mehrdimensionale Zusammenhänge zutage fördern, die bei einem weniger systematischen Vergleich individueller Lebensläufe nicht auffallen. Bei einer entsprechenden Implementierung der Methode kann der Einsatz aggregierter Daten das „Vetorecht der Quellen" sogar eher stärken. Mit solchen stichprobenbasierten eigenen Statistiken können Historiker die dekonstruierten staatlichen und sozialwissenschaftlichen Makrostatistiken nicht ersetzen. Sie eignen sich aber durchaus, um eine Verknüpfung zwischen Mikro- und Makroebene herzustellen und so soziale Prozesse auf der Akteursebene zu erklären, ohne eine subjektivierende Perspektive einzunehmen, die soziale Strukturen und ihren Einfluss auf individuelle Lebensläufe ignoriert. Gerade die Kombination von Quellen verschiedener Produzenten – neben dem Staat ist beispielsweise an Unternehmen, Gewerkschaften oder die untersuchten Akteure selbst (Interviews, Briefe, Tagebücher) zu denken – verspricht interessante Einblicke in die Entwicklung individueller Lebenszyklen, in Handlungsspielräume und Modi des Umgangs mit externen Zwängen und Risiken. Zeitgeschichtliche Forschungsprojekte stoßen bei der Kombination solcher Quellen allerdings häufig auf datenschutzrechtliche Schwierigkeiten – so müssen sich Forscher, die gegenwartsnahe personenbezogene Quellenbestände einsehen, meist verpflichten, die jeweiligen Personen nicht zu kontaktieren, sodass keine Interviews erfolgen können.

4. Späte Ernten in Nachbars Garten: die Sekundäranalyse qualitativer und quantitativer Daten der Sozialwissenschaften

Die Geschichtswissenschaft weist im Vergleich zur Soziologie eine wesentlich geringere Formalisierung von Forschungsdesigns auf. Ansätze wie Diskursanalyse, Oral History oder der internationale Vergleich haben zwar eine intensive Methodendiskussion ausgelöst, die Ansprüche an ihre Umsetzung stellen: Dies gilt so-

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

wohl für Begriffsdefinitionen als auch für die Art der ausgewerteten Quellen. Letztlich sind Historiker aber ziemlich frei, verschiedene Ansätze, Methoden und Theorien miteinander zu kombinieren und sie als Instrumente einzusetzen, während qualitative und quantitative Methoden in der Soziologie immer noch weitgehend getrennt und ihre Vertreter in skeptischer Distanz nebeneinander stehen[43]. Zwar hat es auch in der Geschichtswissenschaft vergleichbare Methodenkontroversen gegeben, sie sind aber weitgehend vergessen und haben keine schulbildende Wirkung gehabt[44]. Die wachsende Bedeutung kulturgeschichtlicher Ansätze hat qualitativen Methoden zu einem weiteren Aufschwung im Fach verholfen. Ähnlich wie in der Soziologie bietet dieser Ansatz auch Historikern eine Alternative zu einer quantitativen Erfassung, die sich – so der Vorwurf – auf das einfach zu Zählende beschränkt, statt sich auf die wesentlich komplexere Erforschung der Generierung von Sinn einzulassen, die etwa wirtschaftlichen Bedingungen oder sozialen Strukturen überhaupt erst ihre Bedeutung zuweise. Obwohl es nicht mehr nötig ist, sich zwischen diesen beiden Ansätzen zu entscheiden, spielt die Möglichkeit einer Synthese aus qualifizierenden und quantifizierenden Ansätzen im Fach bisher jedoch noch nicht die Rolle, die sie einnehmen sollte. Angesichts der Fokussierung auf die qualitative Forschung zu Aspekten der Diskurs-, Wahrnehmungs- und Wissensgeschichte, die die Mehrheit der während der letzten beiden Jahrzehnte entstandenen Studien aufweist, wäre mit dieser Synthese eine Stärkung quantifizierender Ansätze verbunden – letztlich also auch ein Plädoyer für Historiker, selbst wieder mehr als Produzenten von Statistiken in Erscheinung zu treten.

Der empirischen Sozialforschung ist es seit den 1980er Jahren gelungen, eigene allein wissenschaftlich generierte Sozialerhebungen repräsentativen Umfangs zu institutionalisieren, die die Daten der amtlichen Statistik erweitern und kritisch korrigieren. So existiert mit dem „sozio-oekonomischen Panel“ (SOEP) für die Bundesrepublik Deutschland eine repräsentative Wiederholungsbefragung, die seit 1984 in jährlichen Befragungsrunden mehrere Tausend Privathaushalte erfasst hat. Inzwischen liegen Erhebungsdaten zu mehr als 12.000 Haushalten vor; für einen Teil der befragten Haushalte und Personen erstrecken sich diese Informationen über mehr als drei Jahrzehnte. Die Daten des SOEP umfassen Angaben zur Person, zu Ausbildung, Beruf und Arbeitsplatz, zu Einkommen und Wohnsituation, darüber hinaus auch zu Freizeitaktivitäten, politischen Meinungen oder Familienbeziehungen[45]. Damit ist ein inzwischen drei Jahrzehnte umfassender

[43] Zu den idealtypischen Unterschieden zwischen quantitativer („hard reliable data“) und qualitativer („deep rich data“) Sozialforschung sowie den Debatten um ihre Kombination vgl. Alan Bryman, Quantity and Quality in Social Research, London 2006.

[44] Das bekannteste Beispiel ist der in den 1980er Jahren formulierte Angriff der Bielefelder Sozialhistoriker auf die Methoden der Alltags- und Gendergeschichte; vgl. Hans-Ulrich Wehler, Ein Kursbuch der Beliebigkeit. Eine neue Kulturgeschichte lässt viele Blumen blühen – aber die schönsten leider nicht, in: Bettina Hitzer/Thomas Welskopp (Hrsg.), Die Bielefelder Sozialgeschichte. Klassische Texte zu einem geschichtswissenschaftlichen Programm und seinen Kontroversen, Bielefeld 2010, S. 427–432.

[45] Das sozio-oekonomische Panel wird heute vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin betreut und ist von Beginn an durch öffentliche Mittel (vor allem des Bun-

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

systematischer Datensatz vorhanden, der zu einer Vielzahl von Sachverhalten Zahlenreihen enthält, welche die üblichen Punktaufnahmen ersetzen. Der Datensatz ist groß, weist aber Ungleichgewichte auf: Während Informationen zu persönlichen Lebensdaten wie Alter, Geschlecht, Partner, Kinder, zu Ausbildung, Beruf und Arbeitsplatz, zu Einkommen und Wohnsituation über den gesamten Zeitraum erhoben worden sind, existieren Daten zu politischen bzw. gesellschaftlichen Einstellungen und Meinungen, zu Freizeitaktivitäten, Weiterbildung u.ä. nur für bestimmte Zeitabschnitte. Zahlreiche spezifische Fragestellungen (z. B. zu Familienbeziehungen) sind im Laufe der nunmehr 30-jährigen Erhebungsphase hinzugekommen, sodass die Gesamtdatenbank ebenso reichhaltig wie unübersichtlich geworden ist und die Auswertung auf methodische Probleme der Datenanpassung und -bereinigung stößt. Mit über 450 Variablen pro Haushalt ist aber in jedem Fall eine seltene Dichte an Informationen erreicht, welche auch die Neugierde des Zeithistorikers wecken könnte. Das SOEP wird bereits seit einigen Jahren für sozialwissenschaftliche Forschungen genutzt, die über das inzwischen üblich gewordene Maximum 10-jähriger Zeitreihen (von der jeweiligen Gegenwart der sozialwissenschaftlichen Untersuchung gerechnet) hinausgehen. So hat Olaf Groh-Samberg in seiner Studie zur langfristigen Entwicklung von Armut in der Bundesrepublik den gesamten Erhebungszeitraum dieses Samples von 1984 bis 2006 in seine sozialstatistische Untersuchung einbezogen. Damit liegt für einen wichtigen Bereich der sozialen Ungleichheitsforschung eine präzise Analyse vor, welche die zeitgenössischen Diagnosen neuer Armutsrisiken erheblich relativiert[46].

Für die Sozialgeschichte der Bundesrepublik ist das SOEP von besonderem Wert, da es eine der wenigen sozialstatistischen Erhebungen ist, in der die ausländische Wohnbevölkerung von Anfang an angemessen berücksichtigt wurde. Dies ist wiederum eine wichtige Voraussetzung dafür, sozio-ökonomische Lagen vor allem in den unteren und mittleren Positionen des sozialen Raums der Bundesrepublik adäquat erfassen zu können. Damit ergänzt dieses Panel die vielfach isolierten sozialstatistischen Informationen zur wachsenden Zahl von Migranten seit den 1980er Jahren, die wie wir gesehen haben, von der amtlichen Statistik nur unvollständig erfasst werden.

Die differenzierten Daten des „sozio-oekonomischen Panels" können für kollektiv-biografische Untersuchungen von Lebensläufen genutzt werden. In ihm sind Daten zu einzelnen Haushalten und ihren Mitgliedern über längere Zeiträu-

des) finanziert worden. Beim DIW finden sich auch die entsprechenden Dokumentationen der verschiedenen Erhebungsserien und Datensätze sowie der umfangreichen sozialwissenschaftlichen Forschungsergebnisse, die mit den Daten des SOEP erarbeitet worden sind. Als quasi offizielle Präsentation siehe Bundesministerium für Bildung und Forschung, 25 Jahre Leben in Deutschland – 25 Jahre sozio-oekonomisches Panel, Bonn/Berlin 2008.

46 Vgl. Olaf Groh-Samberg, Armut, soziale Ausgrenzung und Klassenstruktur. Zur Integration multidimensionaler und längsschnittlicher Perspektiven, Wiesbaden 2009; Christoph Weischer, „Paid and unpaid work in the context of household strategies, Paper for the Workshop „(De)standardisation of work biographies in the 20th Century", Berlin IGK Global Labour, Berlin 2012.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

me, im Idealfall seit Beginn der Befragungen 1984, enthalten, die zu anonymisierten Lebensläufen zusammengefügt und entsprechend ausgewertet werden können. Damit sind auch qualitative Analysen berufs-, alters- oder regionalspezifischer Lebensverläufe möglich, welche die aggregierten Momentaufnahmen der Sozialstatistik ergänzen. Vor allem die Dynamik von Entwicklungen, von individuellen Lebensläufen sowie der Zusammenhang von sozialen Lagen und Laufbahnen in der Generationenfolge können untersucht werden, da jüngere Mitglieder der befragten Haushalte des Panels vielfach weiter befragt und ihr beruflicher und sozialer Werdegang in den Daten erfasst worden ist[47].

Die Faustregel der qualitativen Soziologie, dass bestenfalls 30 Prozent des empirischen Untersuchungsmaterials auch tatsächlich ausgewertet werden können, weist auf die Erkenntnismöglichkeiten hin, die eine Sekundäranalyse bietet; Zeithistoriker haben die einmalige Gelegenheit, Interviews und anderes soziologisches Forschungsmaterial mit ihren eigenen, meist ganz anderen Fragestellungen neu zu lesen. Sie tun dann aber gut daran, die Rahmenbedingungen und Konstruktionsleistungen, die diesem Datenmaterial zugrunde liegen, genau zu studieren, um Engführungen bzw. Einseitigkeiten der Fragerichtungen, Weglassungen und Lücken besser einschätzen zu können. Zeitökonomie, Fragestellung und blinde Flecken des Zeitgenossen spielen an dieser Stelle zusammen. Kurz: Historiker haben all jene Aufgaben zu erfüllen, für die sie ihre Methodenausbildung bestens qualifiziert. Sie oder er kehrt nach eingehender Analyse der sozialwissenschaftlichen Konstruktionsleistungen gewissermaßen die Fragerichtung um und konzentriert in einem zweiten Schritt die Neugierde auf die Befragten.

Die Möglichkeiten einer solchen Sekundäranalyse werden in der Soziologie seit geraumer Zeit diskutiert, erprobt und dank des Ausbaus der digitalen Infrastrukturen der Sozial- und Geisteswissenschaften auch forschungspraktisch erweitert. Vor allem in Großbritannien sind die Chancen der Sekundäranalyse sozialwissenschaftlicher Interviews und Feldstudien bereits ausgelotet worden. Gleich mehrere Soziologen und Historiker haben sich erneut mit den Materialien der zum internationalen „Klassiker" avancierten Studie von John H. Goldthorpe und David Lockwood aus den 1960er Jahren zum „affluent worker" beschäftigt. Die Interviews, die mit (männlichen) Industriearbeitern in Luton 1962 bis 1964 geführt worden sind, sind von Soziologen wie Mike Savage und Historikern wie Jon Lawrence wieder gelesen und ausgewertet worden, um neue Einsichten in die Selbstverortung und die Selbstdarstellung britischer Arbeiter in den 60er Jahren zu gewinnen. Dabei entfernen sich die neuen Interpretationen erheblich von den Deutungen des ersten Soziologenteams um Goldthorpe und Lockwood. Vor allem die situative Rahmung (am Arbeitsplatz oder Zuhause) entscheidet darüber, wie Zugehörigkeiten zu Kollektiven (die berühmte „Klassenfrage" im britischen Fall) definiert werden. Das Feld des politisch Artikulierten und privat Re-

[47] Zu ersten Ergebnissen eines solchen Auswertungsverfahrens vgl. Lutz Raphael, Flexible Anpassungen und prekäre Sicherheiten. Industriearbeit(er) nach dem Boom, in: Morten Reitmayer/Thomas Schlemmer (Hrsg.), Die Anfänge der Gegenwart. Umbrüche in Westeuropa nach dem Boom, München 2014, S. 51–64, hier S. 52–55.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

levanten ist dabei keineswegs deckungsgleich[48]. Für das hier vertretene methodische Anliegen ist ausschlaggebend, dass die archivierten Dokumente dieses soziologischen Projekts (Interviews, Notizen der Interviewer und interne Protokolle) es erlauben, nicht nur die soziologische Forschungspraxis selbst zum Gegenstand zu machen, sondern auch die Befragten in den Blick zu nehmen und deren Reaktionen bzw. Antworten neu zu lesen und zu interpretieren.

Ein Blick in die Archive der empirischen Sozialforschung lohnt sich also. Dies gilt in besonderem Maße, wenn man sich für soziale Gruppen bzw. soziale Verhältnisse interessiert, die eher selten direkte Spuren in Form von Egodokumenten in den klassischen Archiven bzw. Bibliotheken hinterlassen. Dies gilt auch in der jüngsten Zeitgeschichte immer noch für große Teile der Arbeiterinnen und Angestellten, für Arbeitslose und Migranten. In einem aktuellen Pilotprojekt zur Längsschnittanalyse arbeitssoziologischer Betriebsfallstudien mit neuen e-humanities-Werkzeugen wird zum Beispiel ein umfangreicher Bestand an Dokumenten für die digitale Archivierung erschlossen, die alle im Rahmen der industriesoziologischen „Betriebsfallstudien" des SOFI seit der Mitte der 1960er entstanden sind[49]. Damit werden qualitative Forschungsdaten zugänglich, die in der zeitgenössischen arbeits- und industriesoziologischen Forschungslandschaft in Form der Studien von Kern/Schumann und ihren Mitarbeitern deutliche Spuren hinterlassen haben. Ganz ähnlich wie im britischen Fall werden damit Einblicke in die Genese „klassischer" Studien der westdeutschen Industriesoziologie eröffnet und gleichzeitig Materialien für eine zeitgeschichtliche wie soziologische Analyse des Strukturwandels in zentralen Industriesektoren der Bundesrepublik im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts zugänglich. Zu diesem Archivierungsprojekt gehören soziologische und zeitgeschichtliche sekundäranalytische Projekte, die sich den Interviews, Expertengesprächen und Arbeitsplatzbeobachtungen mit neuen Fragestellungen nähern.

5. Fazit

Dieser Beitrag will vor allem die Neugierde der Zeithistoriker wecken und die Chancen aufzeigen, die eine kritische Nutzung der Archive der Sozialwissenschaften eröffnet. Wie schon so oft in der Entwicklung des Faches, verändert sich die Zeitgeschichte mit ihrem Gegenstand, und der Eintritt in die von den Sozialwissenschaften geprägte jüngste Vergangenheit läßt sich mit Appellen an die Konzentration auf das eigene Profil[50] bzw. das disziplinäre Kerngeschäft allein intellek-

[48] Vgl. Mike Savage, Working-Class Identities in the 1960s: Revisiting the Affluent Worker Study, in: Sociology 39 (2005), S. 929–946; Jon Lawrence, Social-Science Encounters and the Negotiation of Difference in early 1960s England, in: History Workshop Journal 2014, S. 1–25, elektronische Publikation, abrufbar auf 10.1093/hwj/dbt030 [13. 12. 2013].

[49] Vgl. Peter Birke/Nicole Mayer-Ahuja/Klaus Peter Wittemann/Heidi Hanekop, ‚Gute Arbeit' nach dem Boom, in: Mitteilungen des SOFI 7 (2013), H. 17, S. 10–13. Die Autoren dieses Beitrags sind selbst als Kooperationspartner an diesem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekt beteiligt.

[50] Vgl. Graf/Priemel, Zeitgeschichte, S. 480.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tuell und methodisch nicht bewältigen. Dies darf auch beim kritischen Blick zurück auf den so inspirierenden Beitrag von Graf und Priemel am Ende dieser Reise in die Archive der Sozialwissenschaften nicht verschwiegen werden. Die historisch-kritische Methode braucht die Erweiterung ihrer Untersuchungsthemen und „epistemischen Dinge“[51] nicht zu fürchten, ganz im Gegenteil: Die zeitgeschichtliche Untersuchung der Fehlerquellen zeitgenössischer Datenerhebungen und der Plausibilität der Berechnungsgrundlagen von Indikatoren fängt in den meisten Fällen ja keinesfalls bei Null an, sondern kann sich auf die Methodendebatten und Kontroversen der Sozialforscher stützen. Vor allem die zeitgenössischen Debatten über Lücken und Inkonsistenzen im Datenmaterial, Vor- und Nachteile der Erhebungsmethoden oder neuer statistischer Kategorien bieten wertvolle Hinweise für den Historiker und helfen ihm, das zeitgenössische Datenmaterial mit neuen Augen zu betrachten. Unser Plädoyer ist also verbunden mit einer kritischen Bewertung der etablierten arbeitsteiligen Routinen in den benachbarten Fächern Zeitgeschichte und Sozialwissenschaften. Einer kritischen historischen Statistik, welche die Ergebnisse zeitgenössischer Erhebungen prüft, gebührt ebenso wie den Methoden der qualitativen Sozialforschung (Fragebogen, offene Interviews, teilnehmende Beobachtung) ein Platz in der zeitgeschichtlichen Methodenlehre. Hier klafft nach wie vor eine Lücke in der Ausbildung von Historikern, die durch Sommerkurse und Methodenseminare nur notdürftig geschlossen wird.

[51] Vgl. Hans-Jörg Rheinberger, Experimentalsysteme und epistemische Dinge, Göttingen 2001, S. 24 f.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Über Deutschland diskutieren und Japan mitdenken oder umgekehrt. So könnte man die Positionen und Debatten der beiden japanischen Staatsrechtler und Intellektuellen Sakuzo Yoshino und Shinkichi Uesugi charakterisieren. Trotz eines ähnlichen Bildungsgangs – beide waren längere Zeit in Deutschland und Studenten von Georg Jellinek in Heidelberg – nahmen sie in allen wichtigen Fragen gegensätzliche Positionen ein. Hajime Konno, Zeithistoriker und Deutschlandspezialist an der Universität der Präfektur Aichi in Nagakute, schlüsselt diese kontroversen ost-westlichen Spiegelungen auf.

Hajime Konno

Die liberalen und konservativen Interpretationen der deutschen Politik an der Kaiserlichen Universität Tokio 1905–1933

Sakuzo Yoshino und Shinkichi Uesugi im Vergleich*

Nur die Macht zählt in der Politik – das war die harte Lehre, welche die Japaner Mitte des 19. Jahrhunderts von den westlichen Mächten lernten. Der westliche Drang nach Osten, wie er sich in der britischen Erwerbung Hongkongs im Ersten Opiumkrieg 1840/42 und in der Erzwingung der Öffnung Japans durch die amerikanische Marineoffensive 1853/54 manifestierte, machte den Japanern die akute Gefährdung ihrer staatlichen Selbständigkeit deutlich. Diese Erkenntnisse veranlassten sie zur Abschaffung der 700jährigen Samurai-Herrschaft und zur drastischen Modernisierung ihres Landes unter Führung der kaiserlichen Herrschaft. Die kaiserliche Regierung machte es sich ihrerseits zur Aufgabe, die militärische und wirtschaftliche Macht Japans nachhaltig zu stärken.

In dieser kritischen Situation kam es erstmals zur Aufnahme von staatlichen Beziehungen zwischen Japan und Deutschland. Eine Delegation des Deutschen Bundes, die sogenannte Eulenburg-Expedition, reiste 1860 nach Japan und legte die Grundlagen für die Unterzeichnung des Preußisch-Japanischen Handelsvertrags im folgenden Jahr[1]. Noch waren die deutsch-japanischen Beziehungen kaum als eng zu bezeichnen, aber einige Japaner, unter ihnen Baron Hiroyuki Kato, wissenschaftlicher Berater des Shoguns, hatten bereits vor der Eulenburg-Expedition

* Überarbeitete Fassung meines Vortrags „Die Wahrnehmung der deutschen Politik an der Kaiserlichen Universität Tokio 1905–1933. Sakuzo Yoshino und Shinkichi Uesugi im Vergleich", gehalten am 23. 7. 2012 im Internationalen Begegnungszentrum der Wissenschaft München e. V. Ich danke herzlich Prof. em. Takashi Ito (Universität Tokio) und Dr. Kaori Saga (Hosei Universität) für ihre freundliche Erlaubnis zur Verwendung des Nachlasses Shinkichi Uesugis in der Nationalbibliothek des Japanischen Parlaments. Ferner bedanke ich mich bei Herrn Reinhard Markner (Berlin) für sprachliche Verbesserungen und hilfreiche Auskünfte.

[1] Vgl. Sebastian Dobson/Sven Saaler (Hrsg.), Unter den Augen des Preußen-Adlers. Lithographien, Zeichnungen und Photographien der Teilnehmer der Eulenburg-Expedition in Japan 1860–61, München 2011.

VfZ 2/2014 © Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH 2014 DOI 10.1515/vfzg-2014-0011

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

die Bedeutung der deutschen Wissenschaft erkannt und fingen nunmehr an, Deutsch zu lernen. 1907 verlieh Kaiser Wilhelm II. Kato, dem Begründer der Germanistik in Japan, den „Königl. Kronen-Orden 1. Klasse“[2]. Herzog Taro Katsura, der angesichts des Sieges der preußischen Truppen bei Sedan 1870 sein Vorhaben, in Frankreich zu studieren, aufgegeben hatte und statt dessen nach Deutschland gewechselt war, ging nach seiner Heimkehr daran, die japanische Wehrverfassung nach deutschem Vorbild zu reformieren[3]. 1871/73 entsandte die japanische Regierung eine neue Delegation nach dem Westen. Sie wurde am 15. März 1873 in Berlin von Bismarck empfangen, was auf die Japaner einen unvergesslichen Eindruck machte. Der Reichskanzler eröffnete seinen Gästen, dass die internationale Freundschaft und die Geltung des Völkerrechts nur ein Vorhang seien, hinter dem ein schonungsloser Machtkampf ausgetragen werde[4].

Deutsche Einflüsse und Richtungskonflikte an der Tokioter Universität

In den 1880er Jahren nahm die Präsenz Deutschlands in Japan einen dramatischen Aufschwung. Der erste Ministerpräsident Herzog Hirobumi Ito und der spätere Kultusminister Vicomte Kowashi Inoue schätzten die deutsche Wissenschaft außerordentlich und sahen im Deutschen Reich ein monarchistisches Gegenmodell zu Großbritannien, Frankreich und den USA. Die „Verfassung des Kaiserreichs Großjapan“ von 1889 war eine Gemeinschaftsarbeit von Ito, Inoue und seinen deutschen Beratern, Hermann Roesler[5] und Albert Mosse[6]. Das Ergebnis fiel zwiespältig aus: Einerseits enthielt die Konstitution Bestimmungen zu den Grundrechten und zu den Abläufen des parlamentarischen Systems, andererseits erklärte sie den Kaiser als lebendigen Gott zum Träger der Regierungsgewalt und machte den Ministerpräsidenten nur dem Kaiser verantwortlich[7]. Baron Nobushige Hozumi, der faktische Gründer der juristischen Fakultät der Universität Tokio, hatte zwar in Tokio und London englisches Recht studiert und den Titel eines Barrister erlangt, warf aber den Engländern vor, keinerlei Kenntnisse von der nichtenglischen Rechtspflege zu besitzen, während die juristische Ausbildung und die vergleichende Rechtswissenschaft in Deutschland höchstes Niveau hät-

[2] Vgl. Hiroyuki Kato, Hiroyuki jiden [Die Autobiographie von Hiroyuki [Kato]], Tokio 1979, S. 37–39. Katos Kronen-Orden wird heute im Universitätsarchiv Tokio (IX-69a) aufbewahrt.

[3] Vgl. Shun-ichi Uno, Katsura Taro jiden [Die Autobiographie von Taro Katsura], Tokio 1993, S. 72–75; Soho Tokutomi, Koshaku Katsura Taro den [Die Biographie von Herzog Taro Katsura], Bd. Inui, Tokio 1967, S. 310–324; Michihiko Kobayashi, Katsura Taro, Kioto 2006, S. 22–35.

[4] Vgl. Kunitake Kume (kommentiert von Akira Tanaka), Beio kairan jikki 3 [Reiseberichte aus Amerika und Europa, Bd. 3], 1. Aufl., 11. Druck, Tokio 1996, S. 329 f.

[5] Zu Roesler vgl. Neue Deutsche Biographie, Bd. 21, Berlin 2003, S. 742 f.

[6] Vgl. Werner E. Mosse, Albert Mosse: A Jewish Judge in Imperial Germany, in: Leo Baeck Institute, Yearbook 28 (1983), S. 169–184, hier S. 170–175.

[7] Vgl. Kazuhiro Takii, Bummeishi no nakano Meiji-Kempo. Konokuni no katachi to seiyotaiken [Die Meiji-Verfassung in der Zivilisationsgeschichte. Die Staatsform dieses Landes und seine Begegnung mit dem Westen], Tokio 2003, S. 189–204. Die Reichsverfassung ist übersetzt wiedergegeben in: Florian Neumann, Politisches Denken im Japan des frühen 20. Jahrhunderts. Das Beispiel Uesugi Shinkichi (1878–1929), München 2011, S. 291–300.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ten[8]. Auch in den naturwissenschaftlichen Fächern und noch mehr in der Medizin orientierte man sich am deutschen Vorbild. Der Arzt Shimpei Goto, der in München promoviert hatte[9], wurde nach einem Besuch in Friedrichsruh zum begeisterten Anhänger Bismarcks. Nach seiner Heimkehr förderte Goto als einflussreicher Politiker den deutsch-japanischen Kulturaustausch und arbeitete vor allem in den 1920er Jahren mit Wilhelm Solf, dem damaligen deutschen Botschafter in Tokio, eng zusammen[10].

Die erste Phase der Modernisierung endete wenige Jahre nach der Jahrhundertwende, als Japan militärische Siege gegen China und Rußland errang. Die drängendste Gefahr war damit überwunden. Die auf ihre Erfolge begreiflicherweise stolzen Japaner hatten jetzt den Mut, selbständig darüber zu entscheiden, ob und in welchem Maße sie vom Westen lernen wollten. In der nun beginnenden zweiten Phase der Modernisierung waren sie sich aber nicht mehr ohne Weiteres darüber einig, welche Ziele zu verfolgen seien. Die Regierung klagte über die Lockerung der gesellschaftlichen Geschlossenheit und die zunehmende Verbreitung von sozialistischen und pazifistischen Ideen.

In dieser Situation ergaben sich zwei Optionen für die Zukunft: Entweder man strebte außenpolitisch nach Verständigung mit den in Ostasien hegemonialen Briten und Amerikanern und innenpolitisch nach allmählicher Demokratisierung, orientiert am Modell der britischen und amerikanischen Politik, oder aber man zielte darauf ab, durch eine pragmatische Anlehnung an das deutsche Modell die japanischen Traditionen, vor allem die kaiserliche Autorität, zu bewahren und sich mit den angelsächsischen Mächten frontal auseinanderzusetzen.

Die beiden Richtungen gerieten nicht zuletzt auch an der Kaiserlichen Universität Tokio in Konflikt. Seit ihrer Gründung 1877 galt die Hochschule der Reichshauptstadt als Zentrum der an Deutschland orientierten Wissenschaft in Japan. Hiroyuki Kato, Pionier der Germanistik in Japan, war ihr erster Rektor. Die Professoren der Universität, vor allem die an der juristischen Fakultät, nahmen auch als politische Publizisten Einfluss.

Die erste, angelsachsenfreundliche Richtung vertrat hier vor allem Prof. Dr. Sakuzo Yoshino (1878–1933)[11], und die zweite, deutschfreundliche Richtung Prof.

[8] Vgl. Shigeyuki Hozumi, Meiji ichigakusha no shuppatsu. Hozumi Nobushige wo megutte [Der Aufbruch eines Wissenschaftlers in der Meiji-Zeit. Über Nobushige Hozumi], Tokio 1988, S. 383–387; Nobushige Hozumi, Doitsu hogaku no Nihon ni oyoboseru eikyo [Der Einfluss der deutschen Rechtswissenschaft auf Japan], in: Hozumi Nobushige Ibunshu [Nachgelassene Schriften Nobushige Hozumis], Bd. 3, Tokio 1934, S. 617–624.

[9] Vgl. Shimpei Goto, Vergleichende Darstellung der Medizinalpolizei und Medizinalverwaltung in Japan und anderen Staaten, München 1891.

[10] Vgl. Yusuke Tsurumi, Ketteiban seiden Goto Shimpei [Shimpei Goto. Die offizielle Biographie], Tokio 2004, S. 553–652; Dietrich Stoltzenberg, Fritz Haber. Chemiker, Nobelpreisträger, Deutscher, Jude. Eine Biographie, Weinheim 1994, S. 540 f.; Margit Szöllösi-Janze, Fritz Haber 1868–1934. Eine Biographie, München 1998, S. 563.

[11] Die Yoshino-Forschung in Japan stand bisher politisch in einer Art Zweifrontenkrieg. Einerseits versuchte sie, die Existenz einer gewachsenen liberaldemokratischen Tradition in Japan nachzuweisen, gegen die Auffassung der Konservativen, die von den Amerikanern diktierte neue Verfassung von 1946 sei wurzellos und unjapanisch. Andererseits wehrte sie sich gegen

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dr. Shinkichi Uesugi (1878–1929)[12]. Sowohl Yoshino wie Uesugi hatten Anfang des 20. Jahrhunderts an der juristischen Fakultät der Universität Tokio studiert und wurden hier später ordentliche Professoren. In der modernen japanischen Geschichte gilt Yoshino als Protestant amerikanischer Prägung und als bedeutendster Verfechter der liberalen Demokratie, der sich für die Einführung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts und die Beschränkung der Macht der undemokratischen Instanzen einsetzte (insbesondere des Kaisers, des Geheimrats, des Herrenhauses und des Militärs). In seinen letzten Lebensjahren förderte Yoshino auch die sozialdemokratischen Parteien in Japan. Seine Rolle in der japanischen Geschichte ähnelt der Max Webers, Friedrich Naumanns und Adolf von Harnacks in der deutschen. Seit dem Zweiten Weltkrieg wird Yoshino als einer der Gründungsväter der japanischen Demokratie verehrt. Uesugi gilt hingegen als fundamental-shintoistischer Verfechter der kaiserlichen Autorität, der Yoshinos Standpunkt in Frage stellte. Seine Prinzipien, nämlich die Ablehnung der kritiklosen Nachahmung der westlichen Politik, das Anstreben eines Bündnisses der nichtweißen Völker gegen den westlichen Imperialismus und die Betonung des Monarchozentrismus in der japanischen Politik, bildeten während der ostasiatischen Kriege 1931–1945 die ideellen Grundlagen Japans. Beide Gelehrte wurden 1878 geboren, waren mitei-

Angriffe der radikalen Linken, dass Liberale wie Yoshino elitär, nicht wirklich demokratisch, teilweise sogar imperialistisch und monarchistisch gewesen seien. Daher trug die Yoshino-Forschung bislang fast hagiographische Züge, vergleichbar etwa der Max-Weber-Forschung vor Wolfgang J. Mommsen; vgl. Taichiro Mitani, Taisho demokurasi ron. Yoshino Sakuzo no jidai [Zur Taisho-Demokratie. Das Zeitalter Sakuzo Yoshinos], Tokio 1995; Sannosuke Matsumoto, Sakuzo Yoshino, Tokio 2008; Taizo Iida, Hihan seishin no koseki. Kindai nihon seishinshi no ichiryosen [Die Spuren eines kritischen Geistes. Eine Facette der modernen japanischen Geistesgeschichte], Tokio 1997; Takayoshi Matsuo, Mimponshugi to teikokushugi [Mimponshugi und Imperialismus], Tokio 1998. Sie betont die amerika- und asienfreundliche Seite Yoshinos und behandelt seine kritischen Ansichten zu den von ihm als rückständig angesehenen Mächten nur sporadisch.

[12] Die meisten japanischen Rechts- und Geschichtswissenschaftler nach 1945 haben Uesugi nur kurz und herablassend behandelt. Allerdings versucht Sannosuke Matsumoto, Tennosei kokka to seiji shiso [Der Kaiserstaat und das politische Denken], 9. Druck, Tokio 1984, S. 279–295, Uesugis Rolle in der Entwicklungsgeschichte der verhängnisvollen Kaiserverehrung kritisch herauszuarbeiten. Erst Ryuichi Nagao, Nihon kempo shisoshi [Die Geschichte des japanischen verfassungsrechtlichen Denkens], Tokio 1996, unternahm es, das Denken und die Person Uesugis aufgrund umfangreicher Quellenstudien detailliert zu beschreiben. Nagaos biographische Methode bildet seither die Grundlage der späteren Forschungen. Vgl. z. B. Terutoshi Ida, Uesugi Shinkichi. Tennosei kokka no bensho [Shinkichi Uesugi. Die Rechtfertigung des Kaiserstaates], Tokio 1989; Hiroshi Yoshida, Kindai nihon no seiji seishin [Der politische Geist des modernen Japan], Tokio 1993. Die bisherige Forschung krankt an der moralistischen Tendenz, Uesugi als üblen Propagandisten des japanischen Ultranationalismus hinzustellen. Die Frage, was er vom Westen und zumal von Deutschland lernte, ist bisher nicht eingehend behandelt worden. Dies gilt auch für die kürzlich erschienene, sehr beachtliche Biographie von Neumann, Politisches Denken im Japan des frühen 20. Jahrhunderts. Neumann ist von den japanischen Sonderweghistorikern wie Masao Maruyama wesentlich beeinflusst. Er hebt mit Recht Uesugis Platon-Studie hervor, verwendet aber nur wenige europäische, insbesondere deutsche Quellen und behandelt dessen Beziehungen zu Deutschland nur flüchtig.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

nander befreundet, studierten an der Universität Heidelberg bei Georg Jellinek und lehrten schließlich an derselben Fakultät. Warum schlugen sie trotzdem ganz andere Wege ein? Diese Frage gilt es zu beantworten.

Für einen Vergleich der Lebenswege von Yoshino und Uesugi ist ihre Auseinandersetzung mit der deutschen Politik instruktiv. Yoshino studierte hauptsächlich deutsche Staatswissenschaften an der Universität Tokio und in Deutschland (kurzzeitig auch in Österreich, Frankreich und in der Schweiz). Uesugi studierte deutsche Rechtswissenschaft und hielt auch nach seiner Rückkehr nach Japan Kontakte zu deutschen Wissenschaftlern aufrecht.

Yoshino war in seiner Heimat Miyagi im Norden der japanischen Hauptinsel in der dortigen amerikanischen Baptistenkirche getauft worden. Der Protestantismus verlieh seinem politischen Denken zeitlebens eine zugleich philanthropische und optimistische Prägung. Ohne eingeschrieben zu sein, besuchte Yoshino an der Universität Tokio die Politik-Vorlesung des Lehrbeauftragten Sadatake Koba, einem der Mitarbeiter bei der Abfassung der Großjapanischen Verfassung. Koba stützte sich auf die Hauptwerke der deutschen Staatswissenschaft und beschrieb Politik als eine Art Herrschaftstechnik der politischen Klasse. Seine Vorlesung machte auf Yoshino jedoch keinen überzeugenden Eindruck. Im darauffolgenden Jahr hörte er die Politik-Vorlesung von Professor Kiheiji Onozuka. Dieser hatte nicht nur in Heidelberg und Berlin, sondern auch in Paris studiert und hielt nun erstmals eine Vorlesung in Tokio. Er erachtete eine demokratische Entwicklung für alle modernen Staaten als selbstverständlich. Seine vergleichende Darstellung der westlichen Demokratien weckte in Yoshino die Überzeugung, dass auch Japan demokratisiert werden müsse[13]. Am Ende seines Studiums schrieb Yoshino auf Veranlassung des Ordinarius für Rechtsphilosophie, Nobushige Hozumi, eine Arbeit zur Rechtsphilosophie Hegels. Er lobte in dieser von ihm auch in Druck gegebenen Arbeit an Hegel, dass dieser die Überwindung des Gegensatzes zwischen Individuum und Staat lehre[14]. Nach Abschluss seines Studiums 1904 konnte Yoshino trotz einer ausgezeichneten Examensnote keine feste Stelle an der Universität erhalten und war daher zunächst als politischer Publizist tätig[15]. Während des Russisch-Japanischen Krieges rechtfertigte er, ebenso wie

[13] Vgl. Sakuzo Yoshino, Mimponshugi kosui jidai no kaiko [Erinnerungen an das Zeitalter der Propagierung der Mimponshugi], in: Kandan no kandan [Überaus überflüssige Plaudereien], Tokio 1933, S. 204 f.

[14] Vgl. ders., Hegeru no horitsutetsugaku no kiso [Hegels Grundlinien der Philosophie des Rechts], Tokio 1905.

[15] Die Kaiserliche Universität Tokio versuchte seinerzeit offenbar, ausländische Lehrkräfte allmählich durch japanische Nachfolger zu ersetzen. Daher wurden nicht wenige Studenten mit sehr guten Abschlussnoten sofort nach dem Studienabschluss oder wenige Jahre später zu ao. Professoren ernannt, ohne dass sie wissenschaftliche Leistungen erbracht hätten. Eine solche Anstellung war aber kein Automatismus: Nicht nur gute Noten, sondern auch die Gunst der Professoren war dazu erforderlich. Uesugi und Yoshino erfüllten beide Bedingungen. Im Übrigen wurde der Doktortitel damals, unabhängig vom Vorliegen einer Doktorarbeit, aufgrund der Vorschläge der Rektoren der Kaiserlichen Universitäten vom Kultusministerium Kandidaten verliehen, die man als wissenschaftlich reif ansah. Obwohl die Voraussetzung einer Dissertation allmählich üblich wurde, herrscht noch heute in den

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sein Lehrer Onozuka, den Kampf gegen das rückständige, autokratische Nachbarland. Dabei ging er entschieden vom Primat der Innenpolitik aus und bezeichnete das zaristische Russland als Gefahr für die Welt[16]. Ferner übersetzte er das agrarpolitische Programm der deutschen Sozialdemokraten und eine Schrift des österreichischen Pazifisten und späteren Nobelpreisträgers, Alfred Fried, ins Japanische[17]. Nach einem Aufenthalt im Kaiserreich China erhielt Yoshino schließlich 1909 einen Ruf auf eine außerordentliche Professur an der Alma mater tokiensis.

Uesugi und Yoshino gehörten zu den „begabtesten" Studenten[18] der juristischen Fakultät. Schon als studentische Hilfskräfte durften sich beide an der redaktionellen Arbeit der staatswissenschaftlichen Zeitschrift der Fakultät, „Kokka-gakkai-zasshi", beteiligen[19]. Uesugi verbrachte seine Universitätsjahre unter dem Einfluss des damaligen Dekans Prof. Yatsuka Hozumi. Hozumi, Ordinarius für Verfassungsrecht, hatte in Straßburg bei Paul Laband studiert und galt als Vorkämpfer für die kaiserliche Autorität. Er erkannte Uesugis Begabung und ließ ihn sogar bei sich zuhause wohnen. Nach Abschluss seines Studiums hatte Uesugi 1903 das Glück, sofort zum außerordentlichen Professor für Verwaltungsrecht (später auch für Verfassungsrecht) ernannt zu werden[20]. Als junger Professor stürzte er sich auf das Studium der europäischen Staatslehrer wie Bodin, Kant, Hegel usw[21], und rezensierte die Hegelstudie seines Freundes Yoshino sehr positiv

japanischen Geisteswissenschaften die Vorstellung, dass der Doktortitel im Grunde ein Prädikat sei, das nur verdienten Größen zustehe. An japanischen Universitäten lehren daher noch heute viele Professoren ohne Doktortitel. Eine Habilitation ist in Japan ohnehin nie gefordert worden.

16 Vgl. Sakuzo Yoshino, Rokoku no haiboku wa sekaiheiwa no motoi nari [Russlands Niederlage ist die Voraussetzung für den Weltfrieden], in: Yoshino Sakuzo senshu 5 [Sakuzo Yoshino, Werke, Bd. 5], Tokio 1995, S. 9 f.

17 Vgl. ders., Nogyohogoseisaku to doitsu rodosha [Die Agrarschutzzollpolitik und die deutschen Arbeiter], in: Kokka-gakkai-zasshi 20 (1906), S. 103–114; ders., Kinsei heiwa undo ron [Zur neuen Friedensbewegung, Teil 1], in: Kokka-gakkai-zasshi 23 (1909), S. 1307–1319, S. 1453–1483, S. 1617–1639 u. S. 1703–1739, Teil 2, in: Kokka-gakkai-zasshi 24 (1910), S. 109–126 u. S. 246–264.

18 „Begabtest" bedeutet hier, dass sie in den Klausuren die besten Noten erhielten. An der damaligen Kaiserlichen Universität Tokio erschien zu jeder Abschlussfeier im Juli der Kaiser persönlich (oder, im Falle seiner Verhinderung, ein kaiserlicher Prinz) und überreichte den „begabtesten" Studenten die „Onshi no Gindokei" [die allergnädigst verliehene Silberne Uhr]. Die meisten Professoren der juristischen Fakultät, darunter Uesugi und Yoshino, hatten sich diese Auszeichnung erworben. Der Brauch wurde 1919 im Zuge einer Demokratisierungswelle abgeschafft.

19 Vgl. Mitteilung, in: Kokka-gakkai-zasshi 17 (1903), S. 110, S. 116 u. S. 147 f.

20 Vgl. Shinkichi Uesugi, Shoin [Ein kurzes Vorwort], in: Yatsuka Hozumi, Kempo taii [Grundriss der Verfassung], Tokio 1916, S. 2–6.

21 Vgl. Shinkichi Uesugi, Jan Bodan no shuken ron [Jean Bodins Souveränitätslehre], in: Hogaku-shirin 51 (1903), S. 16–21; ders., Kanto no kokka ron [Kants Staatslehre], in: Hogaku-kyokai-zasshi 22 (1904), S. 737–747; ders., Kokkagaku shijo ni okeru Hegeru no chii [Die Stellung Hegels in der Geschichte der Staatswissenschaften], in: Ebenda, S. 999–1015.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

in einer rechtswissenschaftlichen Zeitschrift[22]. Insbesondere interessierte er sich für den deutschen und französischen Konservatismus, also für Autoren wie Joseph de Maistre, Louis-Gabriel-Ambroise de Bonald, Friedrich Schelling, Adam Müller, Friedrich Schlegel, Friedrich Carl von Savigny, Ludwig von Haller, Johann Caspar Bluntschli und Friedrich Julius Stahl. Folgerichtig erklärte er die Französische Revolution für eine Tragödie, die sich niemals wiederholen dürfe und für die insbesondere Rousseau haftbar zu machen sei[23]. In der Überzeugung, dass der Staat ein „organisches" Wesen sei, lehnte Uesugi Rousseaus Theorie des Gesellschaftsvertrags ab. Schon damals betonte er die unveränderliche japanische Staatsform mit dem göttlichen Kaiser im Zentrum und stellte die politische Dominanz der Mehrheitspartei in Frage[24].

Während ihrer Tätigkeit als außerordentliche Professoren verbrachten sowohl Yoshino wie Uesugi Studienaufenthalte in Deutschland, zumal in Heidelberg. Im modernen Japan galt das Studium in Deutschland gewissermaßen als Traum unter den Juristen und Medizinern. Auch die Offiziere der Kaiserlichen Armee studierten gern im Deutschen Reich[25]. In Deutschland besuchten Japaner nicht nur die Lehrveranstaltungen an den Universitäten, sondern nutzten auch die Gelegenheit, in Japan nicht erhältliche Bücher zu kaufen und sich mit der deutschen Gesellschaft und Kultur vertraut zu machen. Wegen ihrer häufig mangelhaften Sprachkenntnisse blieben sie aber wissenschaftliche Außenseiter. Obgleich die Japaner nach dem Sieg gegen Russland erheblich an Selbstbewusstsein gewonnen hatten, wurden sie von den Europäern weiterhin mit Herablassung behandelt. Die besondere Neigung der Japaner zu Deutschland konnten und wollten die Deutschen nicht verstehen. Das Studium in Deutschland wurde damals für die Japaner eher als Belohnung für gute Leistungen an der Heimatuniversität angesehen, und ein deutscher Studienabschluss war daher kaum verpflichtend. Die Koloniebildung der japanischen Studenten, der Tourismus, die Liebschaft mit einer Einheimischen, das Heimweh waren damals (und sind noch heute?) üblich.

---

[22] Vgl. Shinkichi Uesugi, Hogakushi Yoshino Sakuzo kun cho hegeru no horitsu tetsugaku no kiso [Hegels Grundlinien der Philosophie des Rechts, verfasst von Herrn Bacc. iur. Sakuzo Yoshino], in: Hogaku-kyokai-zasshi 23 (1905), S. 444–446.

[23] Vgl. Shinkichi Uesugi, Kinsei no teio-shinkensetsu [Die Theorie des Gottesgnadentums in der Moderne], in: Hosei-shinshi 7 (1903), S. 21–30; ders., Minyakusetsu no senku [Ein Pionier der Gesellschaftsvertragstheorie], in: Hogaku-kyokai-zasshi 22 (1904), S. 1311–1321; ders., Kokka kasan setsu [Die patrimoniale Staatsauffassung], in: Hogaku-kyokai-zasshi 23 (1905), S. 1422–1428.

[24] Shinkichi Uesugi, Tasuketsu [Das Mehrheitsprinzip], in: Hogaku-kyokai-zasshi 22 (1904), S. 84–93; ders., Iwayuru shosudaihyo matawa hireidaihyo no senkyo [Die sog. Minderheits- oder Verhältniswahl], in: Kokka-gakkai-zasshi 19 (1905), S. 79–89; ders., Tenno no kokuhojo no chii wo ronzu [Überlegungen zur staatsrechtlichen Stellung des Kaisers], in: Hogaku-kyokai-zasshi 23 (1905), S. 611–631 u. S. 802–822; ders., Rikkenseiji no myoyo [Die Vorteile der konstitutionellen Politik], in: Nihon-Hosei-Shinshi 9 (1905), S. 5–12; ders., Hi-Rikken [Nichtkonstitutionell], in: Nihon-Hosei-Shinshi 10 (1906), S. 9–22; ders., Teikoku-Kempo [Die Reichsverfassung], Tokio 1905.

[25] Sven Saaler, Nichidoku kankei ni okeru Rikugun [Die Armee in den deutsch-japanischen Beziehungen], in: Akira Kudo/Nobuo Tajima (Hrsg.), Nichidoku kankei shi [Geschichte der deutsch-japanischen Beziehungen], Bd. 2, Tokio 2008, S. 176–198.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

1906 unterbrach Uesugi seine Lehrtätigkeit in Tokio, um bis 1909 in Deutschland zu studieren. Mit großem Enthusiasmus begab er sich nach Heidelberg[26] und besuchte dort die Lehrveranstaltungen von Gerhard Anschütz und vor allem Georg Jellinek [27], bei dem er sogar zeitweise logierte[28]. Infolge einer seelischen Krise, wohl auch ausgelöst durch Heimweh und übersteigerten Ehrgeiz, verbrannte Uesugi während eines Aufenthalts in dem kleinen Kurort Adelsheim alle seine Hefte und Bücher[29]. Trotzdem fragte ihn Jellinek bei seiner Abreise nach Japan, wann man sich wiedersehen werde. Dazu sollte es zwar nie kommen, aber die Frage seines verehrten Lehrers erfüllte Uesugi mit Stolz und Dankbarkeit[30]. Auf seiner Heimreise schickte Uesugi Jellinek Ansichtskarten von der Südmandschurischen Bahn, dem Schlachtfeld in Port Arthur und der Kaiserlichen Universität Tokio und betonte den Glanz seines modernisierten Vaterlandes[31]. In späteren Schriften zitierte Uesugi wiederholt Jellineks Werke, obwohl er die liberalen Ansichten seines Lehrers, z. B. dessen Forderung nach der Kanzlerverantwortlichkeit und seine Thesen zur „Verfassungswandlung", kaum rezipierte[32]. Er versuchte stattdessen, an Jellineks Kritik an der parlamentarischen Demokratie anzuknüpfen. So behauptete er, dass auch Jellinek, der kein Gegner des parlamentarischen Systems war, die Legitimitätskrise der Volksvertretung erkannt habe[33]. Ferner veröffentlichte Uesugi eine Analyse der europäischen Frauenbewegung, angeregt von Camilla Jellinek.

[26] Brief von Baron Mitsunojo Funakoshi (Botschaftssekretär an der Kaiserlich Japanischen Botschaft) an Georg Jellinek, Berlin, 15. 11. 1906, in: Bundesarchiv (künftig: BArch), N 1136/8.

[27] Studien- und Sittenzeugnis von Shinkitsi Uyesugi, in: Universitätsarchiv Heidelberg.

[28] Ko Uesugi sensei ryakureki [Kurzer Lebenslauf unseres verstorbenen Lehrers Uesugi], in: Uesugi sensei wo omou. Zu Anfang seines Studiums wohnte Uesugi noch nicht bei Jellinek; Studien- und Sittenzeugnis von Shinkitsi Uyesugi, in: Universitätsarchiv Heidelberg.

[29] Vgl. Kaoru Nakada, Uesugi kun wo omoite [Zum Andenken an Herrn Uesugi], in: Hichiseisha (Hrsg.), Uesugi Sensei wo omou [Zum Andenken an unseren verehrten Lehrer Uesugi], S. 38–41.

[30] Vgl. Shinkichi Uesugi, Ierinekku kyoju wo chosu [Trauer um Professor Jellinek], Hogaku-kyokai-zasshi, Nr. 29 (1911), S. 465–471; Brief von Shinkichi Uyesugi an Camilla Jellinek, Tokio, 2. 3. 1911, in: BArch, N 1136/30.

[31] Ansichtskarten von Shinkichi Uyesugi an Georg Jellinek, aus Mukden, 11. 6. 1909, Port Arthur, 16. 6. 1909, und Tokio, 27. 6. 1909, alle in: BArch, N 1136/30. In Deutschland nannte sich Shinkichi Uesugi „Shin Uyesugi", „Shinkichi Uyesugi" oder „Shinkitsi Uyesugi".

[32] So übernahm Uesugi die konservative Verfassungsdeutung von Reichskanzler Bethmann Hollwegs, der im Zusammenhang mit der Zabern-Affäre 1913 trotz eines vom Reichstag mit überwältigender Mehrheit ausgesprochenen Missbilligungsvotums, einen Rücktritt mit dem Hinweis abgelehnt hatte, er sei laut Verfassung nur vom Vertrauen des Kaiser abhängig; vgl. Shinkichi Uesugi, Doitsu teikoku saisho no fushin-nin [Das Misstrauensvotum gegen den deutschen Reichskanzler], in: Hogaku-kyokai-zasshi 32 (1914), S. 1054–1070, bes. S. 1063 f. Jellineks These, dass sich die Verfassung auch ohne förmliche Änderungen den gesellschaftlichen Entwicklungen anpassen könne, hielt Uesugi für gefährlich, weil sie die faktische Degradierung des Kaisers rechtfertigen könne; vgl. Shinkichi Uesugi, Kempo no kenketsu [Die Lücken der Verfassung], in: Hogaku-kyokai-zasshi 28 (1910), S. 1967 f.

[33] Vgl Shinkichi Uesugi, Min-i daihyo [Die Vertretung des Volkswillens], Hogaku-kyokai-zasshi 32 (1914), S. 1449–1482 u. S. 2036–2083.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Er distanzierte sich zwar von der Radikalität mancher Frauenrechtlerinnen, akzeptierte aber teilweise ihre Forderungen[34].

Während seines Aufenthalts in Europa bemühte sich Uesugi darum, einen Eindruck vom politischen Alltag der westlichen Länder zu gewinnen. Im benachbarten Königreich Württemberg, vor allem in Ulm, besichtigte Uesugi den öffentlichen Wohnungsbau und empfahl nach seiner Rückkehr in Tokio die Auflegung ähnlicher Programme[35]. In der Schweiz beobachtete er in Lausanne die Abhaltung einer Volksabstimmung. Diese Erfahrung veranlasste ihn zu weiteren Forschungen zur direkten Demokratie, in deren Verbreitung im Westen er ein Symptom der Krise der repräsentativen Demokratie sehen wollte[36].

Die Erlebnisse in Deutschland machten Uesugi nationalbewusster und monarchistischer. Anlässlich der balkanischen Unruhen erkannte er die harte Realität des imperialistischen Zeitalters. Besonders aufmerksam verfolgte er die Jungtürkische Revolution und die darauffolgende Annexion Bosnien-Herzegowinas[37]. Uesugi zufolge benötigte der Staat im Zeitalter des Imperialismus kräftige politische und militärische Führung. Daher fand das „persönliche Regiment" Kaiser Wilhelms II. seine begeisterte Zustimmung. Trotz der Daily-Telegraph-Affäre, die er in Deutschland erlebte, war er der Ansicht, dass die Stärkung der monarchischen Initiative und die Schwächung der parlamentarischen Herrschaft in Europa ein politischer Trend sei, der sich auch in Großbritannien erkennen lasse. In König Eduard VII. sah Uesugi einen Monarchen, der nach der langjährigen Herrschaft einer Frau, nämlich Königin Viktoria, die britische Nation energisch zu führen imstande sei[38]. Während seines Aufenthalts in Deutschland gelangte Uesugi ferner zu der Überzeugung, dass zwischen der japanischen und der westlichen Politik keinerlei Gemeinsamkeit bestehe. Der japanische Staat sei einheitlich und basiere auf dem homogenen japanischen Volk, das sich eigentlich aus einer Familie heraus entwickelt habe, während die Legitimität sowie Geschlossenheit des Staates in Europa oft umstritten seien[39]. Mit Blick auf die lange Geschichte der europäischen Demokratie seit der Antike stellte er ferner fest, dass die westlichen Staaten, egal ob Monarchie oder Republik, stets den Konsens des Volkes oder zumindest das Gemeinwohl anstrebten. Japan sei hingegen die Monarchie in reinster Form[40]. Es sei traditionell die Tugend der Japaner, die staatliche Autorität je-

[34] Vgl. Shinkichi Uesugi, Fujinmondai [Die Frauenfrage], Sanshoro 1910.

[35] Vgl. Shinkichi Uesugi, Kosetsu juka seido [Das öffentliche Wohnungswesen], in: Hogaku-kyokai-zasshi 29 (1911), S. 1307–1321.

[36] Vgl. Shinkichi Uesugi, „Referendumu" ni tsuite [Über „Referenden"], in: Kokka-gakkai-zasshi 25 (1911), S. 351–391.

[37] Vgl. Shinkichi Uesugi, Doitsu ni okeru kempo ni kansuru kinji [Neues zur Verfassung in Deutschland], in: Kokka-gakkai-zasshi 24 (1910), S. 52–61. Uesugi nannte diese türkische Verfassung „eine vorzügliche europäische, konstitutionelle Verfassung, die fast der belgischen gleicht", in: Ebenda, S. 56, (Hervorhebung im Original) und übersetzte ihren ganzen Text (Hogaku-kyokai-zasshi 287, 1910), S. 90–114 u. S. 317–337.

[38] Vgl. Uesugi, Doitsu ni okeru kempo ni kansuru kinji, S. 174–182 u. S. 197–199.

[39] Vgl. Shinkichi Uesugi, Kokuminkyoiku teikokukempokogi [Die nationale Erziehung – Vorlesungen zur Reichsverfassung], Tokio 1911, S. 58–64 u. S. 120–124.

[40] Vgl. ebenda, S. 124–146.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

derzeit zu respektieren und sich rücksichtslos für Kaiser und Reich einzusetzen, auch wenn die aus dem angelsächsischen Raum importierte materialistisch-individualistische Denkweise in Japan zersetzend gewirkt habe[41]. Hingegen komme das deutsche Modell der Situation in Japan relativ nahe und könne daher teilweise auch als Vorbild dienen[42]. Den Kampf deutscher Monarchisten wie Elard von Oldenburg-Januschau und Heinrich Graf Yorck von Wartenburg gegen den Aufstieg des Parlamentarismus beobachtete Uesugi mit großer Sympathie[43].

Uesugi betonte die Einzigartigkeit der ewigen Dynastie in Japan. Der Kaiser, Nachkomme der allerhöchsten Sonnengöttin Amaterasu Omikami, habe stets gewissenhaft regiert und dem Volk zur Seite gestanden, während die westlichen Monarchen, wie Ludwig XIV. von Frankreich, oft das Volk unterdrückt und deshalb Revolutionen oder Dynastiewechsel heraufbeschworen hätten. Der aufgeklärte Absolutismus Friedrichs des Großen, der sich als „erster Diener des Volkes" bezeichnet hatte, sei im Westen die seltene Ausnahme. Der allerhöchste Wille des Kaisers müsse hingegen für die japanischen Untertanen der absolute Maßstab sein, der über jedem Werturteil des einzelnen stehe[44].

Die Betonung der kaiserlichen Initiative durch Uesugi führte 1912 zu einer Kontroverse mit seinem älteren Kollegen, Professor Tatsukichi Minobe, der die Großjapanische Verfassung möglichst liberal und demokratisch auslegen wollte. Minobe hatte ebenfalls bei Jellinek in Heidelberg studiert und suchte dessen liberale Verfassungslehre zu adaptieren. Er ging davon aus, dass auch die japanische Reichsverfassung im Sinne der westlichen Verfassungslehren aufgefasst werden müsse. Minobes Kritik entzündete sich an einem Vortrag, den Uesugi vor Schullehrern gehalten hatte. Uesugi hatte darin die demokratische Grundlage der westlichen Staatslehre hervorgehoben und zugleich ihre Unanwendbarkeit auf die japanischen Verhältnisse behauptet. Minobe entgegnete, der Kaiser sei nur nominell der Souverän Japans und regiere keineswegs allein, sondern nur im Verbund mit dem Kabinett und dem Parlament. Der Träger der Souveränität sei weder der Kaiser noch das Volk, sondern der Staat[45]. Uesugi reagierte darauf mit einem leidenschaftlichen Aufsatz. Darin warf er Minobe vor, den göttlichen Herrscher Japans zu einem Diener des Gemeinwesens zu degradieren. Er bezeichnete Minobes Verfassungslehre öffentlich als Majestätsbeleidigung und erregte damit großes Aufsehen[46]. Die liberalen japanischen Verfassungsrechtler und Publizisten

[41] Vgl. ebenda, S. 16–23.
[42] Vgl. ebenda, S. 15 f.
[43] Vgl. Uesugi, Doitsu teikoku saisho [Das Misstrauensvotum], S. 1054–1070, bes. S. 1061 f. u. S. 1070.
[44] Shinkichi Uesugi, Kodogaisetsu [Grundriss der Kaiserverehrung], in: Ders., Kokutai, Kempo und Kensei [Staatsform, Verfassung und konstitutionelle Politik], Tokio ²1917, S. 1–17.
[45] Vgl. Tatsukichi Minobe, Kenpo kowa [Vorlesungen zur Verfassung], Yuhikaku shobo 1912; ders., Kokuminkyoiku teikokukempokogi wo hyosu [Rezension von: Shinkichi Uesugi, Die Erziehung der Nation – Vorlesungen zur Reichsverfassung], in: Jiro Hoshino (Hrsg.), Saikin kempo ron [Die neuliche Debatte zur Verfassung] (Reprint), Tokio 1989, S. 1–12.
[46] Vgl. Shinkichi Uesugi, Kokutai ni kansuru Isetsu [Eine Irrlehre über unsere Staatsform], in: Ebenda, S. 13–39.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

wie Mitsue Ichimura[47] und Kazutami Ukita[48] setzten sich entschlossen für Minobe ein. Uesugis Auffassung teilten einige Konservative, unter ihnen sein Mentor Yatsuka Hozumi[49], seine Fachkollegen Katsuhiko Kakei [50], Toru Shimizu[51], Hisoka

[47] Ichimura, seinerzeit ao. Professor für Verfassungslehre an der Kaiserlichen Universität Kioto, hielt Uesugis Staatsauffassung für die veraltete Vorstellungen eines Patrimonialstaats. Er warf Uesugi vor, die kaiserliche Autorität in der wissenschaftlichen Diskussion missbraucht zu haben; vgl. Mitsue Ichimura, Uesugi hakushi wo nanzu [Kritik an Dr. Uesugi], in: Hoshino (Hrsg.), Saikin kempo ron, S. 99–121; Brief von Ichimura an Uesugi, Kioto 22. 6. 1912, in: Nationalbibliothek des Japanischen Parlaments.

[48] Ukita, liberaler Publizist, Protestant und o. Professor für Politik und Staatslehre an der Privatuniversität Waseda in Tokio, hielt die Beschränkung der Staatsgewalt in zivilisierten Ländern wie Japan für selbstverständlich. Er bezeichnete daher Uesugis Staatslehre als Produkt eines „unwissenschaftlichen Geistes"; vgl. Kazutami Ukita, Muyonaru kenporon [Eine überflüssige Debatte über die Verfassung], in: Hoshino (Hrsg.), Saikin kempo ron, S. 122–144. Ukita gilt als einer der Vordenker der demokratischen Richtung Yoshinos.

[49] Vgl. Yatsuka Hozumi, Kokutai no isetsu to jinshin no keiko [Die Irrlehre zu unserer Staatsform und die Tendenz der Öffentlichkeit], in: Hoshino (Hrsg.), Saikin kempo ron, S. 80–98. Angesichts der Debatte ermutigte Hozumi seinen Schüler Uesugi leidenschaftlich mit seinen vertraulichen Briefen. Hozumi empfahl Uesugi, eventuell Baron Kato zu besuchen und ihn um seine Unterstützung zu bitten; Hozumi an Uesugi, Tokio, 10. 5. 1912, in: Nationalbibliothek des Japanischen Parlaments. In der Tat hatte Hozumi Baron Kato um Unterstützung gebeten; Brief von Hozumi an Baron Hiroyuki Kato, Tokio, 11. 3. 1912, Nachlass (NL) Hiroyuki Kato, XII-152, in: Universitätsarchiv Tokio. Hozumi riet seinem Schüler, die Reaktion der „engen" japanischen akademischen Welt auf seine Thesen nicht ernst zu nehmen und sich eher mit den deutschen Kollegen auszutauschen; Brief von Hozumi an Uesugi, Tokio, 8. 8. 1912, in: Nationalbibliothek des Japanischen Parlaments.

[50] Kakei, o. Professor für Verfassungs- und Verwaltungsrecht sowie Rechtsphilosophie an der Kaiserlichen Universität Tokio, hielt sich nach dem Studium an der Kaiserlichen Universität Tokio lange in Deutschland auf, wo er bei Otto Giercke und Adolf Harnack in Berlin hörte. Obzwar Kakei anfangs die Thesen Gierkes zum Genossenschaftsrecht importierte, wandte er sich allmählich dem Buddhismus und Shintoismus zu und galt als Inbegriff des angeblich urjapanischen Geistes an der juristischen Fakultät der Universität Tokio. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg hielt er an seiner Überzeugung fest. In seinem Kondolenzschreiben lobte Kakei Uesugis Kritik an Minobes Verfassungslehre; vgl. Katsuhiko Kakei, Tokio teikoku daigaku kyoju Uesugi Shinkichi [Prof. Shinkichi Uesugi an der Kaiserlichen Universität Tokio], in: Hichiseisha (Hrsg.), Uesugi sensei wo omou, S. 25.

[51] Shimizu, Geheimer Staatsrat und o. Professor für Verfassungsrecht an der Kaiserlichen Lehranstalt für die Adligen „Gakushu-In", studierte erst an der Kaiserlichen Universität Tokio, danach auch in Deutschland. Wenngleich er 1912 keine klare Stellung bezog, vertrat er ausdrücklich die These, dass die japanische Staatsform unvergleichbar mit den westlichen und Japan mit der Autorität des ewigen Kaisertums untrennbar verbunden sei; vgl. Toru Shimizu, Koi keisho to Sokui senso [Die kaiserliche Erbfolge und Inthronisation], 1913, in: Nationalbibliothek des Japanischen Parlaments; ders., Waga kokutai to kempo [Unsere Staatsform und Verfassung], in: Ebenda. 1935 trat Shimizu in der Tenno-Kikansetsu-Affäre der Verfassungslehre Minobes entgegen, blieb diesem jedoch freundschaftlich verbunden; vgl. Torao Shimizu, Meiji kempo ni junshi sita kempo gakusha. Chichi wa shinzuru tokoro ni shinde itta [Der Verfassungsrechtler, der sich für die Meiji-Reichsverfassung opferte. Mein Vater starb wegen seiner Überzeugungen], in: Bungei-Shunju, November 1964, S. 278 f.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Inoue[52] sowie Baron Hiroyuki Kato[53]. Vor allem Hozumi trat in der Öffentlichkeit als sein Sekundant auf, verstarb jedoch noch vor Abschluss der Debatte. Die Auseinandersetzung entfaltete sich vor dem Hintergrund des Umbruchs in Ostasien, der durch das Ende des tausendjährigen chinesischen Kaiserreichs (1911) und den Tod des Kaisers Meiji (Mutsuhito) von Japan (1912) markiert wurde. Nach dieser Debatte war Uesugi in der akademischen Welt ganz isoliert, wurde dafür aber politisch umso aktiver. 1912 wurde er zum Ordinarius an der Kaiserlichen Universität Tokio und darüber hinaus zum Professor an der Kaiserlichen Kriegsakademie und der Marineakademie ernannt und erhielt dadurch die Gelegenheit, seine Thesen auch jungen Offizieren nahezubringen[54].

Bemerkenswerterweise äußerte sich Uesugi seinen deutschen Kollegen gegenüber ganz anders, denn in seinen deutschsprachigen Beiträgen für das „Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart" betonte er gerade die moderne Entwicklung des japanischen Rechtswesens. „Seit dem Erlaß der Reichsverfassung, also seitdem unser Kaiserreich als ein ‚Verfassungsstaat' oder als ein ‚Rechtsstaat' zu neuem Leben erwachte, sind schon zwanzig Jahre verflossen. In unser aller Erinnerung steht noch lebhaft das Bild des alten Japan. Aber heute sind die Dinge vollständig verändert, sowohl das öffentliche wie das private, das geistige wie das materielle Leben, Kultur, Recht und Sitte"[55], hieß es hier, und weiter: „So leben wir heutigen Japaner in einem Rechtsstaat. Auf dem Gebiete der Justiz ist die Gesetzgebungsarbeit vorläufig zu einem gewissen Abschluß gelangt."[56] „Wir Juristen erstreben jetzt gemeinsam mit großen Hoffnungen und großem Eifer das moderne demokratische und soziale Ideal, welches in Japan schon heimisch ist, unter der Monarchie rein und fest zu verwirklichen."[57] Hier lassen sich die antiwestlichen Züge seiner japanischsprachigen Schriften kaum erkennen. Offenbar wusste Uesugi, dass seine fundamental-schintoistische Verfassungslehre vor westlichem Publikum keine Resonanz finden würde, und versuchte daher, sein Land mit westlichen Begriffen zu verteidigen.

Am 15. April 1910 reiste auch Yoshino nach Deutschland ab. Nach seiner Ankunft in Heidelberg erwarb er Georg Jellineks Hauptwerk „Allgemeine Staatslehre" und las es kursorisch. Ihn interessierten vor allem Jellineks Definition der Staatslehre sowie seine Ausführungen über die konservativen Staatstheorien, die juristische Staatslehre und die Staatsformen. Inwieweit Jellinek Yoshinos poli-

[52] Inoue, o. Professor für Verfassungsrecht an der Kaiserlichen Universität Kioto, lehrte nach seinem Studium an der Kaiserlichen Universität in Tokio in Kioto. 1913 wurde er Bürgermeister von Kioto. Inoue lehnte die Methode Minobes ab, die japanische Verfassung im Vergleich mit westlichen Mustern zu beurteilen und zu erklären; vgl. Hisoka Inoue, Tochiken no shutai [Das Subjekt der Regierungsgewalt], in: Hoshino (Hrsg.), Saikin kempo ron, S. 167–181.

[53] Denkschrift Hiroyuki Katos, in: Universitätsarchiv Tokio, NL Hiroyuki Kato, III-5.

[54] Ko Uesugi sensei ryakureki, in: Uesugi sensei wo omou.

[55] Shin Uyesugi, Die öffentlich-rechtliche Gesetzgebung in Japan, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Bd. IV, Tübingen 1910, S. 530.

[56] Ebenda, S. 535.

[57] Shinkitsi Uyesugi, Das Verfassungsrecht in Japan in den Jahren 1912–22, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Bd. XII, Tübingen 1923/24, S. 312.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tische Position beeinflusste, ist schwer zu bestimmen, da Yoshino, anders als Uesugi, sich später kaum auf dessen Werke bezog[58].

Im Wintersemester 1910/11 schrieb sich Yoshino in Heidelberg ein und besuchte hier Vorlesungen von Jellinek, Alfred Weber, Hermann Oncken, Eugen von Jagemann, Hermann Levy und Fritz Fleiner, die ihm aber allesamt nicht zusagten. Auch Jellineks Vorlesung zur modernen Staatspolitik interessierte ihn wenig[59]. In seinen Reiseberichten, die er nach Tokio schickte, ging Yoshino so weit zu behaupten, die Vorlesungen an deutschen Universitäten seien inhaltsleer und die deutschen Studenten unbegabt[60]. Zugleich äußerte er seine Unzufriedenheit darüber, dass ihn die Deutschen wegen seiner mangelhaften Sprachkenntnisse kaum beachteten[61]. Als Jellinek 1911 plötzlich verstarb, hielt sich Yoshino gerade in dem unterfränkischen Dorf Riedenheim bei Würzburg auf. Der Beerdigung seines Lehrers konnte er deshalb nicht beiwohnen. Er verließ bald darauf Heidelberg und besuchte verschiedene europäische Städte, ohne sich jedoch an einer weiteren Hochschule zu immatrikulieren[62].

Statt sich mit der deutschen Wissenschaft auseinanderzusetzen, bemühte sich Yoshino verstärkt darum, das Alltagsleben der Europäer zu beobachten. Er verkehrte gern mit Methodisten, Mennoniten und Baptisten, während er zur protestantischen Orthodoxie und zum Katholizismus in Deutschland Abstand hielt[63]. Um die katholische Volksfrömmigkeit kennenzulernen, weilte Yoshino mehrmals in Riedenheim und beobachtete die katholische Liturgie aus kritischer Distanz[64]. Das protestantische Landeskirchensystem irritierte ihn, und er war empört, als er in Wien zur Entrichtung der Kirchensteuer aufgefordert wurde[65]. Die nichtstaatlichen religiösen Gemeinschaften hingegen zogen ihn an, vor allem die altkatholischen Kirchen, die jüdischen Gemeinden und auch die Freimaurerei[66]. Die Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung weckten ebenfalls sein Interesse. Er besuchte in Wien und in Berlin Arbeiterversammlungen und war überrascht vom intellektuellen Niveau der Arbeiter[67]. 1912 erlebte er in Berlin die Reichstags-

[58] Georg Jellinek, Allgemeine Staatslehre, 2., durchgesehene und vermehrte Aufl., Berlin 1905 (von Yoshino erworben am 24. 6. 1910 in Heidelberg, heute aufbewahrt in der Yoshino-Sakuzo-Gedenkstätte in Furukawa, S. 4–22, S. 140–159, S. 467 u. S. 649.

[59] Vgl. Sakuzo Yoshino, Yoshino Sakuzo senshu 13, Nikki 1 [Werke, Bd. 13 (Tagebücher 1)], Tokio 1996, S. 144 f. u. S. 149–152.

[60] Sakuzo Yoshino, Taitokunikki [Tagebücher in Deutschland], in: Shinjin, Heft 12, Nr. 3 (1911), S. 280.

[61] Sakuzo Yoshino, Taitokunikki sononi [Tagebücher in Deutschland Nr. 2], in: Shinjin, Heft 12, Nr. 4 (1911), S. 388.

[62] Vgl. Yoshino, Yoshino Sakuzo senshu 13, Nikki 1.

[63] Vgl. ebenda, S. 155, S. 160–162, S. 173, S. 198–199, S. 222, S. 275–279, S. 282–284, S. 287, S. 289, S. 292, S. 295, S. 373, S. 381–383; Yoshino, Taitokunikki, S. 283 u. S. 285 f.

[64] Vgl. Yoshino, Yoshino Sakuzo senshu 13, Nikki 1, S. 166, S. 191, S. 194 u. S. 196 f.; ders., Taitokunikki, S. 283.

[65] Vgl. Yoshino, Yoshino Sakuzo senshu 13, Nikki 1, S. 157 u. S. 228.

[66] Vgl. ebenda, S. 176, S. 242 f., S. 274–277, S. 281 u. S. 293 f.

[67] Vgl. ebenda, S. 130, S. 134 f., S. 153, S. 204 f., S. 238, S. 240, S. 245, S. 251, S. 280 u. S. 371.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

wahl, bei der die Sozialdemokraten erstmals als stärkste Partei abschnitten[68]. Anders als Uesugi beurteilte Yoshino die autoritäre Seite Deutschlands stets negativ. Kaiser Wilhelm II., den Uesugi positiv bewertete, hielt Yoshino für problematisch, wohingegen er den volksnahen badischen Großherzog Friedrich II. als Vorbild für den japanischen Kaiser bezeichnete[69].

Im Juli 1913 kehrte Yoshino über England und die USA nach Tokio zurück und begann hier im September als Ordinarius seine Vorlesung zur politischen Geschichte zu halten. Als Ergebnis seines Aufenthaltes in Europa präsentierte er die Schrift „Der römische Papst", in der er die internationale Organisation der katholischen Kirche als Gefahr für die nationale Selbständigkeit und die Zivilisation angriff[70]. Während er sich hier auf zahlreiche Quellen stützte, basierte seine erste verfassungsrechtliche Arbeit, „Der Erbfolgestreit im Herzogtum Braunschweig", lediglich auf japanischsprachigen Berichten[71]. Daneben nahm Yoshino seine politische Publizistik wieder auf und warb um Verständnis für die europäische Arbeiterbewegung. Insbesondere wies er auf den Aufstieg des gemäßigten Flügels, also des Revisionismus, in den sozialistischen Parteien hin[72]. Seine erste Vorlesung an der Kaiserlichen Universität Tokio, in der Yoshino die Lage des europäischen Sozialismus zu behandeln wagte, erwarb ihm die Wertschätzung der Studenten, die gleichzeitig aber auch die Vorlesung der monarchistischen Verfassungslehre Uesugis mit Respekt verfolgten[73].

Die Haltung zum Ersten Weltkrieg

Ein Jahr nach der Heimkehr Yoshinos brach der Erste Weltkrieg aus, zunächst eigentlich eine rein europäische Auseinandersetzung, die Japan gar nichts anging. Dennoch erklärte die kaiserlich japanische Regierung im August 1914 den Mittelmächten den Krieg, und zwar aufgrund des britisch-japanischen Bündnisses, das man 1902 gegen Russland abgeschlossen hatte. Die japanische Armee

[68] Vgl. ebenda, S. 266–269 u. S. 276; Kiheiji Onozuka, Doitsu ni okeru saikin no rikkenjokyo [Die gegenwärtige Lage der konstitutionellen Politik in Deutschland], in: Ders., Gendai Oshu no kensei [Die konstitutionelle Politik im gegenwärtigen Europa], Tokio 1913, S. 162–207.

[69] Vgl. Yoshino, Yoshino Sakuzo senshu 13, Nikki 1, S. 137, S. 254 u. S. 367.

[70] Vgl. Sakuzo Yoshino, Roma ho-o [Der römische Papst], in: Hogaku-kyokai-zasshi 32 (1914), S. 70–108, S. 254–267 u. S. 844–856. Zu demselben Thema hatte Yoshino am 27. 11. 1913 einen Vortrag an der juristischen Fakultät der Kaiserlichen Universität Tokio gehalten; vgl. ders., Die Berichte zum Vortrag Yoshinos, in: Hogaku-kyokai-zasshi 32 (1914), S. 178–180; vgl. auch Kokka-gakkai-zasshi 28 (1914), S. 147–153. Es handelte sich um seinen ersten wissenschaftlichen Vortrag als Professor.

[71] Vgl. Sakuzo Yoshino, Buraunshuwaihi koi keisho mondai [Der Erbfolgestreit im Herzogtum Braunschweig], in: Kokka-gakkai-zasshi 27 (1913), S. 1601–1612 u. S. 1791–1822.

[72] Vgl. Sakuzo Yoshino, Sanjikarizumu [Syndikalismus], in: Shinjin 15 (1914), S. 49–53 u. S. 64–67; ders., Minshu teki jiiundo wo ronzu [Zur demokratischen Demonstration], in: Chuo-Koron, April 1914, S. 87–114; ders., Eikoku ni okeru seijiteki rodoundo [Die politische Arbeiterbewegung in England], in: Kokka-gakkai-zasshi 28 (1914), S. 635–669.

[73] Vgl. Takachika Iguchi, Daigaku kodan ni okeru Yoshino hakushi [Herr Dr. Yoshino am Katheder der Universität], in: Chuo-Koron, Juni 1916, S. 69 f.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

eroberte gemeinsam mit britischen Hilfstruppen die isolierte deutsche Kolonie Kiautschou und versuchte anschließend, die deutschen Interessen in China sämtlich zu übernehmen. Obwohl das japanische Volk vom dritten Sieg der eigenen Streitkräfte in Folge begeistert war, entstand gleichzeitig eine heftige Debatte, ob dieser Feldzug gegen Deutschland zu rechtfertigen sei. Die fortschrittlich gesinnten Japaner bejahten im Verein mit den demokratischen Westmächten den Krieg gegen das autokratische und militaristische Deutschland und bemängelten, dass ihre konservativen, traditionell deutschfreundlichen Landsleute den Konflikt reserviert betrachteten. In der Tat behandelte die japanische Armee die gefangengenommenen deutschen Soldaten relativ großzügig und förderte sogar teilweise den kulturellen Austausch mit dem japanischen Volk. Bekanntlich wurde die im heutigen Japan so beliebte Neunte Symphonie Beethovens in Japan zum ersten Mal von gefangenen Deutschen im Kriegsgefangenenlager Bando (Präfektur Tokushima) gespielt[74].

Yoshino machte sich einen Namen, indem er den Krieg gegen Deutschland moralisch rechtfertigte. Mit seiner Autorität als Ordinarius für politische Geschichte an der Kaiserlichen Universität Tokio bekräftigte Yoshino die welthistorische Bedeutung des seiner Ansicht nach gerechten Krieges gegen die deutschen Weltverderber. Aufgrund seiner Erlebnisse malte Yoshino das deutsche Kaiserreich in grellen Farben: Es sei das Land des Gottesgnadentums und seit Bismarck unverändert imperialistisch, die Deutschen selbst seien boshaft, unverschämt und moralisch verkommen[75]. Demgegenüber beschrieb er Großbritannien und Frankreich als Verfechter der Demokratie und des Friedens. Yoshinos Ansichten über den Weltkrieg entsprachen im Großen und Ganzen denen seines älteren Kollegen Onozuka, der mit Hinweis auf Treitschkes Werke den egozentrischen Charakter der deutschen Außenpolitik betonte[76].

Anlässlich des Krieges forderte Yoshino entschlossen die Demokratisierung der japanischen Politik[77]. Sein berühmtester Aufsatz „Überlegungen über den Weg zur erfolgreichen Vervollständigung der konstitutionellen Politik durch die Erklärung ihres Wesens“, in dem er die geistige Entwicklung der Menschheit und

[74] Vgl. Keisuke Hayashi, „Daiku“ no Sato Doitsumura. Bando-Furyo-Shuyojo [Die Heimat der „9. Symphonie“ – das Dorf der Deutschen. Das Kriegsgefangenenlager Bando], neue Aufl., Tokushima 1993; Hiroshi Tomita, Bando-furyo-shuyojo. Nichidokusenso to zainichi Doitsu furyo [Das Kriegsgefangenenlager Bando. Der deutsch-japanische Krieg und die deutschen Gefangenen in Japan], Tokio 1991.

[75] Vgl. Sakuzo Yoshino, Yoshino Sakuzo senshu 5, S. 247; Sakuzo Yoshino, Doitsu no Kokuminsei [Der deutsche Nationalcharakter], in: Shinjokai [Die neue Welt der Frauen] 6 (1914), Heft 11, S. 57–64.

[76] Vgl. Kiheiji Onozuka, Gendai Doitsu no gunkokushugi to Toraichike no gakusetsu [Der Militarismus im gegenwärtigen Deutschland und die Lehre Treitschkes], in: Ders., Gendai Oshu seiji oyobi gakusetsu ronshu [Gesammelte Aufsätze zur Politik und Lehre im gegenwärtigen Europa], Tokio 1916, S. 360–435.

[77] Vgl. Sakuzo Yoshino, Kensei no hongi wo toite sono yushu no bi wo nasu no michi wo ronzu [Überlegungen über den Weg zur erfolgreichen Vervollständigung der konstitutionellen Politik durch die Erklärung ihres Wesens], in: Yoshitake Oka (Hrsg.), Yoshino Sakuzo hyoron shu [Gesammelte publizistische Aufsätze Sakuzo Yoshinos], Tokio [3]1993, S. 10–131.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

die Verbreitung der Demokratie als welthistorisches Schicksal kennzeichnete, stellte einen Meilenstein des japanischen Parlamentarismus dar. In diesem Aufsatz schlug er den Begriff „Mimponshugi" (Volkszentrismus) vor, mit dem er das Wohl des Volkes zur Hauptsache des Staates erklärte, ohne die monarchische Souveränität in Frage zu stellen. Seine Forderung wurde damals in den japanischen Medien weithin begrüßt. Die linken Studenten der Universität Tokio begeisterten sich für ihn und bildeten unter seiner Anleitung eine neue studentische Organisation namens Todai-Shinjinkai (Klub der neuen Menschen an der Universität Tokio)[78].

Sein Kollege Uesugi beobachtete Yoshinos Schwarzweißmalerei mit großer Skepsis. Er fürchtete eine verstärkte Hegemonie der Briten und Amerikaner im Falle einer Niederlage der Mittelmächte. Uesugi lobte öffentlich die tapfere Kriegsführung Deutschlands gegen seine überlegenen Feinde und den Widerstand der deutschen Monarchisten gegen die Parlamentarisierung[79]. Vor allem durch Hans Delbrücks Schrift „Regierung und Volkswille" (1914)[80] sah er seine Kritik am Parlamentarismus bestätigt, weshalb er mit der Unterstützung seines neuen Mentors, Baron Shimpei Goto, eine japanische Ausgabe herausgab[81]. Auch der junge Herzog Fumimaro Konoe, später Vorsitzender des Herrenhauses und Ministerpräsident, bestritt die moralische Rechtfertigung der japanischen Kriegserklärung an Deutschland. Ihm zufolge war der angebliche Pazifismus der Angelsachsen, auf den Yoshino vertraute, nur eine Verbrämung ihres Willens zur Bewahrung ihrer Weltherrschaft und hatte deswegen mit Gerechtigkeit und Humanismus nicht das mindeste zu tun[82]. 1916 folgte Uesugi der Aufforderung der Redaktion der liberalen und bildungsbürgerlichen Zeitschrift für Politik und

[78] Vgl. Henry D. Smith II, Japan's First Student Radicals, Cambridge/MA. 1972; Katsunori Nakamura (Hrsg.), Teidai-Shinjinkai kenkyu [Die Forschung zum Teidai-Shinjinkai], Tokio 1997.

[79] Vgl. Shinkichi Uesugi, Einleitung, in: Hansu Deruburyukku, Seiji to min-i [Regierung und Volkswille], übersetzt von Baron Shimpei Goto (in Zusammenarbeit mit Kozo Mori), eingeleitet und kommentiert von Shinkichi Uesugi, Tokio 1915, S. 1–10; ders., Doitsu teikoku saisho [Das Misstrauensvotum], S. 1070.

[80] Vgl. Hans Delbrück, Regierung und Volkswille. Eine akademische Vorlesung, Berlin 1914. In dieser Schrift entlarvte Delbrück die oligarchische Realität des Parlamentarismus im Namen des „Volkes" und stellte die repräsentative Demokratie in Frage. Er behauptete, „daß bei weitem das Meiste und das Beste darin von der Regierung, vom Monarchen und vom Beamtentum ausgegangen ist, oft nur mit Mühe beim Reichstag durchgesetzt", obwohl er den Anteil des Reichstags nicht völlig verneinte, in: Ebenda, S. 184. Darüber hinaus bezeichnete Delbrück die deutsche Verfassung als die beste von allen bestehenden (ebenda, S. 186 f.).

[81] Deruburyukku, Seiji to min-i [Regierung und Volkswille]; Brief von Shinkichi Uesugi an Baron Shimpei Goto, Tokio 21. 7. 1914, NL Shimpei Goto, in: Nationalbibliothek des Japanischen Parlaments. Gotos Privatsekretär Kozo Mori bat um die Zustimmung Delbrücks zur japanischen Übersetzung und erhielt sie am 13. 7. 1914; Brief von Mori an Delbrück, Tokio, 22. 6. 1914, in: Staatsbibliothek zu Berlin Preußischer Kulturbesitz, NL Hans Delbrück; Brief (Konzept) von Delbrück an Mori, [Berlin?] 13. 7. 1914, in: Ebenda.

[82] Vgl. Fumimaro Konoe, Eibei hon-i no heiwashugi wo haisu [Die Ablehnung des angelsächsisch orientierten Pazifismus], in: Nihon ozobi Nihonjin [Japan und die Japaner], Nr. 746 (1918), S. 25.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Literatur, „Chuo-Koron", sich mit den Thesen seines Freundes Yoshino auseinanderzusetzen. Dessen Forderung nach mehr Demokratisierung bezeichnete Uesugi als falsche Auslegung der Großjapanischen Verfassung, die zudem nicht auf dem Stand der Forschung sei[83]. Die japanische Öffentlichkeit war jedoch für Yoshino sehr eingenommen und glaubte, Uesugi Kritik an ihm sei durch Neidgefühle motiviert[84].

Die deutsche Revolution bedeutete für Uesugis Verfassungslehre eine Katastrophe, denn das monarchische Modell Deutschland war plötzlich verschwunden. Die Entstehung der Weimarer Republik beschrieb er als den Tod des monarchischen Deutschland. Er war fest davon überzeugt, dass die improvisierte Republik, deren Verfassung dem Nationalcharakter der Deutschen gar nicht entspreche, keine Lebenskraft habe[85]. Aber seine Kritik an der deutschen Republik wurde von nur wenigen japanischen Intellektuellen geteilt. So feierte sein Kontrahent Minobe die Entstehung der neuen deutschen Demokratie und übersetzte die Weimarer Verfassung umgehend ins Japanische[86].

1920 unternahm Uesugi in seinen Forschungssemestern eine nostalgische Reise nach Deutschland. Er besuchte seine alten Bekannten in Heidelberg und Adelsheim, die zu seinem Bedauern unter den Kriegsfolgen litten[87]. Aufgrund seiner Europareise begann er seine Ansichten über das Deutsche Kaiserreich zu revidieren. In einem Vortrag vor der Japanischen Adelsgesellschaft am 14. Februar 1921 betonte er, dass es sich bei den Ereignissen vom November 1918 nicht um eine Kriegsniederlage, sondern um einen inneren Zusammenbruch gehandelt habe. Uesugi erinnerte an die vielfältigen Gegensätze innerhalb Deutschlands, an den regionalen Partikularismus, an Parteiengegensätze, Konfessionsgegensätze, Nationalitätenkonflikte, die Entfremdung zwischen Obrigkeit und Volk, den überproportionalen Aufstieg der „fleißigen" Juden in allen Bereichen und das Aufkommen des Antisemitismus. Scharf kritisierte er die Verfassung der deutschen Nachkriegsgesellschaft, den herrschenden Sittenverfall, den Mangel an Patriotismus, an hervorragenden Persönlichkeiten usw[88]. Ob seine Darstellung von der deutschen „Dolchstoßlegende" beeinflusst war, muss dahingestellt bleiben.

---

[83] Vgl. Shinkichi Uesugi, Waga kokutai no kompongi. Gi-in chushin no kenseiron wo haisu [Das Wesen unserer Staatsform. Wider die parlamentaristische Verfassungslehre], in: Chuo-Koron, März 1916, S. 39–46.

[84] Vgl. Tekkenzen Yoshino, Hohaku Yoshino Sakuzo ron [Über Dr. iur. Sakuzo Yoshino], in: Chuo-Koron, Juni 1916, S. 66.

[85] Vgl. Shinkichi Uesugi, Doitsu sin kempo no seiritsu [Die Entstehung der neuen deutschen Verfassung], in: Kokka-gakkai-zasshi 34 (1920), S. 373–392; ders., Shin Doitsu kyowakoku kempo ni tsuite [Zur Verfassung der neuen deutschen Republik], in: Hogaku-kyokai-zasshi 39 (1921), S. 1198–1243.

[86] Vgl. Tatsukichi Minobe, Oshu shokoku sengo no shinkempo [Die neuen Verfassungen der europäischen Nachkriegsstaaten], Tokio 1922.

[87] Vgl. Nakada, Uesugi kun wo omoite, in: Hichiseisha (Hrsg.), Uesugi Sensei wo omou [Zum Andenken an unseren verehrten Lehrer Uesugi], S. 46–48.

[88] Vgl. Shinkichi Uesugi, Doitsu Gakai no Gen-in ni Tsuite [Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs], 1921 (Privatdruck, Bibliothek der Dokkyo-Universität in Soka, Präfektur Saitama).

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Uesugi gelangte zu der Überzeugung, dass der Versailler Friede die „Balkanisierung" der Welt, d.h. die endlose Zuspitzung der Völkergegensätze, herbeiführen werde. Er berichtete über die Überheblichkeit und den Egoismus der westlichen Siegermächte (zumal Frankreichs) gegenüber den Deutschen und prophezeite einen neuen Krieg[89].

Diskussionen um die Nachkriegsordnung

Uesugi sah in den USA den kommenden Feind Japans, der eine japanische Hegemonie in Ostasien keineswegs dulden werde. In den 1920er Jahren war die japanische Öffentlichkeit darüber empört, dass die USA 1922 in der Washingtoner Flottenkonferenz zur Marineabrüstung den Ausbau der japanischen Marine blockierten und dass sie die japanische Einwanderung in die Staaten der amerikanischen Westküste zu stoppen versuchten. Auch Uesugi beklagte die Expansionsgier der Amerikaner sowie die miserable Lage der diskriminierten Rassen in den USA, während er seinerseits kaum vor herabsetzenden Äußerungen über die amerikanischen Weißen zurückschreckte. Er sah die Japaner zu Führern aller farbigen Rassen berufen und forderte sie zum Kampf gegen die Weißen auf, die die Andersrassigen fast wie Vieh behandelten[90]. Auch die zunehmende Amerikanisierung der japanischen Gesellschaft empörte ihn: So kritisierte er im Dezember 1927 die Bereitschaft nichtchristlicher Japaner, das Weihnachtsfest zu feiern, obwohl dieses mit dem ersten Todestag von Kaiser Taisho (Yoshihito) zusammenfiel[91].

Uesugi sah sich in der Nachkriegszeit zunehmend isoliert. Die 1920er Jahre waren in Japan die Blütezeit des Parlamentarismus. So wurde 1925 endlich auf nationaler Ebene das allgemeine und gleiche Wahlrecht eingeführt. Die japanische Gesellschaft wurde, zu Uesugis Erschrecken, von einer großen Welle der Amerikanisierung erfasst. Deutschland blieb zwar ein Gegenstand japanischen Interesses, aber in einem anderen Sinne als vor dem Weltkrieg: Die jungen Studenten interessierten sich mehr und mehr für den Marxismus, während sich die japanischen Offiziere bemühten, aus den deutschen Erfahrungen mit der Kriegswirtschaft zu lernen. Japanische Politiker und Unternehmer unterstützten finanziell die „Notgemeinschaft für die deutsche Wissenschaft", und einige deutsche Spitzenwissenschaftler, wie Albert Einstein und Fritz Haber, wurden mit Begeisterung empfangen[92]. Allerdings währte die Friedenszeit nicht lange: Die Weltwirtschaftskrise von 1929 hatte verheerende Folgen für die japanische Wirtschaft und auch den japanischen Parlamentarismus. An die Stelle der ratlosen Parteipoliti-

[89] Vgl. Shinkichi Uesugi, Nihonjin no daishimei to shinkiun [Die große Sendung der Japaner und die neue Strömung], Tokio 1921, S. 43–64.

[90] Vgl. Shinkichi Uesugi, Nihon kokumin no kakugo [Der Entschluss der japanischen Nation], in: Kokumin Taibei Kai (Hrsg.), Taibei kokusaku ronshu [Gesammelte Aufsätze zur Amerikapolitik], Tokio 1924, S. 90–120.

[91] Vgl. Shinkichi Uesugi, Kurisumasu [Weihnachten], Tokio-Asahi-Shimbun vom 18. 12. 1927, S. 3.

[92] Vgl. Stoltzenberg, Fritz Haber, S. 540; Szöllösi-Janze, Haber, S. 561 f.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ker traten nunmehr Offiziere, die Japan durch radikale Reformen auf den kommenden totalen Krieg vorbereiten wollten.

Obwohl Uesugi als überzeugter Monarchist die republikanische Verfassung ablehnte, leitete er aus den deutschen Kriegserfahrungen die Bedeutung der Volksbeteiligung am Kriegseinsatz ab. Der frühere Verfechter der monarchischen Initiative trat nunmehr als Befürworter des allgemeinen und gleichen Wahlrechts auf[93]. Sein Ordnungsmodell, die Einigung des klassenlosen Volkes unter der Führung des göttlichen Monarchen, näherte sich allmählich dem europäischen Faschismus an. Uesugi lernte den deutschen Nationalsozialismus nicht mehr kennen, aber sein Schüler Tokio Ogushi, später einer der japanischen Chefideologen im Zweiten Weltkrieg, begann Carl Schmitts „Politische Theologie" zu rezipieren[94]. Allerdings lehnte es Uesugi weiterhin ausdrücklich ab, westliche Modelle nach Japan zu importieren. So galt ihm Mussolini als barbarischer Gewaltherrscher, der mit dem Tenno keine Gemeinsamkeit habe. Die Herrschaft des Kaisers über das japanischen Volk müsse unbedingt eine zwang- und gewaltlose sein[95].

Am 7. April 1929 starb Uesugi mit nur 51 Jahren. Obwohl er keinen wissenschaftlichen Nachfolger an der Universität Tokio hatte, war um ihn ein privater Schülerkreis entstanden, der sich „Hichiseisha" nannte, d.h. Klub der Männer, die sieben Leben haben und dem Staat rücksichtslos dienen (d.h. für den Kaiser sterben) wollen. In seinen letzten Jahren träumte Uesugi von einem Staatsstreich gegen die Parteienregierung und äußerte wiederholt die Überzeugung, dass seine Zeit bald kommen werde[96]. Die Weltwirtschaftskrise (1929), die Besetzung der Mandschurei durch die japanische Armee (1931), das Ende des Parlamentarismus (1932) und den Ausbruch des Chinesisch-Japanischen Krieges (1937) sollte er jedoch nicht mehr erleben.

Die Entstehung der Weimarer Republik hatte auch für das Deutschlandbild Yoshinos erhebliche Folgen. Er trat nunmehr als Freund der neuen Republik und der deutschen Sozialdemokratie auf[97]. Er teilte Uesugis Kritik am Versailler Ver-

[93] Vgl. Shinkichi Uesugi, Okucho isshin no futsusenkyo [Das allgemeine Wahlrecht als Mittel zur Einigung von Millionen Staatsbürgern], Tokio 1926.

[94] Vgl. Tokio Ogushi, Karu Shumitto no shukenron [Carl Schmitts Souveränitätslehre], in: Hichiseisha (Hrsg.), Uesugi sensei wo omou, S. 99–115.

[95] Vgl. Shinkichi Uesugi, Dori to seigi no teki mussorini ron [Mussolini, Feind der Legitimität und Gerechtigkeit], in: Chuo-Koron, Februar 1928, S. 28–40; ders., Ureubeki kinkyu chokurei [Die bedenklichen kaiserlichen Notstandsedikte], in: Minsei, Juli 1928, S. 1987–1992.

[96] Vgl. Vorwort, in: Shinkichi Uesugi, Nihon no unmei. Goichigo jiken yogen [Das Schicksal Japans. Die Prophezeiung der Affäre vom 15. Mai], Tokio 1933.

[97] Vgl. Sakuzo Yoshino, Doitsu hando kakumei no kansatsu [Beobachtungen zur reaktionären Revolution in Deutschland], in: Yoshino Sakuzo senshu 6, Tokio 1996, S. 95–99; ders., Doitsu no shorai wo hanzubeki futatsu no kanten [Zwei Ansichten für die Beurteilung der Zukunft Deutschlands], in: Yoshino Sakuzo senshu 6, S. 100–105; ders., Fui saisho Eberuto no shin-nin wo mite waga kizokukaikyu no kakusei wo unagasu [Die Förderung der Erwachung unseres Adels durch die Betrachtung zur Ernennung des Volkskanzlers Ebert], Chuo-Koron, Dezember 1918, S. 69–70; ders., Doitsu ni okeru jinshin no doyo / Doitsu kokuryoku no kaihuku angaini sumiyaka naran [Die Unsicherheit der Öffentlichkeit in Deutschland / Das Land scheint sich schneller zu erholen als erwartet], in: Chuo-Koron, Januar 1919, S. 152–154.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

trag, aber von einer anderen Position aus mit anderen Argumenten: Yoshino fürchtete, dass die Härten der Nachkriegsordnung den fortschrittlichen Idealen Thomas Woodrow Wilsons nicht entsprächen[98]. Im Übrigen verfolgte er trotz der unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten keineswegs die Absicht, seinen Kontrahenten zum Schweigen zu bringen. Yoshino unterstützte Uesugi sogar 1921 bei der Veröffentlichung eines Aufsatzes, in dem dieser seinen entgegengesetzten Standpunkt vertrat[99].

Im Unterschied zu Uesugi war Yoshino einer der energischsten Verfechter des angelsächsischen Modells in der Nachkriegszeit. Seit den Kriegsjahren bewunderte er insbesondere die pazifistischen Ideale Wilsons und begrüßte seine Idee, den Völkerbund zu schaffen[100]. Gegen den Widerstand Uesugis gelang es ihm, mit Mitteln eines amerikanischen Bankiers einen Lehrstuhl für amerikanische Verfassung und Politik an der Kaiserlichen Universität Tokio zu etablieren, an dem er gemeinsam mit Minobe Vorlesungen hielt. Später wurde Yasaka Takagi, ein Liberaler, auf diesen Lehrstuhl berufen[101]. Obwohl Yoshino behauptete, dass Vorlesungen über die amerikanische Verfassung und Politik keineswegs die Propagierung der amerikanischen demokratischen Ideen bedeute[102], waren die politischen Implikationen dieser Maßnahme nicht zu verkennen. Mit Yoshinos allzu optimistischem und elitärem Weltbild waren allerdings nicht nur die konservativen Japaner, sondern auch seine studentischen Anhänger im Todai-Shinjinkai allmählich unzufrieden, weil die neue Generation zum Marxismus tendierte[103].

Obwohl sich Yoshinos Deutschlandbild nach der Revolution wesentlich aufgehellt hatte, kritisierte er weiterhin die Deutschfreundlichkeit der japanischen Konservativen. Der neuen Generation japanischer Offiziere warf Yoshino vor, die deutsche Kriegswirtschaft adaptieren zu wollen[104]. In Untersuchungen zur Entstehung der Großjapanischen Verfassung analysierte er die Rolle der deutschen Staatslehre mit kritischem Unterton[105].

---

98 Vgl. Sakuzo Yoshino, Taidoku kowa joken no kakoku [Die außerordentliche Härte der Friedensbedingungen für Deutschland], in: Chuo-Koron, Juni 1919, S. 98.

99 Redaktionelle Bemerkung von Shinkichi Uesugi, Kokka ketsugo no genryoku [Die Quelle der staatlichen Einheit], in: Chuo-Koron, März 1921, S. 37.

100 Vgl. Sakuzo Yoshino, Oshusenkyoku no genjo oyobi sengo no keisei wo ronjite nihon shorai no kakugo ni oyobu [Betrachtungen zur gegenwärtigen Lage des europäischen Krieges und zur Nachkriegsordnung sowie Überlegungen zur Zukunft Japans], in: Yoshino Sakuzo senshu 5, S. 168–174; ders., Teikokushugi yori kokusaiminshushugi e [Vom Imperialismus zur internationalen Demokratie], in: Yoshino Sakuzo senshu 6, S. 35–70.

101 Vgl. Nakada, Uesugi kun wo omoite, in: Hichiseisha (Hrsg.), Uesugi sensei wo omou, S. 54.

102 Vgl. Sakuzo Yoshino, Beikoku koza shinsetsu ni taisuru bunsho kainyu no fusetsu [Das Gerücht über die angebliche Einmischung des Kultusministers bei der Errichtung des Lehrstuhls für Amerikanistik], in: Chuo-Koron, Juni 1918, S. 108 f.

103 Vgl. Katsumaro Akamatsu, Jindoshugiteki seijishiso no nanten [Die Nachteile des humanistischen politischen Denkens], in: Senku [Der Pionier], März 1920, S. 15–17.

104 Vgl. Sakuzo Yoshino Doitsu hando kakumei no kansatsu, in: Yoshino Sakuzo senshu 6, S. 99.

105 Vgl. Sakuzo Yoshino, Rusureru si togi daiichi [Der erste Bericht von Herrn [Hermann] Rösler], in: Ders., Kandan no kandan, S. 246.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Kurz vor Yoshinos Tod nahm die Ära der parlamentarischen Regierungen ein gewaltsames Ende: Im Februar und März 1932 verübten Rechtsradikale, darunter zwei Schüler Uesugis, Attentate auf Parteipolitiker und Großunternehmer (Ketsumeidan-Affäre). Am 15. Mai 1932 wurde Ministerpräsident Tsuyoshi Inukai (zugleich Parteivorsitzender des „Rikken-Seiyukai") von aufständischen Marineoffizieren ermordet, die über die Marineabrüstung empört waren (Affäre des 15. Mai). Kurz nach der Machtergreifung Adolf Hitlers starb Yoshino am 18. März 1933 mit 55 Jahren. Zwei Jahre darauf wandten sich einige Generäle, Herrenhausmitglieder und Publizisten, die von der Verfassungslehre Uesugis beeinflusst waren, gegen die demokratische Verfassungslehre Minobes und zwangen diesen dazu, wegen angeblicher Majestätsbeleidigung seinen Sitz im Herrenhaus aufzugeben (Tenno-Kikansetsu-Affäre). Ein Publizist, der Minobe in dieser Affäre besonders heftig angriff, war Muneki Minoda, ein Schüler Uesugis an der Kaiserlichen Universität Tokio. Unter dem Druck der nationalen Presse sah sich die Regierung von Admiral Keisuke Okada veranlasst, Minobes Interpretation der Reichsverfassung offiziell zur Irrlehre zu erklären. Während des Krieges galt Uesugis Verfassungslehre als eine der geistigen Stützen der Militärherrschaft[106], wohingegen Yoshinos und Minobes Standpunkte weitgehend vergessen waren. Kiyoshi Hiraizumi, ein Schüler Uesugis an der Kaiserlichen Universität Tokio, unterstützte den totalen Krieg seines Landes ideologisch als Ordinarius für Nationalgeschichte an seiner Heimatuniversität Kioto[107]. Katsumaro Akamatsu, Yoshinos Schüler an der Kaiserlichen Universität Tokio und später sein Schwiegersohn, wich von seiner liberalen Richtung ab und beteiligte sich an der Volksmobilisierung für den totalen Krieg.

Nach 1945 änderte sich die Lage abermals. Seit der Kriegsniederlage genießen Yoshino und Minobe große Wertschätzung als konsequente Kämpfer gegen den japanischen Obrigkeitsstaat. Minobe selbst lehnte jedoch 1946 in einer Sitzung des Geheimen Staatsrates die dem Willen der amerikanischen Besatzungsmacht entsprechende Änderung der Reichsverfassung konsequent ab, da die Demokratisierung der japanischen Politik aufgrund des „richtigen" Verständnisses der Reichsverfassung durchaus möglich sei[108]. Sein Nachfolger an der Universität Tokio, Professor Toshiyoshi Miyazawa, war hingegen bereit, sich der Neuordnung anzupassen. Unter seinem Einfluss wurden Uesugis Spuren in der japanischen akademischen Welt gänzlich beseitigt. Während Ogushi nach der Aufhebung seiner Amtsenthebung noch Rektor einer Privatuniversität (Meijo Universität in Nagoya) wurde, beging Minoda 1945 kurz nach der Kapitulation Japans Selbstmord. Toru Shimizu musste 1946 als letzter Vorsitzender des Geheimen Staatsrates die neue demokratische Verfassung hinnehmen und tötete sich nach ihrem Inkraft-

[106] Die Erklärung des Reichskultusministeriums von 1937, „Kokutai no hongi" [Das Wesen der japanischen Staatsform], folgte der Verfassungslehre Uesugis und lehnte die Thesen Minobes ausdrücklich ab.

[107] Vgl. Toshiaki Wakai, Hiraizumi Kiyoshi, Kioto 2006, S. 40 f. u. S. 133–292.

[108] Siehe bereits Tatsukichi Minobe, Kempo Kaisei Mondai (Jo) [Die Frage der Verfassungsänderung (1)], in: Asahi-Shimbun vom 20. 10. 1945, Morgen-Blatt, S. 1.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

treten selbst[109]. Hiraizumi verließ nach der Kriegsniederlage seine Universität und starb 1984 als schintoistischer Priester. Heute hängen Bildnisse von Yoshino und Minobe vor dem Vorlesungssaal der juristischen Fakultät der Universität Tokio, aber Portraits von Yatsuka Hozumi, Uesugi und seinen Freunden sind nirgends zu finden. Uesugis Söhne wurden Wirtschafts- und Geschichtswissenschaftler, und zwar marxistischer Prägung. Und doch überleben Uesugis Ideen teilweise in der japanischen politischen Welt. Einer seiner Lieblingsschüler, Nobusuke Kishi, den Uesugi eigentlich als seinen Lehrstuhlnachfolger an der Kaiserlichen Universität Tokio haben wollte, trat nach seinem Studienabschluss in den Staatsdienst ein. Im Reichsministerium für Handel und Industrie wurde Kishi von Shinji Yoshino einem jüngeren Bruder Sakuzo Yoshinos und einem der wirtschaftlichen Planer des totalen Krieges, nach Kräften gefördert. 1941 wurde Kishi zum Reichsminister für Handel und Industrie im Kabinett General Hideki Tojo ernannt. Nach dreijähriger Untersuchungshaft bis 1948 und dem Ende des Ausschlusses von politischen Ämtern (1952) wurde Kishi schließlich 1957 Chef der konservativen „Jiyuminshuto" (LDP) und Ministerpräsident. Kishi blieb bis zu seinem Tod 1987 eine Größe der äußersten Rechten in Japan. Kishis Enkel, Shinzo Abe, war 2006/07 und ist wieder seit dem 26. Dezember 2012 Ministerpräsident sowie Vorsitzender der LDP und ein Befürworter der nationalen Wende der japanischen Politik.

Fazit

Wie wir gesehen haben, kamen Yoshino und Uesugi trotz ihrer unterschiedlichen politischen Standpunkte darin überein, aus der zeitgenössischen deutschen Politik Schlüsse für Japan zu ziehen. Man neigt heute dazu, Yoshino als Verfechter der fortschrittlichen westlichen Ideen in Japan zu würdigen, Uesugi hingegen als weltblinden, stockkonservativen Fanatiker zu verachten. Die historische Wahrheit ist aber komplizierter:

Yoshino verbrachte zwar eine angenehme Zeit in Europa, übernahm aber kaum etwas Wesentliches von den dort herrschenden Ideen. Von vornherein hegte er eine Abneigung gegen die deutsche Politik und Wissenschaft, setzte sich aber auch mit der Situation in den anderen westlichen Staaten nicht gründlich auseinander. Trotzdem gelang es ihm später, seine europäischen Lebenserfahrungen pragmatisch für die Zwecke seiner liberalen Bewegung zu verwenden und sich als Publizist einen Namen zu machen. In seinen Veröffentlichungen beschrieb er die Weltpolitik als Kampf zwischen den guten, fortschrittlichen Ländern (Großbritannien, die USA, die Weimarer Republik usw.) und den bösen, rückständigen Mächten (das zaristische Russland, die römische Kurie, das deutsche Kaiserreich, Mexiko, das Kaiserreich China usw.). Von der moralischen Überlegenheit des angloamerikanischen Modells überzeugt, bejahte er leidenschaftlich den japanischen Krieg gegen das konservative und militaristische Deutschland sowie die am angelsächsischen Vorbild orientierte Demokratisie-

[109] Vgl. Shimizu, Meiji-Kempo ni junshi shita kempo gakusha, S. 274 f.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

rung Japans. Den Frieden nach dem Ersten Weltkrieg wertete Yoshino als gerechten Sieg, und er erwartete von ihm die Verwirklichung der „internationalen Demokratie". In der japanischen Öffentlichkeit wurden schon während des Weltkriegs die Ideen dieses Philanthropen lebhaft begrüßt. Die liberaldemokratische und anglophile Richtung Yoshinos prägt, die Kriegsjahre 1931–1945 ausgenommen, bis heute die japanische akademische Welt, obwohl die radikale Rechte ebenso wie die radikale Linke Yoshinos optimistische und zugleich elitäre Politikauffassung stets in Frage gestellt haben.

Uesugi versuchte hingegen von Anfang an sehr ernsthaft, europäische und insbesondere deutsche Staatstheorien zu studieren, und zwar im konservativen Sinne. Während seines Studienaufenthalts im deutschen Kaiserreich erkannte Uesugi die harten Realitäten des imperialistischen Zeitalters. Im persönlichen Regiment Wilhelms II. erkannte er eine neue Methode zur Stärkung der Staatsmacht. Nach seiner Rückkehr verstärkte sich seine Überzeugung, dass die westliche und die japanische Politik grundverschieden seien. Seine Kritik an Minobes liberaler Verfassungslehre führte ihn in die Isolation unter den japanischen Intellektuellen. Während des Ersten Weltkriegs begrüßte er Hans Delbrücks Parteienkritik und lobte die Kriegführung des Deutschen Reiches. Allerdings wurde das Vorbild Deutschland für ihn mit der Niederlage von 1918 hinfällig, und Uesugis zweite Reise nach Europa desillusionierte ihn vollends. Den Versailler Frieden hielt er nicht für gerecht und endgültig. Richtigerweise sah er einen weiteren Krieg innerhalb Europas sowie zwischen Japan und den USA voraus.

Die getrennten Wege Yoshinos und Uesugis symbolisieren sozusagen das Schicksal der nichtwesteuropäischen Intellektuellen. Da die modernen politischen Prinzipien allmählich aus den sozialen und kulturellen Traditionen Westeuropas entstanden, musste in den nichtwesteuropäischen Ländern, die sich in einem anderen Kontext entwickelten, unweigerlich die Frage aufkommen, ob man sie als „universale Werte" rezipieren oder aber an den politischen Traditionen des eigenen Landes festhalten solle. Das typische Beispiel dafür sind die Debatten zwischen den Westlern und den Slawophilen im zaristischen Russland. Das moderne Deutschland wurde in Japan ebenso eifrig wie unterschiedlich interpretiert, weil man es als ein erfolgreiches, aber nicht ganz dem westeuropäischen Muster entsprechendes Land ansah. Mit anderen Worten, Deutschland stand in der Mitte zwischen der totalen Abschließung und der „vorbehaltlose[n] Öffnung der Bundesrepublik gegenüber der politischen Kultur"[110] Westeuropas. Deswegen konnte die deutsche Politik und Staatskunde als Steinbruch für die Argumentation sowohl der liberalen als auch der konservativen Japaner dienen.

Die politisierte Betrachtung der deutschen Politik hat sich in Japan in der Folge fortgesetzt und bleibt bis heute vorherrschend. In den 1930er Jahren versuchte eine neue Generation, vor allem Professor Teiji [Sadaji] Yabe, am nationalsozialis-

[110] Jürgen Habermas, Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung, in: „Historikerstreit". Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987, S. 75.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

tischen Modell die Methode der Volksmobilisierung zu studieren. Otto Koellreutter, nationalsozialistischer Jurist an der Universität München, lehrte an der Universität Tokio als Gastprofessor. Die Nachkriegsgeneration orientierte sich an der marxistischen ostdeutschen oder sowjetischen Geschichtswissenschaft und verhöhnte die kapitalistische „BRD". Die Forscher der 68er Generation waren sozialdemokratisch oder grün eingestellt, verehrten u. a. Jürgen Habermas als mutigen Kritiker des Nationalismus und rühmten die europäische Integration und die multikulturelle Gesellschaft. Neuerdings versuchen die japanischen Intellektuellen, den von Bundeskanzlerin Merkel beschleunigten Atomausstieg als Vorbild für die japanische Atompolitik hinzustellen. Bis heute also gilt die deutsche Politik stets als nützliches Modell für Japan, und zwar im guten wie im schlechten Sinne.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Mord gehört untrennbar zum nationalsozialistischen Verhaltensrepertoire. Opfer konnten auch die eigenen Parteigenossen werden, wenn sie als Verräter eingestuft wurden. In der seit Juni 1933 verbotenen österreichischen NSDAP spielten solche Fememorde vor allem nach dem gescheiterten NS-Putsch (25. Juli 1934) eine wichtige Rolle, wie Hans Schafranek in seinem Beitrag zeigt. In zwei Fallstudien präsentiert und analysiert er minutiös die Anatomie bislang wenig beachteter NS-Verbrechen und deren allzu nachlässige Ahndung durch die Nachkriegsjustiz.

Hans Schafranek

NS-Fememorde in der Steiermark

Einleitung[1]

In allen bedeutenden illegalen Bewegungen des 20.Jahrhunderts spielte das Thema „Verrat" und „Feme" eine wichtige Rolle, sei es hinsichtlich der Abwehr tatsächlicher oder vermeintlicher Spitzel, Provokateure und Verräter, die im Auftrag des aus dem Untergrund bekämpften staatlichen Behördenapparats oder feindlicher politischer Gruppierungen die eigenen Reihen zu unterwandern versuchten; sei es – wie vor allem in den illegal wirkenden kommunistischen Parteien der 1930er und 1940er-Jahre – vornehmlich zum Zwecke der inneren ideologischen „Homogenisierung" durch innerparteiliche „Säuberungen"; sei es schließlich zur Kontrolle, Disziplinierung und Einschüchterung der eigenen Anhängerschaft angesichts mangelnder Möglichkeiten, repressive Mechanismen nach innen durch staatliche Machtmittel durchzusetzen.

Während sich das Gros nationalsozialistischer Gewalttaten in Österreich bis zum Verbot der NSDAP (19. Juni 1933) gegen Angehörige der Linken (Sozialdemokraten, Schutzbündler, Kommunisten) richtete und sich in der Folge auf Repräsentanten und Einrichtungen des Dollfuß-Regimes verlagerte, bedeutete der gescheiterte NS-Aufstands- und Putschversuch vom 25. Juli 1934[2] auch insofern eine gravierende Zäsur, als der bis dahin von der NSDAP-Landesleitung Österreich (Theo Habicht) praktizierte Kurs des offenen, systematischen und

[1] Der vorliegende Text ging aus einem vom Zukunftsfonds der Republik Österreich geförderten Forschungsprojekt über Österreicher in der SS (P 011–855) hervor. Ich möchte mich an dieser Stelle für die Projektförderung bedanken.

[2] Zum „Juliputsch" liegen mehrere Gesamtdarstellungen vor. Vgl. Hans Schafranek, Sommerfest mit Preisschießen. Die unbekannte Geschichte des NS-Putsches im Juli 1934, Wien 2006; Kurt Bauer, Elementar-Ereignis. Die österreichischen Nationalsozialisten und der Juliputsch 1934, Wien 2003; Gottfried-Karl Kindermann, Österreich gegen Hitler. Europas erste Abwehrfront, München 2003; Gerhard Jagschitz, Der Putsch. Die Nationalsozialisten 1934 in Österreich, Graz-Wien-Köln 1976. – Die etwas eigenartig klingenden Haupttitel der beiden zuerst genannten Monografien bezeichnen die Aufstandslosungen der österreichischen SA bzw. SS.

VfZ 2/2014 © Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH 2014 DOI 10.1515/vfzg-2014-0012

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

phasenweise (Januar 1934[3], Mai – Juli 1934) „flächendeckenden" Terrors aufgegeben wurde und einer Politik der Unterwanderung staatlicher Institutionen Platz machte, für die sich in der zeitgeschichtlichen Forschung der unglückselige Terminus „evolutionärer Kurs"[4] eingebürgert hat. Dessen ungeachtet blieb brutale politische Gewalt auch nach dem Juli 1934 und der mit diesem Kurswechsel vollzogenen organisatorischen „Abkoppelung" der illegalen österreichischen NSDAP von der „reichsdeutschen" eine Option der im Untergrund agierenden NS-Aktivisten, doch hatte sich die Zielrichtung dieses Terrors abermals verlagert. So ergeben die bisherigen Recherchen des Verfassers, dass nahezu die Hälfte aller politischen Morde (und einiger Mordversuche), die in der Periode zwischen dem Juliputsch 1934 und dem „Anschluss" von Nationalsozialisten in Österreich verübt wurden, als „Fememorde" zu klassifizieren sind, die sich gegen „abtrünnige" „Parteigenossen" richteten, die der Zusammenarbeit mit dem „austrofaschistischen" Polizeiapparat verdächtigt wurden. Einige statistische Ergebnisse, die primär durch ein Forschungsprojekt über die Opfer des NS-Terrors in Österreich vor dem „Anschluss"[5] ermittelt wurden, mögen dies veranschaulichen. Demnach wurden zwischen Juni 1933 und März 1938 durch Nationalsozialisten in Österreich 169 Personen getötet und 624 verletzt, 291 davon wiesen schwere Verletzungen auf. 145 Todesopfer entfielen auf den Zeitraum Juni 1933 – Juli 1934 (inklusive Putschversuch), während in der darauf folgenden Periode „nur" 24 Todesopfer zu beklagen waren. Vor dem Putsch wurden nachweislich drei Fememorde verübt, in der Folgeperiode mindestens[6] 11. Die Ursachen dieses starken Anwachsens sind beim derzeitigen Forschungsstand noch nicht klar erkennbar. Es könnte sein, dass sich nach dem Desaster des 25. Juli 1934 in dem zeitweilig

[3] Alleine in der Woche vom 1. bis 8. 1. 1934 wurden, zentral gelenkt, im Bundesgebiet von Nationalsozialisten 140 Böller- und Sprengstoffanschläge verübt, schwerpunktartig in Wien und in Westösterreich. Vgl. Gerhard Botz, Gewalt in der Politik. Attentate. Zusammenstöße. Putschversuche. Unruhen in Österreich 1918–1938, München 1983, S. 363.

[4] Dieser von zahlreichen Historikern für die Periode 1934–1938 verwendete Begriff ist vor allem deshalb völlig unsinnig, weil man einer von systematischer Unterwanderung staatlicher Institutionen, ökonomischer Durchdringung und Expansion, Erpressung usw. begleiteten Politik wohl kaum das Attribut „evolutionär" oder „evolutionistisch" verleihen kann, womit eine quasi naturgesetzliche, von handelnden Akteuren nicht kontrollierbare und damit unvermeidliche Entwicklung (hin zum „Anschluss" 1938) suggeriert wird. Eine solche Diktion entspricht zudem – sicher ungewollt – exakt der nationalsozialistischen Selbststilisierung nach 1938, die gerne das Bild einer „unaufhaltsamen Welle" strapazierte.

[5] Vgl. Opfer des Terrors der NS-Bewegung in Österreich 1933–1938. Unveröff. Bericht über ein Dokumentations- und Forschungsprojekt des Karl von Vogelsang-Instituts und des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Wien 2002.

[6] „Mindestens" deshalb, weil in dem zitierten Forschungsbericht fast alle der nach 1934 insgesamt getöteten Personen der Kategorie „Opfer eines Anschlages" zugeordnet wurden, während vor dem Putschversuch bzw. während dieser gewaltsamen Konfrontation im Juli 1934 der überwiegende Prozentsatz unter die Kategorie „Opfer in Ausübung des Dienstes" (also Gendarmen, Polizisten, Bundesheersoldaten, Zöllner usw.) fiel und ein kleinerer Anteil auch aus „Zufallsopfern" bestand. Es ist daher möglich, dass sich unter den Anschlagsopfern noch weitere Fälle von Fememorden befanden, die als solche noch nicht untersucht wurden.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

desorientierten NS-Untergrund eine Atmosphäre wechselseitiger Schuldzuweisungen breit machte, die einen guten Nährboden für eine Art „Spitzelhysterie" abgab. Plausibler erscheint jedoch ein anderer Faktor: Allen „Säuberungsaktionen" im „vaterländischen" Beamtenapparat zum Trotz gelang es den österreichischen Nationalsozialisten nach 1934, Polizei und Justiz in einem weitaus stärkeren Ausmaß zu infiltrieren[7], als dies in der offen terroristischen Phase der Jahre 1933/34 der Fall gewesen war. Diese Infiltration erlaubte zum Teil das Erlangen profunder Kenntnisse über nachrichtendienstliche Aspekte und damit das Konfidentennetz der österreichischen Staatspolizei[8]. Gerade an den in der Folge ausführlich dargestellten steirischen Beispielen lässt sich dieser Aspekt verifizieren.

Man darf sich die Hintermänner und Drahtzieher nationalsozialistischer Fememorde in Österreich nicht als eine Art „Femegericht" mit ritualisierten Inszenierungen (womöglich mit schwarzen Kapuzen oder ähnlichem Brimborium) vorstellen. Die österreichischen Behörden erlagen hier ganz falschen Vorstellungen, wahrscheinlich beeinflusst von phantasievollen Schilderungen geldgieriger Konfidenten[9]. So vermutete etwa im September 1935 die Bundes-Polizeidirektion Linz das Bestehen einer fünf- bis sechsköpfigen Femegruppe, von der in Anlassfällen eine Person als Antragsteller, eine andere als Verteidiger und eine dritte als Richter des Delinquenten gestellt werde. Der Richter hätte dabei auch ein oder mehrere Mitglieder aus der Femegruppe zu bestimmen, welche das Urteil an dem „Verräter" zu vollstrecken hatten[10]. Im Gegensatz dazu stellten die bisher untersuchten Femeaktionen skrupellose Auftragsmorde ohne jegliches „Zeremoniell" dar, und mit sehr großer Wahrscheinlichkeit war dies generell der Fall.

Nur in seltenen Fällen, von denen im Folgenden einer dargestellt wird, waren Opfer und Täter persönlich miteinander bekannt, auch wenn sie demselben

[7] Dem Verfasser liegen etwa 50 SS-Personalakten (Bundesarchiv Berlin) und so genannte „Gauakten" (Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik, Bestand Akten des Gaupersonalamts Wien) von Wiener Gestapo-Angehörigen vor. 35 davon waren bereits im Polizeidienst des „Ständestaates" (1934–1938) tätig, über 25 liegen Angaben zu illegalen NS-Aktivitäten vor 1938 vor. Zu personellen Kontinuitäten dieser Art vgl. Franz Weisz, Personell vor allem ein „ständestaatlicher" Polizeikörper. Die Gestapo in Österreich, in: Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann (Hrsg.), Die Gestapo. Mythos und Realität, Darmstadt 1995, S. 439–462.

[8] In Einzelfällen waren nationalsozialistische „Maulwürfe" im „austrofaschistischen" Polizeiapparat nicht einmal darauf angewiesen, sensible Informationen dieser Art durch Mittelsmänner auszukundschaften – aus dem einfachen Grund, weil sie selbst von Amts wegen an der Quelle saßen. Als Beispiel sei Lambert Leutgeb genannt (1933 NSDAP, 1937 SS), der von 1938 bis 1944 das N-Referat (Nachrichtenreferat) der Wiener Gestapo leitete und die Tätigkeit von Hunderten V-Leuten – mit verheerenden „Erfolgen" – steuerte. Leutgeb hatte bereits ab 1934 im Staatspolizeilichen Büro der Polizeidirektion Wien Konfidenten betreut, von denen einige nach dem „Anschluss" übernommen wurden. Vgl. dazu Hans Schafranek, V-Leute und „Verräter". Die Unterwanderung kommunistischer Widerstandsgruppen durch Konfidenten der Wiener Gestapo, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 36 (2000), S. 300–349.

[9] Die in Österreich damals wie heute gängige Bezeichnung für V-Leute oder Spitzel.

[10] Vgl. Thomas Dostal, Das „braune Netzwerk" in Linz. Die illegalen nationalsozialistischen Aktivitäten zwischen 1933 und 1938, in: Franz Mayrhofer/Walter Schuster (Hrsg.), Nationalsozialismus in Linz, Bd. 1, Linz 2001, S. 47, Anm. 76.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Milieu bzw. derselben Organisation (SA, SS) entstammten. Aber auch in diesen Ausnahmefällen handelte es sich keineswegs um eine Art von „spontanen" Racheakten. Vielmehr lassen die bisher bekannt gewordenen und erforschten Fememorde zum Teil eindeutige Hierarchien und Befehlsketten erkennen, auch wenn diese von den Behörden des „Ständestaates" in der Regel ad personam nicht ermittelt werden konnten. Und diese Verbrechen waren auch nicht, jedenfalls nicht primär, von Rachebedürfnissen motiviert, sondern von Faktoren, die im politischen Untergrund psychologisch einen ungleich wichtigeren Stellenwert einnahmen: Sie sollten einen abschreckenden Effekt erzielen und zugleich den Eindruck umfassender Kontrollmöglichkeiten durch die „Illegalen" suggerieren. Die Adressaten der mörderischen „Botschaften", die durch Feme-Aktionen vermittelt wurden, waren die eigene Anhängerschaft, potenzielle „Verräter" und der Polizeiapparat. Die Aufdeckung und „Liquidierung" von Konfidenten innerhalb der illegalen NS-Bewegung bedeutete für die Behörden des „Ständestaates" einen schweren Schlag, unabhängig davon, wie erfolgreich diese Informanten zuvor operiert hatten. Sie machten empfindliche Lücken im Sicherheitswesen sichtbar, demonstrierten den Grad der NS-Unterwanderung staatlicher Organe und erschwerten dadurch perspektivisch die Bekämpfung des nationalsozialistischen Untergrunds. In welchem Ausmaß ein Abschreckungseffekt erzielt und nachrichtendienstliche Agenden des Sicherheitsapparates beeinträchtigt wurden, veranschaulicht etwa ein Lagebericht (April 1936) der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit: „Die Sicherheitsbehörden in der Steiermark kämpfen mit den grössten Schwierigkeiten, da die Aufrechterhaltung eines guten Nachrichtendienstes auf starke Widerstände stösst, zumal die Bevölkerung durch die letzten Fememorde und durch die Drohungen der Nationalsozialisten eingeschüchtert ist."[11] Und in einem weiteren Lagebericht wurde diese Konstellation zusammenfassend als relevanter Faktor für ganz Österreich beschrieben: „Es wird auch immer schwerer, unter den Nationalsozialisten selbst geeignete Vertrauensleute zu gewinnen, da die Angst vor der Feme sehr gross ist. So kommt es, dass die Quellen des bei den Sicherheitsbehörden eingerichteten Nachrichtendienstes über die nationalsozialistische Partei vielfach versiegen [...]."[12]

Die österreichische Polizei bzw. Gendarmerie verhaftete nach Fememorden in allen bekannt gewordenen Fällen eine – mitunter recht große – Anzahl von Minderbeteiligten (z. B. Fahrer, Fluchthelfer und sonstige Mitwisser), während die unmittelbaren Täter ausnahmslos entkommen und ins Deutsche Reich flüchten konnten, wo sie zumeist von der Gestapo mit einer neuen Identität ausgestattet wurden, um – etwa für den Fall eines Auslieferungsersuchens – ihre Spuren zu verwischen. Deshalb konnte vor 1938 kein einziger Fememörder in Österreich vor Gericht gestellt werden. Noch mehr im Dunklen tappten Polizei und Justiz zumeist bei der Suche nach den Auftraggebern und Organisatoren, diese konnten

[11] Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik (künftig: ÖStA/AdR), G.D. 328.065-St.B., Bundeskanzleramt (Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit), Lagebericht für den Monat April 1936.

[12] ÖStA/AdR, G.D. 336.170-St.B., Lagebericht über den Monat Mai 1936.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

in einigen Fällen erst durch wissenschaftliche Forschungen eruiert werden. Im spektakulären Wiener Mordfall Cornelius Zimmer (1934) etwa operierten zwei SA-Gruppen unabhängig voneinander, von denen eine mit der wochenlangen Beobachtung des Opfers, die andere mit der Vorbereitung und Durchführung der Mordtat befasst war. Als Organisator wirkte Günther Mark von Traisenthal, ein Wiener SA-Führer, der sich kurz zuvor durch den Mord an einem Polizeimajor und die Anlegung eines riesigen Sprengstoffdepots sowie die Beschaffung zahlreicher gefälschter Pässe für Wiener NS-Führer „bewährt" hatte. Mark von Traisenthal hatte den Auftrag von der nach München emigrierten österreichischen SA-Führung (SA-Obergruppe XI) erhalten[13]. Eine – wie auch immer geartete – Involvierung „reichsdeutscher" Parteistellen kann mit großer Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden, jedenfalls existieren dafür nicht die geringsten Hinweise. Hingegen waren, wie schon erwähnt, nach vollbrachter Tat deutsche Behörden durchaus bereit, Fememördern ihren Schutz angedeihen zu lassen. Bei einigen steirischen Tätern leistete 1936 sogar, wie noch zu zeigen sein wird, eine in Jugoslawien tätige deutsche diplomatische Vertretung aktive Hilfe, um den Mördern die Weiterreise zu ermöglichen.

In einem gut dokumentierbaren Fall aus Tirol (August 1935) agierte Dr. Max Tischer, der vor dem Parteiverbot als Abteilungsleiter in der Gauleitung fungiert hatte, als Anstifter der Entführung und anschließenden Ermordung eines jugendlichen „Verräters" (Eugen Leikermoser). In der Illegalität bekleidete Tischer das wirtschaftspolitische und das agrarpolitische Amt in der Tiroler Gauleitung. Mit der Durchführung des Verbrechens betraute er zwei Angehörige des T-Trupps (= Terror-Trupp)[14] der Innsbrucker SA. Auch hier konnten sich die Mörder und der Drahtzieher ins Deutsche Reich absetzen. Die österreichischen Behörden verhängten in diesem Fall eine vollständige Nachrichtensperre, so dass keine einzige Zeitungsnotiz von dem Geschehen kündete. Aufgrund der Aktenlage, d.h. vor allem der Aussagen von Komplizen und Mitwissern, ist es dennoch möglich, die organisatorische Vorbereitung dieses politischen Mordes in allen nur denkbaren Details zu rekonstruieren[15]. Leikermosers Enttarnung als Polizei-Informant war erst drei Tage vor seiner Entführung erfolgt, aller Wahrscheinlichkeit nach infolge einer undichten Stelle in der Bezirkshauptmannschaft Landeck[16].

Steirische SA-Feme im Jahre 1934

Im Juni 1934 wurde den steirischen Behörden erstmals bekannt, dass die Nationalsozialisten an bestimmte Familien so genannte „Femebriefe" verschickten, um

[13] Vgl. dazu ausführlich Hans Schafranek, Söldner für den Anschluss. Die Österreichische Legion 1933–1938, Wien 2011, S. 239–261.

[14] Diese Bezeichnung stammte nicht etwa, wie man vermuten könnte, von den österreichischen Behörden, sondern von der SA selbst.

[15] Vgl. Hans Schafranek, NS-Feme in Innsbruck: Der Mordfall Leikermoser im Jahre 1935, in: Tiroler Heimat. Jahrbuch für Geschichte und Volkskunde Nord-, Ost- und Südtirols, Bd. 73 (2009), S. 165–184.

[16] Vgl. ebenda, S.171.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

entweder abgefallene Parteiangehörige zur Räson zu bringen oder Gegner einzuschüchtern[17]. Bereits drei Monate später wurde ein Exempel statuiert. Der Grazer SA-Sturmführer Peter Ritzinger lockte einen enttarnten Konfidenten des Gendarmeriepostens Strassgang, den Bäckergehilfen Emil Jestl, am 24. September 1934 in das Gebiet von Oberschöckl, wo er ihm angeblich ein verstecktes MG zeigen wollte. Am Ziel angekommen, feuerte Ritzinger auf Jestl, der den Behörden „wiederholt wertvolle Angaben"[18] geliefert hatte, mehrere Revolverschüsse ab. Jestl überlebte den Mordversuch mit schweren Verletzungen.

Am 4. Dezember 1934 begingen Nationalsozialisten in Pailgraben (nördlich von Graz) einen Fememord an dem ehemaligen Grazer SA-Sturmführer Oskar Baumer, einem Informanten der Bundes-Polizeidirektion Graz. Mehrere SA-Mitglieder töteten den „Verräter" durch acht Pistolenschüsse[19]. Der SA-Scharführer Arthur Grüner, einer der Täter[20], flüchtete ins Deutsche Reich und erhielt den Decknamen „Georg Barb"[21]. Als Angehöriger der Österreichischen Legion war er im SA-Hilfswerklager Fischingen am Neckar stationiert[22], später in der SA-Sammelstelle Neu-Aubing[23].

Der SS-Fememord in Feldbach

Am 30. März 1936, gegen 21 Uhr 30, verließ der 21-jährige arbeitslose Elektriker Georg Hofer eine im evangelischen Heim[24] von Feldbach stattfindende, zum Teil von Nationalsozialisten frequentierte Abendandacht und kehrte in seine Unterkunft zurück, die sich im Haus seiner Tante Käthe Mayer (Schillerstraße 265) befand. Etlichen Zeugen, die zumeist ebenfalls an der besagten Betstunde teilgenommen hatten, fiel ein elegantes, sechssitziges Auto auf, das Hofer in langsamem

[17] Manuskript Herbert Blatnik, Nachforschungen zum Thema „Feme", in: Privatarchiv Blatnik, Eibiswald.

[18] Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, 7.149, Der Sicherheitsdirektor für das Land Steiermark an das BKA/GdÖS, Graz, 28. 3. 1936.

[19] Ebenda. In dem zitierten Dokument wurden die Täter in beiden Fällen irrtümlicherweise der SS zugeordnet, während es sich eindeutig um Mitglieder der SA handelte.

[20] Geb. 28. 12. 1908 in Knittelfeld, April 1933 Beitritt zur NSDAP-Ortsgruppe Graz IV (Lend) und zur SA. Bundesarchiv Berlin (künftig: BArch), PK, Mikrofilm 186, Georg Barb (= Arthur Grüner) an das NSDAP-Flüchtlingshilfswerk, Neu Aubing, 16. 8. 1937; Eidesstattliche Erklärung Georg Barb, Neu-Aubing, 11. 6. 1937, in: Ebenda.

[21] BArch, PK, Mikrofilm 186, Mitgliedschaftsamt an die Ortsgruppe „Mitglieder-Sammelstelle" der NSDAP, München 4. 12. 1937.

[22] Ebenda, Fragebogen zur Überprüfung der Parteimitgliedschaft, Fischingen, 13. 6. 1935.

[23] Ebenda, Fragebogen zur Überprüfung der Parteimitgliedschaft, 3. 3. 1937.

[24] Dass die Konfessionszugehörigkeit bei einer Untersuchung der Sozialstruktur des illegalen Nationalsozialismus einen wesentlichen Faktor darstellt, ist seit langem bekannt. Eine extreme Zuspitzung erfährt dieser Befund in lokalem Rahmen, wenn man die Konfessionszugehörigkeit jener 45 NS-Aktivisten untersucht, die im Kontext der beiden SS-Fememorde (Feldbach, Graz) in den Akten als Beteiligte, (mutmaßliche) Mitwisser oder als Verdächtige genannt wurden. Nicht weniger als 24, d.h. mehr als die Hälfte gehörten 1936 dem evangelischen Glaubensbekenntnis an! Zum Vergleich: In der gesamten österreichischen Bevölkerung betrug deren Anteil lediglich vier Prozent!

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Tempo quasi begleitete und vor dem Haus seiner Tante hielt. Wenige Minuten später drangen zwei unbekannte Männer in die Wohnung des Ehepaars Mayer ein, gaben sich als Kriminalbeamte aus und bedrohten mit gezogenen Pistolen die Wohnungsinhaberin und ihren Neffen, den sie nach einem kurzen Wortwechsel mitnahmen. In der zutreffenden Annahme, dass es sich nicht um eine polizeiliche Maßnahme, sondern um eine Entführung handelte, verständigte Käthe Mayer sofort die Gendarmerie.

Tags darauf um 16 Uhr entdeckte der Bundesbahnangestellte Valentin Luttenberger eine im Sassbach (Gemeinde Gosdorf) in gebückter Haltung schwimmende Leiche, die von Johann Zechner und Alois Liebmann, zwei nach Mureck entsandten Gendarmen, als Georg Hofer identifiziert wurde. Außer einigen Kratzwunden am Hals wies der Leichnam keine äußeren Spuren von Gewalteinwirkung auf[25], aus der gerichtlichen Obduktion ergab sich jedoch, dass Hofer erwürgt worden war[26]. Die Ermittlungen wurden von der Polizeidirektion Graz, einer Kriminalbeamtengruppe des Bundeskanzleramtes aus Wien und der Erhebungsgruppe des Grazer Landesgendarmeriekommandos im Einvernehmen mit dem Feldbacher Gendarmerieposten durchgeführt[27].

Den Behörden entging, dass sowohl die Umstände der Entführung als auch der Tötung frappierende Ähnlichkeiten mit einem 1935 in Tirol verübten nationalsozialistischen Fememord aufwiesen. Allerdings waren die Täter nicht identisch; die Innsbrucker kamen aus den Reihen eines SA-Terrortrupps[28], während die Feldbacher Mörder der SS angehörten.

Noch *vor* dem Fund der Leiche Hofers deutete die Feldbacher Gendarmerie jedoch dessen Entführung bereits als Racheakt von illegalen Nationalsozialisten, die ihn des „Verrats" bezichtigt hätten, und verhaftete zwei Verdächtige, nämlich Abund Jeller und Ferdinand Krobath[29], beide von Beruf Mechaniker, die zwar zur Aufklärung des Falles nichts beitrugen, jedoch dem personellen und politisch-organisatorischen Umfeld des wirklichen, bis dato noch unbekannten Entführers angehörten.

Hier erscheint ein ausführlicher Rückgriff auf die „Vorgeschichte" erforderlich, aus der auch ersichtlich wird, weshalb die lokalen Behörden ihre Ermittlungen sofort auf das Feldbacher NS-Milieu und vor allem die engere politische Umgebung des Opfers konzentrierten.

Ausnahmslos alle Opfer von NS-Femeaktionen in Österreich waren ehedem recht kleine Rädchen in der NS-Maschinerie, und deshalb ist über sie dokumentarisch oft weit weniger überliefert als über die Täter oder sogar Drahtzieher,

[25] ÖStA/AdR, BKA Inneres, 22/Steiermark, Kt. 5.146, BKA/GDöS, Funkdepesche des Landesgendarmeriekommandos in Graz vom 1. 4. 1936.

[26] Steiermärkisches Landesarchiv (künftig: StLA), Vg 1 Vr 5.039/47, Gendarmeriepostenkommando Feldbach an das Bezirksgericht in Feldbach, 1. 4. 1936.

[27] StLA, 8 Vr 1.239/36, Gendarmeriepostenkommando Feldbach an die Staatsanwaltschaft in Graz, 8. 4. 1936.

[28] Vgl. Schafranek, NS-Feme, S. 165–184.

[29] StLA, Vg 1 Vr 5.039/47, Gendarmeriepostenkommando Feldbach an das Bezirksgericht in Feldbach, 31. 3. 1936.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

selbst in Fällen, bei denen diese Drahtzieher erst durch die historische Forschung eruiert werden konnten und wegen ihrer Beteiligung an Fememorden niemals belangt, ja nicht einmal verdächtigt wurden[30]. Auch Georg Hofer spielte in der illegalen NS-Bewegung nur eine kurze und periphere Rolle, und aus den im Berliner Bundesarchiv vorhandenen NS-Akten erfahren wir über die Täter weit mehr als über das Opfer. Im Hinblick auf die überlieferten Quellen insgesamt existiert jedoch im „Fall Hofer" ein markanter Unterschied zu vergleichbaren Fememorden, weil in keinem sonstigen Fall so zahlreiche, detaillierte und glaubwürdige Zeugnisse über die Kooperation des späteren Mordopfers mit den lokalen Behörden vorhanden sind. Die wichtigsten Quellen sind annähernd 20 auszugsweise oder vollständige Berichte Hofers (Januar – März 1936) sowie die Aussagen des zuvor schon erwähnten Feldbacher Gendarmen Alois Liebmann, der auch über die Persönlichkeit des aus einer Offiziersfamilie stammenden Georg Hofer viel zu berichten wusste, ihm in menschlicher Hinsicht das allerbeste Zeugnis ausstellte und resümierte: „Hofer war mit einem Worte ein äußerst fleißiger, strebsamer, gewissenhafter und sparsamer junger Mann [...]. Alle seine Angaben, die er uns machte, machte er vollkommen freiwillig und erhielt dafür nicht einen Groschen [...]. Hofer hat nicht nur nichts bekommen, sondern auch nie etwas verlangt und bin ich überzeugt, dass er ein derartiges Anerbieten zurückgewiesen hätte."[31]

Wodurch der arbeitslose Elektriker in den Sog der illegalen NS-Bewegung geriet, geht aus den vorhandenen Quellen allerdings nicht hervor. Im Mai 1935 wurde er von Abund Jeller angeworben, der ihn zum Kassier einer Feldbacher HJ-Gruppe bestimmte. Hofer nahm an etlichen illegalen Appellen teil, bevor er diese Funktion nach drei Monaten niederlegte, weil er beabsichtigte, seine in Holland lebende Schwester zu besuchen und bei dieser Reise zugleich die in der HJ-Gruppe viel gepriesenen Verhältnisse im Dritten Reich aus eigener Erfahrung kennen zu lernen. Tief enttäuscht und desillusioniert, kehrte er im Dezember 1935 nach Österreich zurück, behielt diese Eindrücke aber anscheinend für sich, da Jeller neuerdings versuchte, ihn für die NS-Bewegung zu gewinnen[32]. Ob Hofer diesem Drängen bereits in der Absicht nachgab, seine Kenntnisse den lokalen Behörden preiszugeben, geht aus den Quellen nicht eindeutig hervor. Jedenfalls war der Gendarmerie seine monatelange Abwesenheit ebenso wenig verborgen geblieben wie seine Rückkehr, und am 7. Januar 1936 führten Alois Liebmann und ein zweiter Gendarm eine Hausdurchsuchung durch, bei der Hofer sofort die aufgefundenen Notizen und Initialen (Abrechnung von Mitgliedsbeiträgen) erläuterte und sich umgehend bereit erklärte, die Gendarmerie über die weiteren Aktivitäten der Feldbacher Nationalsozialisten zu informieren. Bereits zwei Tage später wusste der Informant Details zu berichten, die über den unmittelbaren lokalen Rahmen hinausgingen: „Das in Feldbach einlangende Propagandamaterial soll ein gewisser Rudolf Fischer, Hochschüler aus Gleisdorf, in Graz übernehmen und

[30] Etwa bei dem schon an anderer Stelle erwähnten Günther Mark von Traisenthal.

[31] StLA, 8 Vr 1.239/36, Landesgericht (LG) für Strafsachen Graz, Zeugenvernehmung Alois Liebmann, 26.4.1936.

[32] Ebenda, Abschrift der Einvernahme von Georg Hofer, 8.1.1936.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

entweder direkt nach Feldbach oder zu einem gewissen Calvi – Sohn eines Bahnvorstandes – in Gleisdorf überbringen, von wo es von Feldbachern abgeholt wird."[33] Am 18. Januar berichtete Hofer über die durch Abund Jeller erfolgte Konstituierung einer SS-Gruppe in Feldbach, der außer ihm selbst noch folgende Personen angehörten: Karl Jeller, Franz Grossauer, Anton Knaus, Johann Glauninger, Franz Scheifinger, Franz Paar, Karl Trager, Karl Braun, Arpad Jud – und Josef Schellauf[34], einer seiner späteren Mörder. Außerdem benannte er 13 SA-Angehörige, die unter Führung von Ferdinand Krobath stünden, ferner eine sechsköpfige Mädchengruppe sowie etliche HJ-Angehörige[35]. Der Konfident berichtete nicht nur über geheime Appelle und einen regen Propaganda-Austausch zwischen Feldbach und Gleisdorf, er übernahm auch selbst Material von Calvi und übergab es an Abund Jeller[36].

Anfänglich übermittelte Hofer die ihm bekannt gewordenen Informationen auf dem Gendarmerieposten – ein enormes Risiko in einem Ort, der damals nur 2.900 Einwohner zählte; in der Folge traf er Liebmann in einer privaten Wohnung, die der Gendarm auch nach dem Mord nicht preisgeben wollte, um dem Inhaber keine Unannehmlichkeiten zu bereiten[37].

Liebmann äußerte sich nicht darüber, von welcher Art und durch wen eventuelle „Unannehmlichkeiten" drohten. Aber es ist offensichtlich, dass ein beliebiger Feldbacher Bürger, der einem Vertreter der Staatsmacht seine Wohnung für ein ungestörtes Treffen mit einem Informanten zur Verfügung stellte, von ebendieser Staatsmacht nichts zu befürchten hatte. Eine mögliche Bedrohung musste daher von einer ganz anderen Seite erwartet werden. Die belanglos scheinende Bemerkung kann demnach als Indiz dafür gelten, in welchem Ausmaß die Region vom Nationalsozialismus infiziert und der Staatsapparat unterwandert war; und auch als Indiz dafür, wie tief die Angst vor weiteren Anschlägen gewesen sein muss.

Über einen für den 11. Februar geplanten SS-Appell wusste die Feldbacher Gendarmerie bereits vier Tage vorher Bescheid, auch über die Ankunftszeit Konrad Zeilingers, der als militärischer Instruktor diesen Appell inspizieren und von Hofer am Bahnhof abgeholt werden sollte[38]. Tatsächlich fand einige Stunden nach Zeilingers Ankunft diese Inspizierung auch statt, wurde jedoch so dilettantisch observiert, dass die SS-Angehörigen die Flucht ergriffen[39]. Möglicherweise liegen hier die Wurzeln des Misstrauens, das man etwa seit Mitte Februar 1936 in der SS-Gruppe gegenüber Hofer hegte. Als Indiz dafür könnte auch der Umstand gelten, dass er am 14. Februar aus Gleisdorf eine Weisung überbrachte, der zufolge am folgenden Tag zwischen 23 und 24 Uhr Streuaktionen durchzuführen

[33] Ebenda, Resultat vom 9. 1. 1936, und Bericht Hofer, 12. 1. 1936.
[34] Ebenda, Bericht Hofer, 18. 1. 1936 (Auszug). Zu Schellauf siehe ebenda, Bericht vom 22. 1. 1936.
[35] Ebenda.
[36] Ebenda, Berichte vom 30. 1. 1936 u. 5. 2. 1936.
[37] Ebenda, Zeugenvernehmung Alois Liebmann, 26. 4. 1936.
[38] Ebenda, Bericht vom 7. 2. 1936.
[39] Ebenda, Bericht vom 11. 2. 1936.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

seien. Tags darauf sagte Zeilinger diese Streuaktion in Feldbach kurzfristig ab[40], während sie fast in der ganzen Oststeiermark durchgeführt wurde.

Am 15. Februar ließen die Brüder Jeller den Konfidenten wissen, über Calvi seien aus Graz 90 Briefe an Sicherheitsorgane bzw. Beamte der öffentlichen Verwaltung versandt worden. Von Zeilinger erfuhr Hofer, die für Feldbach bestimmte Sendung sei wahrscheinlich beschlagnahmt worden[41]. Nach Auffassung der Gendarmerie handelte es sich dabei um eine pure Fiktion, die dem Zweck dienen sollte, Hofer eine Falle zu stellen. Um ihn nicht auffliegen zu lassen, führte man keine Hausdurchsuchungen durch, weder bei Calvi noch bei einer angeblichen Mittelsperson, die von der ganzen Angelegenheit nichts wusste[42]. Die Abwehr dieser Provokation verschaffte Hofer in NS-Kreisen jedoch nicht eine Wiederherstellung seiner „Glaubwürdigkeit", sondern nur einen kurzen zeitlichen Aufschub. Eine seiner letzten Meldungen kreiste um die Vorbereitung einer verstärkten Propagandatätigkeit sowie einer „Führerschulung" in der Weststeiermark[43]. Eine kritische Situation entstand aus Sicht der lokalen Behörden, als Zeilinger eine Waffeninspektion ankündigte und die Verteilung von Maschinenpistolen an die Feldbacher SS-Gruppe in Aussicht stellte. Nun begann die Aufrollung der Gruppe, beginnend mit der Verhaftung von Karl Trager, Karl Jeller, Franz Scheifinger, Anton Knaus, Arpad Jud, Franz Paar und Konrad Zeilinger (16. März 1936)[44]. Liebmann sagte dazu sechs Wochen später aus: „Hofer haben wir unter allen Umständen geschont und seinen Namen nicht preisgegeben. Deshalb schritten wir auch nicht zur Verhaftung des Abund Jeller und des Ferd. Krobath jun., obwohl uns diese beiden als oberste Führer der n.s. Bewegung in Feldbach auf Grund der Mitteilungen des Hofer bekannt waren. Es fehlten uns jedoch noch andere Beweise und Hofer wollten wir auf keinen Fall preisgeben. Aus dem gleichen Grund unterblieb auch die Verhaftung des Fischer und Calvi aus Gleisdorf."[45]

Josef Schellauf[46], der damals bei dem Schmied Perger in Feldbach wohnte, wurde in Fürstenfeld durch einen „Parteigenossen" von der Verhaftungsaktion verständigt und kehrte nicht nach Feldbach zurück, sondern fand einen Unterschlupf in Gösting, bei dem SS-Angehörigen Friedrich Godar[47]. Zwei Wochen

[40] Ebenda, Berichte vom 14. u. 15. 2. 1936; ebenda, Zeugenvernehmung Alois Liebmann, 25. 6. 1936.

[41] Ebenda, Bericht vom 16. 2. 1936 (Auszug).

[42] Ebenda, LG für Strafsachen Graz, Zeugenvernehmung Alois Liebmann, 26. 4. 1936.

[43] Ebenda, Bericht vom 16. 2. 1936 (falsch datiert).

[44] StLA, Vr 5.039/47, Anklage gegen Abund Jeller u. a. (Abschrift), o. D. (1936); ebenda, Gendarmeriepostenkommando Feldbach an das LG für Strafsachen Graz, 16. 6. 1947.

[45] StLA, 8 Vr 1.239/36, LG für Strafsachen Graz, Zeugenvernehmung Alois Liebmann, 26. 4. 1936.

[46] Schellauf, geb. 1. 3. 1902 in Stein bei Fürstenfeld, 7 Klassen Volksschule, keine Ausbildung. Zuletzt als Schmied bei der Lokalbahn Feldbach-Gleichenberg beschäftigt. Nach Flucht in Deutschland Reichsbahnarbeiter. StLA, 8 Vr 1.239/36, Gendarmeriepostenkommando Feldbach an die Staatsanwaltschaft in Graz, 8. 4. 1936; ÖStA/AdR, Gauakt 342.213 (Josef Schellauf).

[47] StLA, Vr 5.039/47, Gendarmeriepostenkommando Feldbach an das LG für Strafsachen Graz, 16. 6. 1947.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

später ermordeten Godar[48] und Schellauf den Konfidenten Hofer. Die Gendarmerie hielt Schellauf anfänglich wohl für eine Randfigur, da er erst am 6. April zur Verhaftung ausgeschrieben wurde, allerdings nicht wegen Mordes, sondern lediglich wegen seiner Zugehörigkeit zur illegalen SS (Hochverrat nach § 58c)[49]. Die Verhaftung von Katharina Godar (Ehefrau von Friedrich Godar) brachte etwas Licht ins Geschehen, als sich herausstellte, dass ihr Mann seit dem frühen Abend des 30. März verschwunden war und Schellauf die letzte Märzwoche in ihrer Wohnung verbracht hatte[50].

Doch erst die Meldungen aus Marburg an der Drau über die Flucht Godars und Schellaufs sowie ihre dortigen Aussagen schufen definitive Klarheit über die Identität der Mörder.

Der Fall Leopold Kralik in Graz (1. April 1936)

Im Juli 1939 gab der Grazer SS-Angehörige Johann Lipp[51], damals als Funker bei der Luftnachrichtenstelle Fliegerhorst Graz-Thalerhof beschäftigt, bei der Staatsanwaltschaft Graz seine maßgebliche Beteiligung an einem politisch motivierten Verbrechen zu Protokoll, das drei Jahre zuvor erhebliche Empörung in der Steiermark ausgelöst hatte, nicht nur aufgrund der brutalen Vorgangsweise der Täter, sondern auch, weil es sich um den zweiten NS-Fememord innerhalb von nur zwei Tagen handelte:

„Ich habe von SS-Kameraden erfahren, dass der Jurist[52] Leopold Kralik, der seinerzeit selbst Parteigenosse gewesen war, Verrätereien begangen hatte. Wie weit diese gingen, war mir damals nicht bekannt. Die SS beschloss daher ursprünglich, dem Kralik einen Denkzettel zu geben, und ich habe Mitte März 1936 den Befehl erhalten, ihn zu überwachen. Ich musste zuerst seine Person feststellen, da ich ihn nicht kannte und man ihn mir auch nicht zeigte, sondern nur beschrieb. Es gelang mir auch tatsächlich in kurzer Zeit seine Person festzustellen und ich habe ihn etwa 2 Wochen lang überwacht und seine Lebensgewohnheiten erhoben.

Am 31. 3. 1936 erhielt ich den Befehl, mich am Vormittag [...] im Stadtparke beim Wetterhäuschen nächst der Rechbauerstraße einzufinden. Denselben Be-

[48] Godar, geb. 5. 3. 1911, 7 Klassen Volksschule, anschließend Bäckerlehre. Beitritt zur NSDAP und SS am 1. 12. 1933, Sturm 1/III/38 in Graz, SS-Nummer 208.107. Seit 24. 9. 1933 mit Katharina Pock verheiratet. Nach dem „Anschluss“ Kriminalangestellter bei der Gestapo in Graz und Leibnitz, seit 10. 9. 1939 SS-Untersturmführer. BArch, SSO,Mikrofilm 17-A, SS-Führerpersonalakt Friedrich Godar.

[49] StLA, 8 Vr 1.239/36, Gendarmeriepostenkommando Feldbach an die Staatsanwaltschaft in Graz, 8. 4. 1936.

[50] Ebenda, Bundes-Polizeidirektion (BPD) Graz, Staatspolizeiliches Büro, an die Staatsanwaltschaft Graz, 10. 4. 1936.

[51] Lipp, geb. 17. 8. 1915 in Graz. Nach Mechanikerlehre Baggerheizer bei der Firma Negrelli in Köflach. 1932 Beitritt zur HJ, seit 1. 9. 1935 SS-Mitglied, am 29. 11. 1938 zur Luftwaffe eingerückt. StLA, 12 St 4.618/48, Anklageschrift gegen Johann Lipp, Graz, 26. 3. 1948.

[52] Leopold Kralik war ein stellenloser Privatbeamter und stand vor der Ablegung der zweiten juristischen Staatsprüfung an der Grazer Universität. Vgl. Neues Wiener Tagblatt vom 4. 4. 1936.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

fehl hatte auch SS-Truppführer Alois Langmann erhalten, der mit mir gleichzeitig hinging. Wir erhielten dort von einem Manne, den ich nicht kannte, den Befehl, Kralik zu beseitigen. Wie dabei vorzugehen sei, wurde uns überlassen, wir erhielten nur von der SS[53] am Nachmittage des 1. 4. 1936 je eine Pistole Modell Sauer, Kaliber 7,65, nebst einer Injektionsspritze und einem Fläschchen mit [...] Gift ausgefolgt. Wir erhielten dabei auch gleichzeitig den Befehl, die Tat noch am selben Tage auszuführen.

Wir sollten gegen ½ 17 Uhr beim Gasthof zum Schanzlwirt warten. Es werde ein Kraftwagen langsam vorbeifahren. Der Lenker wisse, dass wir beide dort warten, wir sollten ihn fragen, ob er auf die Ries fahre[54]. Tatsächlich kam ein Kraftwagen daher, gelenkt von Wilhelm Topscher, der mir damals nicht bekannt war. Diesem gaben wir den Auftrag gegen 19 Uhr etwa 400 Meter von der Leonhardmaut in das Stiftingtal hineinzufahren und dort [...] mit laufendem Motor zu warten, weil ich von meiner Beobachtungstätigkeit wusste, dass Kralik täglich etwas nach 19 Uhr von seiner Wohnung zu Rade stadtwärts fuhr. Als er einige Minuten vor 19 Uhr 15 daher kam [...], waren aber auch einige Leute oberhalb der Straße im Garten des Landeskrankenhauses, die uns sahen, ohne dass wir es wussten.

Als Kralik daher kam, trat Alois Langmann mit dem Fuße ins Vorderrad, so dass Kralik stürzte. Im selben Augenblicke sagte er: ‚Meine Herren, ich bin kein Verräter, reden wir deutsch'. Ich wollte ihn ursprünglich mit einem großen Schraubenschlüssel betäuben, er hat sich aber heftig gewehrt und dabei habe ich noch dem Langmann die gefüllte Injektionsspritze aus der Hand geschlagen. Es gelang Kralik, sich zu erheben; da wollte Langmann ihn niederschießen, hatte aber bei seiner Waffe eine Ladehemmung. Ich habe ihm meine Pistole gereicht, aus der Langmann auf kurze Entfernung einen Schuss auf Kralik abgab, der diesen in die Stirne traf. Langmann eilte sofort zu dem etwa 20 m entfernt wartenden Kraftwagen, während ich mit seiner – allerdings nicht funktionierenden Pistole – seine Flucht deckte und die Leute in Schach hielt, die sich unterdessen gesammelt hatten."[55]

Der letzte Satz stellte eine dramatisierende Ausschmückung dar, denn die von der Polizei bzw. vom Landesgericht Graz einvernommenen Zeugen[56] waren – mit einer Ausnahme – etwas zu weit vom Tatort entfernt, als dass es notwendig gewesen wäre, sie auf dem kurzen Weg zum Fluchtfahrzeug, einem Tatra, „in Schach zu halten". Der Geistesgegenwart eines Jugendlichen war es zu verdanken, dass die Polizei dem Wagenlenker rasch auf die Spur kam. Der 17-jährige Installateurlehr-

[53] Die Mordwaffen erhielt Lipp von dem SS-Sturmführer Arnold Iberer ausgehändigt. StLA, 12 St 4.618/48, Anklageschrift gegen Johann Lipp. Von Lipps Darstellung (1939) im Detail abweichend, heißt es hier, er und Langmann seien „genauestens über die Art der Durchführung des Mordes belehrt" worden.

[54] Dies war das vereinbarte Losungswort.

[55] BArch, R 3.001/166.347, Staatsanwaltschaft beim Landgericht Graz, Protokoll der Einvernahme von Johann Lipp, 8. 7. 1939.

[56] StLA, 5 Vr 1.418/36, Protokoll der Hauptverhandlung gegen Ernst Schenk u. a., Zeugenaussagen Maria Haritz, Franz Hillbrandt, Leo Hillbrandt, Wilhelm Herzer, Ferdinand Herzer, 10. 8. 1936.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ling Wilhelm Herzer eilte von hinten auf das Fahrzeug zu, wischte das verschmutzte Nummernschild ab, konnte eindeutig das Autokennzeichen identifizieren[57] und feststellen, dass am Lenkrad noch eine Person saß, als die Mörder auf das Fluchtauto zuliefen. Die beiden Täter wurden ziemlich übereinstimmend beschrieben: der eine ca. 25 Jahre alt, mehr untersetzt, breites Gesicht, auffallend rote Haare mit Stehfrisur, bekleidet mit rotem Pullover, Trenchcoat und Knickerbockerhose; der zweite ca. 30 Jahre alt, schlank und mit einem dunklen Knickerbockeranzug bekleidet.

Am Tatort fand die Polizei in unmittelbarer Nähe des tödlich verletzten Opfers einen blutverschmierten Schraubenschlüssel und die mit Zyankali gefüllte Injektionsspritze, deren Nadel bei der Attacke auf den sich verzweifelt wehrenden Kralik abgebrochen war. Bei dem tags darauf vorgenommenen Lokalaugenschein wurde auch die Patronenhülse entdeckt. Der bewusstlose Kralik kam am frühen Morgen vorübergehend zu sich, konnte jedoch für die Ermittlung der beiden Täter keine verwertbaren Aussagen machen, sondern lediglich angeben, dass er sie nicht kannte und annahm, der Überfall sei aus politischen Gründen erfolgt. Am 2.4. um 11 Uhr vormittags erlag er seinen schweren Verletzungen[58].

Bereits vier Stunden nach der Tat konnte Wilhelm Topscher, ein Tischlermeister, festgenommen werden, als er das Fluchtfahrzeug gerade in seine Garage fahren wollte. Er leugnete zunächst, zur fraglichen Zeit überhaupt am Tatort gewesen zu sein, und gab an, dass er sich am Vortag zur kritischen Zeit in einem Gasthaus befunden habe, und zwar in Gesellschaft von drei Bekannten (Ernst Schenk, Johanna Schenk, Theresia Müller). Erst nach hartnäckigem Leugnen und Gegenüberstellung mit den Zeugen von der Stiftingtalstraße gab er zu, die beiden Täter geführt zu haben, jedoch in der bloßen Annahme, es handle sich lediglich um den Transport eines Koffers oder von Flugschriften. Die Ermordung Kraliks wollte er nicht gesehen, sondern nur einen Schuss und Schreie gehört haben[59].

Topschers Fall wurde zunächst vor dem LG (Landesgericht) Graz als Standgericht verhandelt[60]. Da sich der Vorsitzende und die beisitzenden Richter über die Schuld des Angeklagten nicht einigen konnten[61], erging der Beschluss, den Fall gemäß § 443 StPO an das ordentliche Gericht zu überweisen[62].

Im Juni 1936 erhob die Staatsanwaltschaft Graz Anklage gegen Ernst Schenk und Wilhelm Topscher (entfernte Mitschuld am bestellten Mord) sowie gegen

[57] Ebenda, BPD Graz, Meldung Nr. 283, 1. 4. 1936; vgl. auch Reichspost vom 3. 4. 1936.
[58] Ebenda, Aktenvermerk Dr. Spindelböck, 2. 4. 1936.
[59] BArch, R 3.001/166.347, BPD Graz, Staatspolizeiliches Büro, an die Staatsanwaltschaft Graz, 19. 4. 1936; StLA, 8 Vr 1.418/36, LG für Strafsachen Graz, Vernehmung Ernst Schenk, 25. 4. 1936 u. 9. 5. 1936, Vernehmung Robert Schenk, 25. 4. 1936 u. 9. 5. 1936, Vernehmung Johanna Schenk, 25. 4. 1936 u. 9. 5. 1936, und Vernehmung Wilhelm Topscher, 9. 5. 1936.
[60] StLA, 5 Vr 1.416/36, LG Graz als Standgericht, Protokoll der Hauptverhandlung in der Strafsache gegen Wilhelm Topscher, 29. 4. 1936.
[61] Ebenda, Beratungsprotokoll, 29. 4. 1936.
[62] Ebenda, LG Graz als Standgericht, Beschluss, 29. 4. 1936.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Johanna Schenk und Theresia Müller (Vorschubleistung)[63]. Die Urteilssprüche fielen sehr mild aus: Ernst Schenk und Wilhelm Topscher wurden zu zehn bzw. acht Monaten Haft verurteilt, Johanna Schenk und Theresia Müller freigesprochen[64].

Flucht der Täter und Aufenthalt in Jugoslawien bzw. im Deutschen Reich

Nach der Ermordung Hofers fuhren Godar und Schellauf mit dem von Josef Scholz gelenkten Auto bis zur Lantscha-Allee, von wo der Fahrer nach Graz zurückkehrte, während die Haupttäter in einem Heustadel übernachteten. Am nächsten Tag wurden Godar und Schellauf mit einem Beiwagenmotorrad von einem unbekannten Mann bis zu einem Gasthaus in die Nähe der jugoslawischen Grenze gebracht. Von diesem Gasthaus führte ein illegaler SS-Mann die beiden bis zur Grenze, wo sie sich angeblich beim Übergang den jugoslawischen Grenzwachen gegenüber sofort als nationalsozialistische Flüchtlinge zu erkennen gaben und zunächst zum Gendarmerieposten Zellnitz gebracht wurden. Dort gaben sie an, aus Graz wegen illegaler politischer Betätigung geflüchtet zu sein. Zugleich mit ihnen überschritt der SS-Mann Josef Vötsch, der die beiden Fememörder angeblich erst in dem besagten Gasthaus kennen gelernt hatte und eigenen Angaben zufolge nichts von deren Tat wusste, die Grenze. Über Ersuchen der österreichischen Behörden wurden Godar, Schellauf und Vötsch – so die Erkenntnisse des Grazer Landesgerichts – nach Marburg an der Drau gebracht, dort verhaftet und in das Kreisgericht eingeliefert[65]. Dazu liegt auch ein Bericht des am Posten Feldbach eingeteilten Revierinspektors Alois Dengg vor[66].

Godar selbst schrieb 1940 an SS-Gruppenführer Rodenbücher, er sei nach Durchführung einer „Femeaktion“ an der Grenze durch jugoslawische Grenzorgane festgenommen worden[67].

---

[63] StLA, 8 Vr 1.418/36, Anklageschrift gegen Ernst Schenk, Wilhelm Topscher, Johanna Schenk, Theresia Müller, 7.6.1936.

[64] Während das 60-seitige Protokoll der Hauptverhandlung (10.8.1936) vollständig vorliegt, ist das schriftliche Urteil laut einem Aktenvermerk vom 24.10.1957 nicht mehr vorhanden. Die Urteilssprüche gehen aus diversen Berufungsanträgen und Strafvollzugsanordnungen hervor.

[65] StLA, 15 Vr 2.444/65, Landesgericht für Strafsachen Graz, Abt.15, an das für Sulzbach, Kreis Main-Taunus, Land Hessen, Bundesrepublik Deutschland zuständige Amtsgericht, 19.10.1965.

[66] Demnach wurde bereits im Laufe des 31.3.1936 bekannt, „daß in der vergangenen Nacht bei Zellnitz an der Drau im Bezirke Marburg (Jugoslawien), zwei Österreicher (Nazis) geflüchtet waren, die Kratzwunden im Gesichte aufwiesen. Sie nannten sich Josef Schöllauf und N.Godec [sic!] aus Graz. [...] Revierinspektor Schleich begab sich mit Einwilligung des Sicherheitsdirektors in Zivil nach Marburg, konnte zwar mit den beiden Burschen nicht sprechen, da sie bereits dem Kreisgerichte eingeliefert waren, soviel ermittelte er aber, daß Schöllauf und Godec die Täter waren.“ StLA, Vr 5.039/47, Gendarmeriepostenkommando Feldbach, Bericht Alois Dengg (Abschrift), 26.12.1945.

[67] StLA, Vg 1 Vr 5.039/47, Godar an SS-Gruppenführer Rodenbücher, Salzburg, 23.9.1940.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dr. Karl Hanss, ein NS-„Maulwurf" im Polizeiapparat des „Ständestaates", der 1934 bis 1938 die Polizeiexpositur Spielfeld leitete und 1939 zum stellvertretenden Polizeipräsidenten von Linz avancierte, stellte die Modalitäten bzw. Gründe der Verhaftung ganz anders dar und schilderte auch seine Versuche, entgegen dem offiziellen Auftrag seiner Vorgesetzen auf jugoslawischem Boden eine Art „Schadensbegrenzung" zugunsten der Fememörder zu realisieren:

„Soweit ich mich entsinne, ist die Polizeiexpositur Spielfeld nach dem Feldbacher Fememord verständigt worden, daß die Täter ihre Fluchtrichtung gegen Jugoslavien [damals übliche Schreibweise] genommen hätten. Es wurde der Auftrag erteilt, alle Grenzkontrollstellen zu verständigen und gegenständliche Erhebungen zu führen. Bald darauf wurde irgendwie festgestellt, daß die Täter die Grenze bereits überschritten hätten. Diese Nachricht war mir eine große Entlastung und ich atmete auf, da ich hoffte, daß die weitere Flucht dieser Leute gelingen würde und mir so weitere Amtshandlungen erspart bleiben könnten. Nun hielten sich jedoch die drei Flüchtlinge (Godar und Schellauf der dritte Name als nicht wesentlich beteiligt nicht mehr erinnerlich) infolge ungeschickter und falscher Dispositionen der hierfür maßgeblichen illegalen Parteistellen durch mehr als 8 Tage in Marburg auf[68], wurden als auffällige Ausländer bald entdeckt, sodaß auch die mir unterstellten Kriminalbeamten schließlich auf sie aufmerksam wurden[69]. Ich habe mit der mir erstatteten ersten Meldung hierüber, die mich in einen furchtbaren Gewissenskonflikt brachte, noch 24 Stunden zugewartet, da ich hoffte, die Leute würden inzwischen Marburg verlassen. Leider war dies nicht der Fall, sie wurden von der jugoslavischen Polizei wegen unbefugten Grenzübertrittes festgenommen und es erfolgte nun über Auftrag aus Graz und auf Grund einer zwischen Graz und Marburg geführten Korrespondenz die direkte Fühlungnahme mit dem Marburger Polizeichef.

Den Anlass einer in Marburg stattfindenden Konferenz über den gemeinsamen Grenzbahnhof benutzte Polizeidirektor Graf Ferraris, um nicht nur persönlich bei dem jugoslavischen Polizeichef vorzusprechen, sondern sich mit dessen Zustimmung auch die Verhafteten vorführen zu lassen, die er selbst einvernahm. Ich war anwesend und mußte mir über die Einvernahme Notizen machen. Vor und nach der Einvernahme stellte Dr. Ferraris das Ersuchen, man möge die Verhafteten im kurzen Wege wegen unbefugten Grenzübertrittes und ohne von dem Fememord Notiz zu nehmen, einfach an die österr. Grenze zurückstellen. Er hatte

[68] Dieser Aufenthalt wurde von einem Beteiligten an dem Grazer Fememord bestätigt. Johann Lipp sagte dazu aus: „Wir wandten uns nach Marburg und trafen dort zufällig den uns von der SS bekannten Friedrich Godar, der wegen der Feldbacher Femesache ebenfalls hatte fliehen müssen". In: BArch, R 3.001/166.347, Staatsanwaltschaft beim Landgerichte Graz, Protokoll Lipp, 8. 7. 1939.

[69] Zum Verständnis: Dr. Hanss und ein weiterer Polizeibeamter, der kein NS-Sympathisant war, unterhielten in Marburg ein Konfidentennetz. Zudem führten österreichische Kriminalbeamte – unabhängig von dem hier dargestellten Fall – über einen längeren Zeitraum verdeckte Ermittlungen durch, von denen die jugoslawischen Behörden nichts wussten. Marburg war eine „Drehscheibe" für geflüchtete österreichische Nationalsozialisten.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

auch mir entweder vor oder nach dieser Besprechung wiederholt den Auftrag gegeben, in diesem Sinne auf den jugoslavischen Polizeichef einzuwirken.

Ich war in Angelegenheit dieser sogenannten Fememörder mit meinem Schulkollegen Dr. Walter Thalmann, der meiner Meinung nach in der NSDAP in Marburg eine führende Rolle spielte, vorher schon in Verbindung getreten. An jenem Tage waren Ferraris und ich als Schulkollegen bei ihm zum Mittagessen eingeladen. Ich habe damals einen unbemerkten Augenblick dazu benutzt, um ihm von dem kritischen Stand der Verhandlungen über eine polizeiliche Rückstellung nach Österreich (zur Umgehung eines förmlichen Auslieferungsverfahrens) eilends Mitteilung zu machen. Dr. Thalmann lief daraufhin sofort zu dem zufällig im selben Haus wohnenden jugoslavischen Staatsanwalt Dr. Zorjan und ersuchte diesen, diese Absichten zu durchkreuzen. Tatsächlich wurde daraufhin sofort die ordentliche Untersuchungshaft verhängt und die Überstellung in das Kreisgericht veranlasst, wodurch der Polizei jede weitere Einflussnahme entzogen wurde."[70]

Tatsächlich fürchteten Godar und Schellauf nach ihrer Verhaftung, wodurch immer diese zustande gekommen sein mochte, nichts so sehr wie eine formlose Überstellung nach Österreich auf dem Schubwege, da sie in diesem Falle mit dem Todesurteil rechnen mussten. Deshalb gaben sie die Mordtat sofort zu, in der Hoffnung und Erwartung, bei einem so gravierenden, jedoch politisch motivierten Verbrechen nicht nach Österreich ausgeliefert zu werden. Später schwächten sie ihre Aussagen stark ab und gestanden zwar die Entführung, leugneten aber jegliche Tötungsabsicht. In diesem Sinne informierte das Kreisgericht Cattaro das Landesgericht Graz[71].

[70] BArch, OPG, D 108, Akten des Obersten Parteigerichts, Betr. Dr. Karl Hanss, Memorandum Hanss, o.D. [1938].

[71] StLA, 8 Vr 1.239/36, LG für Strafsachen Graz, Abt.8, an das Bezirksgericht Mureck, 3. 5. 1937. Nach der Anklageerhebung teilte das Kreisgericht Cattaro Godars und Schellaufs nunmehrige Version mit: „Sie hätten niemals die Absicht gehabt, den Georg Hofer zu töten, sondern, da sie der nat.soz. Partei angehörten und da der genannte Hofer als Angehöriger derselben Partei anfing, den Behörden ihre Parteigeheimnisse zu verraten, so hätten sie [...] beschlossen, den Hofer in der kritischen Nacht aus seiner Wohnung aus Feldbach über die Grenze nach Jugoslavien zu entführen und in Jugoslavien von ihm auf listige Art (mit Alkohol oder dgl.) das Geständnis herauszulocken, wie weit sein Verrat gediehen sei, d.h. welche Parteigeheimnisse Hofer den Behörden bekannt gemacht habe [...]. Mit dieser Absicht also, sagen die Angeklagten, sind sie in der kritischen Nacht mit dem Auto aus Graz zur Wohnung des Hofer in Feldbach gefahren und der Angeklagte Godar hat ihn aus der Wohnung herausgeführt und ins Auto gebracht, indem er sich ihm als politischer Beamter vorgestellt habe und sind sie gegen Mureck gefahren. Inzwischen hat nach ihrer Aussage Hofer angefangen, sich zu widersetzen und wurde renitent und sie [...] hätten getrachtet, ihn zu überwältigen und zum Schweigen zu bringen, damit er nicht die Aufmerksamkeit der Leute errege. In diesem Ringen, sagen sie, habe sich Hofer auf einmal beruhigt (sei er ruhig geworden) und sie hätten ihn aus Furcht aus dem Auto hinausgeworfen, ohne das Auto aufzuhalten und ohne dass sie wussten, wo sie ihn hinausgeworfen haben und was mit ihm weiter geschehen ist [...]. Zu ihrer Verteidigung führen sie weiter an, sie hätten früher vor den jugoslavischen Polizei- und Gerichtsbehörden die Tat deshalb anders dargestellt, weil sie befürchtet hätten, dass die jugoslavischen Behörden auf Verlangen der österreichischen Behörden sie ausliefern würden.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die Rechnung der Täter ging auf, denn ein von den österreichischen Behörden gestelltes Auslieferungsbegehren wurde vom jugoslawischen Justizministerium abschlägig beschieden.

Mehr noch: Aufgrund diplomatischer Verhandlungen mit dem Deutschen Reich und vor allem durch Interventionen des SS-Führers Gustav Wächter konnte Godar im August 1937 die Haftzelle in Belgrad mit einem Sitz im Flugzeug vertauschen, das ihn – vermutlich gemeinsam mit Schellauf – nach Deutschland beförderte, wo er nach dreiwöchiger Erholung Aufnahme in dem SS-Sammellager Ranis (Thüringen) fand[72]. Zu seiner Sicherheit erhielt er, ähnlich wie andere Fememörder[73] oder führende Beteiligte am NS-Putschversuch (Juli 1934), die im Deutschen Reich Zuflucht fanden, einen Decknamen, der auf „Fritz Ortner" lautete[74]. Auch Schellauf versah seinen Dienst in Ranis[75].

Als die österreichische Polizei Josef Scholz auf die Spur kam, flüchtete dieser am 6. April 1936 ebenfalls ins Deutsche Reich. Über welche Route diese Flucht erfolgte, konnte weder bei den polizeilichen Ermittlungen im Anschluss an die Tat noch nach 1945 geklärt werden. Jedenfalls wusste die Polizei bereits nach kurzer Zeit, dass er sich seit 12. April 1936 in München aufhielt, da an seine Frau gerichtete Briefe beschlagnahmt wurden[76]. Auch Scholz durfte sich nach den vorangegangenen „Strapazen" einer mehrwöchigen „Erholung" erfreuen, in Dießen am Ammersee[77]. Anschließend meldete er sich zum Hilfswerk Nordwest, d.h. der (reorganisierten) Österreichischen Legion, und verblieb bis zum „Anschluss" bei dieser paramilitärischen Formation.

Die wohl zuverlässigste Schilderung des Fluchtweges der Täter im Fall Kralik stammte von einem der Hauptbeteiligten, da Johann Lipp, im Juli 1939 von der Grazer Staatsanwaltschaft einvernommen, keine strafrechtlichen Konsequenzen befürchten musste und deshalb auch nicht auf Schutzbehauptungen angewiesen war:

„Ich eilte [nach der Erschießung Kraliks] ebenfalls zu dem Kraftwagen und Topscher führte uns durch die Ragnitz bis zu einem Gasthause in Hart-St.Peter. Wir stiegen aus und begaben uns zu einem in der Nähe gelegenen Gasthaus [...],

Deshalb haben sie nach ihrer Aussage vorgespiegelt, sie hätten ein schweres politisches Verbrechen begangen und hätten den Hofer geradezu absichtlich getötet über Auftrag der Parteiführer, um ihre Tat als ein politisches Delikt darzustellen, wegen welchem, wie sie wussten, die jugoslavischen Behörden sie nicht ausliefern würden".

72 StLA, Vg 1 Vr 5.039/47, Fritz Godar an SS-Gruppenführer Rodenbücher, Salzburg, 23. 9. 1940.

73 Vgl. Schafranek, NS-Feme, S. 180.

74 StLA, 15 Vr 2.444/65, LG für Strafsachen Graz an das Bundesministerium für Inneres, Abt.18, 24. 1. 1966.

75 ÖStA/AdR, Gauakt 342.213 (Josef Schellauf), Personal-Fragebogen zum Antragschein auf Ausstellung einer vorläufigen Mitgliedskarte und zur Feststellung der Mitgliedschaft im Lande Österreich, 15. 12. 1938.

76 StLA, 8 Vr 1239/36, BPD Graz, Staatspolizeiliches Büro, an die Staatsanwaltschaft Graz, 4. 5. 1936.

77 StLA, Vg 1 Vr 5.039/47, Protokoll der Hauptverhandlung in der Strafsache gegen Josef Scholz, 15. 10. 1947.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

wo uns ein Lohnkraftwagen erwartete, der von einem NSKK[78]-Truppführer – ich glaube namens Petschnigg – gelenkt war [...]. Alois Langmann führte mich in ein Haus in der Sparbersbachgasse, zu einer ihm bekannten Familie, wo wir bis zum nächsten Nachmittage blieben. In diese Wohnung kam um die Mittagszeit des nächsten Tages der SS-Sturmbannführer Ingo Rüpschl [...] und gab mir den Befehl, nachmittags bei der Herz-Jesu-Kirche zu warten. Dort wurde ich von dem NSKK-Truppführer Berka mit einem Kraftwagen abgeholt und bis Wildon gebracht. Von Wildon beförderte mich ein SS-Mann mit einem Kraftrade bis zur Landschabrücke bei Leibnitz, wohin Langmann mit einem Lohnkraftwagen nachkam.

Von da wurden wir beide mit einem Kraftwagen, den mir der dem Namen nach nicht bekannte SS-Sturmbannführer von Leibnitz verschafft hatte und den ein junges Mädchen lenkte, bis vor Ehrenhausen gebracht. Von dort fuhren wir in einem anderen bereit gestellten Kraftwagen bis etwa 800 m an die jugoslavische Grenze heran, die wir in der Nähe von Ehrenhausen auf Schleichwegen überschritten."[79]

So skrupellos und zugleich dilettantisch die Ausführung der Tat, so sorgfältig erfolgte anscheinend ihre Vorbereitung und die Organisierung der Fluchtwege, da diese sich keineswegs auf die „spontane" Unterstützung durch beliebige NS-Sympathisanten stützen konnte, sondern – so wird aus Lipps Darstellung erkennbar – einer gut funktionierenden Infrastruktur und der unbedingten Einsatzbereitschaft einer erheblichen Zahl von Helfern bedurfte. Weder Rüpschl noch Berka und die Wildoner bzw. Leibnitzer Fluchthelfer gerieten ins Visier der österreichischen Behörden, die Spuren ihrer Ermittlungen endeten bei Topscher und dem Gasthaus Lawugger in Hart-St.Peter[80].

Auch die weitere Flucht der Kralik-Mörder verlief ohne Pannen. Lipp und Langmann fuhren ungehindert nach Marburg, wo sie Heinrich Fischbach[81] auf-

[78] Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps.

[79] BArch, R 3.001/166.347, Staatsanwaltschaft beim Landgericht Graz, Einvernahme Johann Lipp, 8. 7. 1939.

[80] Die frappierende Übereinstimmung eines an sich ganz belanglosen Details in der im Text zitierten Aussage Lipps (1939) und den Erkenntnissen der Grazer Staatspolizei (1936) ist ein starkes Indiz für die Glaubwürdigkeit der Darstellung insgesamt. Lipp über die Ankunft beim Gasthaus Lawugger: „Wir reinigten zunächst unsere Hände und Kleider, und da wir dabei von einigen Leuten beobachtet wurden, bestiegen wir nicht den Kraftwagen, um den Kameraden nicht zu gefährden, sondern gingen zu Fuß in die Stadt." Ein ausführlicher Bericht der BPD Graz fasste die Aussagen des verhafteten Chauffeurs Friedrich Dühs zusammen, wobei hier folgende Passage von Interesse ist: „Einer der Burschen habe sich nachher beim Brunnen im Gasthause die Hände gewaschen und dann seien die beiden eingestiegen und er habe sie nach Graz [...] geführt [...]. Am nächsten Tage änderte Dühs seine Angaben dahin ab, dass er zwar zum Lawuggerwirt bestellt worden sei, doch seien die Burschen nicht mit ihm gefahren, sondern er sei wieder leer nach Graz zurückgefahren." In: BArch, R 3.001/166.347, Bundespolizeidirektion Graz, Staatspolizeiliches Büro, an die Staatsanwaltschaft Graz, 19. 4. 1936.

[81] Ing. Heinrich Fischbach, geb. 4. 7. 1900 in Marburg, flüchtete wegen NS-Betätigung 1934 aus Österreich und leitete in Marburg die NS-Flüchtlingsfürsorge. Am 27. 8. 1935 Ausbürgerung. Fischbach wurde von den österreichischen Behörden der Anstiftung des Mordes an Hofer

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

suchten, dessen Adresse ihnen bereits in Graz mitgeteilt worden war. Fischbach ermöglichte ihnen die Weiterreise nach Zagreb und avisierte sie beim deutschen Konsul. Von diesem erhielten sie falsche Pässe ausgehändigt, mit denen sie über Budapest und Prag nach München fuhren[82].

Nach dem „Anschluss": Klare Konturen der Täter und Drahtzieher

In der kurzen Phase der „Emigration" in Deutschland äußerten sich Lipp, Langmann, Godar und Schellauf allenfalls privat oder im engsten Kreis (bei der Flüchtlingsüberprüfung) über die Bluttat, wovon jedoch keine schriftlichen Zeugnisse existieren. Dies änderte sich nach dem „Anschluss", als die Beteiligten im Zuge der Überprüfung ihrer NSDAP-Mitgliedschaft einen Personal-Fragebogen ausfüllen mussten, in dem auch nach den Gründen für eine etwaige Flucht ins „Altreich" gefragt wurde. „Femeacktion [sic!] in Feldbach", führte Schellauf in der entsprechenden Rubrik an[83]. Schon einige Monate zuvor lechzte er nach dem Blutorden, für den er sich aus folgenden Gründen qualifiziert sah: „März 1936 Hoffer aus Feldbach beseitigt: für mich war nur die Todes Straffe in Frage gekommen. In Jugoslawien 16 Monat Gefängnis, besser gesagt 16 Monat Untersuchungshaft politisch verbüst. Meine Adresse vor dem flüchten 1936 Schellauf Josef Feldbach Bürgergasse 107."[84]

Auch Scholz stellte nach dem „Anschluss" einen Antrag auf Verleihung des Blutordens, obwohl er keinen Tag im Gewahrsam der Polizei oder Justiz verbracht hatte. Der Zellenleiter Erich Glauer bescheinigte ihm: „Scholz hat als Taxiunternehmer Transporte von Flüchtlingen und Kranken übernommen und durchgeführt (als SA-Mitglied nicht gegen Entgelt), Entführungen aus dem Inquisitenspital, Waffen- und Sprengstoffuhren mit dem eigenen Auto unternommen. War bei dem Fememord am 31. 3. 1936 in Feldbach als Fahrer tätig [...]. Von der Polizei wurde ein Preis von 2000 S auf ihn ausgeschrieben. Für alle Angaben kann der Wahrheitsbeweis erbracht werden."[85] Als „Wiedergutmachung" für das von der österreichischen Polizei beschlagnahmte Auto erhielt Scholz die stattliche Summe von 5.000 RM[86].

Einen wesentlich konkreteren Stellenwert nahm der ganze Komplex ein, weil sich verschiedene Instanzen der NS-Justiz anfänglich nicht ganz darüber im Klaren waren, nach welchen justizförmigen Grundlagen die österreichischen Ver-

verdächtigt; StLA, 8 Vr 1.239/36, BPD Graz, Staatspolizeiliches Büro, an die Staatsanwaltschaft Graz, 4. 5. 1936.

82 BArch, R 3.001/166.347, Staatsanwaltschaft beim Landgericht Graz, Einvernahme Johann Lipp, 8. 7. 1939.

83 ÖStA/AdR, Gauakt 342.213 (Josef Schellauf). Wes Geistes Kind er war, geht auch aus der Antwort auf die Frage nach der Staatsbürgerschaft (Dezember 1938) hervor: „Ostmark".

84 StLA, Vg 1 Vr 5.039/47, Josef Schellauf an die NSDAP-Gauleitung Graz, 25. 6. 1938 (Abschrift).

85 StLA, Vg 1 Vr 5.039/47, Staatsanwaltschaft Graz, Anklageschrift gegen Josef Scholz, o.D. (Eingangsstempel des LG für Strafsachen Graz vom 14. 8. 1947).

86 Ebenda.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

fahren eingestellt, niedergeschlagen oder sonst ad acta gelegt werden konnten. Eine Anwendung der österreichischen Februar-Amnestie (nach dem Berchtesgadener Abkommen) kam schon deshalb nicht in Betracht, weil keiner der Täter sich am 16. Februar 1938 in Österreich aufhielt. Die Staatsanwaltschaft Graz beabsichtigte, die Einstellung des Verfahrens gemäß § 3 Nr.2 des Straffreiheitsgesetzes (30. April 1938) zu beantragen, ohne Lipp, der als erster aus dem „Altreich" zurückgekehrt war, überhaupt weiter zu vernehmen. Sie hielt den Mördern zugute, sie hätten sich „zweifellos durch Übereifer im Kampfe für den nat.soz. Gedanken [...] hinreissen lassen"[87]. Dieser ebenso zynische[88] wie schwammige Passus „begründete" in dem besagten NS-Gesetz eine Straffreiheit für Gewaltverbrechen (einschließlich Mord) vor dem „Anschluss". Dem hielt die Abteilung Österreich des Reichsjustizministeriums entgegen, es erscheine doch recht zweifelhaft, ob bei diesen vorbedachten Taten die Tatbestandsmerkmale „im Übereifer" und „sich hinreißen lassen" des Straffreiheitsgesetzes angenommen werden könnten. Es sei vielmehr notwendig, durch Vernehmung der Täter Klarheit über die Ausführung der Taten und die Motive zu schaffen[89]. Im Januar 1939 bejahte die Abteilung Österreich grundsätzlich die Anwendbarkeit des Straffreiheitsgesetzes, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass die „gemeine Spitzel- und Verrätertätigkeit" des Getöteten oder zumindest der „gute Glaube" (!) der Täter daran einwandfrei erwiesen sei. Diese Prämisse sei im Fall Hofer gegeben, wobei vor allem die Aussagen (1936) des früheren Gendarmen Alois Liebmann mit aller Klarheit erhellt hätten, dass Hofer sich aus freien Stücken, ohne jede Nötigung zum „Verrat" aller ihm bekannten geheimen Informationen über die NS-Gliederungen in Feldbach bereit gefunden habe. Hingegen lagen bezüglich Leopold Kralik nur vage Vermutungen, nicht aber feste Anhaltspunkte für die Annahme vor, dass der Getötete ebenfalls ein „Verräter der völkischen Sache war" und dies mit dem Leben bezahlen musste. Deshalb hielt die Abteilung Österreich hinsichtlich des Grazer Mordes weitere Erhebungen für erforderlich, ebenso in einem ähnlich gelagerten Fall aus Kärnten (Ermordung von Rupert Mandl im Jahre 1935)[90].

Um nähere Informationen über den Fall Kralik zu gewinnen, verhörte die Gestapo im Mai 1939 den im Konzentrationslager Dachau inhaftierten ehemaligen Kriminal-Abteilungsinspektor August Träger, der sich bei der Verfolgung illegaler Nationalsozialisten stark engagiert hatte. Leopold Kralik war am 24. Dezember

[87] BArch, R 3.001/166.347, Staatsanwaltschaft Graz an die Oberstaatsanwaltschaft Graz, 30.6.1938.

[88] Noch zynischer wirkt – selbst nach NS-Normen – der Rückgriff auf dieses rückwirkend geltende NS-Gesetz, wenn wir uns im konkreten Fall die „Erläuterung" vergegenwärtigen, die das Reichsjustizministerium bei der Definition des Begriffs „Übereifer" den damit befassten Stellen in Österreich zukommen ließ. Demnach sei eine solche „Voraussetzung nur gegeben [...], wenn der zur Tat drängende Eifer die Vernunft und ruhige Überlegung ausschaltet oder bis zur Wirkungslosigkeit zurückdrängt und das Handeln des Täters völlig beherrscht." In: BArch, R 3.001/166.116, RJM an das RJM, Abteilung Österreich, 22.11.1938.

[89] BArch, R 3.001/166.243, III g 19, 418/38, Abschrift zu Nr.1 des Berichts vom 7.7.1938.

[90] BArch, R 3.001/166.347, RJM, Abteilung Österreich, GZ 37.886/38, 26.1.1939.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

1935 wegen illegaler NS-Betätigung festgenommen worden. Laut diesen Gestapo-Vernehmungen hatte der NS-Aktivist den Polizeirat Dr. Pack um Enthaftung gebeten und ihm versprochen, sich nicht mehr in der Partei zu betätigen und über seine bisherigen Aktivitäten und seine Verbindungen Aufschluss zu geben. Kralik habe dann tatsächlich nicht nur seine eigene Tätigkeit in der Partei aufgeklärt, sondern auch Angaben über die Gauleitung gemacht, worauf er bereits nach sechs Tagen aus der Haft entlassen und noch eine Zeitlang zu seinem polizeilichen Schutz überwacht wurde, weil man Racheaktionen seitens illegaler NS-Aktivisten befürchtete[91]. Infolge dieser Mitteilungen gelangte der Grazer Oberstaatsanwalt zu der Auffassung, dass die „Beseitigung des Leopold Kralik, der als Verräter bekannt war, aus politischen Gründen" erfolgte und beantragte die Einstellung des Verfahrens gegen Johann Lipp, Alois Langmann, Josef Scholz, Ferdinand Pock und Katharina Godar[92].

Im Juli 1939 gab der SS-Sturmbannführer und damalige Geschäftsführer des Gaues Steiermark, Paul Sernetz, seine führende Rolle bei der Ermordung Kraliks zu Protokoll. Wohl selten wurde ein kaltblütiger Auftragsmord so unverblümt vor einer Staatsanwaltschaft präsentiert:

„Ich habe im Jahre 1936 als Führer des Sturmbannes Graz der SS durch meine Verbindungen zur Staatspolizei die Nachricht erhalten, dass der Jurist Leopold K r a l i k, der selbst Parteigenosse war, Verrätereien begangen und unter anderem auch den illegalen Gauleiter Gottfried B a y e r verraten hatte. Mit Rücksicht darauf, dass gerade damals mehrfach Verrätereien vorgekommen waren und die illegale Tätigkeit der Partei dadurch vollständig unterbunden werden konnte, musste ein Exempel statuiert werden.

Ich habe daher dem Alois Langmann und Johann Lipp den Befehl gegeben, Kralik zu beseitigen. Der NSKK. Obersturmführer Josef Scholz, derzeit Leoben, Sauraugasse 1, hat mit dem Falle Kralik überhaupt nichts zu tun, sondern war nur in der Sache Hofer (Feldbach) tätig."[93]

Johann Lipp lieferte eine ausführliche Darstellung der Geschehnisse vor, während und nach der Tat. Die Frage, ob und in welchem Ausmaß die beiden Mordfälle personell bzw. organisatorisch zusammenhingen, wurde in diesem Kontext (mit Ausnahme der „Entlastung" von Scholz hinsichtlich des Grazer Fememordes) nicht geklärt und interessierte die damit befassten Stellen auch gar nicht.

[91] StLA, 8 Vr 1.416/36, Geheime Staatspolizei. Staatspolizeistelle Graz an das LG Graz, Abt.8, 27. 5. 1939.

[92] BArch, R 3.001/166.347, Staatsanwaltschaft Graz an die Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht Graz, 3. 6. 1939.

[93] Ebenda, Protokoll Paul Sernetz, aufgenommen bei der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Graz, 10. 7. 1939.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Strafverfolgung nach 1945

Nach dem Ende der NS-Herrschaft waren etliche der Haupttäter untergetaucht und blieben zum Teil über lange Jahre „verschollen". Von dem flüchtigen Schellauf etwa vermutete 1961 die Bundes-Polizeidirektion Graz, dass er noch die österreichische Staatsbürgerschaft besitze[94], während das Landesgericht für Strafsachen 1965 mutmaßte, er sei in den „Nachkriegswirrnissen um 1945" ums Leben gekommen[95].

Paul Sernetz, seit 18. Juni1945 von der britischen Besatzungsmacht im Lager Wolfsberg in Kärnten interniert, wurde am 29. November 1947 den österreichischen Behörden übergeben. Seine Anklage erfolgte lediglich wegen „qualifizierter Illegalität" nach § 11 Verbotsgesetz (VG), und das Volksgerichts-Verfahren (Graz) berücksichtigte nur seine illegale NSDAP-Mitgliedschaft, die Funktion als Gaustabsamtleiter und Obersturmbannführer der SS sowie die Verleihung des goldenen Parteiabzeichens. Seine Rolle als Anstifter des Grazer Fememords blieb (wie die Tat insgesamt) in dem ganzen Verfahren unerwähnt. Am 24. Juni 1948 wurde er zu einer 2 ½-jährigen Kerkerstrafe verurteilt und konnte den Gerichtssaal als freier Mann verlassen, da sowohl die Internierung als auch die Untersuchungshaft voll angerechnet wurden[96].

Weniger glimpflich kam Josef Scholz davon, der im August 1947 von der Staatsanwaltschaft Graz beschuldigt wurde, an dem Mord in Feldbach „auf eine tätige Weise mitgewirkt" zu haben. Weitere Anklagepunkte bezogen sich auf seine Zugehörigkeit zur Österreichischen Legion und Registrierungsbetrug (Verschweigen seiner Zugehörigkeit zur illegalen NSDAP, des Ranges im NSKK usw.)[97]. In der Hauptverhandlung bestritt der Angeklagte alle Vorwürfe, die mit den Feldbacher Ereignissen in Zusammenhang standen. Nicht er selbst, sondern der – mittlerweile verstorbene – SA-Führer August Teschl habe ohne sein Wissen den Wagen gelenkt. Ferner versuchte er dem Gericht weiszumachen, er sei nach der Tat von Teschl und einem Unbekannten über das Verbrechen informiert und unter Todesdrohung gezwungen worden, nach Deutschland zu fliehen. Zu seiner Verteidigung führte Scholz überdies an, er habe später in Dießen am Ammersee deshalb mit Teschl schwere Auseinandersetzungen gehabt, was durch den (inhaftierten) früheren SA-Führer Helmut Wolf bezeugt werden könne. Dieser „Zeuge" erwies sich indes als Bumerang, denn er musste zugeben, dass er gemeinsam mit dem Beschuldigten während der Untersuchungshaft längere Zeit in der Küche gearbeitet hatte, sodass das Gericht von einer Absprache ausging[98]. Es erklärte Josef Scholz in allen Punkten für schuldig und verurteilte ihn im Oktober 1947 zu einer

[94] StLA, Vg 1 Vr 5.039/47, BPD Graz an LG für Strafsachen, Abt.13, 21. 2. 1961.
[95] StLA, 15 Vr 2.444/65, LG für Strafsachen Graz, Abt.15, an das für Sulzbach, Kreis Main-Taunus, Land Hessen, zuständige Amtsgericht, 19. 10. 1965.
[96] StLA, Vg 1 Vr 581/48, LG für Strafsachen Graz, Urteil, 24. 6. 1948.
[97] StLA, Vg 1 Vr 5.039/47, Staatsanwaltschaft Graz, Anklageschrift gegen Josef Scholz, o.D. (Eingangsstempel 14. 8. 1947).
[98] Ebenda, Protokoll der Hauptverhandlung, 15. 10. 1947.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

15-jährigen Kerkerstrafe[99]. Ein von ihm Anfang 1949 beantragtes Wiederaufnahmeverfahren[100] wurde verworfen, dennoch musste er nur einen Bruchteil seiner Haftstrafe absitzen. Angeblich an grauem Star leidend, bescheinigte man ihm Haftunfähigkeit, so dass er am 24. Juni 1950 entlassen wurde[101].

Von den Johann Lipp betreffenden Nachkriegs-Akten sind nur die Anklageschrift und ein Eintrag aus dem staatsanwaltschaftlichen Tagebuch erhalten geblieben. Daraus geht lediglich hervor, dass er, seit 4. November 1947 inhaftiert, wegen Mord (§§ 134, 135/3 Strafgesetz) und Hochverrat (§ 11 VG) angeklagt und im Mai 1948 zu einer 12-jährigen Kerkerstrafe verurteilt wurde[102].

Gegen Godar lag seit 25. September 1945 ein Haftbefehl des LG Graz vor, das gegen ihn anhängige Verfahren wurde wegen unbekannten Aufenthaltes gemäß § 412 Strafprozessordnung abgebrochen. Anfang der 1960er Jahre verfügte das Grazer LG über vage Hinweise, denen zufolge er sich in der Bundesrepublik Deutschland aufhielt und mittlerweile die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen hatte[103]. Tatsächlich lebte Godar unter einem falschen Namen („Anton Prokim") in Sulzbach, Taunus (Hessen). Im Zuge eines Ermittlungsverfahrens der Staatsanwaltschaft Frankfurt gab er zu, zwischen 1938 und 1945 als Angehöriger der Gestapo und des SD in Graz an Straftaten beteiligt gewesen zu sein. Er habe auf Befehl seines damaligen Chefs Häftlinge aus dem Grazer Gefängnis herausgeholt und zu Exekutionen geführt, bei denen er auch anwesend gewesen sei[104]. Ein weiteres Ermittlungsverfahren wegen Verdachtes des Mordes wurde von der Staatsanwaltschaft Frankfurt am 17. März 1965 mit der Begründung eingestellt, dass eine Strafverfolgung wegen Eintrittes der Strafverfolgungsverjährung in Deutschland nicht mehr möglich sei. Bei seiner Einvernahme in Bad Homburg (14. Juni 1965) gab Godar bei der Polizei an, Aussagen über den Fememord nur dann zu machen, wenn er vor einem österreichischen Gericht angeklagt werden sollte[105]. Indes gingen die Grazer Richter schon 1963 „vorsorglich" davon aus, eine Auslieferung werde nicht erwirkt werden können – zu einem Zeitpunkt, als sie noch gar nicht wussten, sondern nur vermuteten, dass Godar in der Bundesrepublik Deutschland lebte und deutscher Staatsbürger war[106]. Und auch 1966 waren die österreichischen Justizbehörden keineswegs an einer Strafverfolgung Godars und einer eventuellen Auslieferung interessiert. Er sollte lediglich einige Fragen

[99] Ebenda, Volksgericht beim LG für Strafsachen Graz, Urteil, 15. 10. 1947.
[100] Ebenda, Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens, o.D. (Eingangsstempel des LG für Strafsachen Graz vom 17. 1. 1949).
[101] Ebenda, Bd. II, Leiter der Strafvollzugsanstalt Graz an LG, 12. 12. 1973.
[102] StLA, 12 St 4.618/48, Staatsanwaltschaft Graz, Tagebuch in dem Strafverfahren gegen Johann Lipp; Anklageschrift gegen Johann Lipp, 26. 3. 1948.
[103] StLA, 13 Vr 2.207/62, LG für Strafsachen Graz, Abt.15, an Bundesministerium für Inneres, Abt.13, 21. 3. 1963.
[104] StLA, 15 Vr 2.444/65, LG für Strafsachen Graz, Abt.15, an Bundesministerium für Inneres, Abt.18, 24. 1. 1966.
[105] Ebenda, LG für Strafsachen Graz, Abt.15, an das für Sulzbach, Kreis Main-Taunus, Land Hessen zuständige Amtsgericht, 19. 10. 1965.
[106] StLA, 13 Vr 2.207/62, LG für Strafsachen, Abt.15, an das BMI, Abt.13, 21. 3. 1963.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

beantworten, welche die Flucht nach Jugoslawien betrafen und geeignet waren, Josef Vötsch zu entlasten, der im Oktober 1965 in Graz verhaftet worden war[107].

Resümee

Nach dem missglückten Putschversuch der österreichischen Nationalsozialisten vom 25. Juli 1934 wurde der bis dahin praktizierte Versuch, den österreichischen Staat durch eine offen terroristische Konfrontation „sturmreif zu schießen", seitens des Deutschen Reiches aufgegeben, und die für diesen Kurs politisch Verantwortlichen, vor allem Theo Habicht und die NSDAP-Landesleitung, verschwanden für Jahre in der politischen Versenkung. Die nach wie vor illegalen österreichischen Nationalsozialisten sollten in der Folge vor allem als Propagandisten der „Fortschritte" im Deutschen Reich wirken und wichtige Positionen und Stützpunkte im Staatsapparat, Wehrverbände (Heimwehr, Freiheitsbund, Ostmärkische Sturmscharen), legale Vereine jeglicher Art usw. unterwandern, was zu einem erheblichen Teil auch gelang und wesentlich dazu beitrug, dem militärischen „Anschluss" im März 1938 auch von „innen" den Weg zu ebnen. Die Zahl der von Nationalsozialisten verübten politischen Morde wie auch anderer schwerer Gewalttaten (z. B. Sprengstoffanschläge) ging in dieser Periode erheblich zurück und unterlag nicht mehr einer zentralen Steuerung, sondern war im wesentlichen das Werk kleiner Gruppen oder Einzelpersonen, die den (vermeintlichen) „Befriedungskurs" – tatsächlich eine andere Taktik der Destabilisierung – nicht akzeptieren wollten. Hingegen nahm die Bedeutung der an „Abtrünnigen", „Verrätern" und Polizei-Konfidenten verübten Gewalttaten sowohl in absoluten Zahlen als auch relativ (das heißt gemessen an den sonstigen politischen Verbrechen) nach dem Abflauen der Terrorwelle (seit August 1934) erheblich zu – mindestens 11 Fememorde (sowie ein oder zwei Mordversuche) und 13 aus sonstigen politischen Gründen verübte Morde gingen bis knapp vor dem „Anschluss" auf das Konto von österreichischen Nationalsozialisten. Als Auftraggeber fungierten zumeist regionale Mittelinstanzen der SA bzw. SS, wohl mit Wissen und Billigung der jeweiligen illegalen Gauleitung, jedoch ohne Beteiligung „reichsdeutscher" Parteiinstanzen. Der angestrebte Abschreckungseffekt von Fememorden wurde tatsächlich in weitem Ausmaß erreicht. Dies belegen nicht nur die zitierten Beispiele, sondern auch sonstige Zeugnisse[108]. Ob der starke Anteil an Fememorden darüber hinaus in einem allgemeineren Sinne als Gradmesser für die Stärke oder

[107] StLA, 15 Vr 2.444/65, LG für Strafsachen, Abt.15, an das für Sulzbach, Kreis Main-Taunus, Hessen zuständige Amtsgericht, 19. 10. 1965.

[108] Wie nachhaltig die einschüchternde Wirkung von NS-Fememorden war, dokumentiert auf eine beklemmende Weise das Schreiben eines Judendorfer Gendarmeriebeamten an das Landesgendarmeriekommando für Steiermark vom 17. 4. 1946: „Ich stelle [...] meine Erinnerungen samt Beilagen zur Verfügung, mit der Bitte, meinen Namen geheim zu halten, weil ich fürchte, daß in den Behörden noch verbissene Nationalsozialisten tätig sind und ich Gefahr laufen könnte, einst von einem Nazi-Femegericht niedergestreckt zu werden". In: Privatarchiv Herbert Blatnik, Dokumente und Manuskripte zum „Rot-Weiss-Rot-Buch", Bericht des Gendarmeriepostens Judendorf-Straßengel, 17. 4. 1946. Eine ähnlich abschre-

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Schwäche der sich reorganisierenden illegalen NS-Bewegung Österreichs angesehen werden kann, muss dahingestellt bleiben. Man wird aber wohl nicht fehlgehen, in psychologischer Hinsicht beim Phänomen „Fememorde" in der Wahrnehmung durch die Zeitgenossen ähnliche Komponenten zu vermuten wie bei der – durch die historische Forschung in den 1990er Jahren demontierten – Konstruktion des „Mythos Gestapo": die bei Freund und Feind weit verbreitete Vorstellung einer allseitigen Präsenz und Kontrolle.

ckende Wirkung wird, konkret bezogen auf den Mord an Georg Hofer, bezeugt; Interview Herbert Blatnik mit Walter N. (ehemaliger SS-Angehöriger) 1992 in Graz, in: Ebenda.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Otto Meyer, seit 1926 in führender Position bei der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg (MAN), gilt als eine der bedeutendsten bayerischen Unternehmerpersönlichkeiten des 20. Jahrhunderts. Sven Feyer zeichnet die Biographie dieses konservativen Wirtschaftsführers in der NS-Zeit nach. Meyer setzte sich an der Spitze eines bedeutenden Rüstungsbetriebs bis Kriegsende energisch für die Kriegsproduktion des Dritten Reichs ein, obwohl er der nationalsozialistischen Ideologie ablehnend gegenüberstand und wiederholt ins Visier des Repressionsapparats von Staat und Partei geriet.

Sven Feyer

Otto Meyer: MAN-Vorstand im Dritten Reich

1. Industrie und Nationalsozialismus

Mit Otto Meyer verstarb 1969 „eine der am stärksten profilierten und weit über Schwaben hinaus bekannten Persönlichkeiten Augsburgs“[1]. Nicht nur seine beruflichen Leistungen oder seine Verdienste um den Wiederaufbau Augsburgs wurden nach seinem Tode gewürdigt, sondern auch das Verantwortungsbewusstsein „eines Mannes, der niemals die schwere Bürde vergaß, die allen Deutschen in führender Position nach dem verlorenen Kriege auferlegt war, die noch an die Zukunft ihrer Heimat und ihrer Menschen glaubten“[2]. Allerdings klammerten die Nachrufe die Jahre zwischen 1933 und 1945 mehr oder weniger vollständig aus. Auch Dietrich-Wilhelm von Menges begnügte sich als damaliger Aufsichtsratsvorsitzender der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg (MAN) mit dem Hinweis, dass Otto Meyer seine Aufgaben erfüllt habe, „ohne das ihm anvertraute Unternehmen zu sehr in den Sog des Staates oder [der] Rüstung geraten zu lassen“[3]. Dabei musste ihm jedoch bewusst gewesen sein, dass der MAN als dem größten Rüstungsunternehmen im bayerisch-schwäbischen Raum nach den Messerschmitt-Flugzeugwerken eine herausragende Bedeutung im Dritten Reich zugekommen war. Zudem lag es auf der Hand, dass die Durchsetzung nationalsozialistischer Politik ohne die Mitwirkung der Wirtschaft nicht möglich gewesen wäre, ganz gleich, ob sie nun auf Freiwilligkeit oder Zwang beruhte[4]. Ludolf

[1] „Zum Tode von Dr. E.h. Otto Meyer“, in: Augsburgeer Ausgabe der Süddeutschen Zeitung vom 5. 7. 1969.

[2] „Ein Pionier deutschen Wiederaufstiegs“, in: Augsburger Allgemeine vom 26. 6. 1969.

[3] Vom Tonband abgeschriebene Trauerrede Dietrich-Wilhelm von Menges, 7. 7. 1969, in: Werksarchiv der MAN Augsburg (künftig: MAN-WA Augsburg), 1. 3. 3.5, Akt 59. Die MAN hat zwei Werksarchive; das Hauptarchiv befindet sich in Augsburg, ein kleineres in München (Karlsfeld). Ich möchte mich an dieser Stelle herzlich bei Frau Gerlinde Simon, Leiterin des Historischen Archivs der MAN, für ihre stets kompetente und umfassende Unterstützung bedanken, ohne die dieser Aufsatz nicht möglich gewesen wäre.

[4] Vgl. z. B. Rolf Wagenführ, Die deutsche Industrie im Kriege 1939–1945, Berlin 2006 (unveränderter Nachdruck der 1. Auflage von 1954).

VfZ 2/2014 © Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH 2014 DOI 10.1515/vfzg-2014-0013

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Herbst hat schon vor 25 Jahren die entscheidende Frage gestellt, ob „die Industriellen die Anstifter, die heimlichen Drahtzieher und Kriegstreiber" gewesen seien oder ob „sie sich von den Politikern funktionalisieren und Stück für Stück in Aufrüstung und Krieg hineinziehen [ließen], bis es kein Zurück mehr gab"[5]. Die Spannweite dieser Frage macht bereits deutlich, dass die lange verfochtene apologetische Deutung einer „Wirtschaft unter Zwang"[6] nicht zu halten war und durch wesentlich differenziertere Erklärungsmodelle ersetzt werden musste[7].

An der Biographie Otto Meyers lässt sich diese Mehrdeutigkeit und Widersprüchlichkeit exemplarisch nachzeichnen. Einerseits setzte er sich leidenschaftlich für die wirtschaftlichen Interessen seines Unternehmens ein, andererseits bekam er aufgrund seiner familiären Verhältnisse die Auswirkungen des nationalsozialistischen Regimes am eigenen Leib zu spüren. Trotz aller Anfeindungen gegen ihn und und seine als Jüdin verfolgte Ehefrau trug er bis Kriegsende als leitendes Vorstandsmitglied der MAN AG im Konzern der Gutehoffnungshütte (GHH) aktiv zu den Rüstungsanstrengungen des Deutschen Reichs bei. In der GHH nahm die MAN eine bedeutende Stellung ein. Die Belegschaft des Industriekonzerns zählte am 1. Oktober 1940 fast 83.000 Männer und Frauen. Während die eigentliche GHH mit ihren Stahlwerken und Zechen dabei 33.000 Beschäftigte hatte, kam die MAN in ihren Werken in Augsburg, Nürnberg und Gustavsburg auf knapp 23.000[8].

Die MAN war ein klassischer Maschinenbauer mit einem breiten Produktionsspektrum. Das Werk Augsburg stellte vor allem Dieselmotoren für Schiffsantriebe und Kraftwerke sowie Druckmaschinen her. Das Werk Nürnberg war eine Art Gemischtwarenladen, der Kräne, Großgas- und Dampfmaschinen, Dampfkessel, Turbinen, hydraulische Pressen, Werkstoffprüfmaschinen, Schraubenpumpen, Klima- und andere Luftführungsanlagen, Eisenbahnwagen und schließlich immer mehr Motoren und Lastwagen im Angebot hatte. Bereits seit 1860 hatte die MAN ein drittes Werk in Gustavsburg bei Mainz, in dem der Brücken- und allgemeine Stahlbau gebündelt wurde und das daneben Stauwehre, Gaskessel, Drehscheiben und Schiebebühnen für den Eisenbahnverkehr sowie Bühneneinrichtungen produzierte[9].

Als Hersteller von Schiffsmotoren, schweren Lastwagen und Eisenbahnzügen sowie als Ingenieurfirma für anspruchsvolle Stahlbaukonstruktionen war die MAN für die nationalsozialistische Rüstung unverzichtbar. Die MAN-Dieselmo-

[5] Ludolf Herbst, Der Krieg und die Unternehmensstrategie deutscher Industrie-Konzerne in der Zwischenkriegszeit, in: Martin Broszat / Klaus Schwabe (Hrsg.), Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg, München 1989, S. 72–134, hier S. 72.

[6] Vgl. Hans-Eckhardt Kannapin, Wirtschaft unter Zwang, Köln 1966.

[7] Vgl. z. B. Adam Tooze, Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, München 2007, v.a. S. 166 u. S. 756 f.

[8] Übersicht Gutehoffnungshütte vom 18. 10. 1940 betr. „GHH-Konzern / Arbeiter und Beamte am 1. Oktober 1940", in: Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv Köln, Bestand Gutehoffnungshütte (künftig: RWWA-GHH), 400101400.

[9] Vgl. Günter Neliba, M.A.N.-Werk Gustavsburg bei Mainz. 100 Jahre zivile und militärische Produktion (1860–1960), Frankfurt a. M. 2002, S. 10 u. S. 27 ff.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

toren waren entscheidender Bestandteil für die Ablösung des Dampfantriebs auf den Panzerschiffen der Deutschlandklasse und grundlegend für den Aufbau der deutschen U-Bootwaffe. Entsprechend rasch expandierte die MAN aufgrund des steigenden Rüstungsbedarfs. Hatte die Weltwirtschaftskrise den Umsatz der MAN zwischen 1930 und 1933 von 127 Millionen Reichsmark (RM) auf 47 Millionen einbrechen lassen, so wuchs er im Zeichen der Kriegspolitik durchschnittlich um etwa 20 Prozent pro Jahr. 1945 betrug der Umsatz des Unternehmens 374 Millionen RM[10]. Die zivile Produktion wie der Druckmaschinenbau verlor aufgrund staatlicher Produktionsauflagen nach 1939 stetig an Bedeutung, während im Gegenzug beispielsweise in Augsburg die Geschützfertigung deutlich an Gewicht gewann[11]. Der in der Handelsbilanz veröffentlichte Gewinn lag in der Regel zwischen ein und zwei Prozent bezogen auf den Umsatz[12]. Der tatsächliche Reingewinn war jedoch erheblich höher. Bei einer Betriebsprüfung 1942 beispielsweise wurde für die vorangegangenen drei Jahre ein Gewinn von neun bis zwölf Prozent bezogen auf den Umsatz ermittelt. Allein im Geschäftsjahr 1940/41 waren das bei einem Umsatz von 226 Millionen RM über 28 Millionen RM[13]. In all diesen Jahren stand Otto Meyer an der Spitze der MAN. Durch sein weit verzweigtes Netzwerk hatte er stets einen fundierten Einblick in die politische Entwicklung des Dritten Reichs – und er lehnte die nationalsozialistische Ideologie ab, obwohl das Unternehmen, das er führte, mehr und mehr Rüstungsgüter ausstieß. General Georg Thomas, von 1939 bis Ende 1942 Leiter des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamts beim Oberkommando der Wehrmacht (OKW), wies Otto Meyer bei seiner Befragung durch die Alliierten nach dem Krieg neben einigen anderen Unternehmensführern als Gegner der Nationalsozialisten aus[14]. Dennoch arbeitete der Manager bis zuletzt mit aller Kraft für die MAN und damit für die Kriegsmaschinerie des NS-Staates.

---

[10] Fortgeführte Umsatzstatistik MAN, Abt. Ga3, in: MAN-WA Augsburg, 1.5.0. sowie 2.2.4.

[11] Gekürzter Bericht vom 4.3.1943 für die Sitzung des Ausschusses des MAN-Aufsichtsrates am 5.3.1943, in: MAN-WA Augsburg, 1.1.7, Nr. 14.

[12] Der ausgewiesene Handelsgewinn darf nicht verwechselt werden mit der auf das Grundkapital bezogenen Rendite der Dividende, deren Ausschüttung auf sechs beziehungsweise acht Prozent begrenzt wurde. Die Geschäftsberichte sind vollständig zu finden im MAN-WA Augsburg oder teilweise im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (künftig: BArch), z. B. Geschäftsbericht über das Geschäftsjahr 1937/38, 17.11.1938, in: BArch, R907/716.

[13] Das Reichsfinanzministerium teilte aufgrund dieser Prüfungsfeststellungen dem OKH und dem OKM mit, dass das Unternehmen unter Berücksichtigung des großen Umsatzvolumens hohe Gewinne erzielt habe. „Bei der weiteren Auftragserteilung dürfte eine weitere Preissenkung anzustreben sein." Schreiben Reichsminister der Finanzen an Bäumker/OKM und Schnitzer/OKH, We 3011a-1872 I vom 12.8.1942, in: BArch, R2/5232, fi.6. Das Rüstungsamt sowie das Reichsluftfahrtministerium erhielten eine Abschrift des Berichts. Die MAN gab keine Stellungnahme ab.

[14] Dort fälschlicherweise als „Otto Meier" genannt. General Thomas weist in dem Bericht von 96 Wehrwirtschaftsführern 50 Personen als NS-Kollaborateure und 16 Führungskräfte als Regimegegner aus, während er bei 30 Wirtschaftsführern zu deren politischer Einstellung keine Angabe machen konnte (OMGUS, FINAD 2/173/6 vom 25.3.1946, abgedruckt bei Paul Erker, Industrie-Eliten in der NS-Zeit. Anpassungsbereitschaft und Eigeninteresse von Unternehmern in der Rüstungs- und Kriegswirtschaft 1936–1945, Passau 1994, S. 96–101).

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

2. Otto Meyer – ein konservativer Unternehmer

Otto Meyer wurde am 29. August 1882 in Regensburg geboren, wo sein Vater Michael als Spediteur tätig war. Seit 1902 studierte er Maschinenbau an der TH München, die er 1907 als Diplom-Ingenieur verließ. Seine erste Anstellung führte ihn zur Mühlenbauanstalt Gebr. Seck AG in Dresden. Da er als Kind ein Auge verloren hatte, wurde er vorerst nicht zum Militärdienst eingezogen. Im Ersten Weltkrieg war er zunächst an der Fliegerschule im sächsischen Großenhain, danach bei der Instandhaltungstruppe beschäftigt. 1915 wurde er nach Adlershof in die Bauaufsicht bei den Rumpler- bzw. AGO-Werken versetzt. Bereits ein Jahr später jedoch ernannte ihn Edmund Rumpler zum Leiter der neugegründeten Bayerischen Rumpler-Werke in Augsburg. Als das Kriegsende absehbar war, plante er bereits für die Nachkriegszeit einen Luftverkehrsdienst auf der Route Augsburg-München-Nürnberg-Leipzig-Berlin. Kurz nach dem Waffenstillstand erwarb er aus der Rumpler-Produktion 16 Flugzeuge, mit denen er die Rumpler-Luft-Verkehrs AG gründete und ab Juni 1919 einen täglichen Flugdienst nach Leipzig, später auch nach Frankfurt am Main, sowie die Fluglinie München-Wien aufbaute. 1921 verliess er die Fluggesellschaft und wurde technischer Direktor der Fritz Neumeyer AG in München, die Wasserturbinen, Traktoren und Kleinlokomotiven herstellte[15]. Vier Jahre später stellte ihn die MAN als Technischen Leiter des Nürnberger Werkes ein; am 11. Januar 1926 wurde er in den Vorstand des Unternehmens berufen[16].

Als konservativer Unternehmer war sein Weltbild geprägt von der Idee des freien Unternehmertums und von der Überzeugung, Privateigentum sei eine unverzichtbare Säule gesellschaftlicher Ordnung. Auch wenn er sozialistische Vorstellungen kategorisch ablehnte, hielt ihn dies in seiner Eigenschaft als MAN-Vorstand nicht davon ab, Geschäfte mit der Sowjetunion zu machen, mit denen sich das Unternehmen in der Weimarer Republik über die kargen Jahre der Inflation und der Weltwirtschaftskrise rettete. Bei der MAN bestand „kein Zweifel, dass mit den Russen grössere Geschäfte zu machen sind (hier vor allem auch Lastwagen, Omnibusse, Gasgebläse, Dieselmotoren), wenn wir lange Zahlungsbedingungen einräumen. [...] Nachdem das Geschäft in Deutschland von Woche zu Woche zurückgeht, ist es verständlich, dass der Absatz nach Russland immer mehr an Bedeutung gewinnt."[17]

Bereits 1925 hatte die MAN mit der Zentralen Verwaltung der Staatlichen Vereinigten Maschinenfabriken in Moskau einen Lizenzvertrag über den Nachbau von Zwei- und Viertaktmotoren zum Einbau in zivile Schiffe, U-Boote, Lokomotiven und Kraftwerke abgeschlossen[18]. Meyer setzte diesen Kurs unverändert fort.

[15] Vgl. Neue Deutsche Biographie, hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 17, Berlin 1994, S. 365 f.

[16] Notiz von Emil Sörensen vom 10. 11. 1950, in: MAN-WA Augsburg, 1. 2. 1, Nr. 7.

[17] Schreiben ohne Unterschrift [wohl Endres oder Gertung, beide MAN] an Paul Reusch vom 23. 11. 1925, in: RWWA-GHH, 4001012025/0 .

[18] Übersichten der ortsfesten und ortsbeweglichen MAN-Dieselmotorenanlagen für die UdSSR 1925–1941, in: MAN-WA Augsburg, 3. 36. 9; Exportvolumina 1924 und 1927 von den Wer-

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Während die Reichswehr der Roten Armee nach zeitweise intensiveren Kontakten immer weniger Bedeutung einräumte und sich in der deutschen Politik eine wachsende antikommunistische Einstellung breitmachte, bemühte sich die Sowjetführung seit 1928 umso intensiver um eine große Rüstungskooperation mit Deutschland[19].

Vom 1. bis 24. November 1929 reiste auch Otto Meyer in die Sowjetunion, um sich ein Bild von der wirtschaftlichen Situation zu machen. Das prägende Bild, das er bei der Besichtigung der Waggonfabrik Mytischtschi, der Stahlwerke in Bogorodzk und Kramatorsk und der Maschinenfabriken von Kolomna und Sormowa gewann, sowie seine allgemeinen Eindrücke aus Moskau, Leningrad und Charkow ließen seine Wut auf den Kommunismus wachsen. Der Unternehmer in ihm sah veraltete Fabriken, chaotische Organisation und Verschwendung von Personal und Material. Noch mehr berührt hat ihn aber offenbar die Armut, die mangelnde individuelle Freiheit und die Proletarisierung durch die kommunistische Diktatur. Auch wenn er die Möglichkeit sah, dass angesichts der großen Opfer der Bevölkerung die Revolution sich in ihr Gegenteil verkehren könnte, zweifelte er nicht an „der fortschreitenden Entwicklung der bolschewistischen Organisation". Seine „Hoffnung, dass das System bald in sich selbst zusammenbricht", sah er schwinden. Vielmehr war er davon überzeugt „dass, wenn wir weiterfahren, Russland zu unterstützen, wie wir es bisher getan haben, auch uns [in Deutschland] einmal das Experiment [der sozialistischen Revolution] erfassen kann"[20]. Das Privateigentum sah Meyer als grundlegenden Wert einer prosperierenden Gesellschaftsordnung und den Schutz desselben als unabdingbar an. Zwar hielt Meyer und mit ihm Vorstand und Aufsichtsrat der MAN den Bolschewismus für eine große Gefahr, glaubte aber diesen nicht durch Boykott bekämpfen zu können. Vielmehr erhoffte sich die Unternehmensführung von der Sowjetunion die wirtschaftliche Erholung für die MAN in Zeiten der Wirtschaftskrise. „Zum Zwecke der Hereinholung von Arbeit für die Werkstätten lasse es sich deshalb nicht umgehen und erscheine vertretbar, in den durch das Risiko gezogenen Grenzen und mit der dadurch gebotenen Vorsicht Aufträge nach Russland auszuführen."[21]

Die unternehmerische Entscheidung, Geschäfte mit Partnern zu machen, die er ideologisch ablehnte, trug Meyer in ähnlicher Weise auch nach 1933 mit.

3. Die neuen Machthaber

Unter den Großindustriellen fand in der Weimarer Republik eine offene Identifikation mit dem Nationalsozialismus, von Ausnahmen wie Fritz Thysssen und Emil Kirdorf abgesehen, kaum statt, doch billigte man die braune Bewegung zumin-

ken Augsburg und Nürnberg nach Russland (Übersicht MAN Nürnberg vom 19. 7. 1928, in: RWWA-GHH, 4001012025/1).

[19] Vgl. Olaf Groehler, Selbstmörderische Allianz. Deutsch-russische Militärbeziehungen 1920–1941, Berlin 1992, S. 63.

[20] Bericht Rußlandreise Otto Meyer vom November 1929, in: RWWA-GHH, 4089/8.

[21] Protokoll über die Vorbesprechung des Aufsichtsrates vom 27. 8. 1930, in: RWWA-GHH, NL Reusch 4001012010/15.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

dest indirekt[22]. Der Reichstagsabgeordnete Erich von Gilsa (DVP) versuchte Mitte September 1932 Paul Reusch, Vorstand der Gutehoffnungshütte und Aufsichtsratsvorsitzender der MAN, mit dem Argument zu gewinnen, dass „die bevorstehende innenpolitische Auseinandersetzung, die sich als Kampf um die Erhaltung der Privatwirtschaft gegen Sozialisierungstendenzen darstellt", für das bürgerliche Lager nur dadurch gewonnen werden könne, wenn man der antikapitalistischen Auffassung der NSDAP, aber auch im Stahlhelm, entgegentrete[23]. Damit traf er zweifellos Reuschs Überzeugungen, dessen Grundeinstellung zum Privateigentum der Meyers ebenso entsprach wie seine Ablehnung jeglicher Sozialisierungsbestrebungen. Paul Reusch, der Otto Meyer stark gefördert hatte, war für diesen ein väterlicher Freund[24]. Meyer zählte zu den Konservativen und wählte im November 1932 deutsch-national, doch gehörte er später weder der NSDAP noch einer anderen nationalsozialistischen Organisation an[25].

Bei der MAN war man 1933 unsicher, wie man sich dem neuen Regime und seinen Gliederungen gegenüber verhalten sollte. Als die Kreisleitung Dresden der MAN einen Fragebogen zu den „arischen Verhältnissen" der Firma zusandte, wandte man sich zunächst an die Berliner Vertretung der GHH mit Bitte um Stellungnahme. Von dort erging nach Rücksprache mit dem Reichsstand der Deutschen Industrie und dem Reichswirtschaftsministerium die Empfehlung, den Fragebogen auszufüllen, aber darauf hinzuweisen, dass er für die Vergebung öffentlicher Aufträge ohne Belang sei und „nicht im Sinne der Reichsregierung liege". Doch wollte man bei der Partei auch keinen Unwillen hervorrufen, denn es habe „keinen Zweck, sich durch eine völlige Ablehnung der Beantwortung des Fragebogens der Gefahr auszusetzen, dass man ein Geschäft verliere"[26]. In diesem Sinne drängte Paul Reusch nicht nur bei der GHH, sondern als Aufsichtsratsvorsitzender auch bei der MAN darauf, dass das Unternehmen im Rüstungsgeschäft eine wichtige Rolle spielen möge[27]. Im Ende November 1933 verfassten Geschäftsbericht für 1932/33 brachte die MAN zum Ausdruck, dass der Wille vorhanden sei, „den begrüßenswerten Zielen der jetzigen deutschen Regierung Gefolgschaft zu leisten und am Erfolg zu unserem Teile mitzuhelfen"[28]. Zu den politischen

[22] Vgl. Hans Mommsen, Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Ausgewählte Aufsätze, Reinbek 1991, S. 54.

[23] Gilsa an Reusch vom 19. 9. 1932, in: RWWA-GHH, 400101308/9.

[24] In privaten Briefen nach dem Krieg ist oft vom „Vater Reusch" oder „Onkel Paul" die Rede, beispielsweise Otto Meyer an Stella Meyer vom 8. 4. 1947, vom 9. 10. 1946 und vom 10. 1. 1947, in: Privatarchiv Lore Meyer, private Korrespondenz. Otto Meyers Schwiegertochter, Frau Lore Meyer, Utting a. Ammersee, bin ich zu großem Dank verpflichtet, dass sie mir in freundlichster Weise Einblick in den privaten Nachlass von Otto Meyer gewährte.

[25] Angaben Otto Meyers vom April 1946 im Fragebogen sowie vom 13. 5. 1946 im Meldebogen zum Entnazifizierungsgesetz vom 5. 3. 1946, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1. 3. 3.5, Akt 93.

[26] Beide Zitate in Blank/GHH Berlin an Wellhausen vom 29. 8. 1933, in: RWWA-GHH, 4001012024/11, Nr.193.

[27] Vgl. Peter Langer, Macht und Verantwortung. Der Ruhrbaron Paul Reusch, Essen 2012, S. 655.

[28] Geschäftsbericht über das Geschäftsjahr 1932/33, 27. 11. 1938, in: BArch, R907/716.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Vorgängen in Deutschland äußerte sich der Geschäftsbericht bezeichnenderweise nicht.

Mit vermeintlichen Kleinigkeiten hatte der Nationalsozialismus anfangs in die Verwaltung Einzug gehalten. Im MAN-Vorstand wurde beschlossen, die Grußformel Hochachtungsvoll „nicht mehr allgemein anzuwenden; [...] Briefe, die mit der Grußformel ‚Mit deutschem Gruß' etc. an uns gelangen, sind mit der gleichen Grußformel zu beantworten"[29]. Der Vertrauensrat beschwerte sich zwar, dass noch 1935 Briefe an Werksangehörige „Mit freundlicher Begrüßung" anstatt mit „Heil Hitler!" unterzeichnet würden, doch sah man keine Notwendigkeit zur Änderung, da „diese Grußformel gerade das geschäftlich-freundschaftliche Verhältnis zu unseren Werksangehörigen unterstreichen sollte"[30]. Auch wurde moniert, dass einzelne Angestellte, darunter auch Otto Meyer, den Hitlergruss verweigerten. Meyer hielt dem jedoch eine Rede Julius Streichers entgegen, wonach man den Hitlergruß nicht erzwingen solle, sondern jeder aus innerer Überzeugung dazu kommen müsse[31]. Allerdings war sich Meyer im Klaren, dass dies mehr als nur Flausen eines neuen Regimes waren. Das lag nicht zuletzt an den radikalen antijüdischen Ressentiments der Partei, die eine Bedrohung für seine Familie darstellten. Meyers ablehnende Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus rührte insbesondere daher, dass seine Frau Stella, eine Tochter des Fabrikanten Max Reichenberger, die er 1920 geheiratet hatte, Jüdin war[32].

Stella Meyer hatte am 3. Juni 1888 in Bukarest das Licht der Welt erblickt; sie zog mit ihrer Familie 1890 nach Budapest und zwei Jahre später nach Wien[33]. Viel ist über Stella Meyer und die 13 Jahre, die sie vor Hitlers Machtübernahme an der Seite ihres Mannes verbrachte, nicht bekannt. Doch sie verließ Deutschland schon 1933 und lebte seit Oktober mit den beiden Kindern Ina-Maria und Hans Otto in Lausanne in der Schweiz[34]. Dass Meyer seine Familie in die Schweiz schickte, während er in Deutschland blieb, macht deutlich, dass er weder an eine rasche Ablösung des NS-Regimes glaubte, noch dessen Gefährlichkeit unterschätzte.

Dass mit den Nationalsozialisten nicht zu spaßen war, hatte Meyer wiederholt erfahren. Von Beginn an hatte es Auseinandersetzungen zwischen ihm und dem Nürnberger Stadtrat und Gauwalter der Deutschen Arbeitsfront (DAF) für Mittelfranken Georg Pessler gegeben. In einer Personalangelegenheit, bei der der Leiter der Schmiede von Meyer beurlaubt worden war, schaltete sich Anfang 1934 die

[29] MAN-Vorstandssitzung vom 25. 7. 1933, in: MAN-WA Augsburg, 13. 1. 3.

[30] Gemeinsame Notiz Schwarz/Abt.KK und Gehrig/Vertrauensrat, MAN-Werk Nürnberg, vom 27. 5. 1935, in: MAN-WA Augsburg, R28/III-43, Nr.131.2 „MAN Sitzung 10. 4. 35", Punkt 39.

[31] Gemeinsame Notiz Otto Meyer und Wedekind, Reindle/beide Vertrauensrat, MAN-Werk Nürnberg, vom 27. 5. 1935, in: Ebenda, Punkt 38.

[32] MAN-WA Augsburg, 1. 2. 1.

[33] Handschriftliche Notiz Lore Meyer in: MAN-WA, Augsburg 1. 3. 3.5, Akt 90a.

[34] Otto Meyer an das Office of Military Government for Bavaria vom 5. 9. 1946, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1. 3. 3.5, Akt 46; Meyer an Reusch vom 7. 10. 1946, in: MAN-WA Augsburg, 1. 2. 1. Stella Meyer verstarb am 23. 11. 1971. Ina-Maria Meyer ging 1938 in die USA, heiratete dort und wurde Bürgerin der Vereinigten Staaten.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation ein und verlangte die Rücknahme der Disziplinarmaßnahme. Während Meyer dies als Eingriff in betriebliche Angelegenheiten wertete, beschimpfte Pessler Meyer als „Schweinehund". Für Pessler war dies ein politischer Fall, er werde dafür sorgen, dass „hier gründlich Abhilfe geschaffen werde"[35]. Anlässlich der Verhandlungen zur Auftragsvergabe von zwölf Straßenbahnwagen der Stadt Nürnberg an die MAN Anfang 1935 kritisierte Pessler heftig, „das Verhältnis zwischen Direktion und Belegschaft sei z.Zt. schlechter als wie [sic!] es in den schlimmsten Zeiten der roten Regierung gewesen sei. Daran sei einzig und allein die ablehnende Haltung des Herrn Direktor Meyer gegen die heutigen sozialen Bestrebungen schuld [,] und dies sei um so bedauerlicher, da es an und für sich schon in den vergangenen 2 Jahren wiederholt einer gewissen Nachsicht bedurft hätte[,] um Herrn Meyer auf seinem Posten belassen zu können."[36]

Bereits zuvor hatte Pessler die „sich verschlechternde Stimmung" bei der MAN in Nürnberg kritisiert, da Aborte mit Beschimpfungen des „Führers" bekritzelt seien und der Hitlergruß nicht oder falsch angewandt werde. Indirekt machte man Meyer für diese Missstände verantwortlich[37]. Im Zuge der Vertrauensratswahl im April 1935 im Werk Nürnberg, wo der Vertrauensrat nur 2450 der 5086 Stimmen erhalten hatte, stieß Pessler erneut mit Otto Meyer zusammen. Pessler legte der Betriebsführung ein Protokoll mit elf Punkten vor, die Klagen des Vertrauensrats und von ihm benannter Zeugen beinhaltete. Die MAN erstellte ein entsprechendes Gegenprotokoll, in dem den einzelnen Anschuldigungen widersprochen wurde, und leitete es Gauleiter Streicher zu[38].

Die Anfeindungen rissen jedoch nicht ab. Was dabei Männer wie Otto Meyer, die wenig Bereitschaft zur Zusammenarbeit signalisierten, von den Nationalsozialisten zu erwarten hatten, wurde auf einer der Betriebsversammlungen im Werk Nürnberg deutlich. Nachdem die Werksleitung etwa zehn Minuten vor der Belegschaft gesprochen hatte, schritt der anwesende „Frankenführer" Streicher auf die Rednertribüne und rief dem Betriebsleiter zu: „Geh mal runter da". Streicher ergriff das Wort und hielt eine scharfe antikapitalistische Rede: „Dieser Mann ist einer der Ausbeuter, ist ein typischer Vertreter des kapitalistischen Systems, dem wir Nationalsozialisten den Kampf angesagt haben."[39]

Nicht nur um die MAN aus der Schusslinie zu nehmen, sondern auch um Otto Meyer halten zu können, musste Paul Reusch als Aufsichtsratsvorsitzender der MAN handeln. Nach dem Ausscheiden des Vorstandsvorsitzenden Imanuel Lauster am 30. Juni 1934 bot sich diese Gelegenheit, und Paul Reusch übertrug Meyer

[35] Aktenvermerk Otto Meyer vom 17. 1. 1934, in: RWWA-GHH, NL Reusch 4001012010/83.

[36] Plochmann an P. Reusch vom 11. 1. 1935, in: RWWA-GHH, NL Reusch 4001012010/45. Reusch lehnte daraufhin weitere Verhandlungen mit Stadtrat Pessler ab; Reusch an Wellhausen vom 22. 1. 1935, in: Ebenda.

[37] Protokoll der Besprechung vom 21. 12. 1934, in: Ebenda.

[38] Aktenvermerk Otto Meyer vom 19. 6. 1935, in: RWWA-GHH, NL Reusch 4001012010/83.

[39] Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934–1940, Frankfurt a.M. 1980, Jg. 1934, S. 134. Auch wenn im Sopade-Bericht keine Namen erwähnt sind, ist zu vermuten, dass der in Nürnberg gut bekannte Meyer angesprochen war.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

bald darauf die Gesamtleitung der MAN, die von Augsburg aus geführt wurde. Daraufhin wechselte Meyer von Nürnberg ins Werk Augsburg[40]. Allerdings hatte es Paul Reusch vermieden, einen Nachfolger als Vorstandsvorsitzenden oder Generaldirektor zu bestellen. Ob er dadurch eine zu große Selbstständigkeit beim größten Tochterunternehmen der GHH verhindern oder Meyer nicht noch stärker exponieren wollte, ist nicht zu sagen[41]. Im MAN-Vorstand sollte Meyer die technischen, Dr. Hans Wellhausen die kaufmännischen Belange vertreten, auch wenn sich der Vorstand in der Praxis Meyers Autorität unterordnete. Die Umstände, die Meyer bewogen, das Angebot Reuschs anzunehmen und nach Augsburg zu wechseln, waren auch nach dem Kriege nicht vergessen. In einem Brief an seine Frau heißt es: „Gestern war ich in Nürnberg. Ich kann nicht sagen, dass ich gern dorthin fahre. Es weckt immer bei mir unangenehme Erinnerungen."[42] Doch auch nach Meyers Fortgang aus Franken war Gauleiter Streicher auf die MAN nicht sonderlich gut zu sprechen. Sicherlich lag dies mit daran, dass ihm der zur GHH gehörige „Fränkische Kurier" ein Dorn im Auge war und sich die MAN weigerte, im „Stürmer" umfangreichere Anzeigen zu schalten. Auch hielt sie sich mit Spenden an die Partei im Vergleich zu anderen Großunternehmen deutlich zurück. Als der Gauleiter am 19. April 1938 die vier MAN-Direktoren Otto Meyer, Hans Wellhausen, Karl Plochmann und Ernst Garnjost zu sich rufen ließ, wetterte er: „Und wenn ich Ihnen sonst nicht beikommen kann, werde ich feststellen, ob nicht einer von Ihnen einen dunklen Punkt hat. Zu diesem Zweck werde ich Sie beobachten lassen."[43]

Zum Wehrwirtschaftsführer avancierte Meyer aufgrund seiner Ehe mit einer Jüdin auch nach dem Umzug ins schwäbische Augsburg nicht, vielmehr wurde dieser Titel 1937 dem MAN-Betriebsdirektor Heinrich Riehm zuerkannt[44]. Als stellvertretender Rüstungsbeauftragter im Wehrkreis VII sowie durch seine zahlreichen Funktionen in Wirtschaftsgruppen und Parteigliederungen stieg Riehm „zu einer regionalen Schlüsselfigur der Kriegsindustrie" auf[45]. Gerade Männern wie Riehm wollte Meyer nicht das Feld bei der MAN überlassen. Als er bei Kriegsausbruch 1939 ein Angebot der Schweizer Firma Sulzer erhielt, in Winterthur zu arbeiten, ersuchte Paul Reusch ihn dringend zu bleiben und in der erwarteten

[40] Vgl. Neue Deutsche Biographie, Bd. 17, S. 366.
[41] MAN-WA Augsburg, 1. 2. 1, Nr. 7.
[42] Otto Meyer an Stella Meyer vom 20. 7. 1946, in: Privatarchiv Lore Meyer, private Korrespondenz.
[43] Entlastungserklärung Wellhausen, AZ V/1438, vom 22. 4. 1947, S. 48 f., in: Staatsarchiv Nürnberg (künftig: StA Nürnberg), SprK Nbg. V/W-122, Bl. 116/117; Zeugenaussagen Zippelius und Foth im Spruchkammerverfahren, Verhandlungsprotokoll 29. 4. 1947, in: Ebenda, Bl. 134/135.
[44] Spruchkammerakte Heinrich Riehm, Klageschriftserwiderung vom 7. 1. 1948, S. 14, in: Staatsarchiv Augsburg (künftig: StA Augsburg), Spruchkammer Augsburg I+III, R 416, Nr. 40.
[45] Gerhard Hetzer, Unternehmer und leitende Angestellte zwischen Rüstungseinsatz und politischer Säuberung, in: Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.), Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München [2]1989, S. 551–591, hier S. 561.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

schwierigen Zeit die MAN weiterzuführen[46]. Meyer blieb auf seinem Posten, auch wenn ihm größerer Einfluss in der Rüstungsbürokratie verwehrt war, um den er sich freilich kaum bemühte. Dennoch kam auch das Dritte Reich nicht umhin, seine Verdienste zumindest oberflächlich anzuerkennen. 1940 erhielt er das Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse, im Mai 1942 das Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse. Allerdings zeigte er sich davon nur mäßig begeistert, denn andere Termine waren ihm wichtiger, und er sagte seine Teilnahme an der Ordensverleihung in der Reichskanzlei ab[47].

4. Die MAN und die europäische Großraumwirtschaft

Als Frankreich im Juni 1940 kapitulierte, übermittelte Otto Meyer der GHH seine Vorstellungen für eine künftige Neugestaltung Europas unter deutscher Führung. Diese Denkschrift ging auf ein Rundschreiben der Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie zurück, die das Ziel verfolgte, „umgehend festzustellen, welche Wünsche für den kommenden Friedensvertrag und für die Neugestaltung der Wirtschaftsbeziehungen im europäischen Raum bestehen“[48]. Dabei sollte sich die Darstellung der Nachkriegsbedürfnisse ausdrücklich nicht nur auf besetzte Gebiete, sondern auch auf die neutralen skandinavischen Staaten und den Balkan erstrecken. In Meyers Niederschrift wird der damals vorherrschende Gedanke der Großraumwirtschaft sichtbar. Damit sah Meyer zwar wie die Reichsregierung die wirtschaftliche Vormachtstellung Deutschlands als Ziel an, wollte dieses jedoch keineswegs auf dem Wege rücksichtloser Unterwerfung verwirklicht sehen: „Eine der wesentlichsten Voraussetzungen für den Neubau der europäischen Wirtschaft bildet die Regelung der Währungsfrage und im Zusammenhang damit eine Stabilisierung der Kursverhältnisse. […] Eine weitere Grundlage für die wirtschaftliche Neuregelung wird die Überprüfung der Kapazitäten der europäischen Industrien bilden. Im grossen und ganzen gesehen, muss bezüglich der weiterverarbeitenden Industrien, insbesondere des Maschinenbaues, die Regelung wohl dahingehen, den gegenwärtigen Stand nicht zu erweitern. Es muss also insbesondere verhindert werden, dass sich nichtindustrialisierte Länder eigene weiterverarbeitende Industrien schaffen bezw. die bestehenden erweitern, soweit deren Ausbau nicht als Ergänzung der deutschen Industrie gewünscht ist. […] Für einzelne europäische Länder wäre u.U. eine Produktionseinschränkung zu Gunsten der deutschen Maschinenindustrie anzustreben, zum mindesten wird eine Preisverständigung bei Wettbewerben auf dritten Märkten zu fordern sein. […] Das

[46] Notiz Luther, MAN-WA Augsburg, vom 9. 7. 1985 aufgrund der Auskunft von Dr. Fetzer, eines langjährigen Mitarbeiters und Vertrauten von Meyer, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1. 3. 3.5, Akt 93.

[47] Fernschreiben Otto Meyer vom 18. 5. 1942 an Reinecke/MAN-Büro Berlin, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1. 3. 3.5, Akt 17.

[48] Rundschreiben der Wirtschaftsgruppe Eisenschaffende Industrie über die „Wünsche für den Friedensvertrag und die Neugestaltung der europäischen Wirtschaftsbeziehungen“ vom 26. 6. 1940, zit. nach Hans-Erich Volkmann, Ökonomie und Expansion. Grundzüge der NS-Wirtschaftspolitik, hrsg. von Bernhard Chiari, München 2003, S. 91.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Bestreben nach Vereinheitlichung und Angleichung auf dem kaufmännischen Gebiete muss mit einer Vereinheitlichung der technischen Begriffe Hand in Hand gehen. So ist es ein dringendes Bedürfnis, das in Deutschland und den meisten übrigen europäischen Ländern gebräuchliche Mass- und Gewichtssystem allgemein einzuführen. [...] Wünschenswert wäre ein weitgehender gegenseitiger Zollabbau und ein Verschwinden bezw. eine Verringerung der Einfuhrkontingente auf ein Mindestmass."[49]

Im Hinblick auf die künftigen Möglichkeiten für die deutsche Industrie mag Otto Meyer die Siege über die Nachbarländer durchaus begrüßt haben. Tatsächlich tat die MAN unter seiner Führung jedoch wenig, dorthin zu expandieren. Vielmehr baute man bestehende Lieferantenbeziehungen weiter aus. Der Krieg im Westen hatte die Geschäftsbeziehungen der MAN zu Frankreich zwar kurz unterbrochen, doch bereits im Sommer 1941 vergab das Unternehmen eine Lizenz zur Herstellung ihres Lastwagenmotors 0534 an die Firma Latil in Suresnes bei Paris. Auch kam man überein, dass das französische Unternehmen Ackerschlepper nachbauen durfte[50]. In der Folge wurden etwa 15 bis 20 Schlepper je Monat gefertigt[51].

Frankreich war für die MAN der wichtigste Partner für seine Auftragsverlagerung. 1941 und 1942 wurden Aufträge für insgesamt 13,5 Millionen RM dort für die MAN bearbeitet, 64 Prozent der gesamten Aufträge, die das Unternehmen außerhalb Deutschlands vergeben hatte[52]. Dabei nutzte man die Geschäftskontakte aus der Vorkriegszeit. Die MAN schickte unter anderem Rohmaterial für Kolbenstangen, Treibstangen und Treibstangendeckel zur Weiterbearbeitung an das französische Werftunternehmen Chantiers et Ateliers in St. Nazaire-Penhoët[53], einem Unternehmen, das der MAN seit vielen Jahren durch Lieferbeziehungen verbunden war[54]. 1941 wurden Verhandlungen mit der Firma Rateau aus Paris und der französischen Pescara-Gruppe geführt. Dabei sollte Rateau für die Kriegsmarine im Auftrag der MAN zwei Gasturbinenanlagen bauen. Ferner war ein Options- und Lizenzvertrag im Gespräch[55].

[49] Otto Meyer an GHH Konzernstelle vom 9.8.1940 betr. „Wünsche für den Friedensvertrag und die Neugestaltung der europäischen Wirtschaftsbeziehungen", in: RWWA-GHH, 40010131/19.

[50] Interne Monatsberichte Werk Nürnberg, Monat September 1941, in: MAN-WA Augsburg, R28/I-86, Nr.117.

[51] Hermann Kellermann an Wellhausen vom 9.6.1944, in: RWWA-GHH, 40010131/101.

[52] GHH-Konzern „Auftragsverlagerung" vom 29.2.1943, Bl. 3 u. 10, in: MAN-WA Augsburg, R28/V-8, Nr.133.3. Zu den Auftragsverlagerungen nach Frankreich vgl. allgemein Jonas Scherner, Europas Beitrag zu Hitlers Krieg. Die Verlagerung von Industrieaufträgen der Wehrmacht in die besetzten Gebiete und ihre Bedeutung für die deutsche Rüstung im Zweiten Weltkrieg, in: Christoph Buchheim/Marcel Boldorf (Hrsg.), Europäische Volkswirtschaften unter deutscher Hegemonie 1938–1945, München 2012, S. 69–92.

[53] Abschrift MAN an Chantiers et Ateliers, St.Nazaire-Penhoët, vom 5.7.1943, in: MAN-WA Augsburg, 1.5.0, Nr. 1, I-5.

[54] Zuammenstellung in: MAN-WA Augsburg, 3.36.3, Nr.1 (ohne Verfasser und Datumsangabe).

[55] MAN-Vorstandssitzung vom 12.3.1943, in: Ebenda, 13.1.3.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Insofern lag die Strategie der MAN nicht ganz auf der Linie des Reichswirtschaftsministeriums, das die Industrie ausdrücklich zur Beseitigung der Konkurrenz und Beherrschung der Märkte über Kapitalbeteiligungen vor allem an westeuropäischen Unternehmen und zur Bildung von Kartellen aufforderte[56]. In ähnlich vorsichtiger Weise handelte der Konzern nach der Besetzung Polens. Die Muttergesellschaft GHH erwarb erst Mitte 1941 die Schlesische Metallindustrie GmbH für etwa 85.000 RM und gliederte sie als Maschinenfabrik Tarnowitz dem Konzern an[57]. Diese Akquise blieb die einzige größere Erwerbung der GHH während des Krieges[58]. Die MAN-Leitung verhielt sich sogar noch verhaltener, obwohl die wirtschaftlichen Möglichkeiten „im Osten" mehrfach im Vorstand erörtert wurden[59]. Man interessierte sich lediglich kurzzeitig für eine Kranbaufirma im General-Gouvernement und wollte Kontakte zum polnischen Stahl- und Maschinenbaukonzern Spółka Akcyjna Wielkich Pieców i Zakładów Ostrowieckich ausbauen, mit dem die MAN in Lizenzbeziehung stand. Die Betriebe wurden zwar besichtigt, jedoch blieb es dabei und es kam zu keinen Übernahmen oder Beteiligungen[60].

Wie ein großer Teil der deutschen Industrie, der der Forderung nach Kapitalbeteiligungen nicht in dem von der Reichsregierung gewünschtem Maße folgte[61], wollte die MAN eigene Ressourcenengpässe über Auftragsverlagerungen lösen. Die im Reichswirtschaftsministerium spätestens seit 1942 propagierte „Bildung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" suchte denn auch im Zuge eines von Deutschland dominierten Produktionsnetzwerkes die deutschen Clearingdefizite zu reduzieren[62]. Um Hermann Görings Forderung zu erfüllen, „für die Nachkriegszeit den wirtschaftlichen Machtbereich Deutschlands in Europa" soweit wie möglich auszudehnen[63], leistete die MAN einen eher geringen Beitrag, vielmehr vermied man wirtschaftlich riskante Abenteuer mit unbekannten Geschäftspartnern und investierte eigenes Kapital in den Ausbau der heimischen Produktionsanlagen.

Auch wenn der Vorstand der NS-Regierung keine Sympathie entgegenbrachte, unterstützte das Unternehmen nicht nur aus vaterländischer Pflicht, sondern um des wirtschaftlichen Vorteils willens die Rüstungsanstrengungen. So kam Meyer

[56] Vgl. Volkmann, Ökonomie und Expansion, S. 91 f., Verweis auf eine Rede und ein Protokoll Ministerialdirektors Schlotterers vom Juli/Oktober 1940.

[57] Vgl. Erich Maschke, Es entsteht ein Konzern. Paul Reusch und die GHH, Tübingen 1969, S. 203. Der Betrieb beschäftigte im Juli 1941 190 Arbeiter und Angestellte, im Juli 1943 358 und Ende 1944 440. Er stellte vor allem Förderwägen her (Monatsbericht Dezember 1944 der Maschinenfabrik Tarnowitz vom 9. 1. 1945 an Kellermann, in: RWWA-GHH, 40010131/19, sowie Geschäftsbericht der Maschinenfabrik Tarnowitz GmbH für 1944/45, in: Ebenda, 40010131/92).

[58] Vgl. Harold James, Familienunternehmen in Europa. Haniel, Wendel und Falck, München 2005, S. 229.

[59] MAN-Vorstandssitzung vom 23. 8. 1940, in: MAN-WA Augsburg, 13. 1. 3.

[60] MAN-Vorstandssitzung vom 5. 3. 1940, in: Ebenda.

[61] Vgl. Willi A. Boelcke, Die deutsche Wirtschaft 1930–1945. Interna des Reichswirtschaftsministeriums, Düsseldorf 1983, S. 293.

[62] Ebenda, S. 292 f.

[63] Göring an Funk vom 17. 8. 1940, zit. nach Volkmann, Ökonomie und Expansion, S. 93.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

als Leiter der MAN den Wünschen der Reichswehr und später der Wehrmacht gerne entgegen. Während das Augsburger MAN-Werk noch in der Weltwirtschaftskrise händeringend um die Vergabe für die Großdieselmotoren der ersten Panzerkreuzer gekämpft hatte, wurde Augsburg als Produktionsstätte und Lizenzgeber für U-Bootsmotoren bald einer der wichtigsten Zulieferer für die Werften der Kriegsmarine. Geschütz-, Haubitzen- und Zünderherstellung ergänzten das Portfolio der MAN[64]. Dabei gewann im Laufe der Zeit eine weitere Fertigungssäule rasch an Bedeutung, die anfangs nur als Lückenbüßer gedacht war, aber im Zweiten Weltkrieg den Waggon- und Lastwagenbau als wesentliches Geschäft des Nürnberger Werks verdrängte: die Panzerfertigung.

5. Panzerbau: Einsatz für die deutsche Rüstung

Für Staatsführung, Industrie und Wehrmacht entwickelte sich die Rüstungspolitik zu einem arbeitsteiligen Nebeneinander. General Thomas gedachte, das Beziehungsgefüge auf eine einfache Weise zu ordnen, indem „die wehrwirtschaftliche Führung den Unternehmern erlaube, Geld zu verdienen, denn dafür seien sie schließlich da“[65]. Entsprechend gingen die Verantwortlichen auch auf die MAN zu. Auf Veranlassung des Heereswaffenamts (HWA) begann man nach intensiven Besprechungen und Vorbereitungen bereits 1933, im MAN-Werk Nürnberg eine umfangreiche Produktionsstätte für Panzerwagen einzurichten. Zwar wurden zunächst lediglich Fahrzeuge nach fremden Zeichnungen produziert, doch beauftragte das HWA von vornherein die MAN damit, „selbständig neue Kampfwagen zu entwickeln“[66]. In einer Besprechung beim Heereswaffenamt am 21. Februar 1934, an der auch Otto Meyer als Vertreter der MAN teilnahm, wurde der bevorstehende Beschaffungsauftrag für einen mittleren Kampfpanzer diskutiert. Als Produktionsstätte stand das MAN-Werk Nürnberg fest[67]. Obwohl die Panzerfertigung für die MAN noch eine untergeordnete Rolle spielte, wollte die Unternehmensführung bei der einsetzenden Wiederaufrüstung nicht abseits stehen. Am 24. April 1936 schloß die MAN mit dem Oberkommando des Heeres (OKH) einen geheimen Zehnjahresvertrag zur Entwicklung von Panzerkampfwagen. Das OKH hatte dabei „das uneingeschränkte und abgabefreie Benutzungsrecht, fer-

[64] Deren Darstellung und der zugrundeliegenden Handlungsmotivation der MAN-Leitung erfolgt in meiner derzeit in Arbeit befindlichen Dissertation.

[65] Karl-Heinz Ludwig, Strukturmerkmale nationalsozialistischer Aufrüstung bis 1935, in: Friedrich Forstmeier/Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkriegs, Düsseldorf 1975, S. 39–64, hier S. 61, mit Verweis auf Maxime Y. Woolston, The Structure of Nazi Economy, New York 1941 (Neudruck 1968), S. 50 f.

[66] Bericht der MAN zur 2. Sitzung des Forschungsauschusses beim Reichsministerium für Bewaffnung und Munition am 18. 4. 1940 in Berlin, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1. 3. 3.5, Akt 27.

[67] Englische Übersetzung des Aktenvermerks Merker vom 21. 2. 1934, translation of document No.NI-1469 Office of Chief of Counsel for War Crimes, in: StA Nürnberg, KV-Anklage, NI-1469.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ner das Recht der Vervielfältigung der Zeichnungen und Schriftsätze und deren Mitteilung an andere“[68].

Nach Kriegsausbruch nahm die Bedeutung des Panzerbaus stetig zu. Bis August 1940 entwarf die MAN vier verschiedene Panzertypen. Zu diesem Zeitpunkt betrug die monatliche Fertigungskapazität 30 Panzer, doch war bereits ein Ausbau auf 50 Kampfwagen vorgesehen. Seit Frühjahr 1941 wurde die Fertigung von Panzern um weitere 60 Prozent ausgebaut, so dass monatlich 20 Panzer vom Typ III und 50 Panzer Typ II gebaut werden konnten[69].

Das Heereswaffenamt zeigte sich erfreut über die Arbeit der MAN. General Emil Leeb, der mit dem MAN-Vorstand freundschaftlich verbunden war, betonte mit Blick auf Otto Meyer nicht umsonst, er habe sich „stets für die Interessen des Heeres eingesetzt“ und dadurch „zu einem wesentlichen Teil beigetragen, unsere Schlagkraft zu erhöhen“[70]. Umso mehr war man im Vorstand erstaunt, dass man im zuständigen Reichsministerium für Bewaffnung und Munition mit den Produktionsleistungen der MAN offenbar alles andere als zufrieden war. In einem Schreiben an alle Panzerhersteller betonte Minister Fritz Todt, man hoffe, „durch straffe Führung eine bedeutsame Steigerung der laufenden Fertigung erreichen [zu] können“. Dabei verwies er auf die „Leistungsfähigkeit der kommunistischen Staatswirtschaft. Man mag die Rücksichtslosigkeit des Arbeitseinsatzes, die Aufpeitschung zur Leistung und die harten Zwangsmaßnahmen, mit denen jeder Leistungsausfall bestraft wird, verurteilen, die Leistung, die damit erreicht wurde, verdient Beachtung.“ Mit einer handschriftlichen Bemerkung kritisierte er dabei ausdrücklich die MAN, die im Juli 1941 statt der geplanten 30 nur 16 Panzer ausgeliefert habe: „Mit der MAN ist es in [der] Panzerfertigung noch nicht ganz das Richtige.“[71] Die MAN beeilte sich, den Anwurf zu entkräften, und verwies auf bereits ergriffene Maßnahmen zur Leistungserhöhung und die in Bau befindlichen zusätzlichen Gebäude und noch anzuliefernden Werkzeugmaschinen zur Kapazitätssteigerung[72]. Um die Maschinen in der zweiten Schicht voll auszulasten und die Arbeitszeit wieder auf 60 Stunden reduzieren zu können, hatte man über den Sonderausschuss Panzer 265 zusätzliche Facharbeiter angefordert[73].

Mit Unverständnis reagierte man daher im Unternehmen auf erneute scharfe Vorwürfe, diesmal vom Hauptdienststellenleiter im Munitionsministerium, Karl-

[68] Anlage zum Schreiben OKH Wa Prüf 6 (va) Bb.Nr.1290/36 vom 25.4.1936 (das Schreiben selbst ist nicht im Archiv vorhanden). Der Vertrag wurde seitens MAN von Hans Wellhausen und Paul Wiebicke unterzeichnet; MAN-WA München 1.6.5 VIII/I, lose. Die folgenden Angaben finden sich ebenda.

[69] Wellhausen an Otto Meyer vom 13.6.1941 betr. „Fertigung für Rüstungszwecke“, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1.3.3.5, Akt 27.

[70] General Leeb/HWA an Otto Meyer vom 7.12.1940, in: RWWA-GHH, NL Reusch 4001012010/55.

[71] RM Todt, Nr.371–4350/41g, an Otto Meyer vom 5.8.1941, in: MAN-WA München, 1.6.5 VIII/I, 315.1–5.12.

[72] Otto Meyer an RM Todt vom 9.8.1941, in: Ebenda.

[73] Plochmann an RM Todt vom 16.8.1941, in: Ebenda.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Otto Saur, der den Nürnberger Leiter des Panzerwagenbaus für die angeblich ungerechtfertigte Anforderung von Arbeitskräften kritisierte. Laut Saur, den Adam Tooze als die „Verkörperung des politischen Manipulators" und „Rottweiler des Rüstungsministeriums" bezeichnet hat[74], wurden ausreichend Arbeitskräfte zugewiesen oder Aufträge zurückgezogen. Es sei „unverantwortlich", wie die MAN agiere[75]. Otto Meyer beschwerte sich im Reichsministerium darüber, denn der „Ton, den Herr Saur in dieser Unterredung angeschlagen hat, trägt meiner Ansicht nach nicht dazu bei, die gegenseitige Zusammenarbeit zu fördern. Ich kann nur immer wieder sagen, dass das Werk Nürnberg sich mit seiner ganzen Kraft für die Förderung des Kampfwagenbaues eingesetzt hat, und deshalb bin ich überrascht, dass Herr Saur eine so scharfe und unberechtigte Kritik über die M.A.N. fällt."[76]

In einer auf Wunsch der MAN einberufenen gemeinsamen Besprechung mit dem Sonderauschuss Panzer, dem Munitionsministerium und den Wehrkreisbeauftragten wurden die Arbeitskräfteanforderungen der MAN und tatsächlichen Zuweisungen der letzten Monate dargelegt. Man hielt fest: „Die M.A.N. legt Wert auf die Feststellung, dass die von ihr gemachten Angaben bezüglich der Arbeitskräfte-Anforderung zurecht bestehen."[77] Die Unternehmensführung fürchtete aber ungewisse Konsequenzen. Daher verstärkte man weiterhin die Anstrengungen, die Produktion zu steigern. Für das vierte Quartal 1941 war geplant, monatlich je drei Panzer mehr zu fertigen als im Soll-Programm vorgesehen waren; statt 35 sollten es nun 38 Panzer III werden[78].

Als Ende Juli 1941 der überlegene T-34 die deutschen Truppen an der sowjetischen Front überraschte, forderte das OKH eilig ein Fahrzeug, das diesem an Feuerkraft, Panzerung und Beweglichkeit ebenbürtig sei[79]. Zwar gab das Heereswaffenamt erst am 3. Februar 1942 das technische Lastenheft für den neuen Panzerkampfwagen V „Panther" heraus, doch bereits 17 Tage später hatte das Nürnberger MAN-Werk die wesentlichen konstruktiven Fragen geklärt[80]. Daraufhin leitete die MAN sogleich auch umfangreiche Maßnahmen ein, um eine Serienproduktion des „Panther" sicherstellen zu können. Die Arbeitskräfte sollten zum Teil aus anderen Abteilungen herausgezogen werden. Vor allem aber sollten neben den bisher bereits eingesetzten 720 Fremdarbeitern aus der Sowjetunion und Kriegsgefangenen in großem Umfang weitere Zwangsarbeiter aus dem Osten die Produktion steigern. Es war vorgesehen, das Barackenlager für die Unterbrin-

[74] Tooze, Ökonomie der Zerstörung, S. 643.

[75] Reisebericht Steinmesse/Leiter Panzerbau MAN-Werk Nürnberg zur Besprechung mit Reichsamtsleiter Saur am 5. 11. 1941, in: MAN-WA München, 1. 6. 5 VIII/I, 315.1–5.4.

[76] Otto Meyer an General Ritter von Radlmeier vom 8. 11. 1941, in: MAN-WA München, 1. 6. 5 VIII/I, 315.1–5.12.

[77] Aktenvermerk zur Besprechung am 6. 12. 1941, in: Ebenda.

[78] Plochmann/MAN an Rohland/Sonderausschuss Panzer vom 11. 11. 1941, in: Ebenda.

[79] Vgl. Ferdinand M. von Senger und Etterlin, Die deutschen Panzer 1926–1945, Augsburg ^{3}2002, S. 77. Zu technischen Angaben der ersten Ausführung des „Panthers" vgl. Datenblatt Wa Prüf 6 „Typ Panther VK3002(MAN)" vom 5. 3. 1942, in: Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, RH 8 I/1673, Nr.G6139.

[80] Vgl. Walter J. Spielberger/Hilary L. Doyle, Der Panzerkampfwagen Panther und seine Abarten, Stuttgart 1978, S.16.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gung von 1500 sowjetischen Arbeitskräften zu erweitern[81]. Diese Anstrengungen der MAN zahlten sich aus. Der Panther-Ausschuss gab am 11. Mai 1942 gegenüber Ferdinand Porsche, dem Vorsitzenden der Panzerkommission, seine Entscheidung zugunsten des MAN-Entwurfs bekannt. Nachdem das Gutachten Hitler vorgelegt wurde, wurde die MAN am 15. Mai 1942 durch das OKH informiert, dass der „Panther" nach MAN-Bauart in Serie zu fertigen sei[82]. Die Produktion des „Panther" begann schließlich im November 1942 zunächst in Nürnberg. Es war vorgesehen, dass ab Mai 1943 eine Gesamtproduktion von 250 Panzern im Monat in allen Werken erfolgen sollte[83].

Die Durchführung des Programms in der Rüstungsindustrie übertrug Albert Speer – seit Februar 1942 Reichsminister für Bewaffnung und Munition – seinem Amtschef Saur. Um die Bedeutung der Panzerproduktion zu unterstreichen, verfügte Hitler am 22. Januar 1943, dass sämtliche zivilen und militärischen Dienststellen das Ministerium Speer „mit allen zur Verfügung stehenden Kräften nachdrücklichst zu unterstützen haben"[84]. Denjenigen, die dieser Weisung nicht nachkamen, drohte eine Anklage vor dem Volksgerichtshof. Die Rüstungsbürokratie hatte das Prinzip der unternehmerischen Freiheit im Rahmen der Kriegswirtschaft spätestens zu diesem Zeitpunkt zur Chimäre werden lassen. Zudem unterband das Regime wirksam destabilisierende Aktivitäten. Die brutalen Methoden, mit denen SD und Gestapo die Arbeitsdisziplin in den Fabriken aufrecht erhielten, stießen in den Führungsetagen der Unternehmen zwar immer wieder auf Kritik, wurden aber letztlich hingenommen. Der Handlungsspielraum der Betriebe, sich der Rüstungsproduktion zu entziehen, schwand zunehmend. Je länger der Krieg andauerte, desto größer wurde das Risiko für kriegswichtige Firmen, unter staatliche Kuratel gestellt zu werden. Joachim Scholtyseck stellte für die Geschäftsleitung von Bosch vor allem die Sorge heraus, den Rest an unternehmerischer Handlungsfähigkeit zu verlieren. Aber auch die drakonischen Strafen für Obstruktion erzeugten bei den Unternehmern eine Angst, die selbst kritische Geister zur unfreiwilligen Komplizenschaft mit dem verbrecherischen NS-Regime bewog[85].

Bei der MAN bedurfte es solcher Drohungen nicht, wenn es um Rüstungsfragen ging. Otto Meyer versicherte dem Chef des HWA, General Leeb, „dass ich auf Grund der jahrelangen Zusammenarbeit mit Ihnen und dem Heereswaffenamt alles tun werde, um Ihrem Wunsch bezüglich des Panzerwagen-Programms zu ent-

[81] Garnjost/MAN Nürnberg an Otto Meyer vom 20.3.1942, in: MAN-WA München, 1.6.5 VIII/I, 315.1–4.7.

[82] Abschrift OKH, Wa Prüf 6/Pz., Bb.Nr.8690/42g, vom 15.5.1942 an Chef H Rüst u.a., in: Ebenda.

[83] Vgl. von Senger und Etterlin, Panzer, S. 80; Gregor Janssen, Das Ministerium Speer. Deutschlands Rüstung im Krieg, Berlin 1968, S. 94.

[84] Führererlaß vom 22.1.1943, in: BArch Koblenz, R3/1023, fol.76 f., zit. nach Janssen, Speer, S. 96.

[85] Vgl. Joachim Scholtyseck, Robert Bosch und der liberale Widerstand gegen Hitler 1933 bis 1945, München 1999, hier v.a. S. 384–387.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

sprechen, schon wegen des Wohlwollens, das Sie bisher gerade der M.A.N. immer entgegengebracht haben“[86].

Hier zeigt sich das gute Verhältnis, das Meyer zur Wehrmacht pflegte. Dies galt nicht nur für die Beziehungen zum OKH beim Panzerbau, sondern in gleicher Weise auch für die Beziehungen zum Oberkommando der Marine (OKM). Die MAN versuchte stets, die Zielvorgaben zu erfüllen. Bis Mitte 1943 gelang es der MAN auch, trotz aller Probleme bei der Materialbeschaffung, die mit den U-Bootwerften vereinbarten Liefertermine für Dieselmotoren einzuhalten[87].

Spannungen ergaben sich dagegen wegen der Zumutungen von Rüstungsbürokraten wie Karl-Otto Saur, die insbesondere seit 1943 immer schärfer wurden. Im August zeigte sich Saur äußerst ungehalten darüber, dass die MAN anscheinend im Werk Nürnberg noch 1600 Arbeiter für die Waggonfertigung einsetze und noch Eisenbahnwaggons statt Panzer baue. Ultimativ verlangte er, dass der Wehrkreisbeauftragte des Rüstungsbezirks XIII über „eine sofortige Umsetzung von vollwertigen Arbeitskräften aus der Waggonfertigung in die Panzerfertigung“ entscheiden sollte, um die Kapazitäten vollständig für die Produktion der „Panther“ zu nutzen[88]. Per Fernschreiben warf Saur der MAN vor, „dass das Werk und die Konzernleitung unter der gegebenen Notlage sich des Verschweigens dieser Moeglichkeit der Ausweichung [der Personalumsetzung aus dem Waggonbau] einer schwersten unverantwortlichen Unterlassung schuldig gemacht hat“[89].

Die MAN-Führung replizierte – wie auch schon früher –, dass für den Waggonbau wie auch für die Kran-, Turbinen- und Pressenfertigung Aufträge mit höchster Dringlichkeitsstufe vorlägen[90]. Diesmal hatte die MAN mit diesem Argument aber keinen Erfolg, sie sah sich im Gegenteil mit der Forderung konfrontiert, den Waggonbau sofort einzustellen. Die Rüstungskommission lehnte eine Stillegung zwar ab, da „der Waggonbau der MAN eine vollkommen durchrationalisierte Fertigung“ sei und im Gegensatz zu weniger leistungsfähigen Fabriken einen entsprechenden Ausstoß aufweisen könne[91]. Am 10. September 1943 verfügte allerdings Rüstungsminister Albert Speer persönlich, dass der „gesamte Waggonbau der MAN ab sofort ohne Auslauf stillzulegen“ sei, um die freiwerdenden Arbeitskräfte

[86] Otto Meyer an General Leeb vom 19. 3. 1943, Nr.0808/42 Geh.Wug Stab, in: MAN-WA München, VIII/II, Akt 315.1–6.3.

[87] Die in den MAN-Lieferstatistiken der Jahre 1941/1942 angegebenen Versandtage der Motoren decken sich durchweg mit dem genannten, „v. Bauwerft verlangten Termin“. Allerdings ist nicht angegeben, ob dieser der ursprüngliche Termin bei Auftragseingang oder ein zu einem späteren Zeitpunkt festgelegtes Datum darstellt; MAN-WA Augsburg, 3. 36. 1.4.1, Nr.2.

[88] Saur, Chef des technischen Amtes im Rüstungsministerium, an Wehrkreisbeauftragten XIII Gauamtsleiter Klingler, Otto Meyer und Direktor Rathje in Nürnberg vom 28. 8. 1943, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1. 3. 3.5, Akt 97.

[89] Fernschreiben Saur an Otto Meyer vom 28. 8. 1943, Original in Kleinschreibung, Umlaute wie zitiert, in: MAN-WA Augsburg, R28/I-5, Nr.117.1.

[90] Wellhausen an Karl Lange/Wirtschaftsgruppe Maschinenbau vom 29. 7. 1943, in: Ebenda.

[91] Protokoll Schulze/MAN Nürnberg vom 30. 8. 1943, in: MAN-WA München, VIII/II, Akt 315.1–6.10.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

im Lastwagen- und Panzerbau einsetzen zu können[92]. Dieser Entscheidung waren mehrere Besprechungen bei Hauptdienststellenleiter Saur vorausgegangen, bei denen er hauptsächlich der MAN, aber auch Daimler-Benz vorwarf, die Rüstungs- und vor allem Panzerproduktion nicht energisch genug voranzutreiben. Dabei verlangte er apodiktisch, „das privatwirtschaftliche Denken bei der MAN müsse aufhören"[93].

Dieser Konflikt fiel in eine Zeit, in der das Ministerium Speer die Kontrolle der Rüstungsproduktion im eigenen Haus zu konzentrieren suchte. Im Sommer 1943 hatte es bereits die Marinerüstung vom OKM übernommen, mit dem Erlass über die „Konzentration der Kriegswirtschaft" vom 2. September desselben Jahres auch die Verantwortung für die zivile Produktion vom Reichswirtschaftsministerium. Die Produktionsentscheidungen sollten sich künftig bedingungslos den Zielen des Totalen Krieges unterordnen[94]. Zudem ging das Regime angesichts der sich verschlechternden Stimmungslage immer härter gegen jeden vor, der Zweifel am deutschen „Endsieg" äußerte. Auch prominente Geschäftsleute blieben nicht verschont; zwei Filialdirektoren der Deutschen Bank wurden im Herbst 1943 sogar wegen Defätismus hingerichtet[95]. Im Totalen Krieg sollten sich die Produktionsentscheidungen der privaten Wirtschaft ausschließlich an der Rüstung orientieren. Zudem plante man in Berlin, durch „Durchkämmung" des zivilen Bereichs hunderttausende weiterer Arbeitskräfte zu mobilisieren[96]. Keine zehn Tage nach der Entscheidung Speers meldete denn auch Otto Meyer, „dass wir unseren Waggonbau in kürzester Zeit aufgelöst haben"[97]. Saur ließ die Schließung des Waggonbaus Anfang 1944 nochmals ausdrücklich durch den Wehrkreisbeauftragten prüfen. Der Umfang der Panzerfertigung an der Gesamtkapazität des Werkes Nürnbergs, die bis dahin weniger als 30 Prozent betragen hatte, stieg nun kontinuierlich an und lag bereits im November 1943 bei über 63 Prozent[98].

Um die geforderten Stückzahlen zu erreichen, verteilte man die Produktion von Teilen für den „Panther" auf die Werke Nürnberg und Augsburg, auch wenn dies zu logistischen Problemen führte. Sogar Otto Meyer schaltete sich ein, als im Herbst 1943 Rohmaterial für bestimmte Komponenten, die teilweise im Werk Augsburg bearbeitet wurden, nicht wie erwartet mit Eilwaggon aus Nürnberg ankam. Meyer wies Werkleiter Johannes Rathje dringend an, „dass Rohteile fortlaufend geliefert werden, da wir sonst die Fabrikation nicht reibungslos durchfuehren

[92] Aktennotiz Rathje über die Besprechung im Munitionsministerium am 6. 9. 1943, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1. 3. 3.5, Akt 97.

[93] Saur nach Aktenvermerk Hehmann/MAN-Werk Nürnberg vom 2. 9. 1943, in: MAN-WA Augsburg, R28/I-5, Nr.117.1.

[94] Vgl. Ludolf Herbst, Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939–1945, Stuttgart 1982, S. 255 ff.

[95] Vgl. Harold James, Die Deutsche Bank im Dritten Reich, München 2003, S. 209.

[96] Vgl. Tooze, Ökonomie der Zerstörung, S. 692.

[97] Otto Meyer an Rathje vom 18. 9. 1943, in: MAN-WA München, VIII/II, Akt 315.1–6.10.

[98] Rathje an Kellermann vom 2. 2. 1944, in: Ebenda.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

koennen“[99]. Meyer erwartete im Frühjahr 1944 weitere Erhöhungen der Sollzahlen: „Die MAN hat in ihren drei Werken in den Sonderprogrammen, U-Bootsmotoren, U-Bootsschuss-Fertigung und Panzerfertigung das Äusserste getan und ist immer bereit, das Unmögliche möglich zu machen, aber immer unter der Voraussetzung, dass man seine [sic!] Wünsche zur Möglichmachung solcher Forderungen erfüllt.“[100]

Der „Panther“ wurde somit immer mehr zum Fixpunkt für das Werk Nürnberg. Produzierte die MAN 1943 bereits 525 Panzer, so wurde die Fertigung im folgenden Jahr mit 1385 fast verdreifacht[101]. Im Geschäftsjahr 1944/45 machten die Verkäufe des Panzers, einschließlich der Maybach-Motoren und Ersatzteile, 78 Prozent des Umsatzes aus – bei einem Jahresumsatz des Werks Nürnberg von 198 Millionen RM. Die LKW-Fertigung, einschließlich der Ersatzteile, erreichte hingegen einen Umsatz von nur noch elf Millionen RM oder sechs Prozent[102]. Der Einsatz Meyers für die deutsche Rüstung und insbesondere die Zusammenarbeit der MAN mit der Wehrmacht waren für ihn selbstverständliche Pflichterfüllung. Der Druck und die Drohungen der Rüstungsplaner, allen voran Karl-Otto Saur, trugen nicht wenig dazu bei, auch kritische Geister wie Meyer gefügig zu halten. Dabei verstärkten die Zerstörungen deutscher Städte durch die Luftangriffe bei Meyer nicht nur die Gewissheit, der Krieg sei verloren; der Unternehmer war vielmehr davon überzeugt, dass er in einer Katastrophe enden würde. Unmittelbar nach dem großen Luftangriff auf Augsburg in der Nacht vom 25. auf den 26. Februar 1944, der die Stadt in Schutt und Asche legte und über 700 Todesopfer forderte, schrieb Meyer an Paul Reusch, die „Mitarbeiter bringen aber den Mut nicht auf, die Wahrheit zu erkennen, wie schwer wir getroffen [sind]. Sie klammern sich bei ihren Hoffnungen an alles das, was noch einigermassen erhalten ist, und sehen nicht, was zerstört ist. […] Sie hoffen, was sie nicht hoffen dürften, und befürchten nicht, was sie fürchten müssen. Vielleicht ist es eine Erscheinung der heutigen Zeit, dass man die Wahrheit nicht erkennen will.“[103]

In den nebulösen Andeutungen kommt zum einen die Trauer über die Zerstörungen nicht nur des Werks, der Stadt und des ganzen Landes zum Ausdruck, sondern auch die Verzweiflung, dass dem Niedergang kein Einhalt zu gebieten sei. Dennoch arbeitete Meyer loyal für Unternehmen und Vaterland. Um die Pro-

[99] Fernschreiben Otto Meyer an Rathje vom 4. 9. 1943, in: MAN-WA München, VIII/II, Akt 315.1–6.4, 12–6; Original in durchgehender Kleinschreibung, Umlaute wie zitiert.

[100] Fernschreiben Otto Meyer an Dr. Blaicher vom 9. 5. 1944, in: Ebenda; Original in durchgehender Kleinschreibung, Umlaute wie zitiert.

[101] Übersicht MAN Nürnberg „Planned and actual monthly production“ nach Fragebogen des United States Strategic Bombing Survey (USSBS) vom 12. 5. 1945, in: MAN-WA Augsburg, R28/I-5, Nr.117.1. Die Zahlen beziehen sich nur auf die MAN. Daimler-Benz, MNH (Maschinenfabrik Niedersachsen Hannover) und Henschel als weitere Herstellerfirmen produzierten etwa zwei Drittel der bis Kriegsende gefertigten 6000 „Panther“.

[102] Übersicht Thielen für USSBS vom 8. 5. 1945, in: MAN-WA Augsburg, R28/I-5, Nr.117.1. Umsatz in „Übersicht Werk Nürnberg Finanzen-Umsätze-Auftragseingänge 1929–1953“, in: MAN-WA Augsburg, 1. 5. 0. Das Geschäftsjahr der MAN lief vom 1. Juli bis 30. Juni des Folgejahres.

[103] Otto Meyer an Reusch vom 27. 3. 1944, in: RWWA-GHH, NL Reusch 4001012010/102.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

duktionsziele zu erreichen, setzte die MAN unter Otto Meyer Tausende von Zwangsarbeitern in allen Werken ein, jedoch keine KZ-Häftlinge. Der Höchststand war 1944 erreicht, als die MAN 8.500 Zwangsarbeiter, die GHH insgesamt 31.500 beschäftigte[104]. Die Lebensbedingungen, vor allem der Fremdarbeiter aus dem Osten, waren miserabel, die Verhältnisse bei der MAN im Werk Augsburg jedoch besser als in Nürnberg. Ob dies auf die mäßigende Art Otto Meyers zurückzuführen ist oder lediglich auf den Umstand, dass das Augsburger Großmotorenwerk in höherem Maße auf Facharbeiter angewiesen war, während in Nürnberg die Serienfertigung überwog, ist allerdings nicht auszumachen.

Offenbar war es im Werk Nürnberg häufig der Fall, dass ausländische Arbeiter vom Werkschutz und manchen Hilfsmeistern mit Stahlruten oder Gummischläuchen geschlagen wurden. Es sei für jeden im Betrieb offenkundig gewesen, dass die Zwangsarbeiter „heruntergekommen und misshandelt worden" seien[105]. Die Zwangsarbeit war für das Werk Augsburg von etwas geringerer Bedeutung. Während die Serienproduktion im Lastwagen- und Panzerbau einen Einsatz angelernter Arbeiter in Nürnberg viel eher ermöglichte, stellte die Großmotorenfertigung und -montage in Augsburg deutlich höhere Anforderungen an die Qualifikation. Daher wurden Fremdarbeiter in Augsburg zunächst vor allem bei Messerschmitt in der Flugzeugproduktion eingesetzt. Der Anteil der Fremdarbeiter stieg dort schließlich bis November 1944 auf über 47 Prozent der Belegschaft, während er zum gleichen Zeitpunkt bei der MAN in Augsburg lediglich 32 Prozent betrug[106]. Während aber Misshandlungen in Nürnberg von der MAN-Werkleitung wohl toleriert wurden, waren Behandlung und Verpflegung der Fremdarbeiter im Werk Augsburg, wo Otto Meyer seinen Dienstsitz hatte, etwas besser. Jedoch sind auch hier Übergriffe durch Betreuerinnen im Frauenlager oder Pförtner belegt[107]. Allerdings war der Alltag für die Zwangsarbeiter ohnedies hart.

---

[104] Vgl. Johannes Bähr/Ralf Banken/Thomas Flemming, Die MAN. Eine deutsche Industriegeschichte, München 2008, S. 327 u. S. 337, detailliertere Zahlenangaben zum Einsatz von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen S. 333. Zum Begriff der Zwangsarbeit und dessen Kategorisierung sowie der „Freiwilligkeit" von Fremdarbeit vgl. ferner Mark Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Dritten Reich und im besetzten Europa 1939–1945, Stuttgart/München 2001, hier S. 10 ff.; Anton J. Grossmann, Fremd- und Zwangsarbeiter in Bayern 1939–1945, in: VfZ 34 (1986), S. 481–521; Ulrich Herbert, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes" in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn 1999.

[105] Aussage des Revolverdrehers Karl Schweigert, Niederschrift der Verhandlung Berufungskammer Nürnberg am 14. 8. 1947 gegen Direktor Eduard Schäffer, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1. 3. 3. 5, Akt 92.

[106] Vgl. Jeffrey Fear, Die Rüstungsindustrie im Gau Schwaben 1939–1945, in: VfZ 35 (1987), S. 193–216, hier S. 209. Generell lässt sich sagen, dass in Unternehmen mit eher geringen fachlichen Anforderungen wie in der Munitions- und Sprengstoffindustrie der Anteil der Fremdarbeiter sehr hoch war und im Bereich der Rüstungsinspektion VII im November 1944 im Durchschnitt 76 %, in einem Einzelfall sogar über 90 % betrug. Hingegen beschäftigte eine Präzisionsfirma wie BPW (Berliner Physikalische Werkstätten) lediglich 8,2 % Fremdarbeiter.

[107] Lt. Protokoll der Spruchkammer Augsburg-Göggingen der öffentlichen Sitzung am 20./21. 1. 1948, Az. 1427/47, S. 14, in: StA Augsburg, Spruchkammerakte Heinrich Riehm,

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die Ernährung der sowjetischen Kriegsgefangenen war alles andere als zufriedenstellend. Die Verpflegungskontrollliste für das Augsburger Kriegsgefangenen-Arbeitskommando 3112M wies für die Woche vom 8. bis 14. Februar 1943 vor allem Kartoffeln und Krautsuppe als Verpflegung aus. Das Frühstück bestand täglich aus Kartoffeln, Kartoffelsuppe oder Krautsuppe und Tee, mittags Kartoffel-, Kraut-, Gries- oder „Lager-Suppe", lediglich am Sonntag mit einer Fleischeinlage. Dreimal täglich wurden jeweils – so zumindest die nominelle Vorgabe – 100 Gramm Brot ausgegeben. Das Abendessen bestand aus Kartoffeln, Kartoffelbrühe oder Kohlrübensuppe, während in der gesamten Woche lediglich 160 Gramm Fleisch ausgegeben wurden. Die Kontrollliste vom 15. bis 22. Februar 1943 führte genau die gleichen Mahlzeiten auf[108]. Nicht wenige der deutschen Belegschaftsmitglieder unterstützten die Ostarbeiter heimlich. In der Sitzung des Vertrauensrats mit Vorstand Otto Meyer am 26. Mai 1944 wurde darauf hingewiesen, dass im Werk Augsburg vor allem die Aushändigung von Lebensmitteln oder Lebensmittelmarken „fast überall" beobachtet werden kann. Ertappte man deutsche Arbeiter dabei, wurden sie für eine bestimmte Zeit mit dem Entzug der Zulagekarten bestraft. Doch war man sich bewusst, dass „diese Erscheinungen jedoch nie ganz zu unterbinden sein" werden[109].

Gerade hier zeigt sich der differenzierte Charakter Otto Meyers. Er machte sich weder die menschenverachtende nationalsozialistische Ideologie zu eigen noch verweigerte er als deutscher Patriot die Kapazitäten der MAN der aggressiven Rüstungs- und Kriegspolitik Adolf Hitlers – dies schloss den Einsatz von Zwangsarbeitern als Mittel zum Zweck ein. Ein Widerspruch ergab sich für ihn daraus nicht, glaubte er doch, sowohl im Unternehmensinteresse zu handeln wie seiner Pflicht zu genügen, die Regierung im Krieg und vor allem auch das Militär zu unterstützen. Diese Handlungsweise lässt sich nur nachvollziehen, wenn man den Charakter Meyers berücksichtigt, für den die Verantwortung für die MAN und ihre Mitarbeiter selbstverständliche Pflichterfüllung war. Auch sein Patriotismus, der nichts mit dem herrschenden Chauvinismus zu tun hatte, darf nicht außer Acht gelassen werden. Wie sich auch an anderen Biographien festmachen lässt, ist die Ursache der Konflikte eher in den Widersprüchen zwischen nationalsozialistischer Rüstungspolitik und unternehmerisch motivierten Verhaltensweisen zu suchen als in politisch-weltanschaulicher Systemgegnerschaft[110]. Meyer und mit ihm andere Unternehmensführer fühlten sich trotz Ablehnung des Regimes geradezu selbstverständlich dazu verpflichtet, die Regierung loyal zu unterstützen und die Rüstung gemeinsam mit der Wehrmacht voranzutreiben. Das beste Beispiel

Spruchkammer Augsburg I+III, R 416, Nr. 195.

108 Verpflegungskontrolllisten Kriegsgefangenen-Arbeitskommando 3112M vom 8. bis 22. 2. 1943 sowie Schreiben Stadtsyndikus Augsburg an Zweckverband Barackensammellager IV Augsburg (Zugspitzstraße) vom 29. 3. 1943 betr. „Splittergraben im Russenlager", wonach eindeutig hervorgeht, dass es sich bei dem Arbeitskommando um russische Kriegsgefangene handelt. In: StA Augsburg, 45/953.

109 Protokoll der Sitzung des Beirates des Vertrauensrates der MAN vom 26. 5. 1944, S. 27, in: MAN-WA Augsburg, 2. 2. 8./VI-K1, Nr.3 A2 Vertrauensrat (allgem.) 1933–37.

110 Vgl. Erker, Industrie-Eliten in der NS-Zeit, S. 11 f.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

dafür ist Robert Bosch, der aktiv gegen das nationalsozialistische Regime opponierte, auf der anderen Seite jedoch mit seinem Unternehmen wesentlich zu den deutschen Rüstungsanstrengungen beitrug[111].

6. Auseinandersetzungen in der MAN-Führung 1944

Trotz der Unterstützung für die Wehrmacht beschränkte Meyer die MAN auf ihre angestammten Fertigungsstätten; Expansion durch Unternehmensübernahmen gab es nicht. Das NS-affine Engagement, das sein innerbetrieblicher Widersacher, Betriebsdirektor Heinrich Riehm, an den Tag legte, um die allgemeinen Rüstungsanstrengungen zu forcieren, ließ Meyer vermissen. In den Institutionen des regionalen Rüstungsapparats spielte Riehm eine wichtige Rolle. Seit 1938 Mitglied der NSDAP wurde er im April 1940 Vorsitzender des Munitionsausschusses im Wehrkreis VII, Bezirksbeauftragter des Hauptausschusses Maschinen sowie der Ausschüsse für Allgemeines und Wehrmachtsgerät, Kraftfahrzeuge, Motoren und Getriebe im Gau Schwaben, seit 1944 auch Obmann der Gruppe Eisen und Metall bei der Gauwirtschaftskammer. Im April 1942 hatte er bereits das Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse mit Schwertern erhalten[112]. Doch stand sein Einsatz für die Rüstung des Dritten Reichs in keinem Verhältnis zu seinem Einfluss in der MAN. Aufsichtsrat und Vorstand des Unternehmens versagten ihm eine Karriere in die oberste Führungsebene. Im Herbst 1944 forderte Riehm im Aufsichtsrat für sich einen Sitz im Vorstand. Auch für den Aufsichtsratsvorsitzenden Hermann Kellermann[113] war es nicht unbedingt einleuchtend, dass die Werksleiter von Nürnberg und Gustavsburg, nicht jedoch der von Augsburg dem Vorstand angehörten, wo Otto Meyer die Gesamtverantwortung trug.

Riehm hegte seit längerem große Ambitionen auf einen Vorstandsposten und teilte Meyer mit, dass er sich nicht damit abfinden werde, einem Vorstandsmitglied unterstellt zu sein. Es sei „ein Schönheitsfehler, wenn er als Betriebsführer und bei der Bedeutung seiner öffentlichen Ämter nicht zum Vorstand gehöre“[114]. Auch die DAF forderte Riehm mehrfach auf, einen Vorstandsposten bei der MAN zu übernehmen[115]. Wie gefährlich diese Ambitionen für den übrigen MAN-Vor-

[111] Vgl. Joachim Scholtyseck, Robert Bosch und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Lothar Gall/Manfred Pohl (Hrsg.), Unternehmen im Nationalsozialismus, München 1998, S. 99–106.

[112] Spruchkammerakte Heinrich Riehm, Spruch der Spruchkammer I Augsburg-Göggingen vom 18. 2. 1948 und Angaben im Fragebogen der Militärregierung vom 20. 11. 1946, in: StA Augsburg, Spruchkammer Augsburg I+III, R 416, Nr. 17 und 131, sowie MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1. 3. 3.5, Akt 27.

[113] Reusch war Anfang 1942 als Vorstandsvorsitzender der GHH und Aufsichtsratsvorsitzender der MAN zurückgetreten. Zu den Hintergründen vgl. ausführlich Langer, Macht, S. 715 ff., sowie Bähr/Banken/Flemming, MAN, S. 306 ff.

[114] Aktenvermerk Otto Meyer vom 8. 12. 1944, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1. 3. 3.5, Akt 103.

[115] Aussage Dr. Fetzer lt. Protokoll der Spruchkammer Augsburg-Göggingen der öffentlichen Sitzung am 20./21. 1. 1948, Az.1427/47, S.18, in: StA Augsburg, Spruchkammerakte Heinrich Riehm, Spruchkammer Augsburg I+III, R 416, Nr. 199.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

stand zu werden drohten, zeigte sich bei der Aufsichtsratssitzung am 23. November 1944, zu der Riehm als Referent eingeladen war. Als er wider Erwarten nicht in den Vorstand berufen wurde, machte er seinem angestauten Ärger Luft. Auf dem Weg zum Abendessen bat Riehm den kaufmännischen Vorstand Hans Wellhausen zu einem Gespräch und drohte ihm, dass alle Vorstandsmitglieder in vier Wochen nicht mehr da wären, falls er Hauptamtsleiter Saur erzähle, dass er wieder übergangen worden sei[116]. Im Vorstand wie auch im Aufsichtsrat der MAN war man sich weitgehend einig, dass Riehms Berufung keine Entlastung bedeutet hätte, sondern dass „‚der kleine Finger' weder für die MAN noch für Herrn M[eyer] irgend eine [sic!] Entspannung bedeuten würde, sondern ‚die ganze Hand' und noch mehr nach sich ziehen würde"[117]. Der Aufsichtsrat werde versuchen, sich gegen Eingriffe in Personalentscheidungen zu wehren, so dass nicht der Gedanke aufkomme, „als ob ich [Hermann Kellermann] auf Grund der heutigen Verhältnisse und der für Herrn M[eyer] drohenden Gefahren weiche Kniee bekommen hätte. Das kommt gar nicht in Frage!" Die Entscheidung, Riehm in den Vorstand aufzunehmen, wollte er dem Vorstand überlassen[118]. Zu einer Berufung Riehms kam es nie. Diese Episode zeigt, dass die MAN sich nicht nur der Drohungen von Hauptamtsleiter Saur erwehren musste, sondern dass dessen Verbündete direkt im Unternehmen saßen und dem Vorstand gefährlich werden konnten. Meyer hatte aufgrund seiner jüdischen Frau zwar keine Freunde in der Partei, das Rüstungsministerium hatte ihn jedoch bislang für die Kriegsanstrengungen der MAN für unverzichtbar gehalten. Es war allerdings nur eine Frage der Zeit, bis Männer wie Saur Otto Meyer für entbehrlich hielten.

7. Versuche zur Absetzung Meyers und ihr Scheitern

Otto Meyers „nicht-arische Ehe" und seine kritische Haltung zum Nationalsozialismus führten wiederholt zu Versuchen, ihn abzusetzen. Spätestens im Frühjahr 1943 hatte Robert Ley erstmalig den MAN-Aufsichtsratsvorsitzenden Hermann Kellermann auf eine Entlassung Otto Meyers angesprochen[119]. Obwohl Ley diesen Schritt wegen Meyers „jüdischer Versipptheit" schon mehrfach gefordert habe, sei der Wirtschaftsführer immer noch im Amt. Da Meyer regelmäßig zu seiner Frau in die Schweiz reise und „aufgrund seiner wichtigen Stellung in der Industrie einen tiefen Einblick in den Stand der Rüstung" geben könne, mache ihn dies des Landesverrats verdächtig. Noch konnte Kellermann dieses Ansinnen abwehren, indem

[116] Aktenvermerk Otto Meyer vom 8. 12. 1944, Kellermann an Richard Reinhardt vom 7. 12. 1944, Richard Reinhardt an Kellermann vom 4. 12. 1944, und Aktenvermerk Emil Sörensen vom 2. 12. 1944, alle in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1. 3. 3.5, Akt 103.

[117] Reinhardt an Kellermann vom 4. 12. 1944, in: Ebenda.

[118] Kellermann an Reinhardt vom 7. 12. 1944, in: Ebenda.

[119] Im Aktenvermerk Kellermanns heißt es „Januar oder Februar 1943 oder 1944"; da dort im weiteren Ley von Meyers Reisen in die Schweiz spricht, die ihm 1943 verboten wurden, kann es nicht 1944 gewesen sein.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

er damit drohte, als Vorstandsvorsitzender der GHH zurückzutreten[120]. Auch der Nürnberger Oberbürgermeister Willy Liebel ließ Kellermann wissen, „dass Herr Meyer von seinen Ämtern zurücktreten müsse". Sollte dies nicht erfolgen, würde er Ley Meldung machen[121]. Allerdings blieb auch diese Intervention folgenlos.

Über das Netzwerk der MAN konnte Otto Meyer zudem Kontakt zu Personen halten, die den Nationalsozialismus ebenfalls ablehnten. So stand Otto Gessler, seit Ende 1930 im Aufsichtsrat der MAN, in enger Verbindung zu Ulrich von Hassell. Anfang Dezember 1939 trafen sich die beiden in München. Dabei bat von Hassell den ehemaligen Reichswehrminister, zu General Franz Halder nach Berlin zu fahren, um ihn für eine Aktion gegen Hitler zu gewinnen. Zwei Wochen später vermittelte er ein Treffen Ulrich von Hassells mit Paul Reusch, bei dem man erneut die Möglichkeiten diskutierte, bestimmte Generäle von der Notwendigkeit eines Staatsstreichs zu überzeugen[122]. Diese Hoffnung war jedoch vergeblich. Friedrich von Zitzewitz, der nach dem 20. Juli vom Volksgerichtshof verurteilt wurde, hielt dies nach dem Krieg in einem Brief an Otto Meyer für den grössten Fehler der Wirtschaftsführer: „Man wird wieder lernen, dass nichts in der Welt Selbstverständlichkeit ist und dass es auch keine Möglichkeit des politischen Mittroddelns gibt. Man muss eben ganz anders auf dem Posten sein. Wir alle haben den einen Hauptfehler gemacht, dass wir uns auf die Generäle verlassen haben. Dazu hatten wir ein gewisses Recht, denn wir wussten, wie ursprünglich ablehnend die militärische Führung war. Aber, wir haben nicht aktiv gehandelt, als wir sahen, dass die Generäle nicht wollten."[123]

Auch wenn schriftliche Belege hierfür fehlen, mag Gessler durchaus Informationen aus dem Widerstand an den Vorstand und den Aufsichtsrat der MAN, namentlich Meyer und Reusch, weitergegeben haben. Zwar kann man annehmen, dass Gessler ihnen aus Sicherheitsgründen keine Details mitteilte, doch wird man Andeutungen des ehemaligen Reichsministers auf seine Verbindungen zum Sperr-Kreis[124] und zum bayerischen Kronprinzen Rupprecht[125] vermuten können.

---

[120] Niederschrift Kellermanns über eine „Unterhaltung mit Dr. Robert Ley betr. Otto Meyer von der Maschinenfabrik Augsburg Nürnberg in Augsburg" vom 12. 6. 1947, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1. 3. 3.5, Akt 93.

[121] Abschrift streng vertrauliche Aktennotiz Rathje, 22. 9. 1944, in: Ebenda.

[122] Vgl. Ulrich von Hassell, Vom andern Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938–1944, Zürich/Freiburg i.Br. 1946, S.108. Hassells Urteil über Reusch fiel nicht sonderlich positiv aus, der sich als der „typische Industriekönig" gab und Wert auf seine „ununterbrochene Verbindung mit den wichtigsten Personen" legte, jedoch bei Hassell den Eindruck dessen tatsächlicher Machtlosigkeit verstärkte.

[123] Abschrift von Zitzewitz an Otto Meyer vom 4. 12. 1945, in: RWWA-GHH, 400101290/156. Als Überblick über die deutsche Militäropposition vgl. Stephen Schröder/Christoph Studt (Hrsg.), Der 20.Juli 1944 – Profile, Motive, Desiderate. XX. Königswinterer Tagung 23.-25. Februar 2007, Münster 2008.

[124] Vgl. Winfried Becker, Franz Sperr und sein Widerstandskreis, in: Hermann Rumschöttel/Walter Ziegler (Hrsg.), Franz Sperr und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Bayern, München 2001, S. 83–173, hier v.a. S. 90, S.105 u. S.126.

[125] Vgl. Kurt Sendtner, Rupprecht von Wittelsbach Kronprinz von Bayern, München 1954, S. 646 f. Gerade Kronprinz Rupprecht glaubte nicht an eine Möglichkeit, das Regime zu

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Diesen Schluss stützt etwa die Tatsache, dass Gessler in seinen Memoiren Meyer als eine bedeutende Vertrauensperson bezeichnete. Auch war es Meyer, der Gessler während seiner Inhaftierung im Konzentrationslager Ravensbrück und im Gefängnis Berlin über die MAN mit Lebensmitteln unterstützte[126].

Der ehemalige Leipziger Oberbürgermeister Dr. Carl Goerdeler gehörte ebenfalls zu Meyers Bekannten. Noch im Vorfeld des Attentats vom 20. Juli 1944 gab es persönlichen Kontakt, als Goerdeler am 13. Juni Meyer in Augsburg besuchte. Zu diesem Zeitpunkt wurde Goerdeler bereits von der Gestapo überwacht[127]. Es ist denkbar, dass die Verbindung zwischen Meyer und Goerdeler über Paul Reusch zustande kam, möglich ist aber auch ein Kontakt über Robert Bosch[128]. Beim ersten Verhör Goerdelers am 14. August 1944 konnte die Gestapo die Namen zahlreicher Personen in Erfahrung bringen, die mehr oder weniger in die Verschwörung verstrickt waren[129]. Goerdeler hatte den Zirkel um Paul Reusch aber als „rein wirtschaftspolitischen bzw. wirtschaftstechnischen Diskussionsklub“[130] geschil-

stürzen, vielmehr wollte er die Wiederherstellung geordneter staatlicher Verhältnisse nach dem erwarteten Zusammenbruch vorbereiten.

126 Vgl. Otto Gessler, Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit, hrsg. von Kurt Sendtner, Stuttgart 1958, S. 515.

127 Notiz Goerdelers für Otto Meyer vom 9. 6. 1944, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1. 3. 3.5, Akt 93. Da nichts protokolliert wurde, bleiben Vermutungen über den Gesprächsinhalt Spekulation. Vermutlich war vom bevorstehenden Attentat nicht direkt die Rede. Möglicherweise hat Goerdeler mit Meyer über die Rolle von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften nach der Beseitigung der Diktatur diskutiert, das für Goerdeler ein Kernpunkt seiner innenpolitischen Konzeption war; vgl. Scholtyseck, Robert Bosch, S. 454 u. S. 498.

128 Vgl. Wilhelm Treue, Die Einstellung einiger deutscher Großindustrieller zu Hitlers Außenpolitik, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 17 (1966), S. 491–507, hier S. 504; Wolfgang Benz, Der 20. Juli 1944 und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Erfurt 2004, S. 56; zum Goerdeler-Kreis vgl. Gero van Roon, Widerstand im Dritten Reich. Ein Überblick, 6., überarb. Aufl., München 1994, S.123–140, hier insbesondere S.131.

129 Die SS führte in ihren Vernehmungsberichten mehrere Mitglieder des „Reusch-Kreises“, nämlich Goerdeler, von Zitzewitz, Albert Vögler, Professor Sauerbruch, Professor Woermann, Bosch, Hjalmar Schacht, von Siemens [ohne Vorname], Wentzel zu Teutschenthal und Graf Hardenberg, wobei die beiden letzteren bereits inhaftiert waren. Dem Kreis wurde der Zweck zugeschrieben, „wirtschaftliche, landwirtschaftliche und technische Probleme“ zu erörtern. Die „gegen die nationalsozialistische Staatsführung gerichtete Einstellung“ Goerdelers war dabei bekannt; Bericht SS-Obergruppenführer Kaltenbrunner vom 4. 9. 1944 an Reichsleiter Bormann, S.7 f., in: BArch, NS6/12, fi.2.

130 Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1956, S. 420. Als einziger des Kreises wurde Gutbesitzer Wentzel zu Teutschenthal, dem Goerdeler vergeblich das Amt des Landwirtschaftsministers antrug, am 13. 11. 1944 zum Tode verurteilt und hingerichtet (Urteilsbegründung in: BArch, NS6/19, fi.2 u. 3). Auch wenn sicherlich vor allem wirtschaftskritische Diskussionen innerhalb des „Reusch-Kreises“ geführt wurden, ging doch von seinen Mitgliedern kein Widerstand aus; vgl. auch Langer, Macht, S. 732. Zitzewitz war nach dem 20. Juli für mehrere Wochen in Untersuchungshaft; Richard von Flemming an Reusch vom 10. 9. 1944, in: RWWA-GHH, 400101290/122. Paul Reusch wurde lediglich zu Vernehmungszwecken von der Gestapo einbestellt; vgl. Gerhard Hetzer, Unternehmer in Umbruchzeiten: Paul und Hermann Reusch, in: Paul Hoser/Reinhard Baumann (Hrsg.), Kriegsende und Neubeginn. Die Besatzungszeit im schwäbisch-alemannischen Raum, Konstanz 2003, S. 463–496, hier S. 477.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

dert. Der „Kreis von Industriellen und Landwirten“, zu dem neben Carl Goerdeler auch Richard von Flemming-Paatzig, Friedrich von Zitzewitz, Tönniges von Zastrow, Hans Carl Graf von Hardenberg, Ferdinand Sauerbruch, Albert Vögler von den Vereinigten Stahlwerken, Tilo von Wilmowsky und seit etwa 1941 auch Hermann Bücher von der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft (AEG) gehörten[131], hatte nach dem vom NS-Regime erzwungenen Ausscheiden Reuschs aus der Führung der GHH Anfang 1942 ohnehin keine größere Bedeutung mehr, wie die Absagen einiger Teilnehmer erkennen ließen.

Speer stellte sich zum Teil schützend vor einige dieser Wirtschaftsfachleute[132], doch bescheinigte er lediglich Vögler „tatkräftige Unterstützung“ für die Sache des NS-Staates und lobte Bücher aufgrund „grosser Energie […] für den Totaleinsatz der Elektroindustrie für die Rüstung“. Zu Otto Meyer bemerkte er, es sei ohnehin geplant gewesen, ihn aufgrund seiner Familienverhältnisse „auszuwechseln“. Allerdings sei noch kein Nachfolger gefunden worden, doch „wird veranlasst werden, dass Meyer durch einen anderen Betriebsführer ersetzt wird“[133]. Wohl trug Speers Gutachten dazu bei, die Gestapo davon abzuhalten, ihre Ermittlungen gegen die Industriellen auszudehnen[134]. Allerdings ist auch anzunehmen, dass das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) kaum Beweise für eine aktive Mittäterschaft finden konnte und die Verdächtigen somit verschont wurden. Dabei sollte aber vor allem Meyer klar geworden sein, dass sein Handlungsspielraum mehr und mehr schwand.

Reisen in die Schweiz waren ihm bereits 1943 verboten worden, wo seine Frau Stella ein geachtetes Mitglied der Lausanner Gesellschaft und wo auch Meyers Position in Deutschland nicht unbekannt war. Im Sommer 1944 erhielt das Berner Büro des amerikanischen Office of Strategic Services (OSS) den ersten Hinweis auf einen „[p]robable valuable contact in Switzerland“. Der Geheimdienst ging fälschlicherweise davon aus, dass es sich bei Meyer um einen prominenten Nationalsozialisten handelte, der seine jüdische Frau schon vor 1933 in die Schweiz gebracht habe, während er im Reich weiterhin an der Produktion von wichtigem Kriegsgerät arbeite. Allerdings habe er „certainly realized that the war is lost for Germany“. Unter diesen Umständen hielt es der OSS für wahrscheinlich, Meyer zur Weitergabe von Informationen bewegen oder ihn gar zu Aktionen veranlassen zu können, „which may hasten the end of the war, in a similar way as Rudolf Hess may have tried to do that when he flew to England“. Diese Überlegungen erreich-

[131] Reusch an Otto Meyer vom 11. 1. 1943, in: RWWA-GHH, NL Reusch 4001012010/101; Reusch an Hermann Bücher vom 9. 8. 1941 und vom 27. 8. 1941, jeweils betr. „Industrie und Landwirtschaft“, in: RWWA-GHH, 400101290/6.

[132] Kritisch zur Rolle Speers während des Putschversuchs vom 20. Juli 1944 vgl. Matthias Schmidt, Albert Speer: Das Ende eines Mythos. Speers wahre Rolle im Dritten Reich, Berlin ²2005, hier v.a. S. 119–129.

[133] Vermerk Speer vom 20. 8. 1944 für Gruppenführer Fegelein, in: BArch, R3/1610, Nr. 36 f. Zu Reusch, Stinnes, Haniel und anderen hingegen bemerkte er, dass sie „weder negativ noch positiv hervorgetreten“ seien. Vögler hat der Vorgang kaum geschadet, wurde er doch Ende 1944 zum Generalbevollmächtigten für das Ruhrgebiet ernannt; BArch, R3/1854.

[134] Vgl. Scholtyseck, Robert Bosch, S. 507.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ten schließlich den Leiter des OSS, General Donovan[135]. Aus anderen Gesprächen mit Informanten erfuhr der OSS weitere Einzelheiten über Otto Meyer, die insbesondere seine Funktion als Unternehmensführer der MAN betrafen. Von besonderem Wert war dabei, dass sich seine Frau als deutsche Jüdin in der Schweiz aufhielt und dass die gemeinsame Tochter in die USA emigriert war, wo sie einen amerikanischen Soldaten geheiratet hatte[136]. Das zugehörige Routing and Record Sheet des OSS zeigt, dass man den Kontakt als nützlich erachtete und die Angaben am 30. Juni 1944 in die Zentrale des OSS nach Bern sandte[137]. Freilich finden sich keine Unterlagen, die eine Zusammenarbeit Meyers mit dem OSS belegen würden. Sein Charakter, seine patriotische Einstellung und die Hoffnung auf einen baldigen Zusammenbruch des Dritten Reichs, die Meyer hegte, machen eine Kooperation mit dem amerikanischen Geheimdienst aber unwahrscheinlich.

8. Das letzte Kriegsjahr

Die Geschäftsführung der MAN konnte angesichts der politischen und militärischen Lage 1944 kein Interesse daran haben, die Planvorgaben nicht zu erreichen, denn das Ende schien absehbar zu sein. Selbst in der Widerstandsbewegung um Carl Goerdeler hatte sich im Frühjahr 1944 die Überzeugung breitgemacht, den Alliierten werde es bis spätestens Herbst gelingen, Deutschland zu besiegen[138]. Der zeitliche Horizont der Unternehmensstrategie verkürzte sich seit 1944 proportional zum alliierten Vormarsch. Bildlich gesprochen näherte sich das Unternehmen wie das ganze Land immer schneller einer Wand, hinter die man nicht blicken konnte, hinter die man aber so viel wie irgend möglich in Sicherheit bringen wollte. Daher schien die Taktik durchaus angebracht, keinesfalls den Unmut von Staat und Partei zu provozieren und das Unternehmen unbeschadet in die Nachkriegszeit zu retten.

Allerdings wehrte sich das Regime nach innen und außen zäh gegen seinen Untergang und initiierte 1944/45 einen letzten Radikalisierungsschub. So wurden über die Abwehrbeauftragten der Betriebe bereits im „Frühjahr 1944 Erhebungen angestellt über die bei der GHH beschäftigten jüdischen Mischlinge und die Arier, die mit Volljüdinnen verheiratet waren". Diese Personen sollten generell in Lager der Organisation Todt verbracht werden[139]. In diesem Zusammenhang

[135] John Hughes/OSS New York an Reginald Foster/OSS vom 27. 6. 1944, in: National Archives Maryland/USA (künftig: NA Maryland), Records of the Office of Strategic Services, Record Group 226, Entry 214, WN25828. In diesem Schreiben wird der Brief K. Kauffmann-Grinsteads wiedergegeben, aus dem die obenstehenden Zitate entnommen wurden.

[136] Ebenda. Meyers Sohn Hans Otto, der in der Schweiz lebte, wurde im Oktober 1944 die deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt, nachdem er sich geweigert hatte, in die Wehrmacht einzutreten. Vgl. Deutscher Reichsanzeiger/Preußischer Staatsanzeiger Nr. 220 vom 2. 10. 1944 und Auskunft von Lore Meyer, 8. 7. 2008.

[137] OSS Routing and Record Sheet TB-001–627A, in: NA Maryland, Records of the Office of Strategic Services, Record Group 226, Entry 214, WN25828. Foster notierte handschriftlich: „This sounds useful."

[138] Vgl. Scholtyseck, Robert Bosch, S. 491 f.

[139] Aktenvermerk GHH/Abt.G vom 11. 4. 1946, S. 3, in: RWWA-GHH, 4001016/55.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

wurde im Herbst ein neuer Versuch gestartet, Meyer aus dem Amt zu hebeln. Allerdings geht aus den Unterlagen nicht hervor, ob es gezielt gegen Meyer ging oder ob es sich um eine allgemeine Massnahme gegen „jüdisch Versippte" handelte. Ende Oktober erhielt er die Anweisung, sich am 1. November zum Arbeitseinsatz bei der Organisation Todt in Augsburg zu melden. Auch diesmal konnte Kellermann zusammen mit Staatssekretär Franz Hayler vom Reichswirtschaftsministerium das Rüstungsministerium bewegen, den vom RSHA initiierten Gestellungsbefehl aufzuheben[140].

Doch damit war wenig gewonnen, denn Meyer erhielt kurz darauf von der Gestapo Augsburg einen weiteren Gestellungsbefehl, der vom 26. Januar 1945 datierte. Er habe sich am 2. Februar bei der Gestapostelle Augsburg in der Prinzregentenstraße zum „vordringlichen Arbeitseinsatz" bei der Organisation Todt einzufinden. Mitzubringen seien Verpflegung für drei Tage, Arbeitskleidung und Werkzeug. Doch auch diesmal schützten ihn seine Beziehungen und sein ökonomisch-bürokratisches Netzwerk. Auf Anregung von Gauleiter Karl Wahl bewilligte die Staatspolizeileitstelle zunächst eine Fristverlängerung um vier Wochen[141]. Diesen Aufschub nutzte Hermann Kellermann, um sich bei Heinrich Himmler persönlich und bei den zuständigen Ministerien für Meyer zu verwenden[142], wobei Franz Kirchfeld – Direktor der zur GHH gehörenden Ferrostaal AG und seit November 1943 auch Leiter der Hauptabteilung Außenwirtschaft des Reichswirtschaftsministeriums – eine wichtige Rolle spielte[143]. Zudem wollte Wahl Robert Ley kontaktieren und schrieb an Albert Speer[144], der auch von Mitarbeitern wie dem Chef des Rüstungskommandos München Ostertag gebeten wurde, Meyer nicht abzulösen[145]. Der Rüstungsminister blieb davon nicht unbeeindruckt und intervenierte beim Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Obergruppenführer Ernst Kaltenbrunner, um Meyer im Amt zu halten[146]. Dass der MAN-Vorstand dem

[140] Bericht Kellermanns an die Militärregierung vom 12.6.1947, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1.3.3.5, Akt 93. Hier zeigt sich, dass das Reichswirtschaftsministerium in bestimmten Fällen offensichtlich andere Bewertungsmaßstäbe anlegte als gewisse Stellen im Ministerium Speer und solche Eingriffe in die Privatwirtschaft ablehnte. Gerade Hayler vertrat Vorstellungen einer nationalsozialistischen Friedenswirtschaft, die „den Grundsätzen der von Speer formierten Rüstungswirtschaft widersprachen". Walter Naasner, Neue Machtzentren in der deutschen Kriegswirtschaft 1942–1945. Die Wirtschaftsorganisation der SS, das Amt des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition/Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Boppard a.R. 1994, S. 446.

[141] Gestellungsanordnung der Gestapo Leitstelle Augsburg vom 26. 1. 1945, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1.3.3.5, Akt 93.

[142] Kellermann an Himmler vom 12. 2. 1945, in: Ebenda.

[143] Vgl. Michael Brackmann, Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder. Die Vorgeschichte der westdeutschen Währungsreform 1948, Koblenz 1993, S. 132.

[144] Abschrift Dr. Kirchfeld an GHH-Direktor Lübsen, Oberhausen, vom 17. 2. 1945 sowie Lübsen an Meyer vom 12. 2. 1945, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1.3.3.5, Akt 93.

[145] Ostertag an Clahes vom 22. 2. 1945 sowie Ostertag an Speer vom gleichen Tag, in: Ebenda.

[146] Abschrift durch den Wehrkreisbeauftragten VII/München des Schreibens des Chefs der Zentralabteilung Selbstverantwortung und Recht beim Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion an Obergruppenführer Kaltenbrunner, Chef der Sicherheitspolizei und

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Arbeitslager entgangen ist, mag letztlich den Wirren des Kriegsendes geschuldet sein; ohne sein auf freundschaftlichen und geschäftlichen Beziehungen beruhendes Netzwerk wäre er aber möglicherweise nicht mit heiler Haut davongekommen.

9. Kriegsende, Nachkriegszeit und Wiederaufbau

Das Kriegsende kam für Otto Meyer am 28. April 1945, als amerikanische Truppen Augsburg besetzten. Wirtschaftsführer wie Meyer hatten bereits seit Langem erkannt, dass der Krieg verloren war; mit Vertrauten hatte er hierüber oft gesprochen. Doch schien es für Meyer keine Alternative gegeben zu haben, wie er im April 1946 an Hanns von Crailsheim schrieb: „Wir beide haben ja oft unter vier Augen über das Kriegsgeschehen gesprochen und waren uns immer klar, dass es kein gutes Ende nehmen kann. Dass der Ausgang so schrecklich für uns würde, konnten wir allerdings nicht ahnen. Hätten wir uns mit unserer Auffassung durchsetzen können, wäre uns vieles erspart geblieben. Ich habe mir schon oft überlegt, was ich hätte tun können, um uns vor diesem Ende zu bewahren. Hätten wir aber etwas unternommen, so wären wir wohl heute nicht mehr unter den Lebenden.“[147]

Allerdings war es für Meyer auch eine patriotische Selbstverständlichkeit gewesen, sein Wissen und seine Fähigkeiten ebenso wie die MAN in den Dienst der Regierung und vor allem ihrer Streitkräfte zu stellen. Patriotismus und Nationalismus waren dabei die eine Seite der Medaille, Gewinnstreben und ökonomischer Erfolg die andere. Diese Gemengelage lässt sich besonders gut am Beispiel Otto Meyers beobachten, der es insbesondere in den ersten Kriegsjahren als vaterländische Pflicht empfand, bestmöglich zur deutschen Rüstung beizutragen. Konflikte mit staatlichen Stellen oder mit der Wehrmacht hatten zumeist wenig damit zu tun, dass man es aus moralischen Gründen abgelehnt hatte, sich und sein Unternehmen in den Dienst des Reichs und seiner Wehrwirtschaft nehmen zu lassen, sondern resultierten aus Reibungen mit der Rüstungsverwaltung und deren ineffektiven Organisationsstrukturen[148] oder aber aus der Sorge vor zu großer Vereinnahmung durch die Wehrmacht und wirtschaftlicher Abhängigkeit von der Rüstung. Letztendlich trugen Unternehmer wie Otto Meyer damit genauso zur Stabilisierung des Dritten Reichs bei wie führende Beamte der NS-Bürokratie:

des SD, Berlin, vom 28. 2. 1945, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1. 3. 3.5, Akt 103. Darin heißt es: „Im Auftrage des Reichsministers Speer bitte ich Sie um Intervention in dieser Sache. Nach dem Wunsch des Ministers soll Otto Meyer auf jeden Fall gehalten werden. Diese Auffassung wird auch durch Gauleiter Wahl und den Vorsitzenden der Rüstungskommission Ostertag geteilt.“

147 Otto Meyer an den MAN-Mitarbeiter von Crailsheim vom 26. 4. 1946, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1. 3. 3.5, Akt 38.

148 Vgl. den Abschnitt Astrid Welcks über Rolf Boehringer im Aufsatz von Petra Bräutigam/Andrea Schuster/Astrid Welck, Drei württembergische Unternehmer während des Nationalsozialismus: Rolf Boehringer, Ernst Stütz, Richard Schweizer, in: Cornelia Rauh-Kühne/Michael Ruck (Hrsg.), Regionale Eliten zwischen Diktatur und Demokratie. Baden und Württemberg 1930–1952, München 1993, S. 221–246, hier S. 233.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

„Nur in einem waren sich fast alle einig. Ihre Pflicht zu tun an dem Platz, an den sie gestellt waren. [...] Sie folgten der Führung, der sie vertrauten, und waren gerade in der Erinnerung an den letzten Weltkrieg entschlossen, daß es an ihnen nicht fehlen sollte."[149]

Am 1. Juli 1945 wurde Otto Meyer auf Veranlassung der amerikanischen Militärbehörden zusammen mit anderen bayerischen Wirtschaftsführern verhaftet. Bei der Aktion wurden innerhalb weniger Tage über 100 Industrielle und Bankiers in Gewahrsam genommen, darunter Otto Seeling, Franz Haniel, Carl Knott von den Siemens-Schuckert-Werken, Otto Strobl von der AEG, Georg Haindl von der gleichnamigen Augsburger Papierfabrik, Edgar Huth von der Bayerischen Vereinsbank und Otto Merker[150]. Otto Meyer befand sich etwa vier Monate in Haft, bis er am 29. Oktober 1945 das Gefängnislazarett verlassen konnte und den Weg in den Hausarrest antrat[151]. Von der Militärregierung in Bayern rehabilitiert, wurde er am 17. Mai 1946 in sein früheres Amt als General Manager für die Werke Augsburg, Nürnberg und Gustavsburg wiedereingesetzt[152]. Der Aufsichtsrat der MAN bestimmte Meyer daraufhin in seiner Sitzung am 2. Juli 1946 zum Vorstandsvorsitzenden mit Alleinvertretungsbefugnis[153].

Die Haft hatte bei Meyer jedoch ihre Spuren hinterlassen. Ärzte bescheinigten ihm im Januar 1947 eine Mitralstenose, extensive Bronchitis und eine daraus resultierende Lungenstauung[154]. Zudem erhielt er trotz zahlreicher Eingaben nicht die Erlaubnis, in die Schweiz zu reisen; auch seiner Frau Stella blieb es noch bis Mai 1947 verwehrt, ihren Mann in Augsburg zu besuchen[155]. Dies bedeutete eine große Belastung für die Eheleute, die sich seit 1943 nicht mehr gesehen hatten[156]. Nicht umsonst schrieb Meyer im September 1946 an seine Frau: „Ich frage mich

149 Hans Kehrl, Krisenmanager im Dritten Reich. 6 Jahre Friede – 6 Jahre Krieg. Erinnerungen, Düsseldorf 1973, S.175, unvollständig zit. bei Hans-Erich Volkmann, Zum Verhältnis von Großwirtschaft und NS-Regime im Zweiten Weltkrieg, in: Karl Dietrich Bracher u. a. (Hrsg.), Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Eine Bilanz, Bonn 1983, S. 480–508, hier S. 493.

150 „Massenverhaftung in Bayern", in: Regensburger Post vom 13. 7. 1945, S. 1.

151 Otto Meyer an Kellermann vom 9. 11. 1945, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1. 3. 3.5, Akt 51; Otto Meyer an den kriegsgefangenen MAN-Mitarbeiter Hanns von Crailsheim vom 26. 4. 1946, in: Ebenda, Akt 38.

152 Chief of Property Control, Office of Military Government for Bavaria, vom 17. 5. 1946, in: Ebenda, Akt 93.

153 Beschluss des Aufsichtsrates vom 2. 7. 1946 sowie Kastl/Falkenroth vom 24. 7. 1946 an Vorstand des Werkes Augsburg, in: MAN-WA Augsburg, Aufsichtsratsschriftwechsel 1946–1948, NL Otto Meyer IIb.

154 Medizinisches Gutachten Dr. Alfons Reisert vom 6. 2. 1947, in: Privatarchiv Lore Meyer.

155 Diverse Korrespondenz Otto Meyers mit Stella Meyer, Direktor Stoffel/Escher-Wyss Ravensburg und Dr.Hohner/Oberbürgermeister von Augsburg zwischen Januar und April 1947, in: Ebenda, private Korrespondenz.

156 Otto Meyer an das Office of Military Government for Bavaria vom 5. 9. 1946, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1. 3. 3.5, Akt 46; Meyer an Reusch vom 7. 10. 1946, in: MAN-WA Augsburg, 1. 2. 1. Nach eigenen Angaben in seinem Meldebogen zur Entnazifizierung war er bis zu seinem Reiseverbot 1943 etwa drei- bis viermal im Jahr in die Schweiz gereist. Anlage zum Meldebogen zum Gesetz zur Befreiung vom Nationalsozialismus, 13. 5. 1946, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1. 3. 3.5, Akt 92.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

immer wieder, warum gerade wir, wo wir doch von den Nazis so viel Böses erlebt haben, jetzt auch wieder leiden müssen unter den Folgen, die die Vergangenheit uns gebracht hat."[157]

Während andere mit der Gegenwart genug zu tun hatten, nahm sich Meyer die Zeit, über die zurückliegenden Jahre und über die Zukunft nachzudenken. In seinem ersten Brief nach Kriegsende an Paul Reusch schrieb er: „Der grausame Krieg ist zu Ende. Ich sehe aber immer mehr, dass die Folgen noch nicht zu übersehen sind und wir noch vor schwerste Aufgaben gestellt werden. Die Männer, die das Geschick Deutschlands nun mehr als 12 Jahre geleitet haben, haben uns in schrecklichem Zustand zurückgelassen."[158]

Noch deutlicher wurde Meyer in den Briefen an seine Frau: „Ich sehe viele, die der Verzweiflung nahe sind. Ich kann nur immer wieder zur Geduld mahnen, denn einmal muss sich auch unser Schicksal wieder wenden. Aber dazu muss man eben Geduld haben. Alle diese Menschen machen den grossen Fehler, dass sie glauben, dass all das, was in den 12 Jahren an Unheil angerichtet wurde, in einem Jahr schon wieder behoben sein könnte. Mit dieser Einstellung kommt man nicht weiter. Ich weiss, dass es lange dauern wird, bis wir die Geltung wieder uns erkämpfen können, von der ich glaube, dass wir sie verdienen. Man darf uns nicht mit den Menschen, die so viel Unglück in die Welt gebracht haben, auf die gleiche Stufe stellen. Es gibt doch viele, die das Unglück längst kommen sahen und die helfen können, die Wunden der Zeit zu heilen. Ich zähle mich zu diesen und lasse mich nicht unterkriegen."[159]

Otto Meyer freute sich zwar, dass die MAN „von amerikanischer Seite dabei gut unterstützt" werde, doch die „Schwierigkeiten, ein Werk aufzubauen und in Gang zu halten wie die MAN, die wieder über 16 000 Arbeiter beschäftigt, sind riesengross, denn es macht unendlich Mühe, für diese Anzahl von Menschen das nötige Material für die Fertigung herbeizuschaffen"[160]. Bereits 1947 erkannte Meyer die Chancen, die sich durch den beginnenden Ost-West-Konflikt für den zügigen Wiederaufbau Deutschlands boten: „Die ganze Welt kommt allmählich immer mehr zu der Einsicht, dass ohne ein geeordnetes [sic!] Deutschland keine Ruhe einkehren wird. Wir sind in der glücklichen Lage, dass wir eingeschachtelt sind zwischen zwei Weltanschauungen, deren Gegensätzlichkeiten mit jedem Tag größer werden. Wenn wir diese Chance erkennen, wird vielleicht der Aufbau bei uns schneller gehen als wir bisher glaubten annehmen zu dürfen. [...] Diese Gespräche [die Meyer mit verschiedenen Personen in der Schweiz führte] haben

[157] Otto Meyer an Stella Meyer vom 9. 9. 1946, in: Privatarchiv Lore Meyer, private Korrespondenz.
[158] Otto Meyer an Reusch vom 18. 5. 1945, in: RWWA-GHH, NL Reusch 4001012010/102.
[159] Otto Meyer an Stella Meyer vom 22. 8. 1946, in: Privatarchiv Lore Meyer, private Korrespondenz.
[160] Otto Meyer an Gräfin van der Straten vom 1. 5. 1947, in: MAN-WA München, 1.0.3.1 ÖAF III.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

mich davon überzeugt, dass die Hasswelle, die über Deutschland lag, sich nun immer mehr dem Osten verlagert [sic!].“[161]

Otto Meyer hatte als Führungskraft im Dritten Reich eine herausgehobene Stellung inne und man kann annehmen, dass auch er mit den Maßnahmen der amerikanischen Besatzungsmacht zur politischen Säuberung konfrontiert wurde. Die Akten hierzu fehlen allerdings. Dagegen wissen wir, dass Meyer sich zu den Entnazifizierungsverfahren anderer äußerte – mit entlastenden Stellungnahmen ebenso wie mit missbilligenden Aussagen. So bezeichnete er beispielsweise den ehemaligen Augsburger NSDAP-Oberbürgermeister Josef Mayr als „hilfsbereiten Idealisten“[162], während er Scharfmacher, die wie Karl-Otto Saur oder auch Otto Merker übermäßigen Druck auf die Wirtschaft ausgeübt hatten, kritisch beurteilte. Gegenüber der Spruchkammer bemerkte er zu Merker, der als Generaldirektor der Magirus-Werke mit der neuen Sektionsbauweise die Fließbandfertigung auf den U-Bootbau übertragen und somit den Herstellungsprozess fundamental verändert hatte: Das „Auftreten des Herrn M. beim Hauptausschuss für Schiffbau war nicht so, wie man es erwarten sollte von einem Herrn, der aus der Wirtschaft kommt, teilweise war es [sic!] diktatorisch und rücksichtslos“[163]. Zwar vermied Otto Meyer nach dem Krieg jeglichen Kontakt zu bestimmen belasteten Personen, doch versuchte er, Hassgefühle zu unterdrücken. „Wir müssen diese Zeit überstehen und dürfen uns nicht mit Hass- und Rachegedanken füttern, sondern wir müssen das Wort eines alten Chinesen beherzigen: ‚Vergelte das Böse durch Güte‘. Die Welt muss einmal sich aus diesen Hassgedanken wieder los machen, wenn sie wirklich eine neue Zeit aufbauen will. Dazu ist es notwendig, dass wir all das, was hinter uns liegt, vergessen.“[164]

Diese Auffassung schätzte nicht die Opfer gering, sondern kritisierte in ähnlicher Weise wie Theodor Heuss die lähmende Haltung, „die über die Selbstzerknirschung nicht hinauskommt, [...] wie die freche Überheblichkeit zerstörerisch war, die die abendländische Ordnung von Wert und Rang zu sprengen suchte und gesprengt hat“[165]. Es ist daher nicht verwunderlich, dass Meyer und Heuss eine herzliche Freundschaft verband, die über Jahrzehnte Bestand hatte[166]. Eine Zusammenarbeit mit Personen, die eine hohe Stellung in der NS-Bürokratie eingenommen hatten und die nun in der Bundesrepublik Fuss fassen wollten, lehnte

[161] Otto Meyer an Kellermann vom 24. 9. 1947, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1. 3. 3.5, Akt 51.

[162] Erklärung Otto Meyer vom 23. 4. 1947, in: Ebenda, Akt 92. Zum Entnazifizierungsverfahren Meyers vgl. ausführlich Bernhard Gotto, Nationalsozialistische Kommunalpolitik. Administrative Normalität und Systemstabilisierung durch die Augsburger Stadtverwaltung 1933–1945, München 2006, S. 399–404.

[163] Meyer an Spruchkammer Ulm vom 4. 12. 1947, in: MAN-WA Augsburg, NL Otto Meyer, 1. 3. 3.5, Akt 92. Zu Otto Merker vgl. Guntram Schulze-Wegener, Die deutsche Kriegsmarinerüstung 1942–1945, Hamburg/Berlin/Bonn 1997, S. 131.

[164] Otto Meyer an seinen Sohn vom 26. 4. 1946, in: Privatarchiv Lore Meyer, private Korrespondenz.

[165] Hans-Heinrich Welchert, Theodor Heuss. Ein Lebensbild, Bonn 1953, S. 137.

[166] Theodor Heuss an Otto Meyer vom 14. 2. 1961, beginnend mit „Verehrter lieber Freund“, in: MAN-WA Augsburg, 1. 2. 1., Nr. 25.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

er dagegen ab. Meyer weigerte sich beispielsweise für die MAN, dem Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten (VDMA) beizutreten, solange Karl Lange den Vorsitz innehatte, der vor 1945 als einer der führenden Männer des Rüstungsministeriums agiert hatte[167]. Und als sich der ehemalige Hauptdienststellenleiter Karl Otto Saur bemühte, Geschäftsbeziehungen zur MAN aufzubauen und seine angeblichen Bemühungen für Menschen herausstellte, „denen in der Vergangenheit bitteres Unrecht geschah und die damals härtesten Verfolgungen ausgesetzt waren"[168], lehnte Meyer energisch jeden Kontakt ab. Meyer erinnerte Saur daran, „was meine Firma und ich mit Ihnen in der Vergangenheit erleben mußten. Für meine Einstellung ist bestimmend der Schaden, den durch Ihr politisches und moralisches Verhalten das deutsche Volk in der Nazizeit erlitt."[169] Seiner persönlichen Verantwortung war sich Otto Meyer gleichwohl durchaus bewusst. „Wir müssen dafür büssen, was wir in der Welt angerichtet haben. Tun wir das, dann wird uns auch einmal Gerechtigkeit widerfahren. Deutschland wird einen schweren und harten Kampf führen müssen, um wieder in die Völkergemeinschaft aufgenommen zu werden. Ich bin Optimist und glaube an eine Wiedergeburt, wenn wir ehrlichen Willens sind, das wieder gut zu machen, was wir verschuldet haben."[170]

In den Briefen an seine Familie findet sich jedoch kein Wort über persönliche Schuld, vielmehr überwiegt der bittere Gedanke an die erzwungene Trennung von seiner Frau und den beiden Kindern und seine Behandlung durch die Nationalsozialisten[171].

Meyer sah also die Zukunft Deutschlands wie die seines Unternehmens trotz allem positiv. Wenn er an die erfolgreiche Entwicklung der MAN glaubte, so war ihm ihr Gewinn ebenso wichtig wie die gesellschaftliche Funktion. Dabei ging er nach wie vor vom Leitbild des Privateigentums aus, das für ihn einen Wert an sich darstellte und zu dessen Schutz er sich als leitender Angestellter berufen fühlte[172]. Mit Vorstellungen von Sozialisierung oder gar Enteignung, wie sie nach 1945 nicht nur bei Kommunisten und Sozialdemokraten diskutiert wurden, konnte Meyer dagegen noch immer herzlich wenig anfangen[173].

Auch aus dieser Überzeugung heraus war es für Meyer selbstverständlich, sich für den Wiederaufbau des Gemeinwesens einzusetzen. Nach entsprechender Vorbereitung gründete er 1947 gemeinsam mit Alexander Rodenstock und Eugen

[167] Abschrift Dr. Wolfer/Verwaltungsrat Sulzer Schweiz an Otto Meyer vom 29. 8. 1949 sowie Otto Meyer an Vorstandsmitglieder MAN vom 27. 7. 1949, in: RWWA-GHH, NL Reusch 4001012010/103.

[168] Saur an Otto Meyer vom 10. 1. 1950 (Zitat) sowie vom 12. 10. 1949, in: Ebenda.

[169] Otto Meyer an Saur vom 30. 11. 1949, in: Ebenda.

[170] Otto Meyer an seine Tochter Ina vom 5. 6. 1946, in: Privatarchiv Lore Meyer, private Korrespondenz.

[171] Otto Meyer an seine Tochter Ina vom 27. 4. 1946, in: Ebenda.

[172] Vgl. auch Heinz Hartmann, Authority and Organization in German Management, Princeton/NJ. 1959, S. 27 u. S. 269 f.

[173] Vgl. eine Episode aus dem Jahr 1954: Schreiben Otto Meyers an Innenminister Wilhelm Hoegner vom 24. 8. 1954, in Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (künftig: BayHStA), Abt.V NL Ehard, Nr. 1328.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Bunzl den Arbeitgeberverband „Verein der Bayerischen Metallindustrie“ (VBM), dessen Vorsitz er zwischen 1948 und 1962 innehatte[174]. Neben dem unternehmerischem Engagement, das Meyer mit Rodenstock verband, war es vor allem ein ähnliches Schicksal, das beide während der Zeit des Nationalsozialismus erleben mussten. Wie Stella Meyer war Rodenstocks Frau als konvertierte Jüdin von den Nürnberger Rassegesetzen betroffen gewesen. Sein Sohn Rolf geriet in den letzten Kriegswochen noch in Gestapo-Haft[175].

Während die amerikanische Militärregierung dem VBM keine Steine in den Weg legte, verbot sie am 1. Oktober 1947 die Arbeitsgemeinschaft der Bayerischen Arbeitgeberverbände. Meyer versuchte dennoch, die Aktivitäten der einzelnen Arbeitgeberorganisationen im Freistaat zu koordinieren: „Wir können uns also nur zusammensetzen, um zu beraten, was in der Zukunft geschehen soll, wenn es einmal gestattet ist, daß sich die Arbeitgeberorganisationen zu einer Spitze zusammenschließen.“[176] Dabei wollte er die Souveränität der einzelnen Mitgliedsverbände wahren und widersetzte sich einem zentralistischen Verbandssystem[177]. Als Vorsitzender einer Bürogemeinschaft der Arbeitgebervereinigungen war Meyer maßgeblich an der Gründung der „Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern“ (VAB) beteiligt, als deren Vorsitzender er zwischen 1949 und 1962 fungierte. Im März 1951 wurde er zudem in das Präsidium des Landesverbands der Bayerischen Industrie (LBI) gewählt, obwohl seine Kandidatur nicht unumstritten war[178].

Anders als der Präsident des LBI, Otto Seeling, der gegenüber den Gewerkschaften eine harte Linie zu vertreten suchte und die Mitbestimmung heftig bekämpfte, förderte Meyer die Idee der Sozialpartnerschaft, ohne aber den Unternehmerstandpunkt zu vergessen. Diesen auf Ausgleich zielenden Kurs vertrat er konsequent und wollte sogar 1954 während des mit harten Bandagen ausgefochtenen Streiks in der bayerischen Metallindustrie den Gesprächsfaden mit den Gewerkschaften nicht abreißen lassen[179]. Im Bayerischen Rundfunk vertrat er diese

[174] Neue Deutsche Biographie, Bd. 17, S. 367.

[175] Vgl. Eva Moser, Unternehmer in Bayern. Der Landesverband der Bayerischen Industrie und sein Präsidium 1948–1978, in: Thomas Schlemmer/Hans Woller (Hrsg.), Bayern im Bund, Bd. 2: Gesellschaft im Wandel 1949 bis 1973, München 2002, S. 25–86, hier S. 62. Vgl. auch Schreiben LBI an Mitglieder des Präsidiums des LBI vom 2. 4. 1951, in: Bayerisches Wirtschaftsarchiv (künftig: BWA), V10/7.

[176] Bürogemeinschaft der Arbeitgebervereinigungen, Protokoll der Sitzung der Vertreter von Arbeitgeberverbänden vom 14. 10. 1947, S. 2, in: BWA, V2/102.

[177] Bürogemeinschaft der Arbeitgebervereinigungen, Protokoll der Sitzung des vorläufigen Ausschusses vom 22. 4. 1948, S. 2, in: BWA, V2/105.

[178] Vgl. Neue Deutsche Biographie, Bd. 17, S. 367. Zum Konflikt zwischen Otto Meyer und Everhard Bungartz vgl. Moser, Unternehmer in Bayern, in: Schlemmer/Woller (Hrsg.), Bayern, S. 37; Besprechungsvermerk des Landesausschusses mit Bungartz vom 14. 3. 1950, in: BWA, V10/1; Schreiben Seelings an LBI vom 8. 8. 1950, in: BWA, V10/5; Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses des LBI vom 30. 3. 1951, und Schreiben Seeling an Bender/Geschäftsstelle LBI vom 13. 4. 1951, beides in: BWA, V10/7.

[179] Vgl. Moser, Unternehmer in Bayern, in: Schlemmer/Woller (Hrsg.), Bayern, S. 56. Zu Seelings Ablehnung der Gewerkschaften vgl. z. B. Niederschrift der Präsidiumssitzung des LBI

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Auffassung auch öffentlich, kritisierte aber zugleich überzogene Lohnforderungen der IG Metall und erklärte, „dass zur Sicherung der sozialen Autonomie und zur Erreichung einer echten Partnerschaft der Gedanke der freiwilligen Schiedgerichtsbarkeit [sic!] auch bei uns verwirklicht werden muss“[180]. Der bayerische Wirtschaftsminister Hanns Seidel (CSU) schätzte Meyer wegen seiner „so eindeutigen sozialen Haltung“[181].

Streik lehnte Meyer ebenso wie Aussperrung als Mittel lohnpolitischer Auseinandersetzung grundsätzlich ab. Zudem war er davon überzeugt, dass der Staat sich auf sozialpolitische Rahmengesetzgebung beschränken sollte[182]. Die eigenverantwortliche Regelung der Beziehung von Arbeitgebern und Gewerkschaften würde seiner Überzeugung nach zu einer gerechten Verteilung des Sozialprodukts und zu einer möglichst hohen volkswirtschaftlichen Leistung führen. Auf der Jahresmitgliederversammlung der VAB 1953 in München gab er bereits seinem Grundverständnis Ausdruck, dass „[s]ozialpolitische Verantwortung verpflichtet“, es sei „ein Zeichen von Schwäche, wenn wir unsere Belange nicht unter uns lösen wollen oder können“[183].

Freilich war Meyer damit auch weit entfernt von der gewerkschaftlichen Mitbestimmung, wie sie zeitgleich in der Montanindustrie etabliert wurde. Allerdings nahm Meyer eine fortschrittlichere Position ein als viele andere Industrielle. Der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) etwa wollte den Gewerkschaften keinesfalls mehr Macht einräumen, sondern blockierte „jegliche Bemühungen, Plattformen für den sozialpartnerschaftlichen Ausgleich […] zu errichten“[184]. Für BDI-Präsident Fritz Berg blieben Gewerkschafter stets Sozialisten, und GHH-Vorstand und BDI-Präsidiumsmitglied Hermann Reusch bezeichnete 1955 die paritätische Mitbestimmung als „Ergebnis einer brutalen Erpressung durch die Gewerkschaften“[185]. Gerade Hermann Reusch galt als Inbegriff der Unternehmermacht an der Ruhr und war mit seiner gewerkschaftsfeindlichen Haltung insbesondere in Fragen der Mitbestimmung zum roten Tuch für die Arbeitnehmerver-

am 28. 8. 1951, in: BWA, V10/8 oder Niederschrift Hauptausschusssitzung des Landesausschusses der Bayerischen Industrie vom 10. 1. 1950, S. 7, in: BWA, V10/1.

180 Redeabdruck Otto Meyer: „Politik aus erster Hand“, Bayerischer Rundfunk, 15. 9. 1954, S. 4, in: BayHStA, Abt.V NL Ehard, Nr.1328.

181 Seidel an Otto Meyer vom 11. 8. 1954, in: Archiv für Christlich-Soziale Politik, NL Hanns Seidel, Nr.32/1954.

182 Zugleich war Meyer sehr darauf bedacht, die Handlungsfreiheit der Industrie in wirtschaftspolitischen Fragen zu wahren. Als Präsidiumsmitglied des LBI lehnte er den von Bundeskanzler Konrad Adenauer vorgeschlagenen wirtschaftlichen Beirat strikt ab, da die Wirtschaft „über die Art, wie sie sich vertreten lassen wolle, allein zu bestimmen“ habe. Niederschrift über die Sitzung des Präsidiums des LBI vom 28. 8. 1951, in: BWA, V10/8.

183 Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern/Landesverband der Bayerischen Industrie/Verein der Bayerischen Metallindustrie (Hrsg.), Ein dynamisches Leben. Otto Meyer zum 75. Geburtstag, München 1957, S. 28, in: BWA, S113/22.

184 Volker Berghahn, Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik, Frankfurt a.M. 1985, S. 242.

185 Ebenda, S. 243. 1947 war Hermann Reusch (Sohn von Paul Reusch) lediglich bereit, eine gewisse „Mitwirkung“ zu konzedieren.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

treter geworden[186]. Meyer befand sich somit zwar im schroffen Gegensatz zum BDI, aber auf einer Linie mit Hans-Constantin Paulssen, der seit 1954 als Vorstand der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ebenfalls führend an der Ausgestaltung der Beziehungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen beteiligt war und auch die Idee eines „Runden Tischs" aufbrachte[187].

Für die MAN stellte Meyer 1953 nochmals entscheidende Weichen, als er die wirtschaftliche Bedeutung des Lastwagenverkehrs für den Wiederaufbau richtig einschätzte. Als sich die amerikanischen Streitkräfte entschlossen, ihre zentralen Instandsetzungswerkstätten in München-Allach aufzugeben, sah Meyer die Gelegenheit, die Nutzfahrzeugsparte seines Unternehmens durch eine weitere Produktionsstätte strategisch zu erweitern. Im April 1955 kaufte die MAN die Hallen, die den Bayerischen Motorenwerken bis 1945 als Flugmotorenwerk gedient hatten. Die neue Lastkraftwagenfabrik der MAN hatte die vierfache Kapazität des Nürnberger Werks, dessen Produktion innerhalb weniger Monate nach München verlagert wurde. Trotz einer kurz darauf einsetzenden Absatzkrise hielt Meyer energisch an München-Allach fest. Wenige Jahre später war das Werk bereits voll ausgelastet[188].

Zum 31. Dezember 1954 gab Otto Meyer den Vorstandvorsitz der MAN ab und wechselte am 1. Januar 1955 in den Aufsichtsrat des Unternehmens, dem er bis Januar 1965 angehörte[189]. Als Mitglied oder Vorsitzender in den Aufsichtsräten der Linde AG in Wiesbaden, der Münchner Pschorrbräu oder der Wieland-Werke in Ulm verfügte er über großen Einfluss auf die süddeutsche Wirtschaft. Zugleich lagen ihm Kunst und Kultur am Herzen. So war er Mitglied im Verwaltungsrat des Germanischen National-Museums in Nürnberg und Schirmherr des Vereins der Freunde des Augsburger Stadttheaters[190]. Am wichtigsten aber war vielleicht sein Einsatz für das schwer zerstörte Deutsche Museum in München, dessen Wiederaufbau er – seit 1953 – tatkräftig vorantrieb. Nicht zuletzt durch seine Kontakte gelang es ihm, Spendengelder in Millionenhöhe aufzubringen. Kurz vor dem Ende seiner Tätigkeit für das Deutsche Museum gründete er 1963 mit Oskar von Miller das Institut für die Geschichte der exakten Naturwissenschaften und der Technik. Sein Wirken honorierte 1952 die Stadt Augsburg mit der Ehrenbürgerwürde. Vier Jahre später erhielt er diese von der Gemeinde Zirgesheim bei Donauwörth und schließlich 1962 von seiner Geburtsstadt Regensburg. Neben zahl-

186 Anlässlich der Beratungen zur Besetzung der Stahlkommission 1948 beschreibt in dieser Weise der Vorsitzende der Metallgewerkschaft, Walter Freitag, Reusch „like a red rag to a bull as regards the working classes." Besprechungsprotokoll zwischen Bi-Partite Control Office, OMGUS, Gewerkschaften u. a. vom 27. 5. 1948, S. 3, in: National Archives Kew, FO/051/426, C442901.

187 Berghahn, Unternehmer und Politik, S. 240.

188 Vgl. Bähr/Banken/Flemming, MAN, S. 384 f.

189 Aktennotiz sowie Personalbogen Otto Meyer, in: MAN-WA Augsburg, 1. 2. 1.

190 Auflistung im Personalakt Otto Meyers, in: Ebenda.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

reichen Ehrungen und Auszeichnungen wurden ihm 1949 die Ehrendoktorwürde der TH München sowie 1953 das Große Bundesverdienstkreuz verliehen[191].

Otto Meyer hatte sich nicht nur große Verdienste um das kulturelle Leben nach dem Krieg, den wirtschaftlichen Wiederaufbau der deutschen Industrie und die Reorganisation des Verbandswesens erworben; mit ihm an der Spitze der MAN wurde auch die Kontinuität der Unternehmensführung von der Zwischenkriegszeit bis in die Bundesrepublik gewahrt. Nach dem Krieg nutzte er seine Position als Vorstandsvorsitzender eines der größten bayerischen Industrieunternehmen sogar noch mehr für gesellschaftliche Belange, als er dies als Führungskraft in der Weimarer Republik getan hatte. Auch wenn sich seine Grundüberzeugungen wenig veränderten, so war für ihn das Dritte Reich eine schreckliche Periode der deutschen Geschichte, über die nicht einfach hinweggegangen werden konnte. Er war aber davon überzeugt, die MAN moralisch anständig durch die NS-Zeit gelenkt zu haben, wie er 1946 an seine Frau schrieb: „Trotz der Widerwärtigkeiten, die wir von den Nazis erfahren haben, möchte ich aber doch vermeiden, an Hass oder gar an Rache zu denken. [...] Kein Mensch versteht natürlich hier [bei den amerikanischen Besatzungsbehörden, die seinen Antrag auf ein Ausreisevisum für die Schweiz bearbeiteten], dass gerade ich unter den Kriegsfolgen so zu leiden hatte, nachdem ich doch bekannt war als ein Gegner der Naziregierung. Aber Einzelschicksale spielen bei einem so grossen Geschehen keine Rolle. Das deutsche Volk muss sich nun anstrengen, das wieder gut zu machen[,] was es in der Welt angerichtet hat. Das geht nicht dadurch, dass man verzweifelt und sich über sein Schicksal beklagt."[192]

O.M., wie er von vielen Mitarbeitern respektvoll genannt wurde, verstarb am 25. Juni 1969 in Augsburg[193].

[191] Vgl. Neue Deutsche Biographie, Bd. 17, S. 367 f.
[192] Otto Meyer an Stella Meyer vom 4. 4. 1946, in: Privatarchiv Lore Meyer, private Korrespondenz.
[193] Vgl. auch Augsburger Allgemeine Zeitung vom 28./29. 8. 1982: „Mensch Meyer" zu seinem 100. Geburtstag.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

„Keine Ausschließeritis mehr", sagte die Generalsekretärin der SPD im November 2013. Ihre Partei sei in vier Jahren für eine Koalition mit der Linkspartei bereit. Damit nähert sich ein Grundsatzstreit seinem Ende, der die Sozialdemokratie seit dem Mauerfall in Atem hielt. Thorsten Holzhauser, Historiker aus Mainz, analysiert die kontroverse Debatte in der SPD-Führung über den Umgang mit der SED-Nachfolgepartei vor 2000. Er zeigt dabei auf der Basis neuer Quellen, dass sich in dieser Frage nicht einfach ost- und westdeutsche Genossen gegenüberstanden. Die Differenzen gingen quer durch die Partei, und sie betrafen einen ganz wunden Punkt: die alte antikommunistische Tradition der SPD, die in den Augen vieler Sozialdemokraten gewahrt werden sollte, während sie von jenen angefochten wurde, die sich neue Machtoptionen davon versprachen.

Thorsten Holzhauser

„Niemals mit der PDS"?

Zum Umgang der SPD mit der SED-Nachfolgepartei zwischen Ausgrenzungs- und Integrationsstrategie (1990–1998)

Als die noch junge ostdeutsche Sozialdemokratie im Frühjahr 1990 in den ersten und letzten freien Volkskammerwahlkampf der DDR zog, um die 40-jährige Herrschaft der SED zu beenden, legte sie sich auf eine zentrale Koalitionsaussage fest: „Niemals" werde die SPD eine Koalition mit der PDS eingehen[1] – jener Partei also, die kurz zuvor aus der früheren Staatspartei hervorgegangen war und mit Hans Modrow noch immer den Regierungschef stellte. Acht Jahre und einige heftige Auseinandersetzungen später wurde der mecklenburg-vorpommersche SPD-Vorsitzende Harald Ringstorff mit den Stimmen von SPD und PDS zum ersten ostdeutschen Ministerpräsidenten an der Spitze einer rot-roten Koalitionsregierung gewählt.

Wenn Ringstorff damals betonte, mit der Bildung seiner Landesregierung lediglich ein „Stück Normalität"[2] vollzogen zu haben, so konnte er sich sicher sein, dass dies von vielen innerhalb und außerhalb seiner Partei ganz anders gesehen wurde. Noch lange nach der Wiedervereinigung stellte die Frage des Umgangs mit der Nachfolgepartei der SED für die Sozialdemokraten eine besondere Herausforderung dar. Einerseits verband die beiden Parteien eine wechselvolle und zumal für Sozialdemokraten schmerzhafte Geschichte. Diese reicht bis in den Ersten Weltkrieg zurück und wurde vor allem durch die sogenannte „Zwangsvereini-

[1] Ja zur deutschen Einheit – eine Chance für Europa. Wahlprogramm der SPD zum ersten frei gewählten Parlament der DDR, in: Gero Neugebauer/Bernd Niedbalski (Hrsg.), Die SDP/SPD in der DDR 1989–1990. Aus der Bürgerbewegung in die gesamtdeutsche Sozialdemokratie. Text, Chronik und Dokumentation, Berlin 1992, Dok. 9, hier S. 14.

[2] „In Ostdeutschland muß man manches anders machen". Interview mit Harald Ringstorff, in: Süddeutsche Zeitung vom 9. 11. 1998.

VfZ 2/2014 © Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH 2014 DOI 10.1515/vfzg-2014-0014

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

gung“ des Jahres 1946 und massive Verfolgungen von Sozialdemokraten in Ostdeutschland dauerhaft belastet. Andererseits aber spiegelte sich im Verhältnis zur PDS die gesamtgesellschaftliche Streitfrage wider, wie nach dem Ende der DDR mit dem Erbe der dortigen sozialistischen Herrschaft umzugehen sei – ein Problem, das die politische Geschichte Deutschlands in den neunziger Jahren wesentlich prägte und noch heute nicht zur Ruhe gekommen ist.

Das letzte Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts erfährt in der deutschen Zeitgeschichtsforschung neuerdings zunehmende Aufmerksamkeit[3]. Vor allem der Prozess der gesellschaftlichen Wiedervereinigung und des demokratisch-marktwirtschaftlichen Wandels in Ostdeutschland sind häufig thematisiert worden. Die Entwicklung der Parteibeziehungen hingegen gehörte bisher nicht zu den historischen Forschungsschwerpunkten, obwohl dem Mauerfall gerade in diesem Bereich wesentliche Veränderungen folgten, die bis heute nachwirken: Etwa zeitgleich entstanden im östlichen Teil Deutschlands ein Wettbewerb neuer demokratischer Parteien und auf Bundesebene ein pluralistisches Fünfparteiensystem. Damit wiederum eröffneten sich bis dahin ungekannte Möglichkeiten politischer Kooperation und Muster politischer Konkurrenz.

Von den neuen Wettbewerbsstrukturen besonders betroffen waren die Sozialdemokraten, da mit der PDS nicht nur ein zusätzlicher Konkurrent, sondern auch ein potenzieller Bündnispartner auf die politische Bühne trat. Die PDS stellte die Sozialdemokratie vor die Alternative, sie als politisch-moralisch belastete Konkurrenzpartei auszugrenzen oder sie zu integrieren und sich so eine zusätzliche Macht- und Gestaltungsoption linker Regierungsbündnisse zu schaffen. Die Entscheidung zwischen einer „Ausgrenzungs-Strategie“[4] und einer „Integrationsstrategie“[5] mündete in eine interne Auseinandersetzung, die die Partei in zwei nahezu unversöhnliche Lager spaltete.

Die Strategiediskussionen der SPD[6] waren bereits in den neunziger Jahren Gegenstand zahlreicher publizistischer und politikwissenschaftlicher Analysen. Während sie dort aber oftmals unter stark normativen Gesichtspunkten behan-

[3] Vgl. grundlegend Manfred Görtemaker, Die Berliner Republik. Wiedervereinigung und Neuorientierung, Berlin 2009; Eckart Conze, Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009; Andreas Wirsching, Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, München 2012; Edgar Wolfrum, Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998–2005, München 2013.

[4] Joachim Raschke, SPD und PDS. Selbstblockade oder Opposition?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 39 (1994), S. 1453–1464, Zitat S. 1457.

[5] So Gerhard Schröder, in: Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (künftig: AdsD), SPD-Parteivorstand, Protokoll der Präsidiumssitzung am 27. 6. 1994; vgl. auch „Die Magdeburger Koalitionspläne sorgen für Unruhe in der Bonner SPD-Fraktion“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. 6. 1994.

[6] Unter Strategie soll in Anlehnung an den Politikwissenschaftler Joachim Raschke ein politisches Handlungskonzept verstanden werden, das auf situationsübergreifenden und erfolgsorientierten Kalkulierungen von Zielen, Mitteln und Umweltbedingungen basiert. Vgl. Joachim Raschke, Politische Strategie. Überlegungen zu einem politischen und politologischen Konzept, in: Frank Nullmeier / Thomas Saretzki (Hrsg.), Jenseits des Regierungsalltags. Strategiefähigkeit politischer Parteien, Frankfurt a. M. / New York 2002, S. 207–241.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

delt und entsprechend einseitig kommentiert wurden[7], erlauben nun die größere zeitliche Distanz und die erstmalige Berücksichtigung von Archivquellen des SPD-Parteivorstands und anderer Parteigremien eine kritische historische Rekonstruktion der unterschiedlichen Argumente und Beweggründe. Zudem kann ein Blick auf die Geschichte des Umgangs der Sozialdemokratie mit dem Kommunismus eine erweiterte Perspektive auf die Auseinandersetzungen in der SPD eröffnen. Am Beispiel einiger grundsätzlicher Entscheidungen in den Jahren 1990–1998 soll erklärt werden, warum es der Partei zu keiner Zeit gelang, sich in der PDS-Frage auf eine kohärente und von allen mitgetragene Strategie zu einigen.

Dialogpolitik oder „Konsens aller Demokraten"?

Das Nebeneinander einer gemäßigten und einer radikaleren Linken bildet seit der Oktoberrevolution 1917 ein Grundmuster vieler europäischer Parteiensysteme. Auch in Deutschland prägte seit der Weimarer Republik die erbitterte Gegnerschaft zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten die politische Landschaft. Während die Sozialdemokratie in der sozialen Frage den Weg parlamentarischer Demokratie zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft einschlug und mit bürgerlichen Parteien zusammenarbeitete, lehnten die Kommunisten die bürgerliche Demokratie ab und strebten stattdessen die Diktatur des Proletariats an. Vor 1933 kam es daher zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten, die die Weimarer Republik maßgeblich mittrugen, und den Kommunisten, die zu ihren entschiedensten Gegnern gehörten und die Sozialdemokratie – die „Sozialfaschisten" – als Hauptfeind betrachteten.

Die Abgrenzung von den „kommunistischen Irrlehren"[8] gehörte auch nach dem Zweiten Weltkrieg zu den wesentlichen Leitsätzen der SPD. Noch im Abgrenzungsbeschluss der SPD aus dem Jahr 1971 unterstrich sie die Frontstellung „Freiheitliche Demokratie auf der einen, kommunistische Parteidiktatur auf der anderen Seite"[9]. Die Teilung Deutschlands hatte jedoch die Rahmenbedingungen „rot-roter" Auseinandersetzungen grundlegend geändert. Während die SED in Ostdeutschland ein Machtmonopol errichtet hatte, waren die Kommunisten in der Bundesrepublik erfolgreich von der politischen Bildfläche verdrängt worden. Im innenpolitischen Bereich verlor der Wettbewerb zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten daher über Jahrzehnte hinweg an Bedeutung.

Außen- und deutschlandpolitisch hingegen begann die SPD nach dem Machtverlust 1982 in einer „Zweite[n] Phase der Ostpolitik"[10], die DDR-Staatspartei in

[7] Vgl. stellvertretend für die gegensätzlichen Positionen Eckhard Jesse, SPD and PDS relationships, in: German politics 6 (1997), H. 3, S. 89–102; Raschke, SPD und PDS.

[8] Abgrenzungsbeschluss der SPD, in: Hermann Weber, Das Prinzip Links. Beiträge zur Diskussion des demokratischen Sozialismus in Deutschland 1848–1990. Eine Dokumentation, Dok. 94: Sozialdemokratie und Kommunismus (1971), Berlin 1992, S. 268–276, Zitat S. 276.

[9] Ebenda, S. 269.

[10] Karsten D. Voigt, Schrittweiser Ausstieg aus dem Rüstungswettlauf. Nach dem Berliner Parteitag der SPD, in: Die Neue Gesellschaft 27 (1980), S. 47–51, hier S. 48.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ihre Entspannungsbemühungen einzubeziehen und regelmäßige Kontakte beider Parteien zu etablieren[11]. Höhepunkt dieser Entwicklung war das gemeinsame Dialog-Papier, das am 27. August 1987 von der Grundwertekommission der SPD unter Führung von Erhard Eppler und der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED veröffentlicht wurde. Mit dem Ziel einer „gleichberechtigte[n] Zusammenarbeit zwischen Ost und West zum beiderseitigen Nutzen"[12] entfernte sich die Sozialdemokratie merklich von ihrem traditionellen Antikommunismus. Zu dieser Entwicklung trug auch bei, dass zur gleichen Zeit jüngere Sozialdemokraten und Vertreter der „Neuen Linken" in wichtige Führungspositionen der Partei drängten, die dem Antikommunismus der älteren Genossen mehrheitlich kritisch gegenüberstanden.

Erst durch die Erosion der SED-Herrschaft und die Überwindung der deutschen Teilung im Jahr 1989/90 wurde der Gegensatz zwischen Sozialdemokraten und (Post-)Kommunisten für beide Seiten wieder innenpolitische Realität. Die SED benannte sich zur Jahreswende 1989/90 unter einer neuen Führung in Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) um und suchte die Erneuerung, sie vermied aber einen radikalen Bruch mit der kommunistischen Tradition. Ihr Charakter als janusköpfige Partei zwischen marxistisch-leninistischem Erbe und sozialistischem Reformismus[13] belebte alte Gegensätze im linken Lager, stellte die SPD aber auch vor eine entscheidende Frage: Sollte man den Annäherungskurs fortsetzen oder zur klaren Abgrenzung zurückkehren?

Während sich die bürgerlichen Parteien der Bonner Republik im Jahr 1990 den gewandelten Blockparteien der DDR öffneten, schied ein solches Vorgehen gegenüber der SED für die meisten Sozialdemokraten aus mehreren Gründen aus. Erstens hatte die SED in ihren Augen einen, wie Parteichef Hans-Jochen Vogel es nannte, „beispiellosen politischen, aber auch moralischen Zusammenbruch" erlebt[14], der eine Fortführung der Dialogpolitik ausschloss und erst recht eine Allianz mit der bisherigen Staatspartei unmöglich machte. Die Frage des Umgangs mit der SED wurde zunehmend als „Kernfrage unserer weiteren Politik und der Glaubwürdigkeit"[15] angesehen. Zweitens war die Zukunft der Einheitspartei im Winter 1989/90 äußerst ungewiss, sodass SPD-Präsidiumsmitglieder wie

[11] Siehe dazu Timothy Garton Ash, Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent, München/Wien 1993, S. 457–501; Heinrich Potthoff, Die „Koalition der Vernunft". Deutschlandpolitik in den 80er Jahren, München 1995, S. 47–63; Wilfried von Bredow/Rudolf Horst Brocke, Das deutschlandpolitische Konzept der SPD. Darstellung, Hintergründe und Problembereiche der Deutschlandpolitik der SPD Mitte der achtziger Jahre, Erlangen o.J. [1986]; Daniel Friedrich Sturm, Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90, Bonn 2006, S. 55–115.

[12] Wolfgang Brinkel/Jo Rodejohann (Hrsg.), Das SPD:SED-Papier. Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, Freiburg i. Br. 1988, Zitat S. 14.

[13] Vgl. Sigrid Koch-Baumgarten, Postkommunisten im Spagat. Zur Funktion der PDS im Parteiensystem, in: Deutschland-Archiv 30 (1997), S. 864–878.

[14] Zitat Hans-Jochen Vogel auf dem Berliner Parteitag, in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll vom Berliner Programm-Parteitag, Berlin 18.-20. 12. 1989, Bonn [1990], S. 97.

[15] So SPD-Geschäftsführerin Anke Fuchs, in: AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Parteivorstandssitzung am 19. 3. 1990.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Heidemarie Wieczorek-Zeul es sogar für eine „Illusion" hielten zu glauben „daß die SED nach den ersten freien Volkskammerwahlen 1990 überhaupt noch eine Rolle spielen werde"[16].

Dazu kam drittens, dass die West-SPD in dieser Frage bereits wesentlich von der jungen Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP, seit Januar 1990 SPD) beeinflusst wurde, die sich am 7. Oktober 1989 ohne Mitwirkung westlicher Sozialdemokraten gegründet hatte. Die neue Partei um die beiden Pastoren Martin Gutzeit und Markus Meckel sowie dem Programmierer Stephan Hilsberg beanspruchte für sich, das sozialdemokratische Erbe in Ostdeutschland zu repräsentieren, und sah die eigene Existenz als dezidierte „Kampfansage an die SED"[17]. Wollte die West-SPD die ostdeutschen Sozialdemokraten nicht vor den Kopf stoßen, musste sie gegenüber der SED auf Distanz gehen. Im Vergleich zu dieser oder den bürgerlichen Blockparteien boten die wenigen Ost-Sozialdemokraten als Partner zwar keinerlei nennenswerte finanzielle, organisatorische oder personelle Ressourcen. Dafür besaßen sie aber die moralische Glaubwürdigkeit der Oppositionsbewegung in der DDR und wurden im Winter 1989/90, von Umfragen und steigenden Mitgliederzahlen angetrieben, als kommende Kraft in einer demokratisierten DDR gesehen[18].

Den ostdeutschen Sozialdemokraten gelang es daher im Herbst 1989, die verunsicherte und innerlich gespaltene westdeutsche SPD auf einen klaren Abgrenzungskurs gegenüber der taumelnden Staatspartei festzulegen. Bereits vor dem Mauerfall war die Dialogpolitik mit der SED in den eigenen Reihen zunehmend in die Kritik geraten[19]. Aber erst im Dezember 1989 setzte sich in der Parteispitze allmählich die Meinung durch, dass „Vorsicht vor der SED"[20] geboten sei und weitere Kontakte „[a]uf absehbare Zeit" zu unterbleiben hätten[21]. Damit gerieten vor allem jene jüngeren Parteimitglieder in die Minderheit, die die Dialogpolitik der 1980er Jahre maßgeblich unterstützt und verinnerlicht hatten und einer Kurskorrektur daher kritisch gegenüberstanden. Für viele von ihnen wie den Hamburger Bürgermeister Henning Voscherau oder die Juso-Vorsitzende Susi Möbbeck war es schlicht unverständlich, „die Türen" gegenüber der SED/PDS ausgerechnet in

[16] AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Präsidiumssitzung am 10. 12. 1989.

[17] Interview mit Markus Meckel, in: Wolfgang Herzberg/Patrik von zur Mühlen (Hrsg.), Auf den Anfang kommt es an. Sozialdemokratischer Neubeginn in der DDR 1989. Interviews und Analysen, Bonn 1993, S. 119.

[18] Vgl. Wolfgang G. Gibowski, Demokratischer (Neu-)Beginn in der DDR. Dokumentation und Analyse der Wahl vom 18. März 1990, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 21 (1990), H. 1, S. 5–22, hier S. 7 f.

[19] Vgl. Potthoff, „Koalition der Vernunft", S. 60 f. Im März 1989 bereits hatten Eppler und die Grundwertekommission der SPD eine äußerst gemischte Bilanz des Papiers gezogen und die SED öffentlich gewarnt: „Wer den Dialog verweigert, gefährdet auch den nach außen." Grundwertekommission der SPD, Kritische Bilanz zum Dialog SPD/SED, in: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.), Texte zur Deutschlandpolitik, Reihe III, Bd. 7: 4.1.–31.12.1989, Bonn 1990, S. 72 f.

[20] SPD-Parteivorsitzender Hans-Jochen Vogel, in: AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Präsidiumssitzung am 10. 12. 1989.

[21] SPD-Geschäftsführerin Anke Fuchs, in: Ebenda.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

dem Moment „völlig zu schließen“[22], in dem sie sich erstmals um Reformen bemühte[23].

Doch diese Stimmen konnten sich nicht durchsetzen. Auf dem Berliner Programm-Parteitag am 17. Dezember 1989 brach die West-SPD mit dem Kurs der achtziger Jahre und zog einen Schlussstrich unter die Politik des Dialogs „mit der bisherigen Staatspartei SED“. Diese habe zwar „Erleichterungen für die Menschen im geteilten Deutschland erreicht“, zur Abrüstung beigetragen und „geholfen, den Umbruch in der DDR vorzubereiten“. Aber nicht die SED, sondern die ostdeutsche Sozialdemokratische Partei stehe „als einzige Partei in der DDR in der Tradition der deutschen Sozialdemokratie. Sie ist unsere Schwesterpartei“[24]. Den Kritikern in der eigenen Partei wurden zwar weitere Gespräche mit Reformkräften in der SED in Aussicht gestellt[25], die zuvor stark ausgebauten Kontakte zwischen beiden Parteien wurden aber binnen weniger Wochen fast gänzlich abgebrochen – für die parteiinternen Kritiker dieser „Kontaktsperre“[26]-Politik eine „panikartige Überreaktion“, die die Partei zum „Kronzeugen gegen ihre eigene bisherige Haltung“ mache[27]. Öffentliche Auftritte mit Politikern der diskreditierten SED/PDS sollten zukünftig nur noch dann stattfinden, wenn diese als Staatsfunktionäre agierten, Treffen mit dem neuen Parteivorsitzenden Gregor Gysi lehnte der SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel ebenso ab[28] wie die von Gysi anvisierte „Partnerschaft“ beider Parteien[29].

Überall brachen nun wieder alte Wunden im Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten auf. Dabei ging es vor allem um die Deutung der Parteifusion von ostdeutscher SPD und KPD zur SED im Jahr 1946. Dass die PDS „zur Zwangsvereinigung schweige“[30], gehörte in den folgenden Jahren zu den wichtigsten Kritikpunkten der SPD und belastete das Verhältnis von Sozialdemokraten und Postkommunisten schwer. Dabei ging es auch um reale Vermögenswerte, welche die im Osten Deutschlands praktisch mittellose SPD nun von den Sozialisten einforderte[31]. Umgekehrt warf Gregor Gysi der SPD vor, die PDS enteignen und ausschalten zu wollen, „nur um deren Wählerstimmen zu erobern“[32], und wieder-

[22] So Henning Voscherau, in: Ebenda.

[23] Vgl. die Rede der Juso-Vorsitzenden Susi Möbbeck auf dem Berliner Programmparteitag, in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Berliner Programm-Parteitag, S. 148.

[24] AdsD, SPD-Parteivorstand, Beschluß des Parteivorstandes vom 17. 12. 1989.

[25] Ebenda.

[26] „Vogels ‚panikartige Überreaktion‘“. Interview mit Henning Voscherau, in: die tageszeitung vom 16. 12. 1989.

[27] Ebenda.

[28] AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Präsidiumssitzung am 10. 12. 1989.

[29] Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS Partei des demokratischen Sozialismus, 8./9. und 16./17. 12. 1989 – Materialien, Berlin 1990, S. 104.

[30] AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Präsidiumssitzung am 11. 6. 1990.

[31] Vgl. Fabian Peterson, Oppositionsstrategie der SPD-Führung im deutschen Einigungsprozeß 1989/1990. Strategische Ohnmacht durch Selbstblockade?, Hamburg 1990, S. 198 f.; Franz Oswald, The Party That Came Out of the Cold War, Westport Ct./London 2002, S. 96–99.

[32] Gregor Gysi, Haben wir das Recht, historische Chancen ungenutzt zu lassen? Offener Brief des Vorsitzenden der PDS an die SPD in der DDR und BRD, abgedruckt in: Zeitschrift für

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

holte alte Vorwürfe an die SPD, den Kriegskrediten 1914 zugestimmt und die Revolution von 1918/19 verraten zu haben[33].

Der Kurswechsel der West-SPD bestärkte auch die ostdeutschen Sozialdemokraten in ihrer bisherigen Abgrenzungspolitik gegenüber der PDS. Auf dem Leipziger Parteitag (22. bis 25. Februar 1990) schloss die Partei jede Kooperation mit der PDS aus:

> „Der PDS ist allerdings für uns unter keinen Umständen koalitionsfähig. [...] Wir sehen, daß sie sich noch nicht hinreichend erneuert hat. Wir glauben ihr nicht, daß sie während der Fahrt die Reifen wechseln kann. Noch immer betreibt sie die Politik mit der Angst und die Politik der leeren Versprechungen. Wir behaften die PDS als Partei bei ihrer SED-Vergangenheit, nicht jedoch jedes einzelne ihrer Mitglieder. [...] Wir Sozialdemokraten können gegenwärtig nur eine sichere Koalitionsaussage machen: niemals mit der PDS."[34]

Dieses Nebeneinander von „noch nicht" und „niemals" nahm bereits einen grundsätzlichen Widerspruch in der SPD-Strategie der folgenden Jahre vorweg: Einerseits wurde so die Möglichkeit angedeutet, mit einer geläuterten PDS irgendwann einmal zusammenarbeiten zu können, andererseits schloss man eine solche Zusammenarbeit ein für alle Mal aus. Stattdessen beschworen die Sozialdemokraten einen antikommunistischen und antitotalitären „Konsens aller Demokraten"[35] gegen die SED-Nachfolgepartei, der nach den Volkskammerwahlen 1990 seinen sichtbaren Ausdruck in der Großen Koalition unter Lothar de Maizière fand[36].

Der pointierten Frontstellung gegenüber den SED-Nachfolgern räumte nicht nur der Vorstand der Ost-Sozialdemokraten absolute Priorität ein – diese seien als „Gegner", die anderen Parteien dagegen als „Konkurrenten" zu betrachten"[37]. Auch die Geschäftsführerin der West-SPD Anke Fuchs erläuterte im Sommer 1990 die offizielle Strategie der Sozialdemokraten im „normalen Umgang" mit der PDS: Die Partei sei eine „gegnerische Organisation", „die sich zu Lasten der SPD stabilisieren wolle". Deswegen könne es auch „eine Zusammenarbeit mit der PDS nicht geben"[38]. Im Hinblick auf die Landtagswahlen in der DDR im Oktober schloss Parteichef Vogel – nunmehr für die seit September 1990 gesamtdeutsche

sozialistische Politik & Wirtschaft 54 (1990), S 27–29, hier S. 28.

[33] Ebenda.

[34] Ja zur deutschen Einheit, in: Neugebauer/Niedbalski (Hrsg.), Die SDP/SPD in der DDR, Dok. 9, S. 14f.

[35] Ebenda.

[36] Die Koalition wurde wesentlich damit begründet, „Umarmungsversuchen" durch die PDS und einem Überbietungswettbewerb mit dieser in der gemeinsamen Opposition zu entgehen, in: AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Präsidiumssitzung am 2. 4. 1990; AdsD, Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP/SPD Parteivorstand, 2/SDPA000056, Brief von Markus Meckel an alle Mitglieder der SPD vom 21. 4. 1990.

[37] AdsD, Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP/SPD Parteivorstand, 2/SDPA000062, Brief des Vorstands der SPD der DDR an die Bezirksvorstände mit der Bitte um Weiterleitung an die Kreisvorstände, Berlin, 3. 4. 1990.

[38] AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Präsidiumssitzung am 11. 6. 1990.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

SPD – nicht nur ausdrücklich jede „Form der Zusammenarbeit mit der PDS", sondern auch jede „Duldung"[39] aus.

Dahinter stand offensichtlich die Befürchtung, die einstige Staatspartei könne zur ernstzunehmenden Konkurrenz für die Sozialdemokraten im vereinigten Deutschland werden. Nach den Grünen drohte sich binnen weniger Jahre nun noch eine „Linkspartei" als Alternative zur SPD zu formieren[40], die den Weimarer Dualismus zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in der Arbeiterschaft wiederzubeleben schien. Nach der Volkskammerwahl im März 1990 wurden in der SPD-Parteispitze daher Sorgen ob der vermeintlichen Stärke der PDS in der organisierten Arbeiterschaft geäußert: Die „Gewerkschaftsfrage" sei zentral in der Auseinandersetzung mit der PDS[41]. In Wahrheit hatte die PDS in der Wahl aber gerade in diesem Segment der Bevölkerung besonders schlecht abgeschnitten[42], sie entwickelte sich zu keiner Zeit zu einer Arbeiterpartei. In der SPD blieb die Furcht vor Weimarer Verhältnissen aber dennoch virulent.

Auch linke Sozialdemokraten wie Peter von Oertzen betonten nun, eine „Einheitsfront"[43] mit der PDS komme nicht infrage. Dem standen nicht nur historische, sondern auch ideologische Motive entgegen. Zwar bekannte sich die PDS 1990, anders als die KPD in Weimar, grundsätzlich zum demokratisch-bürgerlichen Rechtsstaat, sie vermied aber einen generellen Bruch mit der kommunistischen Tradition[44]. Die Vergangenheit der Partei, aber auch ihre wiederholte Kritik am Parlamentarismus der Bundesrepublik und ihre Forderungen nach einer Ergänzung des Parlamentarismus, etwa durch „Kammern und Runde Tische"[45], schürten in Teilen der SPD immer wieder Zweifel am Demokratieverständnis der Partei[46].

[39] AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Telefonkonferenz des Präsidiums am 8. 10. 1990.

[40] Walter Momper (März 1989 – Januar 1991 Regierender Bürgermeister von Berlin), sah in der PDS eine neue „grün-alternative Linkspartei", die für die SPD „ein großes Problem" darstelle, in: AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Parteivorstandssitzung am 19. 3. 1990.

[41] Ebenda, Zitat Peter von Oertzen; vgl. auch ebenda, Präsidiumssitzung am 2. 4. 1990.

[42] Vgl. Gibowski, Demokratischer (Neu-)Beginn, S. 13 f.

[43] AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Parteivorstandssitzung am 19. 3. 1990, Zitat Peter von Oertzen. Eine Außenseitermeinung vertrat dagegen Egon Bahr, der die Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden suchte. Vgl. Egon Bahr, Zu meiner Zeit, München 1996, S. 559–562; Interview mit Egon Bahr, in: Der Spiegel vom 24. 10. 1994, S. 41–47.

[44] Vgl. Programm Partei des Demokratischen Sozialismus, angenommen auf dem Wahlparteitag der PDS am 25. 2. 1990. o.O. 1990. Darin trat die Partei grundsätzlich für eine sozial-ökologisch gestaltete „Marktwirtschaft" ein (S. 7), berief sich aber u. a. auf Marx, Engels, Lenin und Gramsci (S. 4). Zudem vermied sie einen Bruch mit dem orthodoxen Flügel und duldete unter anderem eine Kommunistische Plattform.

[45] Beschluss des Parteivorstandes vom 29. 11. 1994 als Diskussionsgrundlage für den 4. Parteitag: 10 Thesen zum weiteren Weg der PDS, in: Heinz Beinert (Hrsg.), Die PDS – Phönix oder Asche? Eine Partei auf dem Prüfstand, Berlin 1995, S. 207–220, Zitat S. 214.

[46] Vgl. Richard Schröder, SED, PDS und die Republik, in: Die Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte 43 (1996), S. 912–921, hier v.a. S. 918.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Darüber hinaus fürchteten viele Sozialdemokraten, die PDS könne die „abstrakte Systemdebatte"[47] zwischen Marktwirtschaft und Sozialismus wiederbeleben, die man doch überwunden glaubte. Die Sozialdemokraten hatten sich längst mehrheitlich mit der marktwirtschaftlichen Ordnung arrangiert und vom Ziel der Überwindung des Systems Abstand genommen. Das Ende des real existierenden Sozialismus schien dem Recht zu geben. Die PDS aber verzichtete nicht auf Kritik an der „sogenannte[n] ‚sozialen Marktwirtschaft'" und definierte sich als „antikapitalistische Bewegung" mit dem Ziel der „Veränderung der Eigentumsstrukturen"[48]. Damit stellte sie den marktwirtschaftlichen Konsens der Bundesrepublik in Frage, sie drohte aber auch den Zusammenhalt der Sozialdemokratie zu gefährden, zumal die PDS gezielt Vertreter des sozialistischen Minderheitsflügels der SPD ansprach und als Bündnispartner zu gewinnen suchte[49].

Aufnahme oder Ausschluss ehemaliger SED-Mitglieder?

Nicht zuletzt deswegen lag es im Interesse der Sozialdemokraten, die PDS zu isolieren und zu marginalisieren. Auch dazu sollte der oft beschworene demokratische Konsens gegen die PDS dienen. Dennoch stellte sich die zentrale Frage, wie mit den Millionen ehemaliger SED-Mitglieder und den Angehörigen der Funktionseliten umgegangen werden sollte, denen die Ost-SPD als Partei früherer Oppositioneller naturgemäß distanziert gegenüberstand, von denen sich aber ein nicht geringer Teil sozialdemokratisch orientierte[50].

Die Frage, ob die „so genannten guten Leute in der SED" von den Sozialdemokraten in der DDR aufgenommen werden sollten, hatte die Führung der West-SPD schon im Dezember 1989 angesprochen und einhellig bejaht[51]. Diese Haltung spiegelte nicht nur die Hoffnungen wider, die westliche Sozialdemokraten Jahre lang in die „Reformer" in der SED gesetzt hatten, sondern entsprach auch den anfangs durchaus einladenden Signalen aus der ostdeutschen Sozialdemokratie. Nach der Vorstellung des SDP-Gründers Markus Meckel sollte seine Partei „nicht nur Intellektuelle oder nur Oppositionelle sammeln", sondern „Volkspartei" werden[52]. Meckels Versprechen gemäß, die SDP unterscheide „zwischen der SED und einzelnen SED-Mitgliedern"[53], lud sein Vorstandskollege Steffen Reiche im Herbst

[47] Karsten Voigt, Was ist heute links?, in: Sozialdemokratischer Pressedienst 45/148 vom 6. 8. 1990, hier S. 2.
[48] Wahlprogramm der Linken Liste/PDS zur Bundestagswahl 1990. o.O. 1990, S. 19.
[49] Zum entstehenden Diskurs zwischen PDS und SPD-Linker vgl. Heft 54 (1990) der Zeitschrift für sozialistische Wirtschaft und Politik zum Thema SPD/PDS.
[50] Vgl. „Sozialdemokratische Plattform in der SED-PDS", in: Neues Deutschland vom 9. 1. 1990.
[51] AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Präsidiumssitzung am 10. 12. 1989.
[52] Markus Meckel, Konsequenzen aus den Erfahrungen der Oppositionszeit: Partei oder soziale Bewegung?, in: Dieter Dowe (Hrsg.), Von der Bürgerbewegung zur Partei. Die Gründung der Sozialdemokratie in der DDR. Diskussionsforum im Berliner Reichstag am 7. Oktober 1992. In Zusammenarbeit mit Rainer Eckert, Bonn 1992, S. 53–66, Zitate S. 63.
[53] Vorstand der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (Hrsg.), Protokoll Delegiertenkonferenz der Sozialdemokratischen Partei in der DDR 12.1.-14. 1. 1990, Berlin, Kongreßhalle Alexanderplatz, Berlin 1990, S. 259.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

1989 ausdrücklich alle „Mitglieder der SED, die sozialdemokratisch denken", ein, „Mitglied der Sozialdemokratischen Partei in der DDR [zu] werden"[54].

Die SPD wollte zunächst also nur die SED/PDS als gegnerische Partei ausgrenzen, nicht aber deren gesamte Mitgliedschaft. Die Staatspartei sollte verschwinden, die „guten Leute" sollten zur SDP kommen. Unumstritten war dieses Integrationsangebot jedoch nicht[55]. Die Stimmung kippte rasch, als es im Januar 1990 so schien, als könne die zunehmende Erosion der SED/PDS eine größere Spaltung der Einheitspartei nach sich ziehen und der kleinen ostdeutschen Sozialdemokratie schlagartig einen immensen Mitgliederzuwachs bescheren[56]. Die anfängliche Offenheit wich nun einer verbreiteten Furcht, die Partei könne von ehemaligen SED-Mitgliedern überrannt bzw. unterwandert werden[57]. Auch in den Reihen der Bonner SPD wurden solche Vorbehalte geteilt, sodass Hans-Jochen Vogel den Sozialdemokraten in der DDR ein „gesundes Maß an Zurückhaltung" im Umgang mit ehemaligen SED-Mitgliedern empfahl[58].

Die Folge davon war eine Reihe von Versuchen, die Aufnahme früherer SED-Mitglieder zu begrenzen[59]. Auf dem Höhepunkt dieser Entwicklung beschloss der Leipziger Parteitag Ende Februar schließlich, grundsätzlich keine Ex-Genossen mehr aufzunehmen, die erst nach dem 7. Oktober 1989 aus der SED ausgetreten waren[60]. Damit war die Perspektive der Integration früherer Mitglieder der Staatspartei in die neue Sozialdemokratie hinfällig. Zwar wurde der so genannte „Abschottungsbeschluss"[61] schon bald nach dem enttäuschenden Abschneiden

[54] Steffen Reiche, Neubeginn oder Kollaps, in: Die Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte 36 (1989), S. 1074–1080, Zitat S. 1078.

[55] Vgl. die Diskussion u. a. zwischen Steffen Reiche, Sabine Leger u. a., in: Dowe (Hrsg.), Bürgerbewegung, vor allem S. 27 u. S. 95.

[56] Viel diskutiert wurde der Fall des Dresdner Oberbürgermeisters und stellvertretenden SED/PDS-Vorsitzenden Wolfgang Berghofer, der am 21. 1. 1990 im Westfernsehen seinen Austritt aus der SED-PDS verkündete und seinen geplanten Eintritt in die Ost-SPD signalisierte. Vgl. Tagesschau vom 21. 1. 1990; außerdem „Reformer auf dem Rückzug", in: Der Spiegel vom 29. 1. 1990, S. 20 f.

[57] Vgl. „SPD bietet Berghofer (noch) keinen Posten an", in: die tageszeitung vom 23. 1. 1990. Reinhard Höppner spricht rückblickend von „breite[m] Widerstand" in der Ost-SPD, in: Egon Bahr/Reinhard Höppner, Die SPD und die Linke. Einsichten aus West und Ost, Berlin 2010, S. 59.

[58] AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Präsidiumssitzung am 22. 1. 1990; Anke Fuchs und Hans-Ulrich Klose teilten die Bedenken Johannes Raus, es könne eine „schleichende Unterwanderung der SPD in der DDR" geben, dagegen sprachen sich Gerhard Schröder und Egon Bahr für eine größere Offenheit gegenüber SED-Mitgliedern aus, in: Ebenda.

[59] Am 19. 1. 1990 ging die Partei mit einer Mitteilung an die Presse, in der sie ehemalige SED-Mitglieder, die nach dem 1. 1. 1990 die Partei verlassen hatten, aufforderte, „für mindestens ein Jahr keine Anträge auf Mitgliedschaft in der SPD zu stellen". Mitteilung des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes (ADN) vom 19. 1. 1990.

[60] Vgl. Sturm, Uneinig in die Einheit, S. 189. Diese Beschlusslage wurde im April durch den Ost-SPD-Vorstand nochmals ausdrücklich betont; AdsD, Sozialdemokratische Partei der DDR – SDP/SPD Parteivorstand, 2/SDPA000056, Brief des Vorstands an die Bezirksvorstände mit der Bitte um Weiterleitung an die Kreisvorstände, Berlin, 3. 4. 1990.

[61] Werner Müller/Fred Mrotzek/Johannes Köllner, Die Geschichte der SPD in Mecklenburg und Vorpommern. Mit einem Vorwort von Harald Ringstorff, Bonn 2002, S. 242.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

bei der Volkskammerwahl im März revidiert[62]. Da die für die Mitgliederaufnahme zuständigen Ortsverbände aber oftmals sehr restriktiv urteilten, fanden auch danach kaum ehemalige Mitglieder der Einheitspartei den Weg in die SPD[63].

Bei der Entscheidung gegen die Aufnahme früherer SED-Mitglieder spielten mehrere Gründe zusammen. Die Angst vor einer Unterwanderung durch SED und Staatssicherheit war im oppositionellen Milieu tief verwurzelt. Hinzu kamen Behauptungen der CDU im Volkskammerwahlkampf, die SPD diene als Auffangbecken für ehemalige SED-Mitglieder[64], was bei vielen Sozialdemokraten das Bedürfnis verstärkte, sich noch stärker von der SED abzugrenzen[65]. Mancher Ost-Sozialdemokrat erblickte zudem in den ehemaligen SED-Mitgliedern „eine Konkurrenz für die eigene Karriere"[66].

Aber auch programmatisch bestanden enorme Vorbehalte gegenüber den sozialistischen „SED-Ideologen"[67], vor allem unter den stärker marktwirtschaftlich orientierten Parteigründern Meckel, Gutzeit und Hilsberg. Während sich Vertreter der so genannten sozialdemokratischen Plattform in der SED/PDS mit Marx, Engels, Bernstein, Kautsky und Rosa Luxemburg explizit auf eine historisch-sozialistische Tradition und auf das Ideal des demokratischen Sozialismus beriefen[68], stritten die SDP-Gründer explizit für eine „ökologisch orientierte soziale Marktwirtschaft"[69], sie favorisierten die „soziale Demokratie" der Nachkriegs-SPD, nicht den „demokratische[n] Sozialismus der PDS"[70].

Am schwersten wog jedoch, dass die ursprüngliche politische Motivation der SDP-Gründer in der DDR-Opposition gerade darin gelegen hatte, die Staatspartei zu bekämpfen. Jede Öffnung gegenüber SED-Mitgliedern stellte daher für sie eine unzumutbare „Verfremdung" ihres politischen Werks dar[71]. Dementsprechend suchten sie auch ihre einstigen Feinde von der eigenen Partei fernzuhal-

[62] Die Partei kehrte auf dem Hallenser Parteitag im Juni 1990 zur Einzelfall-Entscheidung zurück. Vgl. Von der Bürgerbewegung zur Parteigründung. Zeitzeugengespräch I mit Marianne Birthler und Markus Meckel, Moderation Hermann Weber, in: Bernd Faulenbach/Heinrich Potthoff (Hrsg.), Die deutsche Sozialdemokratie und die Umwälzung 1989/90, Essen 2001, S. 15–28, hier S. 28; Sturm, Uneinig in die Einheit, S. 190; Müller/Mrotzek/Köllner, SPD in Mecklenburg-Vorpommern, S. 242.

[63] Vgl. Zeitzeugengespräch I, Bericht Markus Meckels über „intensive Befragungen", in: Faulenbach/Potthoff (Hrsg.), Sozialdemokratie, S. 28; Schröder, SED, PDS und die Republik, S. 912–921, hier S. 912.

[64] Vgl. „Mit dem Teufel marschiert", in: Der Spiegel vom 5. 3. 1990, S. 18 f.; Ute Schmidt, Von der Blockpartei zur Volkspartei? Die Ost-CDU im Umbruch 1989–1994, Opladen 1997, S. 101.

[65] Vgl. Zeitzeugengespräch I, Meckel, in: Faulenbach/Potthoff (Hrsg.), Sozialdemokratie, S. 27.

[66] Interview von Wolfgang Herzberg und Patrik von zur Mühlen mit Stephan Hilsberg, Berlin, 25. Juni 1993, in: Herzberg/von zur Mühlen (Hrsg.), Anfang, S. 134–157, Zitat S. 144 f.

[67] Stephan Hilsberg, Strategien gegen die PDS, in: Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte 43 (1996), S. 923; vgl. auch Sturm, Uneinig in die Einheit, S. 135–138.

[68] Vgl. „Sozialdemokratische Plattform in der SED-PDS", in: Neues Deutschland vom 9. 1. 1990.

[69] Ja zur deutschen Einheit, in: Neugebauer/Niedbalski (Hrsg.), Die SDP/SPD in der DDR, Dok. 9, S. 4.

[70] Ebenda, S. 14.

[71] Hilsberg, Strategien gegen die PDS, S. 923. Vgl. auch Bahr/Höppner, SPD und die Linke, S. 59.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ten, sie erschwerten ihnen den Beitritt und verloren damit den Kontakt zu der Klientel, die später zum Kernbestand der PDS-Wählerschaft werden sollte[72].

Die ursprüngliche SPD-Strategie im Umgang mit der PDS wurde auf diese Weise konterkariert: Die deutliche Abgrenzung von der Partei und ihre Ausgrenzung aus dem Konsens der Demokraten blieben zwar prägend, das ergänzende und gewissermaßen kompensatorische Integrationsangebot an die sozialdemokratisch orientierten Mitglieder der früheren SED aber entfaltete nur geringe Attraktivität. Die PDS entging so der Gefahr, in der schwierigen Umbruchsituation 1989/90 kritische Mitglieder und Sympathisanten dauerhaft an die sozialdemokratische Konkurrenz zu verlieren[73].

Stabilisierung der PDS, Krise der Ost-SPD

In den folgenden Jahren gelang es der PDS unter der Führung von Gregor Gysi, sich mit einer Mischung aus vereinigungs- und kapitalismuskritischer Anti-System-Haltung[74] und unideologischer Basisarbeit zu behaupten und ein stabiles Reservoir an Stammwählern an sich zu binden[75]. Zwar entwickelte sich die Partei im Westen zu keiner ernstzunehmenden Konkurrenz für die Sozialdemokraten. In Ostdeutschland aber verstand sie es recht gut, denen eine Stimme zu verleihen, die mit der konkreten Ausgestaltung der deutschen Einheit unzufrieden waren oder zu den Verlierern zählten[76]. Die kleine ostdeutsche SPD dagegen kämpfte in den gesamten neunziger Jahren mit stagnierenden Mitgliederzahlen[77]. Viele Wähler suchten nicht zuletzt deshalb andere Alternativen[78], weil ihnen die SPD

[72] Vgl. Koch-Baumgarten, Postkommunisten; Karl Schmitt, Wählt der Osten anders? Eine Zwischenbilanz zehn Jahre nach der deutschen Vereinigung, in: Ulrich Eith/Gerd Mielke (Hrsg.), Gesellschafliche Konfikte und Parteiensysteme. Länder- und Regionalstudien, Wiesbaden 2001, S. 96–110, hier S. 101.

[73] Gysi sah die Entscheidung der SPD daher als großen „Vorteil" für die PDS an; vgl. Gregor Gysi, Ein Blick zurück, ein Schritt nach vorn, Hamburg 2001, S. 76.

[74] Vgl. Viola Neu, Von Gysi geeint – von Lafontaine geschweißt. Die programmatische Entwicklung der Partei Die Linke/PDS von 1990 bis 2011, Sankt Augustin/Berlin 2011, S. 11–15.

[75] Vgl. Gero Neugebauer/Richard Stöss, Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten, Opladen 1996, S. 246; Franz Walter, Eliten oder Unterschichten? Die Wähler der Linken, in: Tim Spier u. a. (Hrsg.), Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden 2007, S. 325–337, hier S. 328 f.; Jürgen W. Falter/Markus Klein, Zwischen Ideologie, Nostalgie und Protest, Die Wähler der PDS bei der Bundestagswahl 1994, in: Gerhard Hirscher (Hrsg.), Parteiendemokratie zwischen Kontinuität und Wandel. Die deutschen Parteien nach den Wahlen 1994, München 1995, S. 314–345, hier S. 320–322.

[76] Vgl. Walter, Eliten oder Unterschichten?, in: Spier u. a. (Hrsg.), Die Linkspartei, S. 326–328; Koch-Baumgarten, Postkommunisten; Andreas Rödder, Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009, S. 352.

[77] Vgl. Vorstand der SPD (Hrsg.), Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1995/96, Bonn 1997, S. 373; Gero Neugebauer, Die SPD: Im Osten auf neuen Wegen? Teil I: Zur Organisation der SPD im Osten. Texte und Dokumente, Berlin 1994, S. 4.

[78] Vgl. Franz Walter/Tobias Dürr/Klaus Schmidtke, Die SPD in Sachsen und Thüringen zwischen Hochburg und Diaspora. Untersuchungen auf lokaler Ebene vom Kaiserreich bis zur Gegenwart, Bonn 1993, S. 177, S. 33–37, S. 179 f. u. S. 466 f.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ganz im Gegensatz zur PDS als westdominierte Partei ohne Verankerung in Ostdeutschland galt[79].

Entsprechend nüchtern fiel bei einigen Sozialdemokraten nach vier Jahren die Bilanz der Exklusionsstrategie im Umgang mit der PDS aus. In einem internen Strategiepapier der SPD-Bundestagsfraktion stellte deren Geschäftsführer Uwe Küster fest, dass sich die PDS durch ein „hohes Maß an Bürgernähe" auszeichne und ihre SED-Vergangenheit „von großen Teilen der Bevölkerung gar nicht als Makel" wahrgenommen werde[80]. Ähnlich urteilte der SPD-Geschäftsführer in Mecklenburg-Vorpommern Nikolaus Voss, der die PDS explizit als „linke sozialdemokratische Ostpartei"[81] bezeichnete und damit die Gefahr ansprach, dass die PDS im Osten zur erfolgreicheren Sozialdemokratie werden könnte.

Angesichts dieser Probleme setzte in Teilen der ostdeutschen SPD ein Prozess des Umdenkens ein, der mit einer Machtverschiebung innerhalb der ostdeutschen Sozialdemokratie korrespondierte: Auffallend schnell waren diejenigen, die bereits vor dem Herbst 1989/90 in der DDR-Opposition aktiv gewesen waren, gegenüber den später Eingetretenen in die Minderheit geraten und aus den Entscheidungszentren der Partei verdrängt worden[82]. Rasch wurden zwischen den ostdeutschen Sozialdemokraten der ersten und der zweiten Stunde Mentalitätsunterschiede sichtbar[83], die letztlich auch die PDS-Frage betrafen. Mit Politikern wie Harald Ringstorff, Manfred Stolpe oder Reinhard Höppner dominierte in den Landesverbänden bald ein Politikertypus, den Franz Walter als „Wendepragmatiker"[84] bezeichnete. Der Oppositionstradition der SDP-Gründer setzten sie die prägende Erinnerung der Wendezeit entgegen und beriefen sich auf die Runden Tische als Ausdruck einer spezifisch ostdeutschen, pragmatisch-kooperativen Kultur des Konsenses[85]. Zugleich setzten sie sich im Umgang mit der PDS

[79] Vgl. Neugebauer, SPD: Im Osten auf neuen Wegen?, S. 11 u. S. 47.

[80] AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, 42.913, Internes Argumentationspapier zur PDS im Hinblick auf den Bundestagswahlkampf, verfasst von Uwe Küster (Parlamentarischer Geschäftsführer), 11. 3. 1994. Vgl. dazu auch Neugebauer/Stöss, PDS, S. 232 f.

[81] AdsD, SPD-LV MV, 3/MVAB000155, Arbeitspapier zur Klausurtagung des Landesvorstands Mecklenburg-Vorpommern am 14./15. 1. 1994 in Neukloster, „Thesen zur Wahlkampfstrategie der PDS" von Landesgeschäftsführer Voss.

[82] Vgl. Günter Pollach/Jörg Wischermann/Bodo Zeuner, Ein nachhaltig anderes Parteiensystem. Profile und Beziehungen von Parteien in ostdeutschen Kommunen. Ergebnisse einer Befragung von Kommunalpolitikern, unter Mitarbeit von Norbert Fröhlich und Manfred Leiske, Opladen 2000, S. 55 u. S. 58; Sturm, Uneinig in die Einheit, S. 466.

[83] Vgl. Neugebauer, SPD: Im Osten auf neuen Wegen?, S. 19; Müller/Mrotzek/Köllner, SPD in Mecklenburg-Vorpommern, S. 237.

[84] Walter/Dürr/Schmidtke, SPD in Sachsen und Thüringen, S. 37. Vgl. auch Gero Neugebauer, Von der „Sofarunde" in die gesamtdeutsche Sozialdemokratie, in: Neugebauer/Niedbalski (Hrsg.), Die SDP/SPD in der DDR, S. 4–18, hier S. 17.

[85] Vgl. Des demokratischen Lebens ganze Fülle. Reinhard Höppner im Gespräch mit Heinz Beinert, in: Beinert (Hrsg.), Die PDS, S. 115; Klaus Schroeder, Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung, München 2006, S. 473.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

bewusst – wenn auch in unterschiedlichem Maß – vom Ausgrenzungskurs der „moralischen Rigoristen“[86] der Gründer-Gruppe ab[87].

Auf kommunaler Ebene wurde eine systematische Isolation der PDS ohnehin nie konsequent praktiziert. In einigen Fällen kam es zu Kooperationen zwischen Vertretern von SPD und PDS[88] – ungeachtet aller Vorgaben aus dem Bund und obwohl die SED-Vergangenheit oftmals eine schwere Belastung für die persönlichen Beziehungen darstellte. Nach und nach wurden auf diese Weise Feindbilder abgebaut und pragmatische Arbeitsverhältnisse geschaffen, ohne dass es gleich zu einer emphatischen Verbrüderung zwischen Sozialdemokraten und Sozialisten gekommen wäre. Bei vielen ostdeutschen SPD-Funktionären stellte sich so eine veränderte und differenziertere Wahrnehmung der PDS ein.

Einbinden und Entzaubern? Die Debatte um das „Magdeburger Modell“ im Jahr 1994

Bereits zu Beginn des so genannten Superwahljahres 1994 hatten sich in der Sozialdemokratie zwei deutlich akzentuierte Lager herausgebildet, die im Umgang mit der PDS gegensätzliche Ansätze verfolgten[89]. Wie weit die Positionen in der Partei auseinander lagen, zeigte sich an der Diskussion um das so genannte „Magdeburger Modell“ einer informellen Zusammenarbeit zwischen SPD und PDS, das nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 26. Juni 1994 zum öffentlichen Politikum wurde.

Bei der Landtagswahl in dem ostdeutschen Bundesland hatte die SPD unter ihrem Vorsitzenden Rudolf Scharping fest auf einen Wahlsieg der rot-grünen Opposition über die christlich-liberale Koalition in Magdeburg gehofft und den Wahltag daher zum „Schlüsseldatum“ erklärt[90], mit dem nicht zuletzt ein Zeichen für die Bundestagswahl im Herbst gesetzt werden sollte. Die Landtagswahl erbrachte jedoch keine rot-grüne Mehrheit, sondern eine schwierige Patt-Situation zwischen der bisher regierenden CDU, die erneut stärkste Partei wurde, und der rot-grünen Wunschkoalition. Als Zünglein an der Waage gewann nun schlagartig die PDS an politischem Gewicht.

Obwohl vieles für eine Große Koalition unter CDU-Führung sprach, entschied sich der SPD-Landesvorstand bereits am Tag nach der Wahl, eine Minderheits-

[86] So das Urteil des Berliner Sozialdemokraten Krüger, Gründungsmitglied in Schwante, der sich selbst aber ausnahm. Thomas Krüger, Tolerierung oder Subversion der PDS? Gespräch mit Norbert Seitz und Christian Jürgens, in: Die Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte 42 (1995), S. 409–415.

[87] So z. B. Manfred Stolpe, der von seinem integrativen Politikstil in Brandenburg (Brandenburger Weg) auch die PDS nicht ausschloss. Vgl. Malte Lübker/Suzanne S. Schüttemeyer, Der Brandenburgische Landtag, in: Siegfried Mielke/Werner Reutter (Hrsg.), Länderparlamentarismus in Deutschland. Geschichte – Struktur – Funktionen, Wiesbaden 2004, S. 137–168, hier S. 140.

[88] Vgl. Pollach/Wischermann/Zeuner, Ein nachhaltig anderes Parteiensystem, S. 185–203.

[89] Siehe ebenda, S. 68.

[90] So SPD-Geschäftsführer Günter Verheugen, zit. in: Der Spiegel vom 20. 6. 1994, S. 25–27, hier S. 25.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

regierung mit Bündnis 90/Die Grünen anzustreben. Wie der Spitzenkandidat Reinhard Höppner der Bundesspitze seiner Partei versicherte, entspreche dies dem Willen der Parteibasis in Sachsen-Anhalt[91]. Mit relativer Mehrheit sollte Reinhard Höppner zum Ministerpräsidenten gewählt werden. Einmal im Amt, so die Argumentation, würde sich die Minderheitsregierung auf wechselnde Mehrheiten im Landtag stützen können. Auch wenn führende Sozialdemokraten wie Rudolf Scharping und Wolfgang Thierse tatsächlich auf eine kooperationsbereite CDU hofften[92]: Faktisch bedeutete dies die Abhängigkeit der Regierung Höppner von der PDS, die schon im Wahlkampf signalisiert hatte, gegebenenfalls eine rot-grüne Minderheitsregierung zu tolerieren[93], um ihre politische Isolation zu überwinden.

Trotz Widerständen von einigen Präsidiumsmitgliedern gab auch die Bonner Parteiführung grünes Licht[94]. Wie sich anhand der Diskussion im SPD-Präsidium am 27. Juni 1994 nachweisen lässt, wurde das so genannte „Magdeburger Modell"[95] in der SPD-Spitze überwiegend unter wahltaktischen und machtpolitischen Vorzeichen diskutiert. Westdeutsche Sozialdemokraten wie der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau und der Vorsitzende der Bundestagsfraktion Hans-Ulrich Klose warnten vor negativen Rückwirkungen eines Strategiewechsels auf die Wähler in den alten Bundesländern, eine Kooperation mit den Postkommunisten könne die SPD entscheidende Stimmen kosten[96].

Dagegen machte sich der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine für einen rot-grünen Machtwechsel in Magdeburg stark und erinnerte an die „Signalwirkung für den Bundestagswahlkampf" gegen die Union[97]. Deutlicher noch als Lafontaine argumentierte sein niedersächsischer Amtskollege Gerhard Schröder für eine grundlegende strategische Öffnung gegenüber der PDS: Der Umgang mit dieser, so Schröder, müsse „unter langfristigen Aspekten gesehen werden": Die Postkommunisten müssten von der SPD „in eine Integrationsstrategie einbezogen werden. Es darf dieser Partei nicht gestattet werden, arbeits- und sozialpolitische Opposition in den jeweiligen Parlamenten zu sein." Sie werde „bei der Einbeziehung in die Regierungsverantwortung nicht lange ihre Eigenkraft bewahren können"[98].

Damit bezog sich Schröder auf die These der so genannten „Entzauberung" der PDS durch Einbindung, die im Frühjahr 1994 bereits im Landesvorstand der

[91] AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Präsidiumssitzung am 27. 6. 1994.
[92] Ebenda.
[93] Vgl. Jürgen Plöhn, Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 26. Juni 1994: Die Mehrheitsbildung bleibt dem Landtag überlassen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 26 (1995), S. 215–231, hier S. 227.
[94] AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Präsidiumssitzung am 27. 6. 1994.
[95] Dies war zunächst ein Begriff des politischen Gegners; vgl. „Vorerst keine große Koalition in Sachsen-Anhalt", in: Süddeutsche Zeitung vom 4. 7. 1994; Peter Hintze, Der SPD ist jetzt offenbar jedes Mittel recht, in: CDU-Informationsdienst (UiD) vom 7. 7. 1994.
[96] AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Präsidiumssitzung am 27. 6. 1994.
[97] Ebenda, Zitat Oskar Lafontaine.
[98] Ebenda, Zitat Gerhard Schröder; vgl. auch „Die Magdeburger Koalitionspläne sorgen für Unruhe in der Bonner SPD-Fraktion", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. 6. 1994.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

SPD Mecklenburg- Vorpommerns diskutiert worden war[99]. Abweichend von der offiziellen Linie der Bundespartei hatten führende Mitglieder der Landes-SPD um Gottfried Timm und den Landesvorsitzenden Harald Ringstorff für das Wahljahr 1994 eine Strategie der Öffnung gegenüber der PDS, ihren Wählern und ihren Mitgliedern formuliert. Eine „integrative Politik gegenüber PDS-Wählern“[100] sollte sich vor allem an das Milieu der früheren SED-Eliten und DDR-Nostalgiker richten, das die Sozialdemokraten im Jahr 1990 noch fast ganz ignoriert hatten[101]. Statt eine „pauschale Diskriminierung von PDS-Mitgliedern“[102] zu betreiben, sollte vielmehr eine „Spaltung der PDS“ zwischen Radikalen und kooperationsbereiten Reformern herbeigeführt werden[103]. Letztere, so die Hoffnung, könnten dann für eine sozialdemokratische Politik gewonnen werden. Es wurde sogar angezweifelt, ob „die PDS dauerhaft als linker Koalitionspartner der SPD ausgeschlossen“ bleiben könne[104].

Auch wenn nur die wenigsten so weit gehen wollten: Die Magdeburger Entscheidung reichte bereits aus, eine lang anhaltende öffentliche Debatte über das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Postkommunisten zu entfachen. Während die Unionsparteien mit der so genannten „Rote-Socken-Kampagne“ explizit an antikommunistische Wahlkampfmuster aus der alten Bundesrepublik anknüpften und vor einer rot-roten „Linksfront“ warnten[105], herrschte in der SPD große Uneinigkeit. Vor allem Mitglieder der Gründergruppe der ostdeutschen Sozialdemokratie protestierten gegen das Abweichen vom klaren Anti-PDS-Kurs. Stephan Hilsberg argumentierte, angesichts des „linksextremen bis linksextremistischen Charakter[s]“ der Partei sei es falsch, „eine Zusammenarbeit mit der PDS anzustreben“ und diese so „hoffähig“ zu machen[106]. Selbst eine Spaltung

[99] AdsD, SPD-LV MV, 3/MVAB000155, Protokoll der erweiterten Sitzung des Landesvorstandes am 15. 6. 1994. Der Begriff „Entzauberung“ wird hier von Gottfried Timm eingeführt. Diese finde dort statt, wo die PDS Verantwortung übernehmen müsse.

[100] AdsD, SPD-LV MV, 3/MVAB000155, Protokoll der erweiterten Sitzung des Landesvorstandes am 15. 6. 1994, Zitat Gottfried Timm.

[101] Im Thesenpapier vom Januar 1994 hieß es dazu, die „SPD sollte auch positive Aspekte der DDR (Solidarität) hervorheben“, in: AdsD, SPD-LV MV, 3/MVAB000155, Arbeitspapier zur Klausurtagung am 14./15. 1. 1994 in Neukloster, „Thesen zur Wahlkampfstrategie der PDS“ von Landesgeschäftsführer Voss.

[102] AdsD, SPD-LV MV, 3/MVAB000155, Protokoll der erweiterten Sitzung des Landesvorstandes am 15. 6. 1994, Zitat Ringstorff.

[103] Ebenda, Kurzprotokoll der Landesvorstandssitzung am 5. 9. 1994, Zitat Ringstorff.

[104] Ebenda, Arbeitspapier zur Klausurtagung am 14./15. 1. 1994 in Neukloster, „Thesen zur Wahlkampfstrategie der PDS“ von Landesgeschäftsführer Voss.

[105] Das namengebende Plakat zeigte eine rote Socke an einer Wäscheleine und den Slogan „Auf in die Zukunft … aber nicht auf roten Socken!“ Vgl. „Socken und Menschen“, in: Der Spiegel vom 25. 7. 1994, S. 26–28; Die CDU warnte unter anderem mit dem Slogan „Zukunft statt Linksfront“. Vgl. „Politische Mitte oder Linksfront“, in: UiD vom 21. 7. 1994..

[106] Stephan Hilsberg, Knallhart bekämpfen, in: die tageszeitung vom 27. 6. 1994. Hilsberg wollte eine Zusammenarbeit nur zulassen, „wenn diese Wahlergebnisse zur Zusammenarbeit zwingen“.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

der SPD sei nicht ausgeschlossen[107]. Der frühere Parteisprecher der SDP lag damit auf der Linie des Parteivorsitzenden Scharping, der sich schnell wieder von der Magdeburger Entscheidung und damit auch von Reinhard Höppner distanziert hatte. Dessen Vorgehen könne „kein Modell für den Bund" sein[108], da die PDS nach wie vor nicht zum „Verfassungsbogen" der demokratischen Parteien gehöre[109].

Auch wenn es viele damals so wahrnahmen: Es war kein „tiefgreifender Unterschied zwischen Ost und West"[110], der die Debatte um den Umgang mit der PDS prägte. Die SPD-internen Fronten verliefen quer zum Ost-West-Gegensatz in der Partei und resultierten in einer neuen Polarisierung zwischen Vertretern antikommunistischer Traditionen und deren Kritikern[111]. Die Gruppe der dezidierten PDS-Gegner setzte sich aus west- wie ostdeutschen Sozialdemokraten zusammen: Zum einen aus früheren DDR-Dissidenten wie Markus Meckel und Stephan Hilsberg, die ihre ganze politische Existenz auf den Kampf gegen die SED gegründet hatten; zum anderen aus westdeutschen Sozialdemokraten wie Johannes Rau oder Rudolf Scharping, die in einer Öffnung nach links eine Gefahr für die Identität und die Mehrheitsfähigkeit der westdeutschen SPD sahen. Zu dieser Gruppe zählten Parteirechte vom Seeheimer Kreis genauso wie traditionalistische Gewerkschafter[112]. Gemeinsam hatten die PDS-Gegner im Osten wie im Westen, dass sie sich auf den antitotalitären Konsens und die antikommunistische Tradition der SPD bezogen und ihre Ausrichtung hin zur politischen Mitte betonten: „Für ‚Godesberger' Sozialdemokraten", so Heinrich August Winkler, sei „innerhalb der Linken, wie Gysi sie anpeilt, kein Platz"[113].

Auf der anderen Seite standen ostdeutsche Pragmatiker wie Reinhard Höppner, Manfred Stolpe und Harald Ringstorff, die in der PDS demokratische Poten-

[107] Ebenda. Dieser Meinung schlossen sich auch westdeutsche Sozialdemokraten wie Gert Weisskirchen und Norbert Gansel an. AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Parteivorstandssitzung vom 4. 7. 1994.

[108] AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Präsidiumssitzung am 4. 7. 1994, Zitat Scharping.

[109] AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Präsidiumssitzung am 11. 7. 1994, Zitat Scharping.

[110] „Ein tiefer Unterschied zwischen Ost und West". Interview mit Reinhard Höppner, in: Süddeutsche Zeitung vom 11. 5. 1998. Auch von anderer Seite wurde behauptet, im Westen sei „keinerlei Verständnis für die Situation im Osten vorhanden", in: AdsD, SPD-LV MV, 3/MVAB000156, Beschlußprotokoll der Sondersitzung des Landesvorstands am 17. 4. 1996, Zitat Dieter Schröder.

[111] Wolfgang Thierse betonte, dass es in der SPD sowohl „in Ost- wie in Westdeutschland" „tiefgreifende Differenzen darüber gibt, wie wir uns gegenüber der PDS positionieren sollten". „SPD kann Zusammenarbeit mit der PDS im Osten nicht ausweichen. Das Strategiepapier des Vizevorsitzenden Thierse", in: Frankfurter Rundschau vom 19. 12. 1996.

[112] Dazu gehörten prominent neben Rudolf Scharping und Johannes Rau auch die Seeheimer Karl Hermann Haack, Gerd Andres und der Ostdeutsche Rolf Schwanitz, sowie der Gewerkschafter Hermann Rappe. Vgl. „Die Magdeburger Koalitionspläne sorgen für Unruhe in der Bonner SPD-Fraktion", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29. 6. 1994; „Ein sensibler Hartschädel", in: Süddeutsche Zeitung vom 24. 10. 1994; „Angriff auf den Ober-Ossi", in: Der Spiegel vom 20. 1. 1997, S. 46 f.; „Ärgernis Ringstorff", in: Focus vom 22. 5. 1996, S. 40 f.; „SPD-Promis gründen Anti-PDS-Kreis", in: die tageszeitung vom 7. 12. 1998.

[113] Heinrich August Winkler, Von den eigenen Sünden ablenken, in: Die Zeit vom 11. 11. 1994.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

ziale für eine konstruktive Politik und für SPD-geführte Regierungen in den neuen Ländern erblickten[114]. Eine Ausgrenzung der PDS erschwerte in Stolpes Augen nur die „praktische Politik" der ostdeutschen Sozialdemokraten, da eine „Zusammenarbeit in irgend einer Weise" unausweichlich sei[115]. Unterstützung erhielten diese Pragmatiker aber auch von westdeutschen Sozialdemokraten wie Schröder, Lafontaine oder Henning Voscherau, von denen viele im Umfeld der Studentenbewegung und der „Neuen Linken" sozialisiert worden waren. Sie hatten den Sozialisten gegenüber keine Berührungsängste und hatten mehrheitlich schon 1990 zu den Kritikern der antikommunistischen Abgrenzung gehört[116]. Dazu kamen noch einige stärker ideologisch denkende Vertreter der SPD-Linken, die eine „Kultur der Kooperation" mit der PDS propagierten und damit auf eine „Sammlung aller Reformkräfte" auf der politischen Linken zielten[117].

Auf dem Weg der Öffnung gegenüber der PDS

In der Debatte wurde bald deutlich, dass hinter den Argumentationen sehr unterschiedliche Bewertungen der PDS selbst standen. Während die einen in ihr eine pragmatische „Regionalpartei" mit „sozialdemokratische[n] Zügen"[118] erblickten, verwiesen andere vor allem auf die Vergangenheit und sahen die PDS als extremistische Partei „in einem gewissermaßen verharmlosenden Gewand"[119]. Beide Seiten standen zwar zum demokratischen Konsens, stritten sich aber darüber, ob die PDS jenseits oder diesseits dieses Konsenses verortet werden müsse[120]. Statt diese Frage inhaltlich-programmatisch zu klären, versuchte der Parteivorsitzende Rudolf Scharping die im Superwahljahr zur Unzeit kommende Diskussion um rot-rote Annäherungen mithilfe der so genannten „Dresdner Erklärung" zu beenden, die auf sein Drängen hin von den ostdeutschen Landes- und Fraktionsvorsitzen-

114 „Mit der PDS rechnen". Interview mit Manfred Stolpe, in: Der Spiegel vom 5. 12. 1994, S. 24–27, Zitat S. 26. Vgl. auch „Falsche Freunde", in: Ebenda vom 15. 8. 1994, S. 20–22.

115 AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Parteivorstandssitzung am 5. 12. 1994, Zitat Stolpe.

116 Gerhard Schröder z. B. hatte bereits 1990 vor „innerstaatliche[n] Feinderklärungen" an die PDS gewarnt; Verhandlungen des Bundesrates 1990, Stenographische Berichte, 618. Sitzung, S. 470.

117 „Streit in der SPD über den Umgang mit der PDS", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. 10. 1994. Ähnlich äußerten sich auch die Parteilinken Christoph Zöpel und Thomas Westphal im Parteivorstand, in: AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Präsidiumssitzung am 4. 7. 1994, oder Gernot Erler in der Fraktion, in: AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, 22.914, Sitzungsprotokoll der SPD-Bundestagsfraktion am 21. 11. 1995.

118 AdsD, SPD-Bundestagsfraktion, 42.913, Internes Argumentationspapier zur PDS im Hinblick auf den Bundestagswahlkampf, verfasst von Uwe Küster (Parlamentarischer Geschäftsführer), 11. 3. 1994.

119 Interview mit Rudolf Scharping im Südwestfunk, in: Presseservice der SPD 277/94 vom 26. 4. 1994, S. 3.

120 Vgl. den Streit um die Einbindung der PDS in Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus bei Stefan Schieren, Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 26. April 1998: „Magdeburger Modell" mit einigen Mängeln, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 30 (1999), S. 56–78, hier S. 70.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

den der SPD am 12. August 1994 veröffentlicht wurde[121]. Einerseits untermauerte die Erklärung den Ab- und Ausgrenzungskurs: „Die PDS ist ein politischer Konkurrent und Gegner der SPD. Eine Zusammenarbeit mit ihr kommt für uns nicht in Frage."[122] Andererseits ging sie zur Begründung weder auf die strittige Frage der Verfassungstreue der PDS noch auf programmatische Differenzen ein. In dieser Form konnte die Erklärung daher auch kein „Niemals mit der PDS" bedeuten, wie es die ostdeutsche SPD noch im Volkskammerwahlkampf 1990 formuliert hatte.

Kein Wunder also, dass die Debatte um die „Abgrenzungsstrategie"[123] der SPD nach der verlorenen Bundestagswahl im Oktober 1994 erneut aufflammte. Rudolf Scharping versuchte dieses Mal mit einem Vorstandsbeschluss vom 5. Dezember 1994, dem Drängen nach einer rot-roten Annäherung entgegenzuwirken[124], er blieb aber wiederum ohne Erfolg. Zwar schloss das Papier eine „Bündnisstrategie gegenüber der PDS" sowie formelle „Koalitionen auf Landes- und Bundesebene mit der PDS"[125] aus. Der Vergleich der endgültigen Erklärung mit der ursprünglichen Vorlage der Parteiführung[126] zeigt aber, dass die Kritiker der Exklusionsstrategie eine Reihe zentraler Änderungen durchsetzen konnten. Ein Passus, der jede „Zusammenarbeit" und „gemeinsame politische Initiativen" der SPD mit der PDS ausschloss[127], wurde gestrichen. Die letzte Fassung des Papiers befürwortete sogar erstmals „normale parlamentarische Kontakte"[128] mit der PDS. Damit wurde die von Rudolf Scharping angestrebte Wirkung ins Gegenteil verkehrt: Nur fünf Jahre nach dem Mauerfall hatte die SPD die Nachfolgepartei der SED zumindest indirekt als normale Konkurrenzpartei anerkannt.

Die „Normalisierung" der Beziehungen lag durchaus auch im Interesse der PDS. Unter der reformorientierten Führung um Gregor Gysi, Lothar Bisky und André Brie bot sich die Partei immer deutlicher für Regierungsbündnisse mit der SPD an, um die eigene Isolation zu überwinden und sich als linkssozialistische Partei mit gesamtdeutschem Anspruch zu etablieren[129]. Bereits nach der Landtagswahl im Oktober 1994 hatten beide Parteien in Mecklenburg-Vorpommern erstmals direkte Sondierungsgespräche aufgenommen und damit auf sozial-

[121] Vgl. Die Chancen der Einheit endlich nutzen. Dresdner Erklärung des SPD-Parteivorsitzenden Rudolf Scharping und der ostdeutschen Landes- und Fraktionsvorsitzenden, in: Sozialdemokratischer Pressedienst 49/154 vom 12. 8. 1994.
[122] Ebenda.
[123] Gerhard Schröder argumentierte, die Strategie sei „schädlich", da sie vor allem als „Knüppel" und als „Instrument der gegnerischen Partei gegen die SPD" eingesetzt werde, in: AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Parteivorstandssitzung am 5. 12. 1994.
[124] Vgl. Beschluss des Parteivorstands, in: Presseservice der SPD 910/94 vom 5. 12. 1994.
[125] Ebenda.
[126] AdsD, SPD-Parteivorstand, Vorlage für die Parteivorstandssitzung am 5. 12. 1994.
[127] Ebenda.
[128] Beschluss des Parteivorstands, in: Presseservice der SPD 910/94 vom 5. 12. 1994.
[129] Vgl. André Brie, Wie normal ist die PDS? Gespräch mit Norbert Seitz, in: Die Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte 46 (1999), S. 252–257; Oswald, Party, S. 115–117.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

demokratischer Seite heftige „Proteste aus Bonn“[130] hervorgerufen. Zwar trat Harald Ringstorff schließlich als Juniorpartner in eine Große Koalition mit der CDU ein[131]. In der Landes-SPD wurde aber die „qualitativ hochrangige Gesprächsführung“ mit der PDS gelobt[132]. Zudem kündigte man weitere Gespräche an, von denen „ein positiver Einfluß“ auf die „politische Kultur im Lande“ ausgehen solle[133]. Ringstorff war es sogar gelungen, die PDS in Mecklenburg-Vorpommern unter ihrem Vorsitzenden Helmut Holter zu einem unmissverständlichen Bekenntnis zum Grundgesetz zu bewegen. Dazu kamen deutliche Worte des Bedauerns über das Unrecht, das an Sozialdemokraten in der DDR verübt worden war[134]. Beides sollte helfen, in und außerhalb der SPD Vorbehalte gegenüber den SED-Nachfolgern abzubauen.

Auftrieb erhielt die Ringstorff-Linie schließlich mit der Wahl Oskar Lafontaines zum neuen Parteivorsitzenden auf dem Mannheimer Parteitag im November 1995. Anders als sein Vorgänger Scharping betonte Lafontaine stärker den Gegensatz zur Union als zur PDS. Die Aussage des frisch gekürten Vorsitzenden, er sehe „für das linke Lager eine Mehrheit“[135], wurde in der Öffentlichkeit zu Recht als Vorbote eines Strategiewechsels auch gegenüber der PDS gedeutet[136]. Überzeugt, dass die „Stigmatisierung“ der Postkommunisten die strategischen Möglichkeiten der SPD einschränke und daher vor allem der Union nutzte[137], gab Lafontaine intern die Devise aus, mit der PDS selbstbewusster und weniger ängstlich umzugehen[138]. Als einen seiner ersten Amtsakte inszenierte der neue Vorsitzende daher ein Treffen mit Gregor Gysi[139], dem ein wahrer „Reigen von Gesprächen“[140] ostdeutscher SPD-Politiker mit prominenten PDS-Vertretern folg-

[130] So der Landtagsabgeordnete Rolf Eggert, in: AdsD, SPD-LV MV, 3/MVAB000155, Kurzprotokoll der gemeinsamen Sitzung von Landesvorstand und Landtagsfraktion am 31. 10. 1994.

[131] Die PDS-Öffnung war auch im eigenen Landesverband umstritten. Schon auf der ersten Landesvorstandssitzung nach der Wahl war es zu energischen Debatten zwischen Anhängern und Gegnern des Tolerierungsmodells gekommen, deren Anzahl sich etwa die Waage hielt. AdsD, SPD-LV MV, 3/MVAB000155, Kurzprotokoll der Landesvorstandssitzung am 17. 10. 1994.

[132] So die Einschätzung von Till Backhaus, ähnlich auch Gottfried Timm und der PDS-Gegner Hinrich Kuessner, in: AdsD, SPD-LV MV, 3/MVAB000155, Kurzprotokoll der gemeinsamen Sitzung von Landesvorstand und Landtagsfraktion am 31. 10. 1994.

[133] Ebenda, Beschluß des SPD-Landesvorstands und der SPD-Landtagsfraktion MV auf der gemeinsamen Sitzung am 31. 10. 1994 in Güstrow.

[134] Ebenda, Erklärung des PDS-Landesvorsitzenden Helmut Holter und des Vorsitzenden der PDS-Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Johann Scheringer, Schwerin, 27. 10. 1994; ebenda, SPD-Landesvorstand, Notwendige Klarstellungen, 25. 10. 1995.

[135] „Eine Mehrheit für das linke Lager“. Interview mit SPD-Chef Oskar Lafontaine über die Perspektiven seiner Partei, in: Der Spiegel vom 20. 11. 1995, S. 29–32, Zitat S. 32.

[136] Vgl. Axel Brückom, Jenseits des „Magdeburger Modells“, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Jahrgang 9, Baden-Baden 1997, S. 174–187, hier S. 181.

[137] Oskar Lafontaine, Das Herz schlägt links, München 1999, S. 75.

[138] AdsD, SPD-Parteivorstand, Protokoll der Parteivorstandssitzung am 17. 11. 1995.

[139] Vgl. „Nach der Ausgrenzung die Umarmung“, in: Süddeutsche Zeitung vom 30. 11. 1995. Zum Inhalt des Gesprächs vgl. Gysi, Blick zurück, S. 370.

[140] „Auch Stolpe trifft PDS-Gruppenchef Gysi“, in: Süddeutsche Zeitung vom 22. 11. 1995.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

te[141]. Deutlicher konnte die Abkehr vom längst prekär gewordenen Ausgrenzungskurs nicht demonstriert werden.

Im Bund nein, im Osten ja – ein neuer Kompromiss im Wahljahr 1998

Lafontaine und Gysi mochten die „Umarmung" suchen[142], in der SPD stellten sich aber weiterhin viele gegen jede Annäherung. Trotz der neuen Signale aus Bonn scheiterte Harald Ringstorff im Frühjahr 1996 mit dem Versuch, die Große Koalition in Mecklenburg-Vorpommern zugunsten einer Kooperation mit der PDS aufzukündigen[143]. Wie bereits im Herbst 1994 waren es erneut westdeutsche Sozialdemokraten, die eine rot-rote Zusammenarbeit verhinderten: Der stellvertretende Parteivorsitzende Johannes Rau drohte sogar, im Fall einer Kooperation mit der PDS von seinen Ämtern zurückzutreten[144]. Aber auch Ringstorffs eigener Landesverband war in der PDS-Frage uneins: Während der linke Warener Kreis durchaus bereit war, die angestrebte „linke Vorherrschaft in Ostdeutschland" durch eine rot-rote Zusammenarbeit zu verwirklichen[145], bestanden Vertreter des Güstrower Kreises darauf, dass die PDS „die Wende in den Köpfen noch nicht vollzogen" habe[146].

Auf Bundesebene wiederum wurde die PDS-Frage von dem parteiinternen Personal- und Richtungsstreit aufgeladen, der sich zwischen Gerhard Schröder und den „Modernisierern" einerseits, Oskar Lafontaine und den linken „Traditionalisten" andererseits anbahnte. Die von Lafontaine propagierte Linksöffnung widersprach dem Vorhaben der Modernisierer, eine wirtschaftsfreundliche und angebotsorientierte Agenda durchzusetzen[147]. Dagegen offenbarten Parteilinke der SPD Anknüpfungspunkte zur PDS, wenn sie Widerstand gegen die „haltlosen Versprechen des Neoliberalismus" ankündigten und für eine stärkere politische „Steuerung der Ökonomie" eintraten[148].

---

141 Dazu gehörten unter anderem ein Treffen Gysis mit Harald Ringstorff sowie eines mit Manfred Stolpe Ende 1995. Vgl. „Man sollte nie nie sagen", in: Die Welt vom 17. 11. 1995; „Stolpe erwartet heftigen Streit mit der PDS", in: Süddeutsche Zeitung vom 29. 12. 1995.

142 Vgl. „Nach der Ausgrenzung die Umarmung", in: Süddeutsche Zeitung vom 30. 11. 1995.

143 AdsD, SPD-LV MV, 3/MVAB000156, Beschlußprotokolle der Sondersitzungen des Landesvorstands am 17. und 23. 4. 1996; ebenda, Beschlußprotokoll der gemeinsamen Sondersitzung des Landesvorstands mit der Landtagsfraktion am 26. 4. 1996.

144 Das berichtet Ringstorff im Landesvorstand, in: Ebenda, Beschlußprotokoll der Sondersitzung des Landesvorstands am 23. 4. 1996.

145 Ebenda, Zusammenfassende Überlegungen zur politischen, programmatischen und personellen Strategie mit Blick auf den a. o. Landesparteitag am 30. 11. 1996.

146 So Landesvorstandsmitglied Wilcken, in: Ebenda, Protokoll der Landesvorstandssitzung am 21. 9. 1996.

147 Vgl. Gerhard Hirscher, Das Verhältnis von SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen nach den Landtagwahlen vom 24. März 1996, München 1996, S. 5.

148 „Allons enfants de la Sozialdemokratie! Über die Erneuerung der sozialen Demokratie. Positionspapier der Parlamentarischen Linken der SPD-Bundestagsfraktion", in: Frankfurter Rundschau vom 21. 2. 1996.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Zu diesen Auseinandersetzungen gehörte auch, dass mit Gerhard Schröder bald einer der mächtigsten Befürworter einer Integration der PDS auf die Position des Seeheimer Kreises der SPD-Rechten einschwenkte und aus taktischen Gründen von seiner bisherigen Haltung Abstand nahm. Mochte Schröder eine SPD-PDS-Kooperation in den neuen Ländern nach wie vor strategisch opportun erscheinen, so wollte der Kanzlerkandidat mit Blick auf die Bundestagswahl 1998 insbesondere in den umkämpften westdeutschen Wählerschichten der Neuen Mitte keine Verunsicherung riskieren[149]. Damit entzog er gleichzeitig einer neuerlichen Rote-Socken-Kampagne der Union die Angriffsfläche und sicherte sich die innerparteiliche Unterstützung des rechten Flügels und der Modernisierer in der SPD, die einer linken Lagerstrategie kritisch gegenüberstanden.

Der von Oskar Lafontaine vertretene Kurs der rot-roten Öffnung auf Bundesebene war damit ohne Chance. Die SPD kehrte aber keineswegs zur kompromisslosen Exklusionsstrategie früherer Jahre zurück. Vor allem in Ostdeutschland war die angestoßene Entwicklung nicht mehr aufzuhalten: Gegen den Willen des Kanzlerkandidaten zog die SPD in Sachsen-Anhalt nach der Landtagswahl im April 1998 die Fortsetzung des Magdeburger Modells einer von Schröder favorisierten Großen Koalition vor[150]. Gleichzeitig lief in Mecklenburg-Vorpommern nach den Landtagswahlen im Herbst alles auf eine rot-rote Koalitionsregierung hinaus, nachdem der Landesverband bereits im Februar 1997 in einer Urabstimmung Harald Ringstorff erneut zum Landesvorsitzenden gewählt und damit seinen Kurs bestätigt hatte[151].

Unter dem Druck der inneren Polarisierung fand die SPD schließlich im Wahljahr 1998 zu einer Kompromissformel: Im Bund sollten Allianzen mit der PDS weiterhin tabu sein, in den Ländern hingegen durfte fortan autonom entschieden werden[152]. Diese Unterscheidung wurde für die kommenden Jahre zur offiziellen Linie der SPD im Umgang mit der PDS und löste die Exklusionsstrategie von 1990 im Zeichen des „Konsens aller Demokraten“ endgültig ab. Noch im Herbst 1998 erreichte Harald Ringstorff sein Ziel und schloss in Mecklenburg-Vorpommern die erste SPD-PDS-Koalition in einem deutschen Bundesland. Anfang 2002 folgte in Berlin eine weitere rot-rote Regierung unter Klaus Wowereit und Gregor Gysi, ehe die Schweriner Koalition nach der Landtagswahl 2002 um weitere vier Jahre verlängert wurde[153]. Die Integration der PDS war nun zumindest in einigen Ländern Wirklichkeit geworden.

---

149 Vgl. Gerhard Schröder, Entscheidungen. Mein Leben in der Politik, Hamburg 2006, S. 100.

150 Vgl. Schieren, Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, S. 75.

151 Vgl. Nikolaus Werz/Jochen Schmidt, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 27. September 1998: Weichenstellung zur rot-roten Koalition, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 30 (1999), S. 97–116, hier S. 99.

152 Diese Unterscheidung hatte der frühere PDS-Kritiker Wolfgang Thierse bereits Ende 1996 vorgeschlagen. Vgl. „SPD kann Zusammenarbeit mit der PDS im Osten nicht ausweichen. Das Strategiepapier des Vizevorsitzenden Thierse“, in: Frankfurter Rundschau vom 19. 12. 1996.

153 Zur Entwicklung nach 1998 siehe David F. Patton, Out of the East. From PDS to Left Party in Unified Germany, Albany 2011, hier S. 97–100.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Trotz dieser Entwicklung blieben Kooperationen mit der PDS aber auch künftig umstritten. Zwar trat die Problematik des Umgangs mit der PDS auf Bundesebene für einige Jahre in den Hintergrund, da SPD und Grüne bei der Bundestagswahl 1998 und 2002 jeweils eigene Mehrheiten ohne Hilfe der PDS erreichten. Nichtsdestoweniger warnten aber ostdeutsche und westdeutsche Sozialdemokraten weiterhin, die SPD müsse mit Blick auf ihre Mehrheitsfähigkeit „Distanz wahren" zur PDS und dürfe den Schweriner Kurs keinesfalls „als neue Linie der Bundespartei ausrufen"[154]. Die Frage des Verhältnisses zur PDS blieb daher weiterhin ungelöst und kehrte nur wenige Jahre später, nach der Agenda 2010 und der Ausdehnung der Linkspartei/PDS auf die westdeutschen Bundesländer ab dem Jahr 2005, mit ganz neuer Wucht und unter ganz neuen Vorzeichen zurück – mit der ironischen Wendung, dass der Parteiwechsel Oskar Lafontaines von der SPD zum Linksbündnis aus PDS und WASG nun zu einem zusätzlichen Hindernis für rot-rote Kooperationen wurde.

Fazit

Wie die Analyse der SPD-internen Diskussionen und Entscheidungsprozesse anhand von Präsidiums- und Vorstandsprotokollen zeigt, verfolgte die SPD in den 1990er Jahren zu keiner Zeit eine in sich konsistente und allseits akzeptierte Strategie im Umgang mit der PDS. Zwar distanzierte sie sich zunehmend von ihrem anfänglichen Ausgrenzungskurs. Dies gründete aber auf keinem Konsens, sondern war das Ergebnis komplizierter Kompromisse zwischen zwei diametral entgegengesetzten Strategieansätzen – zwischen Integration und Exklusion der PDS. 1989/90 wurden die Diskussionen noch wesentlich durch das Versagen der SED und die moralische Empörung der Oppositionellen in der DDR geprägt. Mit den Jahren wuchs aber die Bedeutung machtstrategischer Argumente und programmatischer Interessenkonflikte. Insofern unterlagen die Beziehungen der SPD zur PDS einer realpolitischen „Normalisierung", die jedoch nicht von der ganzen Partei mitgetragen wurde. Mit der Unterscheidung von Bundes- und Landespolitik einigte sich die Partei schließlich für mehrere Jahre auf einen fragilen und in sich widerspruchsvollen Kompromiss, der nach 2003 von neuem aufbrechen sollte.

Der wesentliche Grund dieser unvereinbaren Haltungen ist nicht primär in einem Gegensatz zwischen kooperationsfreudigen ost- und PDS-feindlichen westdeutschen Sozialdemokraten zu suchen. Stattdessen trafen in der SPD nach 1990 mehrere Traditions- und Argumentationsstränge aufeinander, die in der Frage des Umgangs mit der SED die gegensätzlichen Pole markierten. Die Gegner der PDS in Ost und West stützten sich auf das SED-feindliche Erbe der Oppositionsbewegung in der DDR und auf die antikommunistische Tradition der westdeutschen

[154] Auszüge aus einem „Memorandum" von Markus Meckel, Richard Schröder, Erhard Eppler und Klaus Böger, „Die Mehrheit hält Distanz zur PDS", in: Der Spiegel vom 2. 11. 1998, S. 112–115. Vgl. auch Gerhard Hirscher, Jenseits der „Neuen Mitte". Die Annäherung der PDS an die SPD seit der Bundestagswahl 1998, München 2001, S. 5–7.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Nachkriegs-SPD. Gemeinsam beschworen sie einen lagerübergreifenden Konsens der Demokraten gegen die postkommunistische PDS. Ihre innerparteilichen Kontrahenten in den alten und neuen Bundesländern dagegen sahen in der PDS einen potenziellen Bündnispartner und einen Teil eines linken Lagers. Sie setzten sich daher für eine Entspannung der Beziehungen ein und lehnten die Abqualifizierung der PDS als extremistisch als unzureichendes Pauschalurteil ab. Damit standen sie einerseits in der Tradition der Dialogpolitik der achtziger Jahre und der westdeutschen Neuen Linken, die den Antikommunismus mehrheitlich verwarfen. Andererseits beriefen sie sich auf die ostdeutsche Konsenskultur der Runden Tische und des pragmatischen Umgangs miteinander.

Auf diese Weise wurden im wiedervereinigten Deutschland alte Strategiediskussionen innerhalb der politischen Linken über gegenseitige Abgrenzung oder Kooperation wiederaufgenommen. Diese hatten bereits in der Weimarer Republik das schwierige Verhältnis zwischen SPD und KPD geprägt und waren – wie sich nun zeigte – im Kalten Krieg nur vorübergehend in den Hintergrund getreten. Nach der deutschen Wiedervereinigung verbanden sie sich zudem mit dem schwierigen Erbe der SED-Herrschaft in Ostdeutschland. Dies machte es der SPD in den neunziger Jahren praktisch unmöglich, eine eindeutige und konsensgetragene Strategie gegenüber der PDS zu formulieren – eine Situation, die bis heute nachwirkt.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Die Vierteljahrshefte bitten zur Diskussion

Neues im Online-Forum

Zum Aufsatz von *Wilfried Loth, Helmut Kohl und die Währungsreform* (VfZ 61/2013, H.4, S. 455–480) hat uns eine Stellungnahme des ehemaligen Bundesministers der Finanzen, Theo Waigel, erreicht, und zum Aufsatz von *Astrid M. Eckert, Geteilt, aber nicht unverbunden. Grenzgewässer als deutsch-deutsches Umweltproblem* (VfZ 62/2014, H. 1, S. 69–99), ein Kommentar von Prof. Dr. Dr. Franz-Josef Brüggemeier, Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg.

Meinungsfreudige Leserinnen und Leser haben im Forum die Chance, einzelne VfZ-Aufsätze zu kommentieren – kurz und knapp (bis zur fünf Seiten) und so zeitnah, wie die neuen Medien es gestatten. Die Kommentare werden von der Redaktion geprüft, die sich auch die Auswahl vorbehält. Sie geben aber nur die Meinung der Verfasser wieder.

Beiträge für das Forum (im Word-Format) können unter folgender Adresse eingereicht werden: vfz@ifz-muenchen.de.

http://www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/forum/

„Rückblicke" – die Videokolumne der VfZ

Unter dem Motto „Rückblicke – unsere Aufsätze neu gelesen" steht die Videokolumne der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, die soeben an den Start gegangen ist. In pointierter Form werden hier künftig vierteljährlich wichtige Aufsätze aus den mehr als sechzig Jahrgängen der VfZ kommentiert.

Den Auftakt macht Jürgen Zarusky mit der kritischen Würdigung eines Aufsatzes von Martin Broszat über den deutschen Widerstand gegen die NS-Diktatur (Zur Sozialgeschichte des deutschen Widerstands, (A) 34 (1986), S. 293–309).

http://www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/videokolumne-rueckblicke/

Hier gibt es auch den Text der Kolumne zum Download als pdf.

Wir laden Sie ein, uns auf diesen Ausflügen in die Geschichte der Zeitgeschichte zu begleiten.

VfZ 2/2014 © Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH 2014 DOI 10.1515/vfzg-2014-0015

… von der Redaktion betreut (Januar – März 2014)

Die Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte arbeitet seit 2003 im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin mit dem Rezensionsjournal sehepunkte zusammen. Diese Kooperation findet nicht nur in den *sehepunkten* ihren Niederschlag, sondern auch in den Vierteljahrsheften selbst:
In jedem Heft werden die von der Redaktion angeregten und betreuten Rezensionen angezeigt, die in den drei Monaten zuvor in den *sehepunkten* erschienen sind.

Oliver Bange / Bernd Lemke (Hgg.), Wege zur Wiedervereinigung. Die beiden deutschen Staaten in ihren Bündnissen 1970 bis 1990, München 2013.
Rezensiert von: Hermann Wentker (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2014/02/24064.html

Petra Behrens, Regionale Identität und Regionalkultur in Demokratie und Diktatur. Heimatpropaganda, regionalkulturelle Aktivitäten und die Konstruktion der Region Eichsfeld zwischen 1918 und 1961, Baden-Baden 2012.
Rezensiert von: Henrik Bispinck (BStU, Berlin) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2014/01/22742.html

Henrik Bispinck (Bearb.), Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung 1977, Göttingen 2012.
Rezensiert von: Andreas Malycha (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2014/02/23537.html

Enrico Böhm, Die Sicherheit des Westens. Entstehung und Funktion der G7-Gipfel (1975–1981), München 2014.
Rezensiert von: Ulrich Lappenküper (Otto-von-Bismarck-Stiftung, Friedrichsruh) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2014/02/24289.html

Michael Braun, Wem gehört die Geschichte? Erinnerungskultur in Literatur und Film, Münster 2013.
Rezensiert von: Michael Annegarn (Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung, Braunschweig) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2014/02/24139.html

Alexander Bruce Burdumy, Sozialpolitik und Repression in der DDR. Ost-Berlin 1971–1989, Essen 2013.
Rezensiert von: Elke Stadelmann-Wenz (BStU, Berlin) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2014/02/23929.html

VfZ 2/2014 © Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH 2014 DOI 10.1515/vfzg-2014-0016

Elise Catrain, Hochschule im Überwachungsstaat. Struktur und Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit an der Karl-Marx-Universität Leipzig (1968/69–1981), Leipzig 2013.
Rezensiert von: Ilko-Sascha Kowalczuk (BStU, Berlin) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2014/01/23308.html

Ralph L. Dietl, Equal Security. Europe and the SALT Process, 1969–1976, Stuttgart 2013.
Rezensiert von: Andreas Lutsch (Mainz) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2014/02/24089.html

Inga Emmerling, Die DDR und Chile (1960–1989). Außenpolitik, Außenhandel und Solidarität, Berlin 2013.
Rezensiert von: Hermann Wentker (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2014/03/23121.html

Roger Engelmann (Bearb.), Die DDR im Blick der Stasi 1953. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, Göttingen 2013.
Rezensiert von: Torsten Diedrich (Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2014/02/23541.html

Heiko Feldner (ed.), The Lost Decade? The 1950s in European History, Politics, Society and Culture, Newcastle upon Tyne 2011.
Rezensiert von: Holger Löttel (Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Rhöndorf) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2014/03/22642.html

Hans Fenske, Der Anfang vom Ende des alten Europa. Die alliierte Verweigerung von Friedensgesprächen 1914–1919, München 2013.
Rezensiert von: Wolfgang Elz (Mainz) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2014/02/23774.html

Robert H. Ferrell (ed.), Inside the Nixon Administration. The Secret Diary of Arthur Burns, 1969–1974, Lawrence, KS 2010.
Rezensiert von: William Glenn Gray (Purdue University, West Lafayette, IN) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2014/03/21310.html

Etienne François / Kornelia Kończal / Robert Traba u. a. (Hgg.), Geschichtspolitik in Europa seit 1989. Deutschland, Frankreich und Polen im internationalen Vergleich, Göttingen 2013.
Rezensiert von: Cornelius Lehnguth (Goethe-Universität, Frankfurt/M.) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2014/03/23906.html

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Stephan Geier, Schwellenmacht. Bonns heimliche Atomdiplomatie von Adenauer bis Schmidt, Paderborn 2013.
Rezensiert von: Michael Knoll (Wiesbaden) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2014/01/23655.html

Dominik Geppert, Ein Europa, das es nicht gibt. Die fatale Sprengkraft des Euro, Hamburg 2013.
Rezensiert von: Peter Hoeres (Würzburg) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2014/02/23757.html

Raphael Gross, November 1938. Die Katastrophe vor der Katastrophe, München 2013.
Rezensiert von: Dominique Hipp (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2014/03/24291.html

Sebastian Haak, The Making of The Good War. Hollywood, das Pentagon und die amerikanische Deutung des Zweiten Weltkrieges 1945–1962, Paderborn 2013.
Rezensiert von: Andreas Kötzing (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der Technischen Universität, Dresden) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2014/03/23852.html

Brigitte Halbmayr, Zeitlebens konsequent. Hermann Langbein. Eine politische Biografie, Wien 2012.
Rezensiert von: Ina Markova (Universität Wien) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2014/02/24286.html

Ilko-Sascha Kowalczuk, Stasi konkret. Überwachung und Repression in der DDR, München 2013.
Rezensiert von: Andreas Malycha (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2014/02/23119.html

Viktor Krieger, Bundesbürger russlanddeutscher Herkunft. Historische Schlüsselerfahrungen und kollektives Gedächtnis, Münster / Hamburg / Berlin / London 2013.
Rezensiert von: Andreas Hilger (Hamburg) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2014/03/23922.html

Michael Kubina, Ulbrichts Scheitern. Warum der SED-Chef nicht die Absicht hatte, eine „Mauer“ zu errichten, sie aber dennoch bauen ließ, Berlin 2013.
Rezensiert von: Gerhard Wettig (Kommen) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2014/03/24493.html

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Julia Franziska Landau, Wir bauen den großen Kuzbass! Bergarbeiteralltag im Stalinismus 1921–1941, Stuttgart 2012.
Rezensiert von: Johannes Grützmacher (Stuttgart) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2014/03/23086.html

Simon Marti, Schweizer Europapolitik am Wendepunkt. Interessen, Konzepte und Entscheidungsprozesse in den Verhandlungen über den Europäischen Wirtschaftsraum, Baden-Baden 2013.
Rezensiert von: Burkard Steppacher (Universität zu Köln) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2014/02/22856.html

Glenn Mitoma, Human Rights and the Negotiation of American Power, Philadelphia, PA 2013.
Rezensiert von: Peter Ridder (Köln) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2014/01/23864.html

Pia Molitor, Partner in der Führung. Die Deutschlandpolitik der Regierung Bush/Baker als Faktor amerikanischen Machterhalts, Paderborn 2012.
Rezensiert von: Jens van Scherpenberg (München) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2014/01/23026.html

Charles Moore, Margaret Thatcher. The Authorized Biography. Volume One: Not For Turning, London 2013.
Rezensiert von: Gerhard Altmann (Korb) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2014/01/23437.html

Martin Morgner, DDR-Studenten zwischen Anpassung und Ausrasten. Disziplinarfälle an der Friedrich-Schiller-Universität Jena von 1965 bis 1989, Leipzig 2012.
Rezensiert von: Ilko-Sascha Kowalczuk (BStU, Berlin) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2014/01/23179.html

Alexander von Plato / Tomáš Vilímek, Opposition als Lebensform. Dissidenz in der DDR, der ČSSR und in Polen, Münster / Hamburg / Berlin / London 2013.
Rezensiert von: Christian Halbrock (BStU, Berlin) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2014/03/24332.html

Florian Pressler, The Caribbean Basin Initiative (CBI) 1981–2005. From Reaganomics of Development to Free Trade, Baden-Baden 2012.
Rezensiert von: Debora Gerstenberger (Freie Universität Berlin) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2014/01/22737.html

Christian Ritz, Schreibtischtäter vor Gericht. Das Verfahren vor dem Münchner Landgericht wegen Deportation der niederländischen Juden (1959–1967), Paderborn 2012.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Rezensiert von: Edith Raim (Institut für Zeitgeschichte, München-Berlin) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2014/03/23666.html

David L. Roll, The Hopkins Touch. Harry Hopkins and the Forging of the Alliance to Defeat Hitler, Oxford 2013.
Rezensiert von: Marcus Gräser (Johannes Kepler Universität, Linz) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2014/03/22900.html

Felix Römer, Kameraden. Die Wehrmacht von innen, München / Zürich 2012.
Rezensiert von: MacGregor Knox (London) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2014/01/23605.html

Wolfgang Schieder, Mythos Mussolini. Deutsche in Audienz beim Duce, München 2013.
Rezensiert von: Wolfgang Altgeld (Würzburg) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2014/02/22255.html

Georg Schild, 1983. Das gefährlichste Jahr des Kalten Krieges, Paderborn 2013.
Rezensiert von: Stephan Kieninger (Koblenz) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2014/03/22938.html

Katharina Stengel, Hermann Langbein. Ein Auschwitz-Überlebender in den erinnerungspolitischen Konflikten der Nachkriegszeit, Frankfurt/M. 2012.
Rezensiert von: Ina Markova (Universität Wien) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2014/02/24286.html

Ágnes Tóth, Rückkehr nach Ungarn 1946–1950. Erlebnisberichte ungarndeutscher Vertriebener, München 2012.
Rezensiert von: Sakine Yildiz (Universität Osnabrück) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 1
http://www.sehepunkte.de/2014/01/24116.html

Antonio Varsori, L'Italia e la fine della guerra fredda. La politica estera dei governi Andreotti (1989–1992), Bologna 2013.
Rezensiert von: Christiane Liermann (Villa Vigoni) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 3
http://www.sehepunkte.de/2014/03/23138.html

Rezensionen zu Publikationen des IfZ (Januar–März 2014/1–3):

Klaus-Peter Friedrich (Bearb.), Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945. Bd. 4: Polen September 1939 – Juli 1941, München 2011.
Rezensiert von: Alexander Brakel (Vilnius) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2014/02/24651.html

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Benjamin Gilde, Österreich im KSZE-Prozess 1969–1983. Neutraler Vermittler in humanitärer Mission, München 2013.
Rezensiert von: Günter J. Bischof (Center Austria, University of New Orleans, LA) in sehepunkte 14 (2014), Nr. 2
http://www.sehepunkte.de/2014/02/24330.html

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Jenny Pleinen/Lutz Raphael, **Contemporary Historians in the Archives of the Social Sciences. Potential Insights and Increased Relevance for the Discipline**

The article discusses the methodical and theoretical challenges which contemporary history faces when dealing with data and interpretations derived from the contemporary social sciences. It calls for combining a critical historicisation of analyses generated by the social sciences with a methodically reflected use of the underlying data. Examples for such possibilities for a social history of the Federal Republic of Germany since the 1970s include theories and data on changing societal values, the use of public statistics for migration history and the analysis of research results of industrial sociology and the German Socio-Economic Panel Study (SOEP).

Hajime Konno, **The Liberal and Conservative Interpretations of German Politics at the Imperial University of Tokyo, 1905–1933. Sakuzo Yoshino and Shinkichi Uesugi in Comparison.**

Germany was the most influential model for modern Japanese politics since the forced opening of the country. The article illustrates this by way of the example of Sakuzo Yoshino (1878–1933) and Shinkichi Uesugi (1878–1929), two professors at the Imperial University of Tokyo who were simultaneously important commentators on public affairs. Both had studied in Heidelberg, but perceived German politics in very different ways: while Yoshino decidedly rejected the German *Sonderweg* and was positively disposed towards Anglo-Saxon democracy, Uesugi defended the political role of the Japanese Emperor precisely because of his German experiences. The article tries to find explanations as to why and how Yoshino and Uesugi reached such diametrically opposed views.

Hans Schafranek, **Nazi Feme Murders in Styria**

Following the suppression of the Nazi Party in Austria (19 June 1933), a massive wave of terrorist attacks by the illegal National Socialists arose, culminating in the failed coup attempt against and murder of Federal Chancellor Engelbert Dollfuß on 25 July 1934. After the failed coup, the Austrian Nazi Party was mostly "decoupled" from the German party; a continuation of the openly terrorist course was also not in the interest of German foreign policy. While the number of serious politically motivated offences sank significantly, the "liquidation" of "traitors" within the illegal Nazi movement gained in considerably importance. Almost half of all homicides committed by National Socialists after 1934 have to be classified as "Feme Murders", well prepared contract killings executed by small-sized SA or SS terror squads. Intermediary SA or SS authorities were usually pulling the strings, with the knowledge and assent of the respective Nazi Gauleitung. German Nazi bodies were not involved in the preparation of these Feme Murders, but certainly assisted the getaway of the perpetrators, who received asylum in the German Reich.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Sven Feyer, **Otto Meyer: MAN Board Member During the Third Reich**

Otto Meyer became a member of executive board of the Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg (MAN) in 1926, where after only a couple of years he became its head. After the National Socialists took power in Germany, the conservative business leader understood it as his duty to support the intense efforts of German rearmament. MAN's production of engines for submarines and manufacturing of modern tanks turned it into an essential part of Germany's war economy. On the other hand Meyer faced hostility from the National Socialists due to his Jewish wife, who emigrated to Switzerland early on. Nevertheless he led MAN not only until the end of the Nazi regime but moreover successfully throughout the difficult post-war reconstruction period. The example of Otto Meyer clearly demonstrates the continuity of Germany's economic elite from the Weimar to the Federal Republic. Moreover he is a manifestation of the dichotomy of conservative self-conception between dedication to one's duty to the company and fatherland on the one hand and the rejection of National Socialism on the other.

Thorsten Holzhauser, **„Never with the PDS"? The SPD Position Towards the Successor Party of the SED Between Strategies of Exclusion and Integration (1990–1998)**

One of the pivotal questions in German politics of the 1990s, especially for the Social Democratic Party (SPD), was how to deal with the Party of Democratic Socialism (PDS). After the fall of communism in East Germany, Social Democrats proclaimed a so-called "democratic consensus" against the "SED successor party". However, already in 1994, some party officials started to rethink their strategy of exclusion and opened up their party to left-wing cooperation which resulted in the first SPD/PDS state government in Mecklenburg-Western Pomerania in 1998. This article analyses the controversial debate inside the SPD leadership and the reasons for its failure to arrange a consensus on this matter. It shows that the primary division concerning this question was not between eastern and western party officials. Instead, there were somewhat deeper internal divisions of a political and cultural nature between those Social Democrats who followed an anti-communist tradition and those who did not. Thus, the PDS question fuelled a long-standing debate about demarcation and cooperation inside the German left which continues to this day.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Dr. Jenny Pleinen, wissenschaftliche Assistentin am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Augsburg (86135 Augsburg); veröffentlichte u. a.: „Moral disciplining of migrants in Belgium or What conservative family policy and expulsions have to do with one another", in: Clelia Caruso/Jenny Pleinen/Lutz Raphael (Hrsg.), Postwar Mediterranean Migration to Western Europe. Legal and Political Frameworks, Social Mobility and Memory (Frankfurt a. M. u. a. 2008), S. 73–95; „Caught somewhere between demanding the right to vote and being a folklore club – Actors, input and concepts of migrants' political participation. A micro historic casestudy", in: Studia Migracyjne – Przegląd Polonijny (Migration Studies – Review of Polish Diaspora, published by the Polish Academy of Science, 2009) 2, S. 5–19; „Die Migrationsregime Belgiens und der Bundesrepublik seit dem Zweiten Weltkrieg" (Göttingen 2012).

Dr. Lutz Raphael, Professor für Neuere und Neueste Geschichte, Fachbereich III Universität Trier (54286 Trier); veröffentlicht u. a.: „Die Erben von Bloch und Febvre. Annales-Historiographie und nouvelle histoire in Frankreich 1945–1980" (Stuttgart 1994); „Recht und Ordnung. Herrschaft durch Verwaltung im 19. Jahrhundert (=Europäische Geschichte)" (Frankfurt a.M. 2000); „Geschichtswissenschaft im Zeitalter der Extreme. Hauptwerke und Hauptströmungen von 1900 bis zur Gegenwart" (München 2003); zusammen mit Ilaria Porciani, „Atlas of European Historiography. The Making of a Profession 1800–2005" (Houndmills/Basingstoke 2010); zusammen mit Anselm Doering-Manteuffel, „Nach dem Boom. Perspektiven der Zeitgeschichte nach 1970" (Göttingen ²2010); „Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation. Europa 1914–1945" (München 2011).

Dr. Dr. Hajime Konno, außerordentlicher Professor für deutsche Politik an der Universität der Präfektur Aichi (Ibaragabasama 1522–3, 480–1198 Aichi-Nagakute, Japan); veröffentlichte u. a.: zusammen mit Hideharu Ando „Die Interviews mit Else Jaffé, Edgar Salin und Helmuth Plessner über Max Weber 1969/1970", in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 55 (2003), S. 596–610; „Max Weber und die polnische Frage. Eine Betrachtung zum liberalen Nationalismus im wilhelminischen Deutschland" (Baden-Baden 2004); „Makkusu Veba. Aru Seiouha Doitsu Nashonarisuto no Shogai [Max

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Weber. Eine Biographie eines westlich orientierten deutschen Nationalisten]“ (Tokio 2007); „Taminzokukokka Puroisen no Yume. „Ao no Kokusaiha“ to Yoroppa Chitsujo [Die Sehnsucht nach einem multinationalen Preußen. Die „blaue Internationale“ und die europäische Ordnung]“ (Nagoya 2009).

Dr. Hans Schafranek, freiberuflich tätiger Historiker, lebt in Berlin und Wien (Ungargasse 52/1/17, A-1030 Wien); veröffentliche u. a.: „Das kurze Leben des Kurt Landau. Ein österreichischer Kommunist als Opfer der stalinistischen Geheimpolizei“ (Wien 1988); „Zwischen NKWD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazideutschland 1937–1941“ (Frankfurt a.M. 1990); „Kinderheim Nr. 6. Österreichische und deutsche Kinder im sowjetischen Exil“ (Wien 1998); „Sommerfest mit Preisschießen. Die unbekannte Geschichte des NS-Putsches im Juli 1934“ (Wien 2006); „Söldner für den ‚Anschluss‘. Die Österreichische Legion 1933–1938“ (Wien 2011).

Sven Feyer, Studium Wirtschaftsingenieurwesen, Geschichte, Politikwissenschaft und Philosophie, derzeit Leiter Kaufmännische Projektabwicklung MAN Augsburg (Stadtbachstraße 1, 86153 Augsburg); veröffentlichte u. a.: „Islam & Konstitutionalismus. Der Islam in den türkischen Verfassungen von 1876 und 1924“ (München 2013); arbeitet derzeit an seiner Dissertation zum Thema: „Zwischen Weltwirtschaftskrise und Wirtschaftswunder: Die MAN im Dritten Reich“ (Arbeitstitel, Einreichung Ende 2014).

Thorsten Holzhauser, Doktorand und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Seminar, Arbeitsbereich Neueste Geschichte der Universität Mainz (Welderweg 18, 55128 Mainz); arbeitet zur Zeit an einer Dissertation zur politischen Integration der PDS im vereinigten Deutschland.

Jahrgang 62 (2014), Heft 2
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2014_2.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de